

**P. b. b.** Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

## 93. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 13. Dezember 1973

### Tagesordnung

1. Grüner Plan 1974
  2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974
- Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

### Inhalt

#### Geschäftsbehandlung

Vertagungsbeschuß (S. 9174)

#### Ausschüsse

Zuweisung (S. 9073)

#### Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-106): Grüner Plan 1974 (957 d. B.)

Berichterstatter: Haas (S. 9074)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 d. B.)

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Spezialberichterstatter: Haas (S. 9075)

Redner: Minkowitsch (S. 9077), Meiβl (S. 9082), Pfeifer (S. 9089), Dipl.-Ing. Tschida (S. 9094), Dkfm. Gorton (S. 9100), Stöger (S. 9103), Dr. Scrinzi (S. 9106), Frodl (S. 9110), Maier (S. 9113), Deutsch-

mann (S. 9117), Ing. Schmitzer (S. 9120), Maderthaner (S. 9126), Hietl (S. 9130), Hagspiel (S. 9133), Egg (S. 9136 und S. 9167), Steiner (S. 9141), Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs (S. 9144), Dr. Lanner (S. 9152), Brunner (S. 9156), Pansi (S. 9158), Dr. Keimel (S. 9164), Schrotter (S. 9164), Fachleutner (S. 9167) und Brandstätter (S. 9171)

Entschließungsanträge Dipl.-Ing. Tschida betreffend die in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Treibstoffe (S. 9099) und Hagspiel betreffend Erhaltung des Siedlungs- und Kulturrandes in Bergbauerngebieten (S. 9136)

Kenntnisnahme des Grünen Plans (S. 9174)

Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 9174)

### Eingebracht wurden

#### Regierungsvorlage

956: Abkommen mit der Volksrepublik China über die „Ausstellung der Archäologischen Funde der Volksrepublik China“ (S. 9073)

#### Antrag der Abgeordneten

Dr. Prader, Marwan-Schlosser, Tödling, Dr. Eduard Moser und Genossen betreffend Änderung des Heeresgebührengesetzes (103/A)

#### Anfrage der Abgeordneten

Regensburger, Dr. Keimel, Huber und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Besetzung des Postens des Polizeidirektors von Innsbruck (1529/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 91. Sitzung vom 11. Dezember 1973 ist in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

#### Einlauf und Zuweisungen

**Präsident:** Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 102/A der Abgeordneten Skritek, Dr. Hauser, Zeillinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Lohnpfändungsgesetz geändert wird, weise ich dem Justizausschuß zu.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Volksrepublik China über die „Ausstellung der Archäologischen Funde der Volksrepublik China“ (956 der Beilagen) eingelangt ist.

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Einvernehmlich schlage ich vor, die Debatte über die beiden auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkte unter einem abzuführen.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst der Berichterstatter seine zwei

9074

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Präsident**

Berichte geben, sodann wird die Debatte über beide Punkte gemeinsam abgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall. Wir gehen so vor.

**1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-106 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBL. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1974) (957 der Beilagen)**

**2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen)**

**Spezialdebatte****Beratungsgruppe VIII****Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft****Kapitel 62: Preisausgleiche****Kapitel 77: Österreichische Bundesforste**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die die Debatte unter einem abgeführt wird.

Es sind dies:

Grüner Plan 1974 und

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974,

Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich ersuche ihn um seine beiden Berichte.

**Spezialberichterstatter Haas:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes.

Gemäß den Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes vom 13. Juli 1960, BGBL. Nr. 155, in der geltenden Fassung, hat die Bundesregierung am 25. September 1973 dem Nationalrat einen „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Kalenderjahr 1972“ termingerecht vorgelegt. Dieser Bericht wurde vom Nationalrat am 23. Oktober dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen.

Wie der Grüne Bericht 1972 zeigt, ist der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Nationalprodukt und jener zum Volksinkommen im Vergleich zu 1971 um 9,5 beziehungsweise 9 Prozent gestiegen. Der Beitrag

zum Brutto-Nationalprodukt (27,2 Milliarden Schilling) erreichte ebenso wie die Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft (39,8 Milliarden Schilling) eine neue Höchstmarke. Der Wert der Endproduktion der Landwirtschaft war höher, jener für die Forstwirtschaft geringer als im Jahr zuvor. Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen verminderte sich um 29.000. Die Arbeitsproduktivität stieg um 6,3 Prozent. Das Preis-Kosten-Verhältnis hat sich auf Grund einer Verringerung der Preisschere 1972 günstig für die Land- und Forstwirtschaft entwickelt, da der Preis-Index der Betriebseinnahmen rascher gestiegen ist als jener für die Gesamtausgaben.

Bei den buchführenden Testbetrieben, die den Kern der Landwirtschaft, nämlich die Voll- und Zuerwerbsbetriebe, repräsentieren, erfuhr der Rohertrag im Mittel der Betriebe eine Steigerung um 10 Prozent, der Aufwand eine solche um ebenfalls 10 Prozent. Das Betriebs-einkommen je Arbeitskraft verzeichnete im Bundesdurchschnitt einen hohen Zuwachs, nämlich um 17 Prozent auf 43.456 S. Hiebei ist das Einkommen im Durchschnitt aller Hauptproduktionslagen gestiegen. Allerdings hat sich durch die unterschiedliche Einkommensentwicklung in den einzelnen Produktionslagen beziehungsweise Betriebsgruppen die innerlandwirtschaftliche Einkommensdisparität verschärft. Auch die wirtschaftliche Situation der Bergbauernbetriebe erfuhr eine weitere Verbesserung. In den Weinbauspezialbetrieben war die Einkommensentwicklung nach einem Rückschlag im Jahr 1971 auf Grund einer besseren Ernte und eines konsolidierten Wein- und Traubenpreisniveaus wieder günstiger. Die Ertragslage der Testbetriebe des Gartenbaues war — wie schon 1971 — befriedigend.

Im Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes wird deshalb vorgeschlagen, für die Maßnahmen des Grünen Planes im Jahr 1974 Bundesmittel in der Höhe von 1080 Millionen Schilling einzusetzen, hiervon 300 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm. Im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1974 sind rund 715 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 1/602 und 1/603 (ordentliche Gebarung) und 365 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 5/603 (außerordentliche Gebarung) veranschlagt.

Bezüglich der Aufteilung der Mittel auf die Schwerpunktmaßnahmen und die einzelnen Förderungssparten wird auf den Bericht der Bundesregierung hingewiesen. Hervorzuheben ist, daß die Zinsenzuschüsse wieder die Vergabe eines zinsverbilligten Kreditvolumens von 1,5 Milliarden Schilling ermöglichen werden.

**Haas**

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat in seiner Sitzung am 16. November 1973 diesen Bericht der Bundesregierung beraten und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida, Pfeifer, Meißl, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Pansi und Deutschmann sowie des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Weihs mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1974), samt Beilage (Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1972) (III-106 der Beilagen), zur Kenntnis nehmen.

Ich bringe zu Punkt 2 der Tagesordnung den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974. Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 in seiner Sitzung am 16. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

**Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft.**

Im Bundesvoranschlag 1974 sind für die Land- und Forstwirtschaft in der ordentlichen Gebarung 2835,181 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 366,658 Millionen Schilling, insgesamt daher 3201,839 Millionen Schilling, veranschlagt.

Dieser Ausgabenkredit gliedert sich in:

456,993 Millionen Schilling für den Personalaufwand,

486,388 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums, der nachgeordneten Dienststellen sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens,

433,437 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft,

300 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm,

780 Millionen Schilling für den Grünen Plan, und zwar: 413,342 Millionen Schilling in der ordentlichen Gebarung und 366,658 Millionen Schilling in der außerordentlichen Gebarung,

35 Millionen Schilling für den Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds und

710,021 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaus und der Lawinenverbauung im gesamtvolkswirtschaftlichen Interesse.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erläutert.

Im Titel 600 mit einem Kredit von 185 Millionen Schilling ist neben dem Aufwand für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft selbst und den Beiträgen Österreichs zu internationalen Organisationen ein Betrag von 15,6 Millionen Schilling als Beitrag zu den Aufgaben der Entwicklungshilfe vorgesehen.

Der Titel 601 wurde mit 433,4 Millionen Schilling dotiert, wovon ein Betrag von 387 Millionen Schilling für die Treibstoffverbilligung vorgesehen ist.

Für die Durchführung des Bergbauern-Sonderprogramms sind, so wie im Vorjahr, unter dem Titel 602 300 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel sollen im Rahmen des vorerst auf fünf Jahre abgestellten Bergbauern-Sonderprogramms dazu dienen, in den Berggebieten und den übrigen entsiedlunggefährdeten Gebieten wirtschaftlich gesunde sowie gesellschaftlich und kulturell lebendige Räume zu erhalten.

Für den Grünen Plan, dem wichtigsten Investitionsinstrument der Land- und Forstwirtschaft, sind gleichfalls wie im Vorjahr 780 Millionen Schilling präliminiert, die den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 in der geltenden Fassung, zu dienen haben.

Unter dem Titel 604 sind Zuschüsse an den Weinwirtschaftsfonds in der Höhe von 35 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Bestreitung des Personal- und Sachaufwandes der Lehr- und Versuchsanstalten, der den Lehranstalten angeschlossenen Internate, der forstlichen Ausbildungsstätten, der sonstigen nachgeordneten Dienststellen sowie für den Ersatz der Besoldungskosten für die Landeslehrer an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen gemäß Finanzausgleichsgesetz 1973 sind unter den Titeln 605, 606, 607 und 609 insgesamt 716,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Unter dem Titel 608 sind die Kredite für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung im gesamtvolkswirtschaftlichen Interesse in der Höhe von 751,7 Millionen Schilling präliminiert. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 103,4 Millionen Schilling beruht auf der Bereitstellung größerer Mittel aus dem

9076

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Haas**

Katastrophenfonds und auf der erstmaligen Veranschlagung von 30 Millionen Schilling für die Durchführung des Lawinenverbauungs-Sonderprogramms. In dem Kredit von 751,7 Millionen Schilling sind auch die Beiträge Österreichs zur Erfüllung der internationalen wasserwirtschaftlichen Vereinbarungen und der Personal- und Sachaufwand für die einzelnen Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten.

Von den unter Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 859,3 Millionen Schilling entfallen 513,8 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel, weitere 25 Millionen Schilling sind Interessentenbeiträge zu Maßnahmen an Bundesflüssen. Die übrigen Einnahmen ergeben sich vor allem aus Mietgebühren, im Rahmen der Bauhofgebarung, aus dem Verkauf von Anstaltserzeugnissen und der Einhebung von Gebühren bei der Qualitätskontrolle.

#### Kapitel 62: Preisausgleiche.

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1974 sind für Preisausgleiche 2565,57 Millionen Schilling veranschlagt, denen 489,135 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen.

Die Ausgabenkredite verteilen sich wie folgt: 306,928 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich, 1972,941 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich, 93,001 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten, 41,6 Millionen Schilling für den Zuckerpreisausgleich, 71,1 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich und 80 Millionen Schilling für den Düngemittelpreisausgleich.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Mit den beim Titel 620 Brotgetreidepreisausgleich vorgesehenen Mitteln können die Kosten für Lagerung und Verwertung von Brotgetreide der Ernte 1973 sowie die im Jahre 1974 anfallenden Stützungen für Brotgetreide gedeckt werden.

Außerdem ist im Konjunkturausgleich-Voranschlag als Stabilisierungsquote ein Betrag von 100 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon entfallen auf die Stützung für Brotgetreide 33,3 Millionen Schilling, auf Kosten der Lagerung und Verwertung 65,7 Millionen Schilling. 1 Million Schilling entfallen auf Frachtkosten.

Unter dem Titel 621 Milchpreisausgleich ist stützungsmäßig vorgesorgt, daß die ordnungsgemäße Inlandversorgung mit Milch und Erzeugnissen aus Milch gesichert ist.

Die Erhöhung 1973 ergibt sich durch ein erhöhtes Erfordernis für die Preisstützung und für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen, zur Ermöglichung des Exportes der den Inlandsbedarf übersteigenden Mengen an Erzeugnissen aus Milch sowie zur Absatzförderung im Inland.

Unter dem Titel 622 Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten sind Einlagerungskosten sowie Beihilfen zur Produktivitätsverbesserung in der Rindermast und für den Export von Schlachttieren und Fleisch veranschlagt. Die Bedeckung der Ausgaben sind in den korrespondierenden Einnahmen aus dem Importausgleich gemäß Marktordnungsgesetz sowie BGBl. Nr. 135/1969 gegeben.

Der für den Zuckerpreisausgleich unter Titel 623 vorgesehene Betrag wird durch zweckgebundene Einnahmen aus der gesetzlichen Preisregelung für Zucker gedeckt.

Außer den unter dem Titel 625 für den Futtermittelpreisausgleich veranschlagten 71,1 Millionen Schilling ist im Konjunkturausgleich-Voranschlag als Stabilisierungsquote ein Betrag von 30 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon entfallen auf Stützungen und Lagerungskosten 24 Millionen Schilling und auf Frachtkosten 6 Millionen Schilling.

Mit dem unter Titel 626 Düngemittelpreisausgleich präliminierten Jahreskredit von 80 Millionen Schilling kann auch im Jahre 1974 durch die Gewährung eines Transportkostenzuschusses ein einheitlicher Verbraucherpreis für den importierten Kunstdünger im gesamten Bundesgebiet gesichert werden.

#### Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Im Voranschlag 1974 des Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesforste sind die mit der Betreuung beziehungsweise Bewirtschaftung des 826.000 Hektar großen Bundesforstbesitzes (hievon 487.499 Hektar Wald) unumgänglich verbundenen Ausgaben und die dabei erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 1.781.200 Festmeter Holz, vorgesehen. Veranschlagten Betriebsausgaben von 989,9 Millionen Schilling stehen Betriebeinnahmen von 1039,8 Millionen Schilling gegenüber, was einen Betriebsüberschuß von 49,9 Millionen Schilling erwarten läßt.

Dieses positive Ergebnis ist nicht nur als Erfolg der in den letzten Jahren in vermehrtem Umfang getätigten Investitionen und sonstigen Rationalisierungsmaßnahmen zu betrachten, sondern setzt auch voraus, daß die derzeitige günstige Lage auf dem Holzmarkt auch weiterhin anhält. Damit der Betrieb die für seinen wirtschaftlichen Erfolg wichtige Investitionstätigkeit fortsetzen kann, die wegen

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9077

**Haas**

des starken Abganges an qualifizierten Facharbeitern besonders notwendig ist, wurden im Budget 1974 die Investitionsmittel mit einem Betrag von 90 Millionen Schilling veranschlagt.

Im einzelnen entfallen von den für 1974 vorgesehenen Betriebsausgaben 640,4 Millionen Schilling auf den Personalaufwand (hievon 568,9 Millionen Schilling auf den Aktivitätsaufwand und 71,5 Millionen Schilling auf den Pensionsaufwand). Der Personalaufwand ist damit um 60,9 Millionen Schilling höher als 1973. 349,5 Millionen Schilling entfallen auf den Sachaufwand.

Die Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlages ist mit 200 Millionen Schilling dotiert. Hievon entfallen weitere 50 Millionen Schilling auf betriebsnotwendige Investitionen, während 150 Millionen Schilling dafür bestimmt sind, größere Forstgüter zu erwerben und sie somit vor dem Verkauf an Ausländer zu bewahren.

Im Rahmen der Einnahmen entfallen 912,2 Millionen Schilling auf Erlöse aus dem Holzverkauf und 127,6 Millionen Schilling auf sonstige Einnahmen.

Bei Betrachtung des Voranschlages der Österreichischen Bundesforste ist noch zu beachten, daß die Bundesforste Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung dieses Wirtschaftskörpers im Betrage von mehr als 50 Millionen Schilling zu tragen haben und im Rahmen der Einförstungsrechte zu Abgaben im Werte von mehr als 70 Millionen Schilling verpflichtet sind. Auch ist zu berücksichtigen, daß den Österreichischen Bundesforsten beträchtliche Kosten aus der im öffentlichen Interesse gelegenen Betreuung von Waldflächen erwachsen, die keinen Ertrag abwerfen. Auf die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes wird besonders Bedacht genommen.

In diesem Zusammenhang wird in steigendem Maße bei der Bewirtschaftung auf die Wahrung des Landschaftsbildes Rücksicht genommen. Die damit oft in Verbindung stehenden Kostensteigerungen und Erlöseinbußen werden den Betriebserfolg entsprechend beeinflussen.

An der Debatte, die sich den Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Minkowitsch, Pfeiffer, Meißl, Deutschmann, Wodica, Koller, Maderthaner, Dipl.-Ing. Tschida, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Treichl, Dkfm. Gorton, Pansi, Huber, Egg, Steiner, Hagspiel und Robak. Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs beantwortete ausführlich die in der Debatte an ihn gerichteten Anfragen.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzielles Ansätze der zur Beratungsgruppe VIII gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), dem Kapitel 62: Preisausgleiche (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) und dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Minkowitsch. Bitte.

Abgeordneter **Minkowitsch** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Unter dem Titel „Die arabische Herausforderung“ hat am 11. Dezember Herr Prof. Knapp in seinem Schlußsatz die Feststellung getroffen, daß derzeit eine Handvoll von arabischen Erdölproduktionsländern die ganze Welt in Schach halten kann. Das muß ein hartes Erwachen für die Verfechter arbeitsteiliger Weltwirtschaft bedeuten, die nur nach kalkulatorischen Gesichtspunkten vorgegangen sind und die das Entstehen katastrophaler Abhängigkeiten ganz einfach übersehen haben. Gerade diese Ölkrise verdeutlicht, daß dann, wenn eine gewisse Abhängigkeit erreicht ist, plötzlich die Partnerschaften zu Ende gehen und ein Preisdictat beginnt.

Wie wäre es nun, meine Damen und Herren, wenn wir den Aposteln gefolgt wären, die Jahre und Jahrzehnte lang der österreichischen Landwirtschaft mit guten Ratschlägen gekommen sind, wie unrentabel doch die bäuerliche Landbewirtschaftung eigentlich sei und man doch richtigerweise Agrarindustrien machen müsse? — Dann wären wir vielleicht jetzt auch schon bei der sogenannten Erdölbutter. Dann hätten wir nicht nur zu wenig Öl, sondern auch ein Produkt, das uns zwar nie geschmeckt hätte, das wir aber doch gebraucht hätten, die sogenannte Erdölbutter, in einem nicht genügenden Umfang.

Gott sei Dank ist es in Österreich nicht so! Eine fortschrittsfreudige, fleißige Bauernschaft sichert in Österreich im Haupt- und im Nebenerwerb mit weit über 80 Prozent den Nah-

9078

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Minkowitsch**

rungsmittelbedarf unseres Volkes und unserer Gäste. Auf diesem Sektor sind wir ausländischen Erpressern nicht ausgeliefert.

Wir müssen nicht hungern! Meine Damen und Herren! Das ist doch keine Selbstverständlichkeit und sollte, wie ich glaube, die ungeheure Bedeutung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft und ihrer Produktionskraft allen in Österreich deutlich vor Augen führen.

Auch der Herr Bundeskanzler hat noch im Jahre 1971 behauptet, das Auslaufen der Marktordnung könnte man doch ohneweiters ins Auge fassen. Weg mit diesen Milliarden!, Her mit der „Rentnersemmel“! und sonst alles Mögliche, was er damals gesagt hat. Wenn man jetzt zurückblickt, kommen einem diese Dinge so unglaublich, so ungeheuerlich vor, daß das aus dieser Verantwortlichkeit heraus überhaupt einmal gesagt worden ist.

Jetzt ist es freilich anders. Vor wenigen Wochen hat der Herr Bundeskanzler im Finanz- und Budgetausschuß auf Fragen des Kollegen Kern erklärt: Was die Marktordnung anlangt, wäre auch er von einem Saulus zum Paulus geworden. Was wäre aber gewesen, wenn in der Zwischenzeit seine früheren Ansichten je einmal hätten realisiert werden können?

Das bewährte österreichische Marktordnungssystem ist und bleibt die Grundlage unserer Ernährungssicherung. Ich glaube, daß dieser Grundsatz immer mehr zur allgemeinen Erkenntnis in unserem Lande wird.

Die Ölkrise ist — beinahe muß man sagen: leider — erst nach der Budgeterstellung aufgetreten, sodaß die letzten Erkenntnisse auch des Herrn Bundeskanzlers in diesem Sektor des Budgets nicht mehr ihren Niederschlag haben finden können. Deshalb möchte ich hier noch einmal — damit nachher nicht jemand behaupten kann, daß er das nicht gewußt habe — eines festhalten: Mit einem Aushungerungsbudget trifft man wohl primär die Bauern, aber in unerbittlicher Konsequenz muß diese Rechnung von allen Konsumenten in Österreich nachher bezahlt werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Denn, siehe Olproduktionsländer, wenn man einmal auf Nahrungsmittelimporte angewiesen ist — um es noch einmal zu wiederholen —, dann sind die Handelspartnerschaften schnell zu Ende, dann unterliegt man einem Preisdiktat und bekommt schließlich nicht einmal mehr so viel, als man auch zu erhöhten Preisen haben wollte.

Um eines nicht zu vergessen: Auch die Vereinigten Staaten haben trotz vorhandener Verträge plötzlich die Eiweißfuttermittelexporte

gesperrt. Das ist also keine Angelegenheit, die sich mit dieser Vorgangsweise nur auf einen Teil der Welt beschränken ließe.

Zu den vorliegenden Zahlen dieses Budgets möchte ich einige Feststellungen machen. Bezuglich der Ernteschwankungen glaube ich, daß man Ergebnisse richtigerweise nur in einem mehrjährigen Schnitt betrachten darf, denn das, was einem der liebe Gott schenkt, ist nicht Erfolg einer Agrarpolitik, sondern das ist natürlichen Schwankungen unterworfen. Deshalb — ich erinnere mich noch sehr genau — hat Herr Bundesminister Weihs im Vorjahr wenig von den gar nicht erfreulichen Zahlen des Jahres 1971, sondern sehr viel von den uns damals noch nicht zugänglichen Schätzahlen für das Jahr 1972 gesprochen. Das war sein gutes Recht! Nur nehme ich für mich in Anspruch, daß ich heuer nicht nur von den Zahlen des Jahres 1972, sondern auch von den Zahlen des Jahres 1971 sowie von den zu erwartenden Ergebnissen von 1973 spreche. Unsere Fachleute sagen übereinstimmend, daß wir im Jahre 1973 auf Grund der Mehrwertsteuereinführung, der Entwicklung der Betriebsmittelpreise zu einer noch nie bekannten negativen Preis-Kosten-Schere kommen werden.

Eines ist ebenfalls feststehend: Von 1971 bis 1973 ist der Abstand im Lebensstandardvergleich zu den anderen Berufen trotz Mehrarbeit für die Bauernschaft größer geworden. Von 1971 bis 1973 sind rund 90.000 aus diesem harten und gefährlichen Beruf, der jährlich etwa 35.000 Arbeitsunfälle aufzuweisen hat, abgewandert. Das sind vernichtende Zahlen gegen alle beschönigenden Argumente.

90.000 Abwandernde in drei Jahren! Glaubt denn irgend jemand nur den sozialistischen Abgeordneten, die hier etwas anderes in den Raum stellen wollen, zufleiß wandern diese Leute aus ihrer Heimat und aus ihrem Beruf ab?

Ein Weiteres. Die vorliegenden Zahlen sind nach langjährig angewandten Methoden sicherlich sorgfältig — ich betone ausdrücklich sorgfältig — erarbeitet. Das ist unbestritten. Unbestreitbar ist es aber auch, daß Methoden, die für Zeiten relativer Stabilität richtig sind, nicht bei einer höheren Inflationsrate richtig bleiben müssen. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Beibehaltung der alten Abschreibungsmethoden bei den Buchführern, was automatisch zu Scheingewinnen führen muß. Um das ein bißchen zu erklären: Zur Erhaltung des Investitionsstandes muß dann das landwirtschaftliche Einkommen, das als solches ausgewiesen wird, mit herangezogen werden, sonst muß ein Griff in die Substanz erfolgen, weil mit den abgeschriebenen Beträgen wegen der

**Minkowitsch**

hohen Inflationsrate oft nur mehr die halbe Maschine neu angeschafft werden kann. Die Folge davon ist also, daß das rechnerisch ausgewiesene landwirtschaftliche Einkommen de facto nicht persönlich verfügbar bleibt. Das Zustandekommen von Scheingewinnen hat — ich sage es auch hier — dankenswerter Weise der zuständige Ressortminister auf meine diesbezügliche Frage im Finanz- und Budgetausschuß noch bestätigt. Ich habe jetzt nur die Bitte an Sie, Herr Bundesminister, daß Sie Ihre Kollegen im SPO-Klub über diese Zusammenhänge aufklären, damit wir uns Peinlichkeiten hier im Plenum des Parlaments ersparen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber ich habe gleich noch eine zweite Bitte an alle! Man sollte seriöserweise nur Gleiches mit Gleichem vergleichen; nicht hoffen, daß die breite Öffentlichkeit ohnedies nicht weiß, was die Begriffe genau bedeuten.

Dazu möchte ich einige Beispiele bringen. Es wird jetzt sehr gerne mit dem Betriebseinkommen operiert. Hofft man da, daß in der breiten Öffentlichkeit ohnehin niemand weiß, daß darunter der Lohnansatz der bäuerlichen Arbeitskräfte plus den Lohnkosten der familiennfremden Arbeitskräfte plus der Verzinsung des Aktivkapitals zu verstehen ist?

Oder: Es wird sehr gerne damit operiert, daß das landwirtschaftliche Einkommen massiv gestiegen wäre. Ich habe gerade vorhin das Beispiel gebracht: Allein die erhöhte Inflationsrate, die Beibehaltung der alten Abschreibungsmethoden erzwingt, daß das als landwirtschaftliches Einkommen ausgewiesene landwirtschaftliche Einkommen nicht als Einkommen persönlich verfügbar bleibt, sondern zur Erhaltung des Investitionsstandes herangezogen werden muß. Das weiß jeder, der als Praktiker selbst in der Wirtschaft drinnen steht.

Oder: Es wird sehr gerne vom Gesamteinkommen gesprochen. Man hoffte da vielleicht auch, daß ohnedies eine breite Öffentlichkeit nicht weiß — auch gar nicht wissen muß oder auch nicht wissen kann, weil es sogar für Fachleute hier noch manchmal zu Verwechslungen dieser Begriffe kommt —, daß bei diesem Gesamteinkommen das landwirtschaftliche Einkommen, alle Nebeneinkommen, das Sozialeinkommen, die öffentlichen Zuschüsse verstanden werden müssen. Ja, meine Damen und Herren, wenn man nur die eine Zahl hinsichtlich des höheren Sozialeinkommens hier in den Raum stellt, gleichzeitig verschweigt, daß Gott sei Dank die bäuerlichen Familien noch immer zu den kinderreichensten des ganzen Landes gehören und die Kinderkosten ja immer weniger durch diese sozialen Beihilfen gedeckt werden, sieht man doch die ganze schiefe

Argumentation, die mit der Veröffentlichung dieser Zahlen eigentlich verbunden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn man einen ehrlichen Vergleich mit anderen Berufsgruppen herbeiführen möchte, dann müßte man eigentlich vom Arbeitsertrag sprechen, von dem, was man mit seinem Kopf und mit seinen Händen in seiner Wirtschaft tatsächlich an Ertrag herausarbeiten kann. Diese Zahl wird nicht von den Sozialisten verwendet. Sie ist nämlich für das Jahr 1972 je Arbeitskraft mit 25.144 S angegeben, und mit dieser Zahl kann man für ein arbeitsreiches Jahr wirklich keinen Staat machen! Wenn 1972 besser war als 1971 — was ich gerne zugeben möchte, worüber wir uns genauso freuen, denn es ist ja zum großen Teil auch unser Verdienst — und wenn 1972 besser war, als 1973 aller Voraussicht nach werden wird, dann haben wir vieles leider erst nach sehr harten Verhandlungen erreichen können. Ich möchte nur erinnern an die EG-Verhandlungen im Jahre 1972, wo nur wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Parlament die flankierenden Maßnahmen doch auch haben beschlossen werden können. Ich erinnere an das Jahr 1973, wo durch die Aktion des Bauernbundes, etwa siebzig Mal „Stellt die Regierung“, doch in etwa 200 Verhandlungen manches hat erreicht werden können. Meine Damen und Herren, ich war selbst genügend oft Delegationsführer, ich weiß, wie hart man die einzelnen Teilergebnisse hier hat erkämpfen müssen. Mir kann hier niemand ein X für ein U vormachen.

Und jetzt ein Umschwenken auf ein anderes Thema: Frau Minister Dr. Firnberg hat am 6. Dezember hier im Parlament folgendes erklärt: Politik mit dem Geld, das ist ein schwerer Vorwurf der Opposition. Den kann ich nicht im Raume stehen lassen! — Ich sage dazu: Ich anerkenne undachte diese Haltung der Frau Minister Dr. Firnberg in diesem Punkt. Ich würde mir nur wünschen, daß diese Haltung auch Gesamtgut der gesamten Bundesregierung würde und daß man sie auch der österreichischen Land- und Forstwirtschaft gegenüber anwenden würde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die ÖVP hat leider, wie in vielen anderen wirtschaftlichen Dingen, auch hier sehr richtig vorausgesagt, daß ein Finanzminister nur sehr kurz Inflationsgewinner wäre und daß sehr rasch alle österreichischen Staatsbürger die Zeche bezahlen müßten. Nun haben wir für den Monat November mit 8 Prozent-Punkten eine neue besorgniserregende Marke erreicht. Niemand, meine Damen und Herren, kann verantworten, daß bei diesem Preisgalopp, der nicht durch die Landwirtschaft ausgelöst wor-

9080

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Minkowitsch**

den ist, Agrarpreisanträge, die gestellt worden sind, weiter unerledigt lieben bleiben. Die österreichischen Bauern mit weitgehend sozial gebundenen Preisen sind ohnedies die Hauptverlierer der Inflation. Man komme uns nicht mit dem Argument, uns sei die 8 Prozent Inflationsrate zu hoch und dann wollten wir auch noch Preisanträge stellen. Ich müßte dann fragen: Wollen Sie es verantworten, daß trotz dieser 8 Prozent Inflationsrate die österreichische Land- und Forstwirtschaft bei alten Preisen einfrieren soll? Dann riskieren Sie eine Situation, die niemand hier verantworten kann! (Beifall bei der ÖVP.)

Eines geht nämlich wirklich nicht: daß man den Brotpreis wegen der Bäckereiarbeiterlohn erhöhungen jetzt um 50, 60 oder 70 Groschen für alle Konsumenten erhöhen wird, einschließlich der Bauern, die sich ja schon längst ihr Brot auch selbst kaufen, daß aber trotz enorm gestiegener Betriebskosten kein Groschen für den Roggen der Bauern gegeben wird, obwohl keine Produktionsumlenkungen mehr nötig sind wie seinerzeit, als wir den harten Weg der Produktionsumlenkung von Milch auf Fleisch — aber zu Zeiten relativer Stabilität — haben gehen müssen.

Ein weiteres geht auch nicht: Wenn, ausgelöst durch Währungsparitätsänderungen, Fremdenverkehrsrückläufigkeiten und Maul- und Klauenseuchennachwirkungen, der österreichische Viehexport zusammenzubrechen droht, der immerhin für das Jahr 1972 rund 1,5 Milliarden Schilling Deviseneinnahmen erbracht hat, dann kann man nicht gleichzeitig ungestraft 130 Millionen Schilling zweckgebundene Viehabsatzmittel umwidmen für andere staatliche Aufgaben. (Beifall bei der ÖVP.) Dadurch wurde der Zusammenbruch der Viehpreise heraufbeschworen.

Meine Damen und Herren! Ich sage es hier in aller Deutlichkeit; das sind nur ganz kurzfristige Freuden von irgend jemandem, der da glaubt, das Zusammenbrechen österreichischer Viehpreise hätte auch für die Konsumenten eine positive Bedeutung. Im Gegenteil. Die Konsumenten haben davon nichts gehabt. Dieser Schock bewirkt nur, daß niemand mehr bereit sein wird, in diesem Ausmaß weiterzumästen, daß wir in eine Mangelsituation hineinkommen, und was die auf dem Preis sektor bewirkt, brauche ich doch niemandem ernst zu erklären. (Beifall bei der ÖVP.)

Für 1974 kündige ich vorsorglich folgende bedenkliche Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion an — damit nicht nachher wieder irgend jemand kommen und sagen kann, er hätte das nicht gewußt, obwohl er es hätte wissen müssen —: Wenn es nicht gelingt, einige Produktionsmittelkosten radikal und

sofort zu senken, werden wir bei normalem Witterungsverlauf im nächsten Jahr zwangsläufig eine spürbare verringerte Ernte einbringen.

In der Landwirtschaft gilt nämlich das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs, das heißt: Die letzten 10 bis 20 Prozent der Erzeugung werden nur sehr teuer und kapitalintensiv erzeugt durch zusätzliche Düngung, Bodenbearbeitung, Unkraut- und Schädlingsbekämpfung, Beregnung und so weiter. Wenn Dieselsöl und Handelsdünger so teuer bleiben wie jetzt, sind diese Ertragsspitzen kalkulatorisch nicht mehr zu rechtfertigen. Und da wir unsere bürgerlichen Unternehmer zum Rechnen erzogen haben, würden diese Ertragsspitzen auch entfallen. Das muß man doch heute hier klar aussprechen.

Beim Importweizen — wenn wir einen solchen bräuchten — müßten wir bei schlechterer Qualität jetzt um einen Schilling pro Kilogramm mehr bezahlen als für den österreichischen. Bei Importzucker müßte der Konsument rund 10 S bezahlen, wenn wir auf Importe angewiesen wären. Bei teuren Importfuttermitteln springen schlagartig die Fleischpreise hinauf, und zusätzlich würde der Index 1974 dadurch angeheizt werden. Das wäre in unseren Augen falsch. Es ist richtiger und billiger, den Produktionsanreiz für die österreichische Land- und Forstwirtschaft nach wie vor zu erhalten.

Die Symptome der Gefahr einer spürbaren Ertragsreduzierung mit den psychologischen Folgewirkungen für das Angebot für das Jahr 1974 sind bereits vorhanden. Ich bin überzeugt, daß auch der Herr Bundesminister die Neun-Monate-Vergleichszahlen des Handelsdüngerverbrauchs 1972 zu 1973 hat und daß diese Zahlen auch ihn mit Sorge erfüllen werden.

Der Rückgang je nach Sorte im Handelsdüngerverbrauch von 30 bis 40 Prozent ist nicht mehr mit der Ausrede der Mehrwertsteuereinführung irgendwie hinwegzuwischen, sondern das ist ein Faktum, daß hier gespart wird auf Kosten der Erträge der Zukunft. Hier gibt es nur die eine Möglichkeit: Sofort den halben Satz der Mehrwertsteuer zum Abfangen derzeitiger Verteuerungen einzuführen, sonst, um es noch einmal zu sagen, müssen wir mit gefährdeten Ertragschancen des nächsten Jahres rechnen.

Ein weiterer Punkt. Die letzte Dieselpreiserhöhung wird ebenfalls zwangsläufig die Erntemengen drosseln. Wenn sie so im Raume stehen bleiben, wie sie jetzt vorhanden sind — wer wird denn dann noch fünfmal die Zuckerrübenfelder beregnen, nur damit genügend billiger Zucker in Österreich erzeugt werden

**Minkowitsch**

kann, wenn das in der Kalkulation ganz einfach nicht mehr drinnen ist? Das ist doch eine Illusion! Hier muß man sofort zu entsprechenden Maßnahmen greifen.

Nur die sofortige Gestattung der Verwendung von Ofenheizöl für die Land- und Forstwirtschaft würde einem Einsatzschock bei diesem vielgebrauchten Betriebsmittel entgegenzusteuern in der Lage sein. Alles andere ist Vogel-Strauß-Politik und angesichts der Weltlage nach unserer Ansicht unverantwortlich.

Je mehr wir die Betriebsmittelkosten in den Griff bekommen, desto geringer sind die Gestaltungskostenberechnungen auf dem Agrarproduktensektor und desto besser ist das für den gesamten Index. Der halbe Mehrwertsteuersatz für den Handelsdünger, die Gestaltung der Verwendung des Ofenheizöls für die Land- und Forstwirtschaft sind echte Inflationsdämpfungsmaßnahmen und letztlich für den Finanzminister — sieht alles nur in allem — auch die billigste Lösung für den gesamten Staatshaushalt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich warne ausdrücklich vor einer ungerechtfertigten weiteren Verschleppung gestellter Agrarpreisanträge. Ich ersuche wirklich, die Geduld eines Berufsstandes auf diesem Sektor nicht über Gebühr zu belasten. Alles hat seine Belastungsgrenze. Es ist unmöglich, die Inflation auf dem Rücken der Land- und Forstwirtschaft allein finanzieren zu wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Deshalb urgiere ich die endliche Erledigung des Milchpreisantrages und sage ausdrücklich dazu: Wir sind in einem Abkommen über die flexible Gestaltung des Krisengroschens mit der Bundesregierung eingebunden. Es wird nicht möglich sein, daß man nur indexkosmetische Preiserhöhungen bei einzelnen Produkten nachher vornimmt und zufällig die Erhöhungen nur auf solche Milchprodukte darauflegt, die sich nachher beim Export die Landwirtschaft mit dem eigenen Krisengroschen wieder selbst finanzieren muß. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich erinnere an den Roggenpreisantrag. Wissen Sie, was das bedeutet, wenn jetzt der Brotpreis doch einigermaßen hinaufgesetzt werden soll und wenn uns die Bauern fragen: Und für den Roggen keinen einzigen Groschen? Ja ist denn das noch vertretbar? Wo bleibt denn die Gerechtigkeit in diesem Lande?

Ich erinnere an den Zuckerpreisantrag. Ich erinnere daran, daß hier ein Versprechen von Regierungsseite abgegeben worden ist, daß der alte vorhandene Zucker zum alten Preis verkauft wird, daß der neue Zucker mit einem neuen Preis verkauft wird. Der alte Zucker

ist bereits verkauft, dem neuen, der jetzt schon verkauft wird, sind die Preisverhandlungen, ich hoffe, morgen mit einem positiven Ergebnis beschieden.

Ich erinnere an die Regulierung der Futtergetreidepreise, an eine vernünftige Einpendlung der Viehpreise.

Ich anerkenne, daß, obwohl zuerst einmal 130 Millionen Schilling weggeholt worden sind, als erste Rate — das möchte ich ausdrücklich sagen — wenigstens 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt wurden. In der Zwischenzeit ist aber in vielen Betrieben die Katastrophe bereits eingetreten. Sie werden nicht mehr bereit sein, weiter in der Zukunft in diesem Ausmaß zu mästen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir Bauern wollen weiter Österreichs Ernährung sichern, den gesunden Kultur- und Lebensraum erhalten! Verleidet uns doch nicht unseren Arbeitswillen durch eine schlechte Agrarpolitik mit diesem Aushungerungsbudget 1974! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Butter aus Erdöl ist nämlich nicht das, was wir — das ist ein Beispiel für alle Surrogate — als Lebensqualität verstehen. Wer das nicht will, muß uns Bauern verstehen und muß uns auch durch seine öffentlich kundgetane Meinung helfen, besonders unseren Bergbauern, denen ihre naturbedingten Produktions- und Ertragserschwernisse nach einem gerechten System gesondert abgegolten werden müssen.

Das größte agrarische Strukturgesetz ist seiner Wirkung nach — das wurde auch gestern von unserem Kollegen entsprechend dargestellt — das Bauernpensionsgesetz der Österreichischen Volkspartei. Noch immer fehlt als Ergänzung zum sinnvollen Ganzen die schrittweise Heranführung der bürgerlichen Zuschußrenten an die Bauernpension, wie das seinerzeit ÖVP-intern beschlossene Sache gewesen ist. Diese Forderung kann gar nicht oft genug wiederholt werden!

Trotz Minister Staribachers eifrigem Bemühen läßt sich die Ölkrise nicht mehr beschönigen. Vielleicht kam sie noch rechtzeitig genug, um nachdenken und Schlüsse ziehen zu können, auch für andere Bereiche.

Nur ein rechtzeitiges Umdenken gegenüber der österreichischen Land- und Forstwirtschaft wird uns vor noch empfindlicherem Fiasko bewahren. Ich betone: rechtzeitig, weil auch das unschätzbare Kapital der Produktionskraft unserer Landwirtschaft für die Neutralitätspolitik Österreichs rasch, viel rascher als wir glauben, verwirtschaftet werden kann.

Das vorliegende Landwirtschaftsbudget und der Grüne Plan 1974 sind Ausdruck einer SPÖ-Agrarpolitik, die die Alarmglocken unse-

9082

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Minkowitsch**

rer Zeit nicht hören will. Deshalb lehnen wir von der ÖVP diese auch ab! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Meißl.

**Abgeordneter Meißl (FPO):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Budgetdebatte, im Speziellen natürlich die zur Behandlung stehenden Kapitel, geben Gelegenheit und Anlaß, sich mit den Fragen — in diesem Fall mit denen der Landwirtschaft — auch grundsätzlich zu befassen.

Ich darf einleitend folgendes feststellen: Wir Freiheitlichen sind nicht in der Lage, diesen Ansätzen unsere Zustimmung zu geben, weder dem Grünen Plan, dem Grünen Bericht der Bundesregierung noch dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft und den Preisausgleichen. Dies ist sehr wohl überlegt und entspricht unseren bisherigen Grundsätzen, genau zu prüfen, ob in den Budgetansätzen eine fortschreitende und zielführende Agrarpolitik zum Ausdruck kommt.

Herr Bundesminister! Wir müssen feststellen, daß dies nicht der Fall ist, denn aus diesen Ansätzen ist ersichtlich, daß die Agrarpolitik materiell eingefroren ist. Wir haben seit zwei Jahren die gleichen Ansätze und wir haben — das muß doch klar festgestellt werden — keine verbesserte Situation.

Wir haben im Jahre 1972 dank der Erntergebnisse und so weiter sicherlich bessere Einnahmen gehabt, die im Jahr 1973 ausgleichend wirken konnten. Ich komme darauf noch zurück. Wir haben ja vom Förderungsdienst einen Sonderdruck bekommen. Stellen Sie doch selbst am Anfang fest, daß eben Er schwernisse durch verschiedene Ereignisse eingetreten sind und daß dafür im Budget keine Vorsorge getroffen ist!

Es sind die gleichen Beträge, aber real sind sie weniger geworden. Real ist auch — das sei durchaus festgestellt — der Grüne Plan mit seinem Bergbauern-Sonderprogramm, das von uns im Jahre 1971/1972 positiv beurteilt wurde und das hier eingefroren ist. Das heißt: Mit dem gleichen Geld wird man weit weniger machen können.

Es wurde bereits gesagt, daß die Inflationsrate hier eine wesentliche Rolle spielt. Herr Bundesminister! Das ist in einer Situation der Fall, in der Chancen für die Landwirtschaft gegeben wären, aus ihrer schwierigen Situation, aus ihrer Problemstellung herauszukommen. Denn die Öffentlichkeit hat doch heute — so hoffen wir zumindest — ein weit größeres Verständnis für die Probleme der Landwirtschaft. Es sind zwei Dinge eingetreten,

die das Verständnis der städtischen Bevölkerung — so glauben wir — für die Landwirtschaft wirklich geweckt haben.

Das ist einerseits — es wurde bereits gesagt — die Situation auf dem Ernährungssektor. Wie froh sind wir heute, daß wir sagen können, wir werden uns im Notfall selbst ernähren können! Zweitens weiß man ja heute, daß die Fragen des Umweltschutzes gerade in der Landwirtschaft eine erhöhte Bedeutung haben. Sie sind es doch, die letzten Endes die Überlebenschance vergrößern, weil sie die wichtigsten Güter noch zur Verfügung stellen können. Das sind gesunde Luft und gesundes Wasser. Diese zwei Ereignisse hätten ja eine SPÖ-Regierung, einen SPÖ-Landwirtschaftsminister zu sagen veranlassen müssen: So, und jetzt wollen wir wirklich zielführende Maßnahmen setzen, um das zu erreichen.

Herr Bundesminister! Es muß doch folgendes gesagt werden. Es wurde von der Regierung Kreisky I und vor allem von der Regierung Kreisky II in der Regierungserklärung versprochen, die Landwirtschaft auf allen Gebieten wirtschaftlich, kulturell, sozial an die übrigen Berufsstände heranzuführen. Ich muß feststellen, daß dies trotz der Regierungserklärung bisher nicht der Fall war. Hier muß man doch feststellen, daß das nicht geschehen ist.

Herr Bundesminister! Wenn man das heutige Budget ansieht, so kommt man zu dem Schluß, daß die Landwirtschaftspolitik der SPÖ gescheitert ist, daß sie resigniert, daß sie eben meint, es sei mit den Stimmen auf dem Lande kein politischer Ertrag — nicht politisches Geschäft — mehr sicherzustellen.

Meine Damen und Herren! Sie wissen doch selbst ganz genau, der Wahlerfolg des Jahres 1971 war unter anderem auch damit begründet, daß eine gute Landwirtschaftspolitik angezielt wurde. Es muß auch der ÖVP gesagt werden, Herr Präsident Minkowitsch, die in den Jahren 1966 bis 1970 nicht in der Lage war — ich weiß, es war schwieriger —, die Probleme so zu lösen, daß eben hier die Gleichstellung der Landwirtschaft, die von allen versprochen wurde, zu erreichen war. Das wurde aber dann versprochen. Was ist daraus geworden, Herr Bundesminister? Ich glaube, man hat, wie ich es bereits sagte, resigniert, weil man weiß, hier ist anscheinend nichts mehr zu holen.

Darf ich vielleicht die Frage stellen: Wie sieht es wirklich in der Landwirtschaft aus?

Ganz kurz sei festgestellt — es wurde auch von meinem Vorredner schon im wesentlichen gesagt —: Die Erzeugerpreise sind stabil geblieben — mit kleinen Schwankungen nach oben und nach unten —, und die Betriebs-

**Meißl**

mittelpreise laufen davon. Ich komme noch im einzelnen auf diese Frage, die hier schon erwähnt wurde, zurück.

Das wichtigste Betriebsmittel ist zweifelsohne der Treibstoff für die Landwirtschaft. Wir sehen auch den Handelsdünger als wichtiges Betriebsmittel an. Es wurde bereits die Forderung erhoben, mit der ersten Novellierung des Mehrwertsteuergesetzes den Handelsdünger auf den Satz von 8 Prozent herabzusetzen.

Wir stellen also fest, die Kostenschere hat sich weiter geöffnet und vom Budget und vor allem von den Förderungsmitteln — auf die kommt es ja an — ist keine Entlastung zu erwarten.

Man hat manchmal den Eindruck, Herr Bundesminister, daß Sie mehr oder weniger zum Stillhalteminister dieser Regierung ernannt worden sind, mit dem Auftrag, in der Landwirtschaft möglichst Ruhe zu halten. Das ist sehr schade, Herr Bundesminister, denn Sie hätten die große Chance gehabt, die Dinge wirklich zum Besseren zu wenden. Sie haben sicherlich auch die Voraussetzungen — auch das sei objektiverweise festgestellt —, doch Sie waren nicht in der Lage, sich gegenüber Regierung, Kanzler und Finanzminister so weit durchzusetzen, um die notwendigen Mittel sicherzustellen.

Herr Bundesminister! Sie haben sich zu dieser Handlung einen Partner gesucht — ich muß das heute wieder sagen —: Es ist der Präsident der Präsidentenkonferenz, Lehner, mit dem Sie, das sei Ihnen durchaus konzediert, ein sehr gutes freundschaftliches Verhältnis verbindet und mit dem Sie diese Stillhaltetätigkeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft durchführen. Wie lange es geht, das ist die Frage. Herr Präsident Minkowitsch hat dies schon angezogen und gemeint, es wird im nächsten Jahr sehr, sehr kritisch werden. Wir werden es ja sehen.

Herr Bundesminister! Sie wissen, daß seit einiger Zeit Bauerngespräche stattfinden. Es wurde auch wiederholt im Hohen Haus schon gesagt, daß die Landwirtschaft damit die Hoffnung auf konkrete Ergebnisse verbunden hat.

Wie sieht es aber in der Praxis aus? In der Praxis ist es so, daß der Herr Bundeskanzler in seiner unendlichen Güte — möchte ich fast sagen — bei den großen Bauerngesprächen bestimmte Dinge in Aussicht stellt; dann stellt der Herr Finanzminister bei Gesprächen, wie beispielsweise über den Dieselpreis oder über die Ausgabe des gefärbten Dieselöles im Rahmen des Ofenheizöles fest: So war das nicht gemeint, der Herr Bundeskanzler war vielleicht nicht ganz orientiert; aber er hat es aus

einem bestimmten Anlaß versprochen, wie wir sehr wohl wissen. Und Sie, Herr Landwirtschaftsminister, sind dann nicht in der Lage, mit dem entsprechenden Nachdruck zu sagen: So geht es einfach nicht. Damit werden Sie zum Prügelknaben der Landwirtschaft, Herr Landwirtschaftsminister, wenn Sie ständig Bauernopfer bringen müssen, was sicherlich nicht in Ihrem Interesse ist.

Ich darf noch einmal sagen: Die SPÖ, die sozialistische Regierung und der sozialistische Landwirtschaftsminister hätten alle Chancen gehabt, sie haben sie aber nicht genutzt.

Abschließend darf ich noch folgendes feststellen: Auch die ÖVP war seinerzeit nicht in der Lage, die Probleme der Landwirtschaft zu meistern. Es mußte auch ein Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer beispielsweise im Jahr 1967 Hunderte Millionen an Kürzungen — ich weiß, in einer anderen Situation — hinnehmen. Das Rangeln zwischen Finanzminister und Landwirtschaftsminister ist meistens zugunsten des Finanzministers ausgegangen. Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister, geht es genauso. Und man kann feststellen, daß weder die Landwirtschaftspolitik der ÖVP noch die — ich muß es sagen — nur auf Stimmenfang bedachte Politik der SPÖ die Gleichberechtigung für die Landwirtschaft, die beide Gruppen immer als ihr oberstes Ziel proklamiert haben, herstellen konnte.

Meine Damen und Herren! Ich wende mich jetzt bestimmten speziellen Problemen zu. Es wird heute mit den Stimmen der Regierungspartei, wie wir schon wissen, sowohl das Budgetkapitel wie auch der Grüne Plan, der Grüne Bericht der Bundesregierung verabschiedet.

Dieser Grüne Bericht liefert auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes die Arbeitsunterlagen für die Erstellung des Grünen Planes und die für die Landwirtschaft notwendigen Voraussetzungen. Wenn wir uns diesen Grünen Bericht genauer ansehen, so kann man feststellen, daß die objektiven Merkmale zur Erstellung dieses Grünen Berichtes — den wir auch ablehnen — nicht gegeben sind. Ich glaube, es ist weitestgehend bekannt, daß es 1946 Testbetriebe in der Landwirtschaft gibt, die dann die Grundlage für diesen Bericht bilden. Es kommen dann noch Spezialbetriebe dazu, wie Betriebe der Weinwirtschaft und 96 Gartenbaubetriebe, die dann von der Buchführungsgesellschaft ausgewertet werden und für diesen Grünen Plan die Grundlage bilden.

In dieser Erfassung sind jedoch Mängel zu finden. Mangel Nummer 1 ist, daß im Grunde genommen nur Voll- und Zuerwerbsbetriebe für die Erstellung des Berichtes herangezogen

9084

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Meißl**

werden, während die Nebenerwerbsbetriebe, die 1970 schon bei 39 Prozent ausmachten und heuer wahrscheinlich — die Ziffern gehen noch auseinander — 45 Prozent ausmachen, bisher ausgeklammert wurden. Sie sind ja, ob wir es wollen oder nicht, ein wesentlicher Faktor der Landwirtschaft, und sie sind auch von allen Fraktionen als ein wesentlicher Faktor anerkannt worden. Mit anderen Worten: Fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe — von der Zahl her gesehen — fallen bei diesen Erhebungen unter den Tisch.

Das dürfte auch die Ursache dafür sein, daß die Ergebnisse der land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft und des Instituts für Wirtschaftsforschung auseinandergehen. Es ist zwar bekannt, daß man jetzt einige hundert Betriebe dazunehmen will, aber nach unserer Meinung müßte man mindestens tausend verschiedene große Betriebe mit einbeziehen, um wirklich ein echtes Bild zu bekommen.

Ich darf aber objektiverweise feststellen, daß die Nebenerwerbslandwirtschaften nur 15 Prozent der gesamten Fläche bewirtschaften.

Als eine zweiten Mangel möchte ich feststellen, daß auch eine Begriffsklärung notwendig ist. Es wird immer wieder von Nebenerwerbslandwirtschaften, Nebenerwerbseinkommen und Nebeneinkommen gesprochen, wobei man anscheinend verschiedene Dinge meint.

Ich glaube, es ist unbestreitbar, daß man bei einem Nebenerwerbsbetrieb nur jene Betriebe meint, bei denen das Betriebsleiterhepaar weniger als 50 Prozent seiner Arbeitszeit zu dessen Bewirtschaftung verwendet und über 50 Prozent einem außerlandwirtschaftlichen Haupterwerb nachgeht; das heißt, daß nur derjenige einen Nebenerwerb betreibt und damit aus der Landwirtschaft ein Nebenerwerbs- und Nebeneinkommen bezieht. Im Grünen Bericht hingegen ist mit Nebeneinkommen das außerlandwirtschaftliche Zuerwerbseinkommen gemeint.

In diesem Sinne sind diese Begriffe irreführend. Im Landwirtschaftsministerium weiß man nicht genau Bescheid, wie die Ertragslage der 141.000 Nebenerwerbslandwirtschaften in Wirklichkeit aussieht. Es gibt keine einschlägige Untersuchung. Hier wäre unserer Meinung nach für die Agrarforschung ein echter Nachholbedarf.

Mangel Nummer drei: Im Grünen Bericht, speziell im Grünen Bericht 1972, ist immer wieder davon die Rede, daß die Landwirte sehr produktiv gewirtschaftet und demnach sehr hohe Produktivitäten erreicht hätten. Es wurde auch das schon angezogen. So wird insbeson-

dere auf die hohe Arbeitsproduktivität — verstanden als Rohertrag pro Arbeitskraft — hingewiesen. Laut Grünen Bericht 1972 sind diese Werte je nach Produktionsgebiet zwischen 10 und 20 Prozent gegenüber 1971 angestiegen. Aber diese Steigerungen sind ja noch lange kein Erfolgsbeweis für eine gesunde Agrarpolitik. Denn sie kommen ja unter ganz anderen Voraussetzungen zustande. Warum? Es wurde auch das gesagt. Bei gleichbleibender Produktion und gleichem Preisniveau, aber unter Berücksichtigung einer Abwanderung steigt automatisch die Arbeitsproduktivität. Sie steigt sogar bei geringerer Produktion und Preisniveau auch dann noch, wenn die Abwanderung entsprechend höher ist. Was soll das heißen? Es ist im Grunde genommen ein statistischer Begriff und hat keinen praktischen Aussagewert über die Erfolgslage der Landwirtschaft.

Als weiteren Mangel möchte ich feststellen, daß wichtige betriebswirtschaftliche Kennziffern, wie etwa die Eigenkapitalbildung der landwirtschaftlichen Betriebe, mit keinem Wort erwähnt werden. Es ist zwar viel von der Verzinsung des Aktivkapitals die Rede, doch dieser Meßbegriff sagt ja wenig aus, da ein Betrieb, der fast ausschließlich mit Fremdkapital wirtschaftet, dennoch eine hohe Verzinsung erreichen kann, obwohl er fast kein Eigenkapital aufweist und über kurz oder lang praktisch nicht mehr wird bestehen können.

Eine Abnahme der Eigenkapitalbasis signalisiert langfristig den Beginn der Existenzgefährdung. Darüber besteht gar kein Zweifel. Wir haben hier ein paar Ziffern aus der deutschen Landwirtschaft, die auch aussagen, wie das aussieht. Im Durchschnitt der Jahre 1968/69/70/71 — das sind die Ziffern, die zur Verfügung stehen — konnten nur 63 Prozent, nicht einmal zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe, ihr Vermögen mehren, 37 Prozent haben hingegen echte Vermögensverluste erlitten. Hier ist es die Meinung von uns Freiheitlichen, daß der Grüne Bericht unter Berücksichtigung dieser Faktoren, die ich jetzt eben aufgezählt habe, wirklich besser erstellt, verbessert werden soll, damit eben aussagekräftige Daten über die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe vorliegen, die dann die Grundlage für die Erstellung eines Grünen Berichtes der Bundesregierung bilden.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon kurz angezogen, daß wir Österreicher ja jetzt sehr froh über die Feststellung sind, daß wir uns — bei gewissen Umschichtungen, bei gewissen Einschränkungen — vielleicht selbst ernähren können.

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9085

**Melßl**

Die Landwirtschaft ist anscheinend doch nicht das Faß ohne Boden, wie es oft dargestellt wird, wo man nur hineinbuttern kann und im Grund genommen nichts herauskommt. Jetzt jedenfalls haben wir die Gewißheit, daß wir im echten Krisenfall — und er möge nicht kommen — uns selbst ernähren können. Hier muß doch festgestellt werden: Es ist das Verdienst einer immer noch funktionsfähigen Landwirtschaft — trotz aller Er schwernisse und obwohl die Gleichstellung nicht erreicht wurde; sie will ja keinen Vorteil, sie will kein Privileg, sie will aber die Gleichstellung mit den anderen Berufsgruppen —, es ist das echte Verdienst dieser Landwirtschaft, daß wir heute sagen können: Die Ernährung ist auf jeden Fall gesichert. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir in die Zeitungen sehen, so spiegelt sich in der Presse diese Meinung fast täglich wider. Nehmen wir nur einen kleinen Auszug aus den Presseberichten auf diesem Gebiet. Ich möchte nur ein paar Pressestimmen zitieren.

„Kleine Zeitung“ vom 22. 9.:

„Der Hunger in der Welt gewinnt Boden. Die Welternährungslage ist 1973 schwieriger als zu irgendeiner Zeit seit den Jahren, die unmittelbar den Verwüstungen des zweiten Weltkriegs folgten‘, mit diesem Alarmruf wendet sich Dr. A. H. Boerma, Präsident der in Rom arbeitenden Welternährungsorganisation (FAO), in einem Jahresbericht an die Öffentlichkeit. Nach Schätzungen der FAO wird die Agrarproduktion in diesem Jahr zum erstenmal seit Kriegsende zurückgehen. Die Bevölkerung ist aber zur gleichen Zeit um rund 75 Millionen Menschen gewachsen.“

Ich glaube, das ist ein Alarmzeichen.

„Kärntner Tageszeitung“ vom 7. 10. dieses Jahres: „Ernährungskrise wirft bedrohliche Schatten. FAO“ — es ist das gleiche Thema — „äußerst besorgt.“ Und hier wird dann zitiert, daß alles knapper wird, teurer wird und dann wird gesagt:

„Aber US-Außenminister Henry Kissinger zeichnete diese Woche vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen ein düsteres Bild. Er warnte vor einer bedrohlichen Verknappung der Nahrungsmittelvorräte der Welt und regte an, die UNO solle im kommenden Jahr eine Welternährungskonferenz einberufen.“

Meine Damen und Herren! Wer hätte vor Jahren noch daran gedacht, daß man eine Welternährungskonferenz fordern müßte, um mit diesen Problemen fertig zu werden, wo ja bisher die Meinung war, agrarpolitisch haben wir nur Überschüsse in der Welt.

Darf ich eine andere Zeitung — nur die Überschrift — zitieren: Die „FURCHE“ vom 8. September: „Das Ende der agrarischen Überschüßära. Generalprobe des Hungers.“ Und so geht es weiter.

„Es fehlen 115.000 Rinder.“ — Ich komme noch auf die besondere Situation der österreichischen Landwirtschaft mit dem „Fast-Zusammenbruch“ der Rinderpreise. Hier wird in einem Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ die Rindfleischsituation zitiert, daß eben 115.000 — man muß sich das überlegen — Rinder fehlen.

Ich möchte auf die Frage des Weizens nicht näher eingehen, aber der Weizenüberschuß beträgt 140.000 Tonnen, daß jetzt Schwierigkeiten bestehen, ist ein anderes Kapitel. Es wurde ja bereits darüber gesprochen.

Und so glaube ich, daß nur mit Zitierung dieser paar Zeitungsstimmen doch die Ernährungssituation der Welt deutlich gemacht wurde und wir Österreicher froh sein können, daß wir hier keine unmittelbaren Sorgen haben. Aber es muß noch einmal festgestellt werden: Das ist zweifelsohne das Verdienst einer immer noch funktionsfähigen Landwirtschaft.

Darf ich zu einem zweiten Punkt, zu dem mein Parteifreund Dr. Scrinzi dann im besonderen noch Stellung nehmen wird, Frage Umweltschutz, Bergbauernproblem und so weiter, nur ganz kurz zitieren. Auch hier hat ein Umdenken eingesetzt. Auch hier weiß man, daß die Landwirtschaft plötzlich einen Stellenwert bekommen hat, wie das so schön heißt.

Ich zitiere nur Überschriften: „In fünf Jahren 16 Milliarden Schilling für Bergbauern.“ Oder die Konferenz in Bozen: „Sieben Gebote für die Rettung der Alpenbauern.“ „Bergbauern sollen ab 1974 Zuschüsse gerechter erhalten.“ Darauf komme ich noch. Und vor allem ein Artikel in den „Salzburger Nachrichten“: „Regionalpolitik statt Agrarförderung.“ Hier wird doch etwas festgestellt, Herr Minister! Hier muß ich Sie fragen, wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? In diesem Artikel — Sie werden ihn sicher kennen — wird gesagt: „In der Bundesregierung wird die schwache Dotations des Agrarbudgets mit einer Änderung in der Landwirtschaftspolitik begründet.“ Sie gibt eine schwache Dotations von Haus aus zu. Wenn gefragt wird: Wie ist die Gegenleistung auf der anderen Seite?, so heißt es: „Von bürgerlicher Seite wird hier allerdings entgegengehalten, daß die Verlagerung der Politik nur einseitig festzustellen sei. Die Regierung bremse zwar die landwirtschaftliche Förderung, doch seien auf der anderen Seite keine entsprechenden Mittel für regionalpolitische Aspekte im Sinne einer Förderung

9086

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Meißl**

des ländlichen Raumes eingesetzt worden.“ Es ist die Rede von der Verlagerung „regional-politischer Aspekte“. Aber die Mittel sind nirgends sichtbar, Herr Bundesminister. Hier würde ich wirklich um Ihre Stellungnahme bitten: Wie sehen Sie diese Dinge?

Wenn ich hier noch eine Zeitungsmeldung kurz zitiere, so deshalb, weil es vielleicht doch einer Aufklärung bedarf; ich weiß nicht, ob es stimmt. Unter dem Titel „Indexritt auf Bauernrücken“ — es geht hier wieder um die Bergbauern — heißt es unter anderem im „Salzburger Volksblatt“:

„Erwarten sich die Agrarier in Anbetracht der katastrophalen Lage auf den Rindermärkten, wo die Bauern einen totalen Preiszu-sammenbruch in Kauf nehmen müssen, einen manhaftigen Schritt des Ministers (er könnte ja eine Weisung zum Stop der Importe geben, wenn er was für die Bauern übrig hätte), so grinst man“ — bitte, ich zitiere nur — „im Ministerium hinter vorgehaltener Hand darüber, daß sich die Bauernvertreter im Viehverkehrsfonds, dazu zählt auch der Salzburger Kammerpräsident Schifferegger“ — er wird dort zitiert, weil es ein Salzburger Artikel ist — „zu keinem Veto bewegen ließen. Im Fonds, wo zu gültigen Beschlüssen die Vier-fünftelmehrheit notwendig ist, wäre es theoretisch möglich. Sagt man im Ministerium, der Lehner, der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, sollte seinem Freund Ossi“ — gemeint ist, glaube ich, der Landwirtschaftsminister — „solches nicht antun, so verweisen die Agrarier darauf, daß sie an die Beschlüsse des Fonds, die zu Beginn des Jahres gefaßt worden seien, gebunden wären.“

Vielleicht ist das eine Vereinbarung, Herr Präsident Minkowitsch. Ich zitiere es nur deshalb, weil ich glaube, daß, wenn schon Möglichkeiten eines Vetos, einer Sperre bestehen, sie meiner Ansicht nach auch die Vertreter der Landwirtschaft — das sind Sie — entsprechend wahrnehmen müßten.

Herr Bundesminister! Sie haben uns allen heute, glaube ich, einen Sonderdruck beschert, einen Sonderdruck — ich habe schon darauf Bezug genommen —, der dem Förderungsdienst zugedacht ist, indem Sie einen Überblick über die gesamte agrarpolitische Situation geben und einen vielleicht kurzen Ausblick. Interessant und wichtig erscheint mir nur, daß Sie selbst feststellen: Nach einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung im Jahre 1972 war die österreichische Landwirtschaft im Jahr 1973 mit Schwierigkeiten konfrontiert, die vor allem internationale wirtschaftliche Probleme zur Ursache hatten. — Wissen wir. — Die aus dem Ausland eingeschleppte, durch Monate in Ostösterreich grassierende Maul-

und Klauenseuche — auch bekannt — und die Probleme des Weltwährungssystems, sowie die Preisentwicklung auf dem Futtermittelsektor bereiten vor allem der heimischen Viehwirtschaft große Sorgen.

Die gegen Jahresende aufgetretenen Versorgungsschwierigkeiten auf dem Rohölsektor blieben ebenfalls nicht ohne Auswirkungen auf die Landwirtschaft.

Ja, Herr Bundesminister, hier stellen Sie ja fest, daß es nach dem angeblich oder sicherlich zum Teil berechtigt angezogenen Jahr 1972 schlechter geworden ist, schwieriger geworden ist. Die Regierung legt uns ein Budget vor, das hier einfach keine Möglichkeiten vorsieht, durch entsprechende zielgerichtete Förderungen aus allen Schwierigkeiten herauszukommen.

Ich komme noch einmal auf das Betriebsmittel Treibstoff. Herr Bundesminister, ich will nichts wiederholen, was hier schon gesagt wurde, nur haben wir alle die große Sorge, daß hier die Verhandlungen wieder auf die lange Bank geschoben werden. Das heißt, es ist uns wohl versprochen, im Jänner werde in diesen Gremien weiterverhandelt über die Einführung eines gefärbten Dieselöles in der Form des Ofenheizöles. Wir waren Teilnehmer an dieser Enquête. Wir haben gehört, welche Schwierigkeiten ganz plötzlich auftauchen. Wir haben auch gehört, daß der Herr Finanzminister mehr oder weniger feststellte: Ja, ganz so ist das ja nicht zu machen, wie der Herr Bundeskanzler das gesagt hat. Seine Erklärungen wurden ja im oberösterreichischen Wahlkampf zitiert. Er hat es klar so zum Ausdruck gebracht. Und wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, so sind das doch seine eigenen Erklärungen — ich nehme die „Kleine Zeitung“ vom 21. September —, wie es in einem Artikel über ein Referat, das Kreisky gehalten hat, heißt:

„Bemerkenswert und neu war ein Zugeständnis des Bundeskanzlers an die Bauern: Die Verbilligung für das von der Landwirtschaft verwendete Gasöl könne neu geregelt werden, kündigte Kreisky an. Derzeit beträgt die Verbilligung mit Hilfe der Mittel des Grünen Planes 80 Groschen pro Liter. Es könnte dieses für Heizzwecke verwendete Öl, das eine Ermäßigung bei der Mineralölsteuer genießt, auch zum Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen, wie Traktoren, freigegeben werden. Damit würde sich der Literpreis um 1,33 S vermindern.“

Ich glaube, es ist bekannt, daß Österreichs Bauern immer noch das teuerste Dieselöl Westeuropas fahren müssen. Herr Bundesminister, Sie sind natürlich nicht der unmittelbar zuständige Minister, ich weiß schon, das

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9087

**Meißl**

ist der Herr Finanzminister, Sie müssen aber Ihren ganzen Einfluß dort geltend machen, daß diese Frage so oder so raschest einer Klärung zugeführt wird. Herr Bundesminister! Wo ein Wille ist, ist auch immer ein Weg. Nur zweifeln wir Freiheitlichen schon sehr daran, daß der Wille in der sozialistischen Bundesregierung überhaupt vorhanden ist, hier eine entsprechende Erleichterung zu schaffen. (*Beifall bei der FPO.*)

Wir haben — das möchte ich auch noch einmal wiederholen — dieses gefärbte Dieselöl für die Landwirtschaft schon in den Jahren der ÖVP-Regierung wiederholt verlangt. Damals gab es noch Schwierigkeiten, weil man meinte, es sei nicht sicher, ob dieses gefärbte Dieselöl für die Traktoren verwendbar ist. Das war in den Jahren 1970, 1971. Wir konnten uns damals noch nicht durchsetzen. Wir konnten nur eine entsprechende Aufstockung der Treibstoffrückvergütung — muß ich Ihnen sagen — erreichen, und es blieb im Forderungsprogramm.

Jetzt sind sich im Grunde genommen alle darüber einig, auch die SPÖ. Es geht nur mehr darum, daß von den zuständigen Stellen der entsprechende Weg freigemacht wird. Herr Bundesminister! Wenn es im Jahr 1974 — im Budget haben Sie ja nicht vorgesorgt; das heißt, Sie haben vorgesorgt mit 125 S pro Punkt Treibstoffrückvergütung; Sie rechnen also damit, daß Sie im Jahr 1974 noch das System der Rückvergütung durchführen müssen — nun also nicht möglich sein sollte, dann muß eine entsprechende Aufstockung der Treibstoffrückvergütung, zumindest für das Jahr 1974 oder das halbe Jahr 1974, den Ausgleich für den erhöhten Dieselpreis schaffen. Sonst ist es einfach der Landwirtschaft nicht möglich, daß sie wirklich dieser Preisschere auskommt. (*Beifall bei der FPO.*)

Hochinteressant ist, meine Damen und Herren — ich führe es nur als Beweis an —, daß das Umdenken ja überall stattgefunden hat, nicht nur — ich sage das ausdrücklich — bei der ÖVP, sondern auch bei der SPÖ. Ein Artikel aus der „Kärntner Tageszeitung“ — ich glaube, es ist bekannt, welcher Couleur diese Zeitung ist; sie ist eine Parteizeitung der Sozialisten —, ein Artikel vom 18. 11. 1973 beweist das. Es heißt hier: „Wo ist die Agrarkostenrechnung?“

„Die heimische Landwirtschaft muß im Prinzip die Ernährung der österreichischen Bevölkerung garantieren können — besonders dann, wenn in internationalen Krisen keine Lebensmittel importiert werden können. Und sie muß uns die Kulturlandschaft sowie im engeren Sinn die Erholungslandschaft, ja überhaupt

den ganzen Lebensraum mit sauberem Quellwasser, reiner Luft und Energiereserven im Gebirge erhalten.“

„Aber all das kostet Geld. Denn es sollte niemand annehmen, daß ein Bauer um Gottes Lohn arbeitet, wenn er in den industriellen Ballungsräumen bei 40-Stunden-Woche und garantiertem Mindesturlaub, eventuell bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und bei innerbetrieblicher Mitbestimmung, mehr verdienen kann.“

„Was kann man also tun?“ — Und hier wird es interessant:

„Zuerst sollte man einmal feststellen, wieviel die Produktion von einem Liter Milch, von einem Kilo Fleisch oder von einem Kilo Getreide überhaupt kostet. Dabei wird zu achten sein, wo dies alles produziert wird, denn im flachen und fruchtbaren oberösterreichischen Voralpenland ist die Produktion sicherlich billiger als im gebirgigen Lesachtal.“

„Die verschiedenen Produktionskosten stellt man dann jenen Preisen gegenüber, die man den Konsumenten zumuten kann oder will — unter entsprechender Berücksichtigung eines allfälligen Zwischenhandels.“

„Und die Differenz zwischen den Beträgen erstattet man dem Bauern in Form eines ‚Produktionsbedingungsausgleichs‘. Dadurch kommt man auch von dem Begriff Subvention weg, dem immer noch der Geruch des Almosens anhaftet.“

Der Artikel ist hundertprozentig zu unterstreichen. Er bestätigt nämlich im wesentlichen das von uns Freiheitlichen immer wieder geforderte Recht, daß auch die Landwirtschaft und der Bauer kalkulieren darf. Wie das dann umgesetzt wird, ist eine andere Frage. Wenn man dem Konsumenten den echten Preis nicht zumuten kann, dann muß man der Landwirtschaft nach Durchrechnung entsprechende Erstattungsbeträge zur Verfügung stellen. Es ist erfreulich, daß auch im sozialistischen Lager hier anscheinend ein Umdenken stattfindet. Oder ist es nur ein Alleingalopp? Das weiß ich nicht.

Meine Damen und Herren! Wenn ich noch ganz kurz zu ein paar Fragen Stellung nehmen darf, so ist es zunächst die Frage der vielzitierten Strukturpolitik. Seit Mitte der sechziger Jahre geistert doch das Wort „Strukturpolitik“ durch die Lande, ist ständig in allen Diskussionen im landwirtschaftlichen Bereich mit dabei, wobei man vor allem die Betriebsgrößen- und die Bestandsgrößenstruktur im Auge hatte. Man vertrat ganz offen die Ansicht, jeder landwirtschaftliche Betrieb müsse über kurz oder lang vor die Hunde gehen, der nicht

9088

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Meißl**

partout Land zupachte oder gar zukaufe, um sich um ein Vielfaches zu vergrößern. Diese, ich möchte sagen, Strukturhudelei fand 1968 im sogenannten Mansholt-Plan ihren „fragwürdigen“ Höhepunkt, muß man allerdings sagen. Seither ist es um diesen agrarpolitischen Gag sehr, sehr still geworden. Es ist, glaube ich, auch bekannt, daß der Herr Mansholt selbst bei seiner Verabschiedung aus dem agrarpolitischen Bereich meinte, es war ja alles nicht so gemeint, wie es seinerzeit ausgesehen hat, denn man muß auch die menschliche Seite und die Verödung des ländlichen Raumes mit in Betracht ziehen. Also auch beim Herrn Mansholt hat ein Umdenken eingesetzt, wobei ja in Österreich von Haus aus klar war, daß solche Pläne bei uns nie in die Tat umzusetzen gewesen wären.

Nun möchte ich eines sagen — ich habe das schon einmal gesagt —: Vielleicht war es notwendig, daß ein Herr Mansholt die Westeuropäer mit dieser Frage einmal konfrontieren mußte, damit man wirklich auch in der Strukturpolitik beginnt umzudenken. Hierin, möchte ich sogar sagen, liegt ein gewisses Verdienst Mansholts. Nur kann man sagen, Gott sei Dank haben unsere Landwirte diese Pläne — sie könnten sie auch nicht — nicht in die Tat umgesetzt, sonst würde es heute sehr, sehr schlecht ausschauen. Es wäre aber auch aus ordnungspolitischen und eigentumsrechtlichen Gründen nicht möglich gewesen.

Man muß sich aber trotzdem Gedanken machen, meine Damen und Herren: Wie soll es weitergehen? Hier müßte man sich einmal folgendes überlegen: Bisher war es so, daß man versucht hat, die Agrarstruktur der fortelenden Technik anzupassen. Das ist, wie nicht anders zu erwarten, über das bestehende agrarpolitische Instrumentarium nicht möglich gewesen und auch gescheitert. Es sollte daher neben den bisherigen bewährten Maßnahmen, wie Besitzaufstockung, Kommassierung und so weiter, eine Neuorientierung der Organisationsstruktur ins Auge gefaßt werden. Darunter ist vor allem die umfassende Einführung und Propagierung des partnerschaftlichen Gedankens zu verstehen. Hier liegen echte Chancen für eine Verbilligung der Betriebsmittel in der Landwirtschaft!

Auf dem Gebiete des Maschineneinsatzes gibt es eine Reihe von Organisationsformen, angefangen bei Maschinenringen über die Maschinengemeinschaften bis zu den Lohnunternehmen und so weiter. Ich möchte bei dieser Gelegenheit wieder darauf verweisen, daß wir ja schon praktische Beispiele in Österreich haben. Ich denke hier vor allem an Kärnten, wo ja die überbetriebliche Zusammenarbeit in der Praxis schon exerziert wird, und

zwar, möchte ich sagen, im allgemeinen, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, mit einem entsprechenden Erfolg.

Durch diese Neuorientierung wird es zumindest teilweise gelingen, die mehr oder minder stabile Betriebsstruktur der stürmischen technischen Entwicklung sowie den einkommenspolitischen Anforderungen anzupassen. Aber bitte nicht nur im Sinne einer Grundauf- und -abstockung, sondern auch im Sinne einer Teilmechanisierung des Einzelbetriebes und einer gleichzeitigen Vollmechanisierung der partnerschaftlichen Institutionen.

Diese Neuorientierung ist sicher kein Allheilmittel, das wissen wir Freiheitlichen auch, aber sie könnte doch herbeiführen, daß der Kostendruck, der heute auf der Land- und Forstwirtschaft lastet, gemildert wird. Mit diesen Maßnahmen könnten wir den Menschen draußen auf den Höfen wieder helfen. Ich möchte gar nicht mehr im einzelnen darauf eingehen.

Über die Fragen der Viehwirtschaft, die immerhin 70 Prozent des landwirtschaftlichen Rohertrages sicherstellt, wurde schon gesprochen. Das ist nur der Rohertrag. Ob es auch ausreicht, eine entsprechende Einkommensbildung zu ermöglichen, ist die zweite Frage.

Ich möchte auch noch darauf eingehen, daß in der Milchwirtschaft das Weiterfahren in den alten Geleisen sicherlich auf lange Sicht nicht möglich sein wird und daß man ein mittelfristiges oder langfristiges Konzept zu erstellen haben wird. Im Namen der Freiheitlichen kündige ich auch an — es wurde ja bereits der Öffentlichkeit gesagt —, wir befassen uns jetzt mit einem Agrarkonzept, das nicht nur — ich möchte fast sagen — ein Wald- und Wiesenkonzept sein sollte, wie schon viele erstellt wurden, sondern zielführende Aussagen auf dem Gebiet der Agrarpolitik beinhalten wird. Wir hoffen, daß wir es im Frühjahr der Öffentlichkeit vorstellen können. Hierin wird auch die Frage der Milchmarktpolitik eine Rolle spielen.

Meine Damen und Herren! Darf ich noch zu verschiedenen Konzepten kurz Stellung nehmen. Es ist doch so, daß im Grunde genommen weder die Volkspartei ein richtiges Agrarkonzept hat, an dem sie sich orientieren könnte — sie hat verschiedene Broschüren, schöne Broschüren, in denen die beiden geschätzten Kollegen sehr oft abgebildet sind und so weiter —, aber im Grunde genommen sind aussagekräftige Dinge wenig drinnen, geschweige denn (*Abg. M i n k o w i t s c h zeigt dem Redner einige Broschüren*) — ich kenne sie alle, Herr Präsident Minkowitsch, ich bin genau orientiert — etwas von dem, was die SPÖ auf

**Meißl**

diesem Gebiet zu bieten hat. In ihrem Programm aus 1969 sind ein paar Aussagen über die Landwirtschaft drinnen, die aber nie den Anspruch erheben können, ein Agrarprogramm zu sein. (*Abg. Dr. Lanner zeigt weitere Broschüren!*) Kennen wir alles! Kennen wir alles! Ja, das kennen wir auch, selbstverständlich! (*Abg. Dr. Lanner hebt eine Broschüre empor, in der ein Bild des Abg. Meißl zu sehen ist.*) Sie werden doch gestatten, Herr Dr. Lanner, daß ein freiheitlicher Abgeordneter auch einmal abgebildet wird. Sie sind ja ständig mit Ihrem Konterfei in allen Zeitungen! (*Abg. Graf: Er ist auch schöner als Sie!*) Ist er schöner? Das konzediere ich ihm. (*Heiterkeit.*) Er ist auf jeden Fall noch etwas jünger. (*Abg. Graf: Vor allem viel schöner!*) Schöner?

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben uns hier wirklich Gedanken gemacht. Wir haben die Gedanken in den Grundzügen schon in unserem gesellschaftspolitischen Manifest, das wir ja bereits der Öffentlichkeit vorgestellt haben, dargestellt. Es wird auch die Grundlage für das Agrarprogramm darstellen.

Vielleicht darf ich doch noch kurz aus unserem freiheitlichen Manifest zitieren. Es ist unter dem Kapitel IV „Der Mensch und seine Arbeitswelt“. Es wird festgestellt: „Die österreichische Landwirtschaft hat zwei wichtige Aufgaben zu erfüllen: Erstens“ — ich darf sagen, diese Aussagen wurden noch vor der großen Krise gemacht — „die agrarische Produktion, einschließlich der Vorsorge für Krisenzeiten; die Erhaltung und Pflege der Erholungslandschaft.“

Weiter darf ich vielleicht noch etwas zitieren: „Eine fortschrittliche Landwirtschaftspolitik muß dem tüchtigen Landwirt mit Vollerwerbsbetrieb ein Existenzoptimum bieten. Die volle Eingliederung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in die volkswirtschaftliche und europäische Arbeitsteilung ist anzustreben. In einer gesamteuropäischen landwirtschaftlichen Arbeitsteilung kommt der österreichischen Viehwirtschaft besondere Bedeutung zu.“ — Trotz der Krisensituation, die wir jetzt erleben. — „Das allgemeine Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land läßt sich nur abbauen, wenn durch ausreichende Schul- und Fortbildungsgelegenheiten, durch Umschulungs- und Umsiedlungsbeihilfen sowie durch Erleichterung der Verwertung frei gewordener Böden und Gehöfte der Übertritt in andere vollwertige Berufe ermöglicht und den weiterhin ohne Vollerwerb in der Landwirtschaft Tätigen eine Fülle von Zuerwerbsmöglichkeiten geboten wird. Hiefür bietet sich neben der Schaffung gewerblicher Arbeitsplätze insbesondere der Fremdenverkehr an, da land-

wirtschaftliche Notstands- häufig touristische Hoffnungsgebiete sind. Die soziale Gleichstellung der bäuerlichen Bevölkerung, insbesondere der Bäuerin, ist anzustreben.“ Dann ist noch eine weitere Aussage über die Rolle Österreichs als Zentralerholungsraum in Europa.

Meine Damen und Herren! Wenn ich nun zum Abschluß komme, so möchte ich doch von freiheitlicher Sicht vielleicht kurz noch einmal die Ziele — nur die Oberziele, wenn wir das so nennen wollen —, einer freiheitlichen Agrarpolitik klarstellen:

Die Probleme der Land- und Forstwirtschaft und insbesondere jene des ländlichen Raumes können mit agrarpolitischen Mitteln allein nicht mehr bewältigt werden. Politik für den ländlichen Raum ist heute nur bei einer engen Integration von allgemeiner Wirtschafts-, Agrar-, Regional-, Raumordnungs-, Sozial- und Bildungspolitik möglich.

Es ergeben sich daher aus dieser Grundaussage folgende Ziele: ein Einkommensziel, die Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse im ländlichen Raum sowie eine gleichrangige Teilnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten an der allgemeinen Wohlstands- und Einkommensentwicklung, um eine angemessene Lebenshaltung und eine für das betriebliche Wachstum notwendige Eigenkapitalbildung zu gewährleisten; ferner als Versorgungsziel eine ausreichende und möglichst gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ und gesunden hochwertigen Erzeugnissen aus der inländischen Landwirtschaft zu angemessenen Preisen, weiters als Landschafts- und Erholungsziel die Sicherung der Kulturlandschaft, der Siedlungsdichte insbesondere der von der Entvölkerung bedrohten Alpenregionen und Grenzlandgebiete.

Meine Damen und Herren! Die schwarz-rote Landwirtschaftspolitik konnte keine Besserung für die Landwirtschaft herbeiführen. Das Budget, das uns der Herr Landwirtschaftsminister vorlegt, kann dies auch nicht, ich muß wiederholen: Es bedeutet auf Sicht gesehen den Anfang einer Aushungerung der Landwirtschaft.

Die freiheitliche Fraktion kann im besonderen diesem Kapitel des Budgets nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Pfeifer.

Abgeordneter **Pfeifer (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, in der bewegten Zeit der Gegenwart wirkt es beruhigend, zu wissen, daß dank der harten Arbeit der österreichischen Bauernschaft und der sozialistischen Agrarpolitik die Selbstversorgung des österreichischen Staates zu mehr als 80 Prozent

9090

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Pfeifer**

gesichert ist. Ich glaube, auch das muß man einmal feststellen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Schrotter:* Auf Kosten der Bauernschaft! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Es ist für mich ja nichts Neues, daß es dann, wenn ein sozialistischer Bauer zu diesem Pult kommt und zum Agrarbudget der Landwirtschaft spricht, von Ihren Bänken aus Zwischenrufchöre gibt. (*Abg. Graf: Chöre?*) Das beeindruckt mich überhaupt nicht. Ich nehme das zur Kenntnis.

Sie werden auf der anderen Seite nicht verhindern können, daß hier ein sozialistischer Bauer als Abgeordneter das Regierungsbudget, das Agrarbudget, von seiner Warte aus vertreten.

Herr Bauernbundpräsident Minkowitsch hat mit folgender Argumentation das Agrarbudget abgelehnt: Die Alarmglocken unserer Zeit will die SPÖ-Agrarpolitik nicht hören, daher Budget abgelehnt!

Ich stehe auf dem Standpunkt, meine Damen und Herren von der Rechten: Glockenzeichen und Alarmglocken werden sehr gut gehört, wenn sie nur ab und zu erklingen. Wenn Sie aber unaufhörlich, eben seit dem Sie die Oppositionsrolle innehaben, diese Alarmglocken tönen lassen, dann sind sie für uns in keiner Weise beunruhigend, denn wir wissen ja längst, wie die Dinge bei Ihnen seit 1970 gemacht werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Herr Präsident Minkowitsch glaubte, an diesem Pult mit einer echten Drohung kommen zu müssen, indem er meinte, jede Geduld habe ihre Grenzen. (*Abg. Anton Schlager:* Genau!) Herr Präsident und Herr Kollege Schlager! Gar so geduldig waren Sie eigentlich nicht, als Sie sofort zum Schritt auf die Straße aufgerufen haben. Sie waren ja sehr schnell auf der Straße. Sie haben die Wahl verspielt und gleich gesagt: Bauern, demonstriert! — Das ist Ihre Politik! Warum, wußten Sie selber nicht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, so eine Politik, die Sie hier vertreten, kann nie ziel führend sein. Es werden auch — ich möchte das ebenfalls sagen — die Argumente nicht wahrer, wenn sie, wie was Herr Präsident Minkowitsch getan hat, sehr lautstark vorge tragen werden. Ich meine, daß man die Dinge wieder ins rechte Lot rücken muß.

Ich möchte Ihnen aber folgendes sagen: Ganz gleich, ob Sie jetzt von den Alarmglocken reden, ganz gleich, ob Sie hier am Pult Drohungen ausstoßen, diese österreichische sozialistische Bundesregierung läßt sich von Ihnen

— das haben wir in der Vergangenheit wie in der Gegenwart bewiesen — nicht unter Druck setzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Präsident Minkowitsch, also der Bauernbundvertreter, hat von der arabischen Herausforderung gesprochen. Ich muß ganz offen sagen: Er hat ganz bewußt nicht vom Grünen Bericht, sondern von der arabischen Herausforderung geredet.

Herr Präsident Minkowitsch! Wenn Sie sagen, man solle in der Landwirtschaft nur Gleiche mit Gleichen vergleichen, bin ich vollkommen Ihrer Meinung, aber dann vergleichen Sie auch die Grünen Berichte! Denn das gilt auch für die Grünen Berichte. (*Abg. Minkowitsch:* Leider wieder nicht zugehört!) Ich habe sehr genau zugehört, Sie irren da sehr! Beim Grünen Bericht ziehen Sie keinen Vergleich, denn Sie wissen, daß noch nie ein Grüner Bericht so gute Zahlen für die Landwirtschaft brachte, wie der zur Diskussion stehende Grüne Bericht 1972.

Nun etwas, worüber ich eigentlich gar nicht sprechen wollte, aber ich bin nun gerne bereit, auf Grund Ihrer Argumentation darauf einzugehen. Sie reden hier vom Aushungerungsbudget, negieren aber auf der anderen Seite die landwirtschaftlichen Zahlen des Grünen Berichtes völlig.

Ich habe mir zwei Zahlen — sie sind jedermann bekannt — herausgenommen, möchte sie aber überhaupt nicht aus dem Zusammenhang reißen. Koren gab in seiner Budgetrede 1969 — das ist nachzulesen — seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß es möglich war, den Grünen Plan von 730 Millionen auf 750 Millionen aufzustocken. (*Abg. Tödling:* Das Geld war damals viel mehr wert!) Lassen Sie mich bitte ausreden!

Die Gesamtausgaben im Kapitel Landwirtschaft für das Jahr 1969 waren damals mit genau 2312 Millionen dotiert. Machen Sie mit mir einen Blick in das Agrarbudget 1974! Allein die Ausgaben für die Bauernpensionsversicherung sind höher als Ihr gesamtes Agrarbudget 1969 (*Beifall bei der SPÖ*), sie betragen nämlich 2357 Millionen für das Jahr 1974, und 2312 Millionen hatten Sie in Ihrer Zeit für die Landwirtschaft vorgesehen.

1974 — der Berichterstatter sagte es schon — haben wir 3200 Millionen an Gesamtausgaben für die österreichische Landwirtschaft.

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen: Die Argumente, mit denen vor allem die große Oppositionspartei das Landwirtschaftsbudget ablehnt, sind ja die gleichen wie im Finanzausschuß. Sie lauten: Das Budget ist eine Frotzelei der Bauern — das mußten wir von Ihren

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9091

**Pfeifer**

Rednern hören —, ist eine Zumutung für die Bauern, dieses Budget ist ein Aushungerungsbudget für die Bauern. — Auf dieser Platte bleiben Sie weiterhin stehen.

Wenn Sie außerdem sagen, dieses Agrarbudget habe als Pate keine vernünftigen wirtschaftlichen Überlegungen — auch das haben Sie uns mitgeteilt —, sondern nur parteipolitische Erwägungen, die kurzsichtig und falsch seien, dann muß man sagen, daß das nicht stimmt. Wenn sich Präsident Minkowitsch darüber ärgert, wenn er die Einkommensvergleiche von der Öffentlichkeit bekanntgegeben bekommt, dann sagt er immer wieder: Die Einkommensangabe allein ist falsch, so muß ich sagen:

Meine Damen und Herren! Es ist doch sicherlich bei Ihnen so, wenn die Zahlen für die Landwirtschaft, für die österreichischen Bauern günstig sind, dann sind Sie sicherlich für den ÖVP-Bauernbund und für die rechte Seite der Opposition falsch. Das sind Ihre Argumente. Wir stehen vor dem besten Grünen Bericht, den es für die Landwirtschaft je gab. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Wir beraten ein Agrarbudget für die Landwirtschaft, in dem eindeutig dargelegt ist, daß die Landwirtschaft die Mittel bekommt, die sie auch wirklich braucht. (*Ruf bei der ÖVP: Wir haben die höchste Verschuldung!*)

Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, lehnen so wie in den vergangenen Jahren seit Beginn der SPÖ-Regierung, ohne einen einzigen sachlichen Grund dafür zu haben, nur aus politischen Gründen, dieses Agrarbudget ab. Sie sind auch hier Ihrer Neinsagerrolle treu geblieben. Sie sind einfallslos und mutlos geworden. Ihnen ist seit drei Jahren nichts Neues eingefallen, und Sie haben auch nicht den Mut, herauszukommen und hier zu erklären, daß Sie sehr froh sind, daß die Regierungspartei diese Beträge für die österreichische Landwirtschaft beschließt, Sie aber trotzdem aus politischen Gründen nicht zustimmen dürfen, sondern ablehnen müssen. Sie werden ja dann, wenn dieses Budget beschlossen ist, auf der einen Seite so wie bisher lautstark „Pfui Kreisky!“ rufen und mit beiden Händen das Geld in Empfang nehmen. Das ist Ihre Taktik. Auf der einen Seite rufen Sie nach mehr Geld, auf der anderen Seite schreien Sie uns ins Gesicht, dieses Budget sei ein ausgesprochenes Inflationsbudget, da es durch die überdimensionierte Ausgabenausweitung die Inflation neuerlich anheizt. Mit dieser Argumentation sind Sie auch in dieser Budgetdebatte nicht glaubwürdiger geworden. (*Zwischenruf des Abg. Steiner.*) Herr Kollege Steiner! Lassen Sie Sie heute nicht reden, müssen Sie unbedingt rufen? Oder dürfen Sie eh reden? Dürfen

Sie vom Bauernbund aus zum Reden herkommen? (*Abg. Steiner: Ja, ja!*) Wirklich? Allerhand!

Wir haben Sie schon im landwirtschaftlichen Ausschuß gefragt, meine Damen und Herren der ÖVP, wie ein Grüner Bericht, wie ein Agrarbudget, wie ein Grüner Plan aussehen müßte, damit Sie zustimmen würden. Sie sind uns die Antwort auf diese Frage bisher schuldig geblieben. Wir werden Sie sicherlich — davon bin ich felsenfest überzeugt — auch heute nicht bekommen. Eines wissen wir allerdings, und ich sagte es schon: Je besser die Zahlen des Grünen Berichtes, umso gehässiger sehr oft die Angriffe auf unsere Agrarpolitik.

Hohes Haus! Meine Fraktionskollegen werden sich speziell mit dem Agrarbudget befassen. Ich möchte mich der Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft zuwenden. Das landwirtschaftliche Einkommen, welches den Geldwert jener Gütermenge darstellt, den die Betriebsinhaberfamilie im Laufe des Jahres verbrauchen kann, ohne ihr Anfangsreinvermögen zu schmälern, betrug 1972, Herr Präsident Minkowitsch, im Bundesmittel laut Grünen Bericht 38.052 S je Familienarbeitskraft. Seine im Vergleich zu 1971 eingetretene Verbesserung war mit 18 Prozent ähnlich jener des Betriebseinkommens. Die Disparität zwischen den einzelnen Produktionslagen hat in den letzten Jahren kräftig zugenommen. Gemessen an dem jeweils besten und schlechtesten Gebietsmittel berechnete sie sich 1970 auf 26 Prozent, 1971 auf 35 Prozent und 1972 bereits auf 74 Prozent. Das bei weitem höchste Pro-Kopf-Ergebnis erzielten ebenfalls laut Grünen Bericht 1972 die Betriebe des nordöstlichen Flach- und Hügellandes mit beinahe 51.000 S und des Alpenvorlandes mit mehr als 44.600 S. Im Vor- und Hochalpengebiet betrug das landwirtschaftliche Einkommen im Mittel der Betriebe über 36.000 und im Kärntner Becken sowie am Alpenostrand über 34.000 S je Familienarbeitskraft. Etwas mehr als 33.000 S wurden für das Wald- und Mühlviertel errechnet. Im südöstlichen Flach- und Hügelland ist mit nur 29.300 S der Tiefstwert erreicht worden.

Auch hinsichtlich der seit 1971 eingetretenen Entwicklung ergaben sich namhafte Differenzierungen. Waren im nordöstlichen Flach- und Hügelland und im Alpenvorland die je Familienarbeitskraft ermittelten landwirtschaftlichen Einkommen mit 31 und 30 Prozent sehr kräftig gestiegen und erzielte das Hochalpengebiet immerhin eine 22prozentige Zunahme, so stagnierten sie im südöstlichen Flach- und Hügelland und im Kärntner Becken praktisch vollkommen. Auch am Alpenostrand und im Wald- und Mühlviertel war mit einer sieben-

9092

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Pfeifer**

beziehungsweise zehnprozentigen Erhöhung eine allerdings geringe Verbesserung gegeben. Das sich aus dem landwirtschaftlichen Einkommen, dem Nebenerwerbseinkommen, dem sogenannten Sozialeinkommen und den öffentlichen Zuschüssen für betriebliche Zwecke ergebende Gesamteinkommen belief sich 1972 im Bundesmittel auf 111.000 S je Betrieb, das war um 12 Prozent mehr als 1971.

Der Grüne Bericht gibt eine klare Auskunft über den Preisindex in der Landwirtschaft. Ich darf hier noch einige Zahlen aus dem Grünen Bericht zitieren. Neben der weiteren Umschichtung im Einsatz der Produktionsfaktoren wirkte sich 1972 die für die Land- und Forstwirtschaft im allgemeinen günstige Entwicklung der Preise positiv auf die Einkommensschöpfung aus. Die günstige Entwicklung des Preis-Kosten-Verhältnisses für die bäuerlichen Voll- und Zuerwerbsbetriebe kommt darin zum Ausdruck, daß der Preisindex der Betriebseinahmen im Vergleich zum Jahre 1971 um 10,9 Prozent stieg, jener für die Gesamtausgaben jedoch nur um 8,1 Prozent. Diese Indexentwicklung bewirkte eine Verringerung der zwischen Einnahmen- und Ausgabenpositionen zuungunsten der Land- und Forstwirtschaft bestehenden Preisschere. Verfolgt man den langjährigen Trend der Preisindizes, dann ist zu erkennen, daß nur in wenigen Jahren eine Verringerung der Preisschere festzustellen war. Im Mittel der ausgewerteten Testbetriebe, ohne Spezialbetriebe des Wein- und Gartenbaues, die einer gesonderten Auswertung zugeführt werden, ist das Betriebseinkommen je Vollarbeitskraft auf 43.546 S, um mehr als 17 Prozent im Vergleich zum Jahre 1971, gestiegen.

Eine Einkommenssteigerung war im Durchschnitt auch praktisch das Ergebnis der Hauptproduktionsgebiete. Man muß also hier eindeutig feststellen, daß es zwar natürlich Differenzierungen bei der Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft gab — die wird es leider immer geben —, aber Sie können doch hier diese klaren Zahlen aus dem Grünen Bericht nicht mit einem Wort so ohne weiteres negieren.

Darf ich Ihnen — und ich möchte hier nur einen Vergleich anstellen, weil man uns und gerade auch dem Herrn Bundesminister immer wieder die bauernfeindliche Politik der SPÖ-Regierung vorhält — auch hier einige klare Zahlen nennen. Ich werde also jetzt einen Budgetvergleich anstellen. Ich weiß schon, Sie werden wieder sagen: Das stimmt ja alles nicht, es gibt ja Kostensteigerungen! Aber denken Sie doch bitte auch daran, wie die Zahlen 1970 ausgesehen haben und wie sie jetzt aussehen.

Ausgaben für Treibstoff. Sie wissen, daß es bereits Gespräche gibt. Wir wollen hoffen, daß diese Gespräche über den gefärbten Dieseltreibstoff natürlich auch zum Erfolg führen. Sie kennen aber auch die Problematik. Sie wissen ja, daß man sich bereits auch in Ihrer Zeit bemüht hat, diesen Weg zu gehen. Er war zu Ihrer Zeit verrammelt, er war unmöglich. Wir hoffen, daß wir dies erreichen.

Darf ich Ihnen jetzt zwei Jahresvergleiche mit den Budgetzahlen geben, nämlich den einen Vergleich 1970 mit 1973:

Im Grünen Plan waren 805 Millionen Schilling zu Ihrer Zeit vorgesehen, heute sind es 1080 Millionen. Im Weinwirtschaftsfonds waren es 1970 30 Millionen, im Budget 1973 waren es 35,8 Millionen. Die Bundeszuschüsse an die Sozialversicherungsanstalt im landwirtschaftlichen Bereich betrugen im Budget 1970 2180 Millionen, im Budget 1973 waren es 3178 Millionen. Die Aufwendungen für Ausgleichszulagen im Jahr 1970, also in Ihrer Budgetzeit betrugen 351 Millionen, 1973 waren es 1237 Millionen. (*Präsident Dr. Mälter übernimmt den Vorsitz.*)

Man könnte diese Zahlen noch sehr lange fortsetzen. Ich glaube also, man kann hier nicht ans Pult kommen, diskutieren und die Zahlen, die de facto vorliegen, ganz einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

Vielleicht auch noch zu einem Einwand, den der Herr Präsident Minkowitsch gemacht hat. Der Herr Präsident Minkowitsch meinte, daß 90.000 Leute aus der Landwirtschaft — wenn ich ihn recht verstanden habe — innerhalb von drei Jahren abgewandert sind. Wenn man den Grünen Bericht aufmerksam liest, dann sind es für das Jahr 1972 etwas über 29.000 Leute gewesen. Herr Präsident! Ich zweifle nicht an den Ziffern des Grünen Berichts, ich zweifle nicht an der Erstellung des Grünen Berichts durch die Grüne Kommission. Aber ich habe mir die Dinge sehr genau angesehen, und ich möchte das auch dem Herrn Bundesminister für Landwirtschaft als meine Meinung ganz offen sagen: Es stimmt zwar die Zahl, meinewegen 29.000 oder 30.000. Ja, aber wissen Sie, was diese Grüne Kommission vielleicht doch auch dazuschreiben sollte? Ich glaube, daß es ganz gut wäre, und würde empfohlen, man soll sich auch der Mühe unterziehen und die Anzahl der Anträge bei der Bauern-Pensionsversicherungsanstalt in diesem Zeitraum ebenfalls in den Grünen Bericht aufzunehmen. Wenn man sich nämlich diese Zahlen ansieht, dann muß man für den Grünen Bericht 1972 ganz klar und deutlich erkennen, daß, wie der Grüne Bericht sagt, 29.000 ihre Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft aufgegeben haben, also rund 30.000, aber bei der Bauern-Pensionsversicherungsanstalt rund

**Pfeifer**

26.000 Leute Anträge, Hohes Haus, eingebracht haben. Glauben Sie ja nicht, daß es so ist, daß alle 30.000 jetzt die Erwerbstätigkeit aufgegeben haben und abgewandert sind. Nein, ein großer Prozentsatz davon ist in Pension gegangen. So ist es! (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Wir kennen sehr wohl die derzeitigen Schwierigkeiten auf dem Rinderexportsektor. Wir versuchen hier im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten helfend einzutreten. Ich möchte sagen: Verlassen wir uns in dieser Frage nicht unbedingt nur auf die Exporte nach Italien! Wir müßten ja gerade in den letzten Monaten leidvoll für unsere Bauern erfahren, daß dieser Exportmarkt für uns über Nacht plötzlich versiegen kann. Waren die Preise für die österreichischen Bauern auf dem Rindersektor im vergangenen Herbst und Winter äußerst günstig, sind sie im jetzigen Zeitpunkt und waren sie in den vergangenen Monaten schlecht und oft bedrohend für viele Betriebsführer.

In dieser Frage werden wir mit gegenseitigen Vorwürfen, so meine ich, nicht weiterkommen. Wir werden uns, wie wir das sicher oft in schwierigen Zeiten bewiesen haben, selber helfen müssen. Fest steht, daß der Bauer um 5 S pro Kilogramm Lebendgewicht für Rindfleisch weniger bekommt und der Konsument deswegen nicht weniger, sondern eher mehr zu bezahlen hat. Diesen Umstand soll man nicht übersehen, und man sollte ihn, wie ich meine, so rasch wie möglich abstellen.

Vielleicht könnte man zu gegebener Zeit einmal eine Rindfleischwoche für die österreichischen Hausfrauen zu einem vernünftigen Preis einführen. Ich bin sicher, daß, wenn man dafür entsprechend Werbung macht, beiden, den Konsumenten wie den Produzenten, geholfen werden könnte.

Hohes Haus! Lassen Sie mich auch zur agrarstrukturellen Situation Österreichs als Bauer und Abgeordneter Stellung nehmen. Zählt man die Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe einschließlich der Rentnerbetriebe zusammen, kommt man auf rund 185.000 Betriebe oder 51 Prozent aller Betriebe. Dem stehen nur mehr rund 171.000 Vollerwerbsbetriebe mit einem Anteil von 47,2 Prozent gegenüber. Diese eindeutigen Zahlen sagen uns Sozialisten das, was wir immer behauptet haben: Der Zug der Agrarpolitik der Gegenwart und Zukunft fährt mit großer Beschleunigung in Richtung Zu- und Nebenerwerbsbetrieb.

Wie stehen Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, zu dieser agrarpolitischen Realität? Sind Sie bereit, gemeinsam mit uns das Förderungssystem der österreichischen Landwirtschaft neu zu über-

legen, neu durchzudenken? Sind Sie bereit, dieses Förderungssystem an den strukturpolitischen Gegebenheiten neu zu orientieren? Wie stehen Sie zu den Thesen des Professors Priebe von der Goethe-Universität in Frankfurt am Main? Was halten Sie von seinen Überlegungen der direkten Förderung über Fläche oder Viecheinheit? Wie stehen Sie zur direkten Bergbauernförderung durch echte Einkommensbeihilfen? Wie stehen Sie zur Grenzlandfrage aus der Sicht der Agrarpolitik? Werden Sie mit uns das Problem der Hofübergabe in der Landwirtschaft aus der Sicht der sozialpolitischen Problematik, die Sie zu Ihrer Zeit verursacht haben, sachlich diskutieren und eine Lösung für die Bauern suchen helfen?

Ihre Antworten würden uns, Hohes Haus, sehr interessieren. Wir wollen nämlich für die Zukunft wissen, ob Sie überhaupt noch in der Lage sind, von Ihrer Neinsagerrolle und der Gejammerbudget-Show, die Sie uns bieten, wegzukommen (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) und die Realitäten in der Agrarpolitik zu erkennen. Werden Sie in der Zukunft agrarpolitisch verantwortlich agieren oder parteipolitisch reagieren und demonstrieren?

Hohes Haus! Es geht in der österreichischen Agrarpolitik nicht nur darum, bei finanzgesetzlichen Ansätzen einige Millionen mehr oder weniger zu präliminieren, sondern es geht um die Frage, die sich meiner Meinung nach stellt: Sind Sie überhaupt mit uns bereit, die Agrarpolitik der Zukunft zu gestalten? Werden Sie uns dabei unterstützen, die staatlichen Förderungsmittel dorthin zu leiten, wo sie am notwendigsten gebraucht werden? Werden Sie so eine Politik unterstützen oder werden Sie auch hier nein sagen?

Hohes Haus! Wir Sozialisten bekennen uns auch in der Agrarpolitik zu einer vernünftigen vertretbaren Vorratspolitik. Das Ziel unserer Agrarpolitik ist auf die Erhaltung einer leistungsfähigen Land- und Forstwirtschaft ausgerichtet, in der die verschiedenen sozio-ökonomischen Betriebstypen ihre spezifischen Aufgaben erfüllen, wobei die Sicherung der Ernährung und die Erhaltung einer funktionsfähigen Kultur- und Erholungslandschaft im Vordergrund steht.

Dieses Ziel versuchen wir durch eine leistungs- und wettbewerbsfördernde Budgetpolitik, durch struktur- und marktpolitische Initiativen sowie durch preispolitische Maßnahmen als Teil einer agrarpolitisch notwendigen und volkswirtschaftlich möglichen Einkommenspolitik zu erreichen. Wir übersehen dabei nicht, daß es in Zukunft im besonderen gilt, die Bereitschaft der Landwirte zu betriebs- und marktwirtschaftlichem Denken zu fördern, die überbetriebliche Zusammenarbeit zu unterstützen.

9094

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Pfeifer**

zen, die innerlandwirtschaftliche Arbeitsteilung und Spezialisierung unter Berücksichtigung entsprechender Standortvorteile auszubauen und die nationale und internationale Integration der Land- und Forstwirtschaft in die gesamte Wirtschaft mit einem harmonischen Maßnahmenpaket zu unterstützen.

Hohes Haus! Der Anpassungsprozeß der Land- und Forstwirtschaft ist keine Einbahnstraße, sondern ein Wechselspiel der die Wirtschaft bestimmenden Faktoren, wobei wir bemüht sind, jeden gesellschaftspolitischen Radicalismus zu verhindern, jede ökonomische Aufwärtsentwicklung zu unterstützen und die soziale Sicherheit für die bäuerlichen Vollwerbsbetriebe auszubauen.

Diesem Ziel trägt das vorliegende Agrarbudget Rechnung. Wir geben daher gerne unsere Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ*)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (*ÖVP*): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Pfeifer! Ich möchte Ihnen vorerst zunächst insofern ein gutes Zeugnis ausstellen, daß Sie ein recht, recht treuer Jünger Ihrer Partei und auch der Regierungspolitik sind. Dieser SPÖ-Regierungspolitik, die von meinen Kollegen schon einige Male dahin gehend charakterisiert wurde, daß Sie von der Zukunft reden, die Gegenwart nicht bewältigen und hoffnungsvoll in die Vergangenheit schauen. (*Beifall bei der ÖVP*) Dazu haben Sie mit Ihren Ausführungen heute wirklich ein Musterbeispiel gebracht!

Ich darf darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Pfeifer: Die Zeiten ändern sich sehr, sehr rasch. Im Sommer oder im Herbst 1972 hat noch niemand etwas von einer Energiekrise geahnt. Sie beschäftigen sich nur mit dem Grünen Bericht des Jahres 1972. Wir behandeln aber heute das Budget 1974. (*Abg. Pfeifer: Der für die Landwirtschaft gut ist! Herr Kollege! Reden Sie zum Grünen Bericht! Haben Sie den Mut!*)

Herr Abgeordneter Pfeifer! Ich gebe zu, daß das Jahr 1972 für die Landwirtschaft nicht schlecht war (*Abg. Pfeifer: Aber trotzdem lenken Sie ab!*) — lassen Sie mich doch weiterreden! —, aber wie schnell sich die Zeiten ändern können, das sehen wir gerade auf dem Gebiet des Viehsektors. Wir haben im Herbst des vergangenen Jahres und im Frühjahr noch Viehpreise gehabt, die gegenüber dem Jahr 1971 um mehr als 20 Prozent angestiegen sind. Ich bin nämlich so ehrlich und gebe auch das zu. Haben Sie jedoch etwa

sich jemals von Betriebsmittelpreisen hier in diesem Haus gesprochen? (*Beifall bei der ÖVP*) Haben Sie schon einmal darüber gesprochen? Ich bin so ehrlich und sage: Die Viehpreise sind um mehr als 20 Prozent angestiegen. (*Abg. Pfeifer: Das habe ich auch gesagt! Das können Sie nicht abstreiten!*) Aber in der allerkürzesten Zeit waren sie wieder unten, ganz unten, und es wäre Ihre verdammt Pflicht und Schuldigkeit gewesen, auch darüber etwas zu sagen und uns mitzuteilen, wie Sie sich in Zukunft die Agrarpolitik vorstellen. (*Abg. Pfeifer: Das habe ich gesagt, Herr Kollege! Da haben Sie geschlafen!*) Ich komme schon noch darauf zurück.

Wie gesagt: Sie haben in der Vergangenheit geschrift. Sie haben wieder die sogenannte Traum-Milliarde zitiert, die nie ausbezahlt wurde. Schauen Sie einmal die Rechnungsabschlüsse an. Sie haben auf die diversen Koren-Budgets hingewiesen und Sie haben merkwürdigerweise wieder auf die Sozialbeiträge für die Landwirtschaft hingewiesen. Ja um Gottes willen, meine Damen und Herren, warum wirft man denn das ewig nur der Landwirtschaft vor? (*Abg. Pfeifer: Man wird es noch sagen können!*) Bekommen denn die anderen Bevölkerungsschichten diese soziale Unterstützung nicht? (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Herr Abgeordneter Pfeifer! Siehe die momentane gute Versorgung hervor. Ich bitte Sie, denken Sie einmal darüber nach, warum diese Versorgung noch klappt und funktioniert. (*Abg. Pfeifer: Weil die Politik gut ist!*) Ich werde später noch darauf zurückkommen.

Sie sprechen davon, daß die Alarmglocken ständig bimmeln und ständig läuten. (*Abg. Pfeifer: Seitdem Sie in Opposition sind!*) Wir wollen Sie rechtzeitig auf drohende Gefahren aufmerksam machen. Und wenn Sie behaupten, daß am Horizont nicht da und dort bereits Gefahren auftauchen, dann möchte ich Sie erinnern: Denken Sie zum Beispiel an die Eiweißfuttermittel. In kürzester Zeit eine Verteuerung bis zu 300 Prozent!

Ich darf noch einmal an die katastrophalen Viehpreise erinnern. Sie rühmen sich ja immer, die Grünen Berichte und die Berichte über die Lage in der österreichischen Landwirtschaft so genau zu studieren — haben Sie sich auch mit dem Schuldenstand in der Landwirtschaft beschäftigt? (*Ruf bei der SPÖ: Natürlich! — Ruf bei der ÖVP: 17 Prozent!*) Passen Sie bitte auf! Hier heißt es: Die Schulden in der Landwirtschaft 1972 stellen im Vergleich zu den Vorjahren eine überaus kräftige Steigerung dar.

Dipl.-Ing. Tschida

Und jetzt finden Sie die Vergleichszahlen: 1967 6,2 Prozent, 1968 4,4 Prozent, 1969 6,3 Prozent, 1970 7,6 Prozent, 1971 7,4 Prozent und 1972 17,4 Prozent. (Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine Steigerung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Linken! Das kann man auch sehr leicht erklären, wenn Sie immer auf dem guten Jahr 1972 herumreiten. 1971 war absolut nicht so gut; das geben Sie zu. Es war ein Nachholbedarf da, und 1972 hat die Landwirtschaft dann eben mehr investiert. Man kann bei der Landwirtschaft, die doch von der Umwelt so abhängig ist, nicht immer nur eine Rosine heraussuchen und darauf hinweisen: Schaut, wie gut es der Landwirtschaft geht! — Ich bitte, doch das Jahr 1971 ins Kalkül zu ziehen. Schauen Sie etwas in die Zukunft und schauen Sie voraus, wie es im Jahre 1974 aussehen wird, wobei Sie es waren, Herr Abgeordneter Pfeifer, der im Budgetausschuß schon darauf hingewiesen hat: Das Jahr 1974 wird absolut nicht so gut aussehen!

Herr Abgeordneter Pfeifer! Wir sind es ja gewohnt: Sie haben wieder die SPÖ-Agrarpolitik so hingestellt, als würde sie Wunder wirken. Wer aber gerade in der letzten Zeit die Aussendungen und Kommentare unserer Massenmedien zur wirtschaftlichen Situation in Österreich etwas genauer verfolgte, mußte erkennen, daß Österreich absolut nicht diese vielgerühmte „Insel der Seligen“ ist, auch nicht auf dem Gebiet der Landwirtschaft und auch nicht auf dem Gebiete der Vorräte.

Der Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit brachte auch uns einen Wohlstand, wie er nie zuvor da war. Das sei zugegeben. Dieses Gefühl der Wohlgeborgenheit und Sicherheit wurde eindeutig unterstützt und forciert durch die SPÖ-Politik, durch Herrn Bundeskanzler Kreisky.

Denken wir nur zurück an den Nationalratswahlkampf 1970, wo Herr Bundeskanzler Kreisky und die SPÖ unserem Volk nur nach dem Mund redeten und in diesem österreichischen Volk Wünsche wachriefen, die nach unserer Meinung nie, nie zu erfüllen waren. Der Regierungschef hat sich in den letzten Jahren wohl bemüht, durch seine Gefälligkeits-, Inflations- und Beschwichtigungspolitik den übermäßig angeheizten Appetit zu stillen. Aber die schönen Zeiten sind nun vorbei. Jemand anderer hat den Ausdruck verwendet, das Fest sei vorbei.

Es wäre daher höchst an der Zeit, meine Damen und Herren, darüber nachzudenken und das Gewissen zu erforschen, ob es wirklich richtig war, daß Sie die ÖVP immer wieder als Preishysteriker, als Cassandra verteuft haben; einzig und allein deswegen, weil

es die Oppositionspartei gewagt hat, Ihre Politik zu kritisieren und auf Gefahren rechtzeitig hinzuweisen. (Beifall bei der ÖVP.)

Für Herrn Bundeskanzler Kreisky ist nun die Zeit gekommen, daß er nicht mehr gesundbetten kann. Er muß dem Volk jetzt wahrscheinlich auch sehr, sehr viel Unangenehmes sagen. (Abg. Steinert: Majestät hat Bauchweh!) Er hat ja schon prophezeit, was wir längst prophezeit haben! Wahrscheinlich haben wir es nicht prophezeit (Zwischenruf des Abg. Erich Hofstetter), Herr Abgeordneter Hofstetter ... (Abg. Erich Hofstetter: Sie haben ja gewußt, wie die Situation auf dem Energiesektor ist! — Zwischenrufe bei der ÖVP.) Herr Abgeordneter Hofstetter! Ich werde noch darauf zu sprechen kommen.

Wir haben immer gewarnt auch vor Ihrer Innenpolitik! Reden Sie sich nicht immer aus, nur das Ausland sei schuld! (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Studieren Sie die Berichte der internationalen Einrichtungen! (Abg. Pfeifer: Der Kollege Minkowitsch hat seine Ausführungen mit den arabischen Herausforderungen begonnen! Das war der Beitrag!)

Herr Abgeordneter Pfeifer! Jedenfalls muß der Herr Bundeskanzler sich umstellen und dem Volk jetzt auch unangenehme Dinge sagen. Er hat ja auch schon wirtschaftliche Rückschläge prophezeit und er hat auch auf die gefährdete Vollbeschäftigung hingewiesen.

Was hat man unserem Klubobmann Koren immer dazwischengerufen, wenn er darauf hingewiesen hat! Denken Sie doch daran zurück!

Zweifelsohne werden diese düsteren Prognosen auch von der Energiekrise, von der internationalen Krise beeinflußt. Das gebe ich zu. Meine Herren, das gebe ich zu! Aber es wäre nach wie vor falsch am Platze, der Bevölkerung abermals zu sagen: Na ja, diese Schwierigkeiten kommen alle vom Ausland her, bei uns ist alles in bester Ordnung! Darum geht es. (Ruf bei der SPÖ: Von wo denn sonst? — Ruf bei der ÖVP: Die Wirtschaft wurde in den letzten drei Jahren ruiniert!) Von der Wirtschaftspolitik der Sozialisten in den letzten drei Jahren!

Es ist nur traurig, feststellen zu müssen, daß der letzte Anstoß zu diesem Gesinnungswandel des Herrn Bundeskanzlers und das so notwendig gewordene Umdenkenlernen — können Sie sich erinnern, wie Ihr Abgeordneter Blecha darüber gesprochen hat: das „sogenannte Umdenkenlernen“, das er so schön umschrieb — vom Ausland her kommen mußte.

9096

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Dipl.-Ing. Tschida**

Neben der Energieversorgung, die uns heute am meisten unter den Nägeln brennt — zugegebenermaßen —, muß einer klaglosen Versorgung mit Lebensmitteln und einer Anspeicherung von Grundnahrungsmitteln zumindest das gleiche Augenmerk geschenkt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Besteht denn auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung überhaupt eine Gefahr? Es hat doch der Herr Landwirtschaftsminister erst vor kurzem erklärt, daß die Getreidevorräte ohneweiters den Anschluß an die nächste Ernte finden, daß Milch und Fleisch genügend vorhanden seien und daß die Inlandsproduktion über 80 Prozent des Bedarfes decken könne, wovon auch schon der Herr Abgeordnete Pfeifer gesprochen hat.

Diese Aussagen kann ich nur bestätigen und unterstreichen. Wissen Sie aber auch, meine Damen und Herren von der Linken, warum es mit unserer Versorgung so steht? — Das ist einzig und allein der Agrarpolitik des Österreichischen Bauernbundes zu verdanken (*Beifall bei der ÖVP.*), den von Ihnen so viel gelästerten „unmodernen“, „veralteten“ und angeblich nur der Produzentenschaft dienenden Marktordnungsgesetzen!

Der Ausspruch „viel gelästert“ stammt nicht von mir, sondern von Ihrem Herrn Landwirtschaftsminister. Daß die Auswirkungen dieser lebenswichtigen Gesetze nicht nur den Bauern, sondern in gleicher Weise der gesamten Wirtschaft einschließlich der Letztverbraucher zugute gekommen sind, hat der Herr Landwirtschaftsminister nicht nur bestätigt, sondern besonders lobend hervorgehoben.

Denken Sie zurück an die vergangenen Jahre: Wie oft kam es da zum Krieg in diesem Haus wegen der Verlängerung der wichtigen Marktordnungsgesetze! Denken Sie zurück an die Nationalratssitzung am 17. Dezember 1971, als Sie die Preisregelungsgesetze mit den Marktordnungsgesetzen junktimieren wollten und als Ihr Herr Bundeskanzler es darauf ankommen lassen wollte, daß sie fallen sollen, obwohl das Chaos, das daraufhin eingetreten wäre, vom Herrn Landwirtschaftsminister uns allen vor Augen gestellt wurde! Damals sagte der Herr Präsident Benya in einem „Kurier“-Interview sinngemäß: In Ordnung! Lassen wir die Dinge laufen! Lassen wir die Marktordnungsgesetze fallen. Wir ersparen uns doch 4 Millionen bei den Bauern, 4 Millionen!

Abgesehen davon, daß diese Summe absolut nicht stimmt, war dies eine äußerst gefährliche Aussage. (*Zwischenruf bei der ÖVP.* — *Abg. Skritek:* Mit Ihrer Überheblichkeit kommen Sie nicht sehr weit!) Herr Abgeordneter Skritek, ich glaube, da müssen Sie

selbst . . . (*Abg. Skritek:* Das geht zu Ihrem Kollegen dort! Sie haben Benya zitiert, und er hat eine ganz abfällige Bemerkung gemacht! Er weiß schon!)

Meine Damen und Herren von der Linken! Sind Sie auch heute noch der Meinung, daß Sie damit etwas erreicht hätten, wenn damals diese Gesetze zu Fall gekommen wären? Sicherlich eines: Sie hätten der Inlandsproduktion schwerste Schäden zugefügt! Sie müßten wahrscheinlich auch die weitaus teureren Getreidepreise, die auf dem Weltmarkt heute viel höher sind als bei uns, verkraften. Aller Voraussicht nach stünden wir vielleicht vor einem ähnlichen Dilemma wie heute mit der Energieversorgung.

Auch hier würde ich Sie bitten, nachzudenken und dem Rat Ihres Kollegen Blecha zu folgen: Lernen Sie umdenken, denn die Zeit ist auch ein für allemal vorbei, daß man sagt: Diese Bauern Österreichs produzieren zu viel. Das ist unverantwortlich und Verschwenderei! Gehen wir doch lieber ins Ausland, dort bekommen wir die Nahrungsmittel viel billiger! — Ich bitte, das einmal zur Kenntnis nehmen zu wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bedauerlich ist allerdings, daß der Herr Landwirtschaftsminister über die derzeitigen und zukünftigen schwierigen Probleme in der Landwirtschaft überhaupt noch kein Wort verloren hat. Ich darf auf die große Lücke in der Eiweißversorgung hinweisen, auf die äußerst knappen Fettreserven und auf die horrende Steigerung der Betriebsmittelpreise. In den letzten zwei Jahren der sozialistischen Regierung sind diese gestiegen: bei Handelsdünger im Schnitt um 40 Prozent, bei Thomasmehl um 63 Prozent, Eiweißfuttermittel bis zu 300 Prozent, Maschinen und Geräte, landwirtschaftliches Bauwesen im Schnitt um 40 Prozent und Dieselöl um 76 Prozent! Was uns auf diesem Gebiet in allernächster Zeit noch erwarten wird, das können wir vorausahnen.

Die Arbeiterkammer erklärt kategorisch: Das Fleisch, das Brot, die Lebensmittel sind zu teuer!, obwohl nachgewiesenermaßen der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel im Vergleich zu den gesamten Verbrauchsauflagen in einem Arbeiterhaushalt von 1964 bis 1971 von einem Drittel auf ein Viertel abgesunken ist.

Oder: Im Hauptausschuß wurde erklärt, es sei unbedingt notwendig, die Bahntarife zu erhöhen. Prompt wurde das auch von der SPÖ-Mehrheit beschlossen.

Haben Sie, Herr Landwirtschaftsminister, schon ein einziges Mal in aller Öffentlichkeit erklärt, daß das Dieselöl zu teuer ist?, daß

**Dipl.-Ing. Tschida**

der Handelsdünger zu teuer ist? Glauben Sie wirklich, daß sich die österreichische Bauernschaft das auf die Dauer bieten läßt, wenn Sie nur immer wieder die Rosinen aus dem Kuchen heraussuchen und uns hier von der Regierungsbank aus erzählen: Beim Fleisch haben wir um soviel Millionen mehr eingenommen, beim Wein um soundso viel Millionen! Glauben Sie, daß das die Bauernschaft in Zukunft noch hinnehmen wird?

Alles andere erklären Sie aber für tabu. Sie haben noch nie über Preissteigerungen gesprochen, Sie haben noch nie über alle anderen Schwierigkeiten gesprochen.

Die Folgen sind ja auch nicht ausgeblieben. Aus Zeitmangel kann ich auf das Problem nicht näher eingehen: Denken wir etwa an die Abwanderung aus der Landwirtschaft, denken wir an den radikalen Rückgang der Zahl unserer Berufsschüler in den Berufsschulen! Meine Herren, sind das nicht Fingerzeige?

Eine gut funktionierende produktionsfähige Inlandsproduktion ist nach wie vor der sicherste und billigste Garant für eine klaglose Versorgung mit Lebensmitteln, speziell in Krisenzeiten. Zur Erreichung dieses Ziels trägt ganz wesentlich das jeweilige Budget bei. Meine und unsere berechtigte Frage lautet daher: Hat man bei der Erstellung des Budgets 1974 auf die Erhaltung und Kräftigung einer produktionsfähigen Landwirtschaft auch Rücksicht genommen? — Ich kann diese Frage nur mit einem glatten Nein beantworten.

Auch der Herr Finanzminister ist bei der überraschend eingetretenen Energiekrise hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln und der Erhaltung des ländlichen Raumes etwas hellhöriger geworden. Das geht aus seiner Budgetrede hervor, in der er unter anderem ausführte:

„Viel früher als erwartet sehen wir uns heute vielmehr mit wachsender Verknappung bei verschiedenen Arten von Energien, Rohstoffen und Nahrungsmitteln konfrontiert.“

Oder: „Zur Realisierung der Maßnahmen auf dem Gebiete des lebenswichtigen Umweltschutzes wird der Land- und Forstwirtschaft eine ganz wichtige Rolle zugewiesen.“

Die Gefahren werden wohl erkannt, nur hat man es wieder einmal versäumt, im Budget 1974 danach zu handeln. Diese meine Behauptung möchte ich nun an einigen Beispielen erläutern und untermauern.

Im letzten ÖVP-Budget des Jahres 1969 betrugen die Gesamtausgaben laut Rechnungsabschluß 93,5 Milliarden Schilling, die des

Kapitels Land- und Forstwirtschaft plus Preisausgleiche 5,1 Milliarden, das sind 5,3 Prozent der Gesamtausgaben.

Im Bundesvoranschlag 1974 stehen Gesamtausgaben inklusive Stabilisierungsquote von 164 Milliarden Schilling die des Kapitels Land- und Forstwirtschaft plus Preisausgleiche mit 5,8 Milliarden gegenüber, das sind 3,5 Prozent der Gesamtausgaben! (Abg. Kern: Ein Minus von 2 Prozent!)

Ein Rückgang von 5,3 Prozent auf 3,5 Prozent. Das ist eine Abmagerungskur! Plus der Inflationsrate nennt man das eine „Aushungerung“, meine Damen und Herren von der Linken! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Zum Unterschied — ich bin niemandem neidig, ich bin keiner Berufsgruppe neidig — sdiauen wir uns die Bundesbahnen an: 1969 waren es 4670 Millionen Schilling, 1974 werden es 8570 Millionen Schilling sein. Das ist eine Steigerung um 3900 Millionen Schilling. In Prozent ausgedrückt sind das 83 Prozent. Das ist der Unterschied!

Nun zu den Mitteln des Grünen Planes inklusive Bergbauern-Sonderprogramm, dem Hauptinstrument für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Diese Mittel sind gegenüber dem Vorjahr um keinen einzigen Groschen erhöht worden, während die Gesamtausgaben des Budgets immerhin um 18 Prozent angehoben wurden. Nimmt man aber die einzelnen Ansätze im Grünen Plan genauer unter die Lupe, muß festgestellt werden, daß lediglich zwei Posten angehoben wurden: Das Beratungswesen wird um über 43 Millionen Schilling aufgestockt, wobei es sich in erster Linie um Personalkosten handelt, die im Ordinarium gekürzt und in den Grünen Plan hübertransferiert wurden. Weiters mußten automatisch die Zinsenzuschüsse für unsere AIK-Aktionen um 23 Millionen Schilling erhöht werden, weil sonst die ganze Kreditaktion in Frage gestellt würde.

Auf Kosten dieser Erhöhungen mußten im gleichen Ausmaß die effektiven Förderungsmittel gekürzt werden. Von den 20 Ansatzpunkten im Grünen Plan wurden 16 gekürzt. Gleichgeblieben gegenüber dem Vorjahr sind 4 Posten, darunter merkwürdigerweise auch das Forschungs- und Versuchswesen. Daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein gesundes Wirtschaftswachstum darstellen, wurde für die Landwirtschaft wieder einmal nicht zur Kenntnis genommen.

Ein ganz wesentlicher Prozentsatz der bereitgestellten Mittel wird durch die inzwischen eingetretene Teuerung und durch die abermals ins Rollen geratene Inflationswelle

9098

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Dipl.-Ing. Tschida**

aufgefressen, die automatisch einen starken Leistungsabfall im Gefolge haben muß.

Auch hiezu ein Beispiel:

Die Mittel für agrarische Operationen, die nicht allein zur Verbesserung der Agrarstruktur, sondern immer mehr für die Raumordnung des gesamten ländlichen Raumes eingesetzt werden, wurden gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Millionen Schilling gekürzt. Den Schätzungen der Grünen Berichte zufolge betrugen die Kosten für 1 Hektar Kommassierungsfläche 5000 S im Jahre 1971, 5600 S im Jahre 1972 — das ist eine Steigerung um 12 Prozent —, 6400 S im Jahre 1973 — das ist eine Steigerung um 14 Prozent — und werden im Jahre 1974 angeblich 7000 S betragen, was ich aber absolut nicht zur Kenntnis nehmen kann, denn das wäre nur eine Steigerung um 9,4 Prozent; ich schätze, daß die Steigerung mindestens so hoch sein wird wie im Vorjahr, sodaß man auch eine Steigerung um 14 Prozent annehmen muß.

Während nun die Kommasierungskosten pro Hektar von 1972 bis 1974 um rund 40 Prozent gestiegen sind, sind die Bundesbeiträge von 1972 bis 1974 von 55 Millionen Schilling auf 48 Millionen Schilling, also um rund 10 Prozent, gesunken.

Meine Damen und Herren! Ich könnte Ihnen sehr genaue Unterlagen aus dem Burgenland bringen, die ich mir ausgehoben habe. Es war interessant: Der Herr Abgeordnete Robak hat an den Herrn Landwirtschaftsminister eine mündliche Anfrage gerichtet, ob man auf dem Gebiete der Kommasierungen die gleichen Leistungen im nächsten Jahr werde vollbringen können. Der Herr Landwirtschaftsminister hat das in seiner Antwort etwas umschrieben und hat gesagt: Die Vorschläge vom Land Burgenland sind noch nicht da.

Heute können wir feststellen, daß wir diese Leistungen bei weitem nicht werden vollbringen können wie in den vergangenen Jahren.

Meine Damen und Herren! Ganz das gleiche gilt auch für die Verkehrserschließung des ländlichen Raumes. Auf dem Gebiete des Güterwegebaues sind die Kosten von 1971 bis 1974 um mindestens 40 Prozent gestiegen. Die Bundesbeiträge hat man von 180 Millionen Schilling im Jahre 1972 auf 125 Millionen Schilling im Jahre 1974 herabgesetzt.

Genauso trist sieht es bei allen anderen Ansatzpunkten für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen und für die Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft aus. Ich bitte Sie, sich nur dieses Heftchen einmal genauer anzusehen. (Der Redner zeigt eine Broschüre vor.) Alle Posten „Verbesserung der Produk-

tionsgrundlagen“ gekürzt! Alle Posten „Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft“ gekürzt!

Herr Bundesminister! Sie behaupten nun, daß die Dotierung des Grünen Planes einschließlich des Bergbauern-Sonderprogramms die Fortführung der Aufgaben in Entsprechung der von den Mitgliedern der §-7-Kommission empfohlenen Forderungsschwerpunkte erlaubt. Es ist sehr vorsichtig formuliert: Fortführung. Ja, wir werden die Aktion fortführen, aber nicht in dem Ausmaße, wie es notwendig sein wird, denn es geht in erster Linie nicht nur um die Lebensmittelproduktion, sondern es geht auch mit derselben Begründung um die Erhaltung, um die Gesunderhaltung des ländlichen Raumes. Darauf möchte ich besonders hingewiesen haben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Die Beispiele, die ich hier gebracht habe, beweisen das Gegenteil. Es handelt sich um einen ausgesprochenen Leistungsabfall gegenüber dem Vorjahr. Es handelt sich um eine Aushungerung. Darüber kommen wir nicht hinweg!

Es ist meiner Ansicht nach in dieser krisenfälligen Zeit geradezu unverantwortlich, unsere noch funktionsfähige Landwirtschaft und unseren ländlichen Raum, die nach wie vor die sichersten und billigsten Garantien für eine klaglose Lebensmittelversorgung und für einen florierenden Umweltschutz bieten, so stiefmütterlich zu behandeln.

Herr Bundesminister! Hören auch Sie einmal mit der bekannten Gesundbeterei auf und sagen Sie den österreichischen Bauern endlich einmal die Wahrheit, damit es nicht auch eines Tages ein ganz böses Erwachen gibt.

Ich möchte schon zum Schluß kommen und darf noch einmal, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die Misere in der Treibstoffversorgung beziehungsweise auf die Treibstoffpreise hinweisen. Der Herr Kollege Pfeiffer hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, daß sich alle Bauernorganisationen, ob schwarz, rot oder blau — wie man die andern nennt, weiß ich nicht; vielleicht grün-blau oder grün-rot —, dahin gehend einig sind, daß man der Landwirtschaft endlich einmal das gefärbte Dieselöl geben soll.

Wir kennen die langwierigen Verhandlungen. Wir kennen die vielen Versprechungen von unseren Regierungsmitgliedern. Das wird doch alles, meine Damen und Herren, zur Farce, wenn der Herr Finanzminister einmal sagt: Man könnte darüber reden!, aber bei der letzten Verhandlung erklärt: Das ist mir vollkommen unbekannt, davon weiß ich nichts!, und wenn der Herr Bundeskanzler im

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9099

**Dipl.-Ing. Tschida**

Osterreichischen Wahlkampf verspricht: Wir bekommen es!, und jetzt ist es wieder anders. Auch der Herr Landwirtschaftsminister hat gesagt: Mit 1. Jänner 1975 werden wir wahrscheinlich das gefärbte Dieselöl bekommen.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung bringen: Die Landwirtschaft zahlt heutzutage das teuerste Dieselöl. Die Landwirtschaft benutzt keine Autobahnen und benutzt sehr, sehr wenig die Bundesstraßen. Sie sieht deshalb nicht ein, warum sie genauso besteuert werden soll wie alle anderen Fahrzeugbesitzer, die eben diese Verkehrseinrichtungen nützen können.

Ich darf noch einmal auf die furchtbare Situation hinweisen, die dadurch entstand, daß am 14. November 1973 der Preis für das Dieselöl bekanntlich abermals um 22 Prozent erhöht wurde. Diese Erhöhung kostet der Landwirtschaft nicht mehr und nicht weniger als wieder 441,2 Millionen Schilling. Sehen wir uns die Voranschläge an: Im Jahre 1973 waren 307 Millionen Schilling für die Treibstoffverbilligung aus dem Budget plus 55,5 Millionen Schilling aus dem 2. Budgetüberschreitungsgesetz vorgesehen — das sind insgesamt 362,5 Millionen Schilling —, im Jahre 1974 sind es 387 Millionen Schilling, gegenübergestellt dem vorhin genannten Betrag also nur um 24,5 Millionen Schilling mehr. Ich glaube, dazu müßte auch ein sozialistischer bürgerlicher Abgeordneter sprechen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits im Finanz- und Budgetausschuß einen diesbezüglichen Entschließungsantrag eingebracht. Ich möchte ihn im Hohen Haus wieder einbringen und bitte ihn in Verhandlung zu nehmen.

**Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida, Koller, Deutschmann und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1974 (880 und 974 der Beilagen) betreffend die in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Treibstoffe.

Seit Jahren verlangen die Bauernvertreter, daß jene Treibstoffe, die innerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verwendet werden, nicht mit der für den Straßenbau zweckgebundenen Mineralölsteuer belastet werden. Im Hinblick darauf haben ÖVP-Abgeordnete bereits im Jahre 1970 einen entsprechenden Abänderungsantrag zum Gasölsteuerbegünstigungsgesetz und einen Initiativantrag zur Schaffung eines land- und forstwirtschaftlichen Benzin-kostensenkungsgesetzes eingebracht.

Es ist nämlich nicht gerechtfertigt, daß Bauern eine Steuer zahlen müssen, die ausschließlich für den Autobahn- und Bundesstraßenbau bestimmt ist, weil sie mit ihren Maschinen die Autobahnen nicht befahren dürfen und auch die Bundesstraßen relativ wenig in Anspruch nehmen.

Im ersten Antrag wurde die Verwendung des gefärbten Diesels und im zweiten Antrag eine Verbilligung des Benzins für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Nebenbetriebe insbesondere im Interesse der Bergbauern verlangt. Beide Gesetzesanträge wurden am 8. Juni 1971 von SPÖ und FPÖ abgelehnt.

In weiterer Verfolgung dieses Ziels haben alle österreichischen Bauernorganisationen am 18. Mai 1973 in einer Besprechung mit dem Finanzminister den gefärbten Dieseltreibstoff und verbilligtes Benzin für Maschinen in der Land- und Forstwirtschaft verlangt.

Am 25. Mai sagte der Bundeskanzler Dr. Kreisky „die Vorbereitung einer neuen Lösung für das Jahr 1974“ zu. Obwohl die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern am 17. Juli 1973 entsprechende Vorbereitungen verlangt hat, wurden diese seitens der Regierung immer wieder verzögert.

Ein neuerliches, aber bis dato ebenso fruchtloses Versprechen gab Bundeskanzler Dr. Kreisky im Rahmen des oberösterreichischen Wahlkampfes ab, als er die Bereitstellung des gefärbten Dieseltreibstoffes in Aussicht stellte.

Dieses Problem ist umso dringlicher geworden, da am 14. November 1973 das Dieselöl um 22 Prozent und Normalbenzin um 26 Prozent erhöht wurden und auch die nach mehrmaliger Verschiebung Ende November doch noch zustande gekommene „Dieselölenquete“ im Finanzministerium keinerlei konkrete Ergebnisse gebracht hat!

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, analog den beiden in der XII. Gesetzgebungsperiode eingebrachten ÖVP-Anträgen auf Änderung des Gasölsteuerbegünstigungsgesetzes und Schaffung eines Benzin-kostensenkungsgesetzes ehebaldigst Regierungsvorlagen dem Nationalrat zuzuleiten. — Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

9100

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Präsident Dr. Maleta**

Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dkfm. Gorton. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Bei Behandlung der Budgetansätze für die Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1974 ist zweifellos festzustellen, daß im Rahmen der bisherigen Budgetansätze, soweit sie die Forstwirtschaft betreffen, und zwar in den Titeln 602 und 603, bei forstlichen Maßnahmen Kürzungen von zirka 13 Prozent und bei den Ansätzen für forstliche Bringungsanlagen ebenfalls zirka 10prozentige Kürzungen im Vergleich zu den Ansätzen des Jahres 1973 vorgesehen sind. Ich möchte das nochmals feststellen und auch nicht darüber hinweggehen, daß im heurigen Jahr im Vergleich zu 1972 die ohnehin sehr gering vorgesehene Ausgabenpost für forstliche Werbezwecke beziehungsweise Holzwerbungszwecke ebenfalls einer 20prozentigen Kürzung unterzogen wurde.

Bei Behandlung aktueller forstwirtschaftlicher Probleme möchte ich im Rahmen meines konzentriert gehaltenen Beitrages zunächst auf zwei Fragen eingehen. Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede unter anderem als Maßnahmen der Regierung zum Umweltschutz den Ankauf von Waldbesitz durch die Österreichischen Bundesforste angeführt. Der Herr Landwirtschaftsminister hat am 16. November im Finanz- und Budgetausschuß auf eine diesbezügliche Anfrage meinerseits im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Ankauf eines Großwaldbesitzes durch die Bundesforste, der, soweit Presseberichten zu entnehmen war, in der Zwischenzeit auch realisiert wurde, geantwortet, daß die Bundesforste bestrebt sein müßten, Liegenschaften, die sich in ausländischem Besitz befinden oder bei denen die Gefahr besteht, daß sie in ausländischen Besitz kommen, anzukaufen.

Ich möchte dazu grundsätzlich feststellen: Es sei zweifellos den Österreichischen Bundesforsten unbenommen, als Interessent für Güterankäufe aufzutreten, sofern sie in der Lage sind, den Kaufschilling im Rahmen ihrer eigenen Wirtschaftsverwaltung dafür aufzubringen; das kann durch Rücklagenbildung verkaufter eigener Grundstücke oder echt erwirtschafteter Gewinne sowie durch Kreditaufnahmen geschehen.

Wenn aber für solche Ankäufe zusätzliche Budgetmittel, welche aus dem Steueraufkommen der österreichischen Bevölkerung stammen, Verwendung finden sollen, dann müßte unserer Auffassung nach ein solcher Wald erwerb, müßte dieses Areal voll geeignet sein, echte Erholungswalfunktionen zu überneh-

men; das heißt, daß solche mit Budgetmitteln angekauften Waldungen tunlicherweise — und ich gebe zu, daß das zweifellos nicht immer leicht der Fall sein wird — doch in unmittelbaren Naherholungsgebieten eines städtischen Ballungszentrums liegen sollten, um den Einsatz öffentlicher Mittel auch dahin gehend zu rechtfertigen, daß solche Gebiete für die Öffentlichkeit leicht erschließbar sind. Ich glaube, daß das Kriterium einer Rückführung ausländischen Besitzes in österreichischen Staatsbesitz oder die Verhinderung von Ausländerankäufen allein zuwenig ist, zumal man ja sicherlich auch zu bestmöglichster Verwertung von solchen Großbesitz unter Umständen hinsichtlich der jagdlichen Maßnahmen doch auch wieder auf Ausländer angewiesen sein wird.

Ich möchte diesen Grundsatz deshalb besonders unterstreichen, weil sich der Herr Finanzminister und der Herr Landwirtschaftsminister seit zwei Jahren weigern, für die Vollziehung des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Schutz- und Erholungswirkungen des Waldes aus dem Jahre 1971 auch entsprechende Budgetansätze vorzusehen.

Seit Dezember des Vorjahres liegt dem Landwirtschaftsministerium ein umfassender Antrag der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Naturparks und Erholungslandschaften auf Schaffung von sechs großen Naturparks vor. Nach den Bestimmungen des eben erwähnten Gesetzes sollen solche Maßnahmen aus Bundesmitteln entsprechend bezuschußt werden. Dieser Antrag liegt vor. Eine gesetzlich vorgesehene Dotierung wurde seitens des Finanzministers und auch des Landwirtschaftsministers meiner Meinung nach mit wenig fundierter Begründung bisher abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Auch für unsere Bundesforste wird künftig eine gesunde Ertragswirtschaft des Waldes zweifellos im Vordergrund zu stehen haben, und diese wird sich sicherlich auch in zunehmendem Maße mit einer waldkonformen Erholungsnutzung koordinieren lassen. Damit aber besonders in Großstadtnähe keine „Wald-Slums“ — dieser Ausdruck wird in forstlichen Kreisen zum Teil gebraucht — entstehen, wird es sicherlich auch in der Umgebung der Bundeshauptstadt, im Wienerwald, der großteils den Österreichischen Bundesforsten gehört, erforderlich sein, zusätzliche Maßnahmen zu treffen. Sicherlich wird der Einsatz öffentlicher Mittel für Erholungswaldaufgaben verständlicher sein als allenfalls für den Ankauf großer Waldgüter, welche in den näheren Erholungswaldbereich unserer Auffassung nach kaum einzubeziehen sein werden.

**DkfM. Gorton**

Diese grundsätzliche Frage wollte ich doch im Zusammenhang mit akuten Problemen, die in der letzten Zeit aufgetreten sind, anschneiden.

Meine Damen und Herren! Die zweite Frage, die ich im Zusammenhang mit der Forstwirtschaft anschneiden möchte, betrifft die zunehmende Sorge der österreichischen Forstwirtschaft, was seitens der Regierung mit dem in Beratung oder, wie Äußerungen des Herrn Landwirtschaftsministers zu entnehmen war, kurz vor der Endfassung stehenden neuen Forstgesetzentwurf beabsichtigt ist.

Man hat in den ersten Jahren dieser sozialistischen Regierung noch das Gefühl gehabt, daß seitens des zuständigen Landwirtschaftsministers in den Vorberatungen zu diesem Gesetz laufend Kontakt mit den Vertretungsgremien der Land- und Forstwirtschaft gehalten wurde und gegenseitig — ich möchte sagen — eine begrüßenswerte Informationstransparenz Vorrang hatte. Meine Damen und Herren! Dies schien uns im letzten Jahr leider nicht mehr der Fall gewesen zu sein.

Man hat in Forstwirtschaftskreisen diese nunmehr mangelnde Transparenz, hinter der anscheinend doch immer mehr politischer Druck und politische Absichten stehen, unter Umständen deshalb noch nolens volens hingenommen, weil man an der Spitze der zuständigen Sektion im Landwirtschaftsministerium einen erfahrenen Mann aus Praxis und Wissenschaft weiß und wußte, der nach seinerzeitiger Zusage des Herrn Bundesministers bis zur endgültigen Verabschiedung eines neuen Forstgesetzes in dieser Position verbleiben sollte. In letzter Zeit verdichten sich jedoch Gerüchte, daß in Kürze mit einem Wechsel an der Spitze der Forstsektion zu rechnen wäre und damit dann wahrscheinlich das neue Forstgesetz auch von den Händen eines neuen Sektionsleiters noch modelliert werden dürfte. Die Forstwirtschaft möchte doch den Herrn Minister an seinen bisherigen Standpunkt erinnern, daß er die Erfahrungen des bisherigen Sektionsleiters bis zur Verabschiedung des Forstgesetzes in Anspruch zu nehmen gedachte. Ich glaube, daß diese Absicht auch richtig war und nicht geändert werden sollte.

Falls es wirklich zu einem solchen allenfalls geplanten Wechsel kommen sollte, müßte man aber zweifellos dann besonders ernste Bedenken hier vorbringen, wenn für die Neubesetzung dieser Spitzensposition im Ministerium nicht auch ein auf den Gebieten der Forstpolitik und des Forstrechtes ebenso erfahrener Fachmann wieder zum Zuge käme, wie es zweifellos der bisherige Sektionsleiter ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang von hier aus die Frage an den Herrn Bundesminister richten, wann er gedenkt, das neue Forstgesetz hier einzubringen, damit man doch einigermaßen die Terminpläne zur Kenntnis bekommt.

Der Herr Bundesminister hat im September dieses Jahres anlässlich der Forstvereinstagung in Innsbruck über die Fragen des neuen Forstgesetzes auch manches ausgeführt. Es würde sicherlich zu weit führen, hier auf mehrere Einzelheiten dieses Referates des Herrn Bundesministers einzugehen. Ich kann aber doch nicht umhin, auf eine sehr bedenkliche Aussage des Herrn Ministers in diesem Zusammenhang zurückzukommen.

Laut „Holz-Kurier“ vom 20. September 1973 hat der Herr Bundesminister zur Frage der Lockerung der Bestellungspflicht in den Forstbetrieben damals wörtlich gesagt — ich zitiere —:

„Zu einer so weitgehenden Lockerung der Bestellungspflicht, wie sie die Novelle zum Forstrechtsbereinigungsgesetz vom Jahr 1971 bringen wollte, wird es im neuen Forstgesetz nicht kommen. Der Vertrag zwischen den Sozialpartnern, der damals die Grundlage zum Initiativgesetz war, wird von der einen Vertragsseite nicht mehr aufrechterhalten.“

Gerade auf diese letzten Worte, glaube ich, ist es notwendig, kurz zurückzublicken. Es ist notwendig zu fragen, wie es damals zu dieser Vereinbarung gekommen ist, ob dieselbe heute noch aufrechterhalten wird, was wir sagen und woran sich unserer Auffassung nach seit damals nichts geändert hat.

Am 6. Mai 1971 fand nämlich eine Sitzung von Vertretern der Forstwirtschaft und der Angestellten-Interessenvertretung statt, wobei die Gewerkschaft der Privatangestellten, Sektion Land- und Forstwirtschaft, sowie die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, Bundessektion Land- und Forstwirtschaft, und auch der Landarbeiterkammer-Vertreter anwesend waren. Die Sitzung erbrachte damals eine einvernehmliche Auffassung hinsichtlich der Neugestaltung der Försterausbildung, die in diesem Zusammenhang ja eine der wesentlichsten Fragen war, und auch der Neugestaltung der Bestellungspflicht.

Mit Schreiben vom 13. Mai 1971 hat die Präsidentenkonferenz im Auftrag der Sitzungsteilnehmer dieses Ergebnis dem Herrn Bundesminister Dr. Weihs mitgeteilt und gebeten, diese Vereinbarung auch entsprechend zu berücksichtigen.

Auch die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten hat mit Schreiben vom 28. Juni 1971 dem Herrn Bundesminister für Land- und

9102

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Dkfm. Gorton**

Forstwirtschaft mitgeteilt, daß die Auffassung der Gewerkschaft mit dem Schreiben der Präsidentenkonferenz völlig konform geht.

Auf der Seite der Personalvertretung hat bei der Behandlung dieser Fragen immer ein Koordinierungsausschuß zwischen den damit befaßten Gewerkschaften bestanden, für den die Gewerkschaft der Privatangestellten federführend war. Diese Gewerkschaft hat mit Schreiben vom 26. Jänner 1973, also im heurigen Jahr, der Präsidentenkonferenz mitgeteilt — und zwar im Auftrag des dort bestehenden „Forstschulausschusses“, der am 23. Jänner dieses Jahres eine Sitzung abgehalten hatte —, daß die Gewerkschaft „zu der Einigung der Sozialpartner bezüglich Försterausbildung und Forstrechtserneuerung“ nach wie vor stehe.

Meine Damen und Herren! Am 4. Mai 1973 hat nun im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine Sitzung stattgefunden, zu der die Vertreter der Sozialpartner geladen waren und dort ausschließlich mit der Frage konfrontiert wurden, ob sie sich an die zitierte Einigung gebunden fühlen. Diese Frage wurde von den Vertretern der Präsidentenkonferenz, des Hauptverbandes, der Gewerkschaft der Privatangestellten und dem Landarbeiterkammertag bejaht, wobei seitens der Präsidentenkonferenz doch auf den merkwürdigen Umstand hingewiesen werden mußte, daß ein aufrecht bestehendes schriftliches Übereinkommen, das von keiner Seite gekündigt wurde, doch jetzt nicht von dritter Seite — in diesem Fall eigentlich vom Ministerium — angezweifelt werden sollte.

Es hat lediglich der Zweite Vorsitzende der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, Sektion Land- und Forstwirtschaft, erklärt, daß er sich an die Vereinbarung deswegen nicht gebunden fühlen könne, weil sich in der Zwischenzeit maßgebliche Dinge verändert hätten. Auf die Frage, die dann dort gestellt wurde, welche Veränderungen gemeint seien, konnte der Zweite Vorsitzende dieser Gewerkschaft lediglich die Behauptung aufstellen, daß er gehört habe, die in der Einigung vereinbarte einjährige Forstwarteausbildung sollte auf zwei Jahre angehoben werden. Diese Behauptung wurde aber sowohl vom Vertreter des Ministeriums als auch von anderen Sitzungsteilnehmern als unrichtig zurückgewiesen. Es ist also unserer Auffassung nach keineswegs von irgendeiner Seite daran gedacht, diese Verlängerung der Forstwarteausbildung irgendwo zu etablieren.

In der Zwischenzeit hat es auch keinerlei offizielle schriftliche Äußerungen der beiden Gewerkschaften an die Partner der damaligen

Sitzung etwa in der Richtung gegeben, daß sie die getroffene Vereinbarung als nicht mehr bestehend erachteten.

Ich glaube, daß aus dieser Darstellung doch eindeutig hervorgeht, daß der Herr Bundesminister seine Behauptung, die er in Innsbruck bei dieser Forstvereinstagung aufgestellt hat, die Sozialpartnereinigung sei nicht mehr aufrecht, doch nicht etwa auf konkrete Kündigungsbeschlüsse der dazu befugten gewerkschaftlichen Gremien zurückführt, sondern daß hier offensichtlich doch irgendwelche politische Absichten im Hintergrund stehen müssen.

Ich glaube, daß es im Zusammenhang mit dem neuen Forstgesetz und den darin zu behandelnden Fragen — und von Seiten der Forstwirtschaft sind sicherlich die Fragen der Bestellungspflicht und so weiter als sehr wesentlich anzusehen — doch erforderlich ist, hier den chronologischen Ablauf, wie er den Tatsachen entspricht und den hier darzustellen ich mich bemüht habe, nochmals in Erinnerung zu rufen.

Ich sehe mich also veranlaßt, doch sehr deutlich darauf hinzuweisen, Herr Bundesminister, daß Sozialpartnereinigungen als Verträge anzusehen sind und daß auch im politischen Leben das Prinzip der Vertragstreue eine entsprechende Würdigung finden sollte; ein Vertragsbruch könnte doch sehr weitreichende und vor allem auch prinzipielle Folgen haben.

Die österreichische Forstwirtschaft darf auch von der derzeitigen Regierung erwarten, daß solche nicht gekündigte und unserer Auffassung nach voll gültige Vereinbarungen auf Seiten der Regierung anerkannt werden und daß daher auch die darauf basierenden Bestimmungen des Forstrechtsbereinigungsgesetzes vom Jahr 1971 vollinhaltlich im neuen Forstgesetz Berücksichtigung finden.

Herr Bundesminister! Ich möchte Sie also abschließend doch sehr dringend ersuchen: Bewirken Sie nicht durch solche Äußerungen oder gar Maßnahmen, daß das Vertrauen zwischen den Sozialpartnern in Frage gestellt wird, denn wir sind der Auffassung, daß auch auf dem Gebiete der Forstwirtschaft das gegenseitige Vertrauen der Sozialpartner nach wie vor weiterhin im Vordergrund zu stehen hat und daß solche Einigungen, die auf breiter Basis im Jahre 1971 gefunden wurden, auch in Zukunft aufrecht bleiben werden. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Stögner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Stögner** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Aus Zwischenrufen von der rechten Seite während des Diskussionsbeitrages meines Kollegen Pfeifer habe ich entnehmen können, daß Sie der Meinung sind, daß jemand, der kein Vollerwerbsbauer ist, auch nichts von Agrarpolitik versteht. Ich möchte dazu feststellen, daß auch die Vertreter der Vollerwerbsbauern von dieser Politik nichts verstanden haben, denn bis vor drei Jahren haben Sie allein diese Politik machen können.

Zu den Feststellungen des Herrn Präsidenten Minkowitsch möchte ich sagen, daß von einem Aushungerungsbudget überhaupt keine Rede sein kann, auch dann nicht, wenn das Agrarbudget nicht um denselben Prozentsatz gestiegen ist wie das Gesamtbudget. Ich bin darüber hinaus aber der Meinung, daß auch die Zuschüsse, die die landwirtschaftlichen Sozialversicherungsinstitute aus dem Budget erhalten, diesem Agrarbudget zugerechnet werden müssen, denn die Beiträge, die der Bund dazu leistet, sind für die Bauern wesentlich größer als für unselbstständig Erwerbstätige.

Ich möchte das an dem Beispiel der Krankenversicherung beweisen. Bei der Krankenversicherung ist es bekanntlich so, daß die unselbstständig Erwerbstätigen sehr wenig aus dem Budget bekommen, ich möchte sogar sagen, daß es sich in Prozenten überhaupt nicht ausdrücken läßt. Die Bauern hingegen erhalten im Jahr 1974 insgesamt 300 Millionen Schilling, das ist etwas mehr als die Hälfte des Gesamtaufwandes für diese Versicherung. Derzeit gibt es etwas über 2,5 Millionen unselbstständig Erwerbstätige. In der Land- und Forstwirtschaft gibt es etwas über 300.000 selbstständig Erwerbstätige, die es hier betrifft; also ich bin der Meinung, daß hier eine sehr große Subventionierung der bäuerlichen Sozialversicherung erfolgt. Wir gönnen selbstverständlich diesem Personenkreis diese Zuwendungen, müssen sie aber, da es um Gesamtbe trachtungen geht, in Rechnung stellen.

Der Herr Kollege Tschida hat gemeint, daß die SPO-Fraktion nur in die Vergangenheit schauen würde und die ÖVP also jetzt auf einmal diejenige wäre, die nur in die Zukunft schaut. Ich werde während meiner Ausführungen noch auf diese Feststellung zurückkommen.

Ich habe bei der Anhörung der bisherigen Diskussionsredner der Österreichischen Volkspartei den Eindruck gewonnen, daß sie sich sehr freuen, wenn von außen her irgendwelche Krisenerscheinungen auf uns zukommen und wenn dadurch die österreichische Regierung in Schwierigkeiten kommt. Ich habe den Ein-

druck, das schönste Weihnachtsgeschenk für die ÖVP-Opposition wäre es, wenn es wirklich größere Schwierigkeiten geben würde.

Zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Gorton im Zusammenhang mit Grundankäufen der Österreichischen Bundesforste möchte ich sagen, daß mich die Möglichkeit von Ankäufen ausländischen Waldbesitzes in Österreich sehr befriedigt, weil wir doch aus der Praxis wissen, daß Staatswald wesentlich leichter allgemeinen Erholungszwecken zugeführt werden kann als Privatwald. Ich bin der Meinung, daß wir auch in Zukunft alles daran setzen müssen, um derartige Ankäufe tätigen zu können.

Und nun zu meinen Ausführungen im Zusammenhang mit der Gesamtsituation der österreichischen Landwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen ja, daß die Landwirtschaft keine einheitliche Berufsgruppe mit gleichen Produktionsbedingungen und damit auch mit einigermaßen gleichen Verdienstmöglichkeiten darstellt. Es ist daher auch während einer Budgetdebatte notwendig, die Situation einzelner Gruppen innerhalb der Landwirtschaft besonders zu untersuchen. Eine dieser besonderen Gruppen stellen die Nebenerwerbsbetriebe dar, und ich möchte mich daher heute mit dieser Berufsgruppe befassen. Ich möchte dies deshalb tun, weil ich der Überzeugung bin, daß gerade diese Gruppe in der Zukunft eine immer größere Rolle spielen wird.

Nun möchte ich einiges zu den Bemerkungen des Dipl.-Ing. Tschida im Hinblick auf die Vergangenheitsorientierung der Sozialistischen Partei sagen.

Es hat im November dieses Jahres eine Diskussionsveranstaltung des Österreichischen Bauernbundes in Wien stattgefunden, an der auch der Landwirtschaftsminister von Bayern teilgenommen hat. Es ist dort unter anderem darum gegangen, ob man eine saubere Trennung zwischen Partei- und Agrarpolitik herbeiführen soll oder ob diese überhaupt wünschenswert wäre, wenn die Agrarpolitik dadurch mehr an Substanz gewinnen könnte. Landwirtschaftsminister Dr. Eisenmann erklärte: Die europäische Agrarpolitik werde im zunehmenden Maße von marxistischen Ideologien durchdränkt; außerdem geistere die Mansholt'sche Strukturpolitik immer noch in der EWG; deshalb könne auch die Agrarpolitik nicht von der Parteipolitik getrennt werden.

Ich glaube, daraus geht ganz deutlich hervor, wer nun zukunftsorientiert ist und wer in die Vergangenheit schaut. (Zwischenruf bei der ÖVP.)

9104

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Stögner**

Der Bauernbund betreibt selbstverständlich in erster Linie ÖVP-Parteipolitik. Das wissen wir, und das verwundert uns auch gar nicht. Aber uns wundert auch gar nicht, warum in der Vergangenheit die Agrarprobleme nicht gelöst werden konnten, denn mit Parteipolitik allein konnte man diese Probleme nicht lösen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Als Nebenerwerbsbetriebe bezeichnet man üblicherweise diejenigen Betriebe, in denen das Familieneinkommen im landwirtschaftlichen Betrieb zu weniger als 50 Prozent erarbeitet wird. Betrug die Zahl der Vollerwerbsbetriebe im Jahre 1960 noch 50,4 Prozent und die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe 36 Prozent, so waren es 1970 nur mehr 46,5 Prozent Vollerwerbsbetriebe und der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe stieg auf 38,4 Prozent.

Wie wir wissen, geht diese Entwicklung ja weiter, und wir werden sehr bald wesentlich mehr Nebenerwerbsbetriebe haben als Vollerwerbsbetriebe. Der größere Teil dieser Betriebe liegt zudem noch im Berggebiet.

Diese Betriebsart ist von den früheren Regierungen immer stiefmütterlich behandelt worden, und auch hier darf ich wieder die Vergangenheitsorientierung der ÖVP feststellen. Die Betriebsführer der Nebenerwerbsbetriebe sind natürlich bei politischen Wahlen nicht mehr so sichere ÖVP-Wähler als das bei Betriebsleitern von Vollerwerbsbetrieben der Fall ist, und daher hat man natürlich in der Vergangenheit für diese Gruppe wenig Interesse gehabt. Jetzt hat man scheinbar auch da Interesse entdeckt, aber wie wir auf Grund von Äußerungen aus berufenem Munde feststellen könnten, ist das immer noch aus dem Blickwinkel der Parteipolitik zu sehen. (Abg. Steiner: Wir würden das Studium unserer Programme empfehlen!) Erst ein sozialistischer Landwirtschaftsminister und eine sozialistische Bundesregierung befaßten sich ernstlich mit den Problemen der Menschen in diesen Betrieben.

Es ist sehr wünschenswert, wenn sich auch die ÖVP-Opposition langsam dazu durchringen kann, Programme zu erstellen, und zwar nicht nur — wie soll ich sagen — Wahlprogramme, sondern Programme, nach denen dann gearbeitet werden soll, weil wir uns dann wesentlich leichter in verschiedenen Dingen tun werden. (Abg. Steiner: Sie, weil ihr kein Programm habt! Wieviel Agrarier waren bei euren 1400 Wissenschaftlern?) Ich habe schon eingangs erklärt, daß es ja nicht darauf ankommt, in einem Betrieb zu wirtschaften, sondern wir leben ja alle mitten in der Landwirtschaft, und wir können sehr gut beobachten. Wir haben auch unsere Möglich-

keiten, uns zu orientieren. Daher maßen wir uns an, von der Landwirtschaft auch einiges zu verstehen.

Die schon heute und vor allem in Zukunft noch weit wichtigere Aufgabe dieser Nebenerwerbsbetriebe liegt in der Erhaltung und Pflege unserer Erholungslandschaft. Auch das ist ja nichts Neues. Wir sind in Österreich in der glücklichen Lage, eine bäuerliche Landwirtschaft zu haben, die unseren Staat noch zu 82 bis 85 Prozent selbst versorgen kann. Wir haben noch genug Wasser und auch reine Luft zur Verfügung; und das soll auch so bleiben. Die vordringliche Aufgabe der Agrarpolitik ist es daher, den wachsenden Anteil an Nebenerwerbslandwirtschaft an unserer Agrarproduktion zu erkennen und deutlich zu machen.

Die Energiekrise können wir nur schlecht von uns abwehren, weil sie ja von außen an uns herangeführt wird. Die Ernährungs-krise kommt auf uns zu. Sie können wir meistern, wenn wir genug Bauern erhalten. Bauern sind natürlich auch die Nebenerwerbler! Wir müssen daher alles tun, um die in diesen Betrieben tätigen Menschen dazu zu veranlassen, diese für unsere moderne Gesellschaft so eminent wichtige Aufgabe auch in Zukunft zu erfüllen.

Um in Zukunft diese Betriebe zu sichern, wird es notwendig sein, die Beratung zu intensivieren, denn wir wissen aus Erfahrung, daß ein großer Teil der Einkommen auch aus außerbetrieblicher Arbeit durch falsche Investitionen diesen Familien wieder verloren geht. Wir müssen bei diesen Menschen das Gemeinschaftsdenken fördern, indem wir ihnen begreiflich machen, daß überbetriebliche Organisationen nicht nur bei der Vermarktung der erzeugten Produkte notwendig sind, sondern auch beim Ankauf und Einsatz der notwendigen Maschinen und Geräte.

Es könnte hier eine sinnvolle Ergänzung Nebenerwerbsbetriebe und Vollerwerbsbetriebe Platz greifen. Hier möchte ich einen Artikel des Herrn Eduard Ploier im „Blick ins Land“ zitieren, weil dieser sehr treffend die derzeitige Situation auf diesem Sektor schildert. Er schreibt hier:

„Viele Menschen in der Landwirtschaft denken in der Regel besitzorientiert. Dabei bleiben sie vom Prestigegegedanken nicht verschont. Fragen wir uns ehrlich: Wie viele landwirtschaftliche Investitionen werden auf Grund von Investitionsrechnungen getätigkt und wie viele auf der Basis der Überlegung: „Was hat der Nachbar bereits, und womit kann man ihn übertreffen?“

**Stögner**

Dieser unbefriedigende Zustand kann nur geändert werden, wenn das besitzorientierte Denken zugunsten eines einkommensorientierten Denkens zurückgestellt wird. Diese Aufgabe — so scheint mir — kann nur durch intensive Information und Bildung, mit dem Ziel, Verhaltensweisen zu ändern, gelöst werden. Die Gesellschaft von heute zwingt in vielem zum Umdenken und Ändern überkommenener Verhaltensweisen. Alte Ideologien verlieren an Gewicht, neue gesellschaftliche Probleme tauchen auf.

In der Landwirtschaft ist ein Umdenkungsprozeß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dringend einzuleiten. Die Begriffe ‚freier Bauer‘, ‚unabhängiger Bauer‘ und so weiter müssen mit neuen Inhalten versehen werden.

Nicht der Bauer, der die meisten Maschinen hat und von sich behaupten kann, daß er auf keinen Nachbarn angewiesen ist, gilt als ideal und erstrebenswert, sondern jener, der am besten zu kooperieren versteht und ein hohes Einkommen, das er unter zumutbaren Anstrengungen erreicht hat, erzielt.“

Soweit das Zitat aus diesem Artikel.

Wir haben also auch hier feststellen können, daß Leute, die nicht unbedingt Besitzer eines Bauernhofes sind, sich mit den Problemen dieser Betriebe sehr ernstlich befassen. Ich bin auch der Meinung, daß die Zukunft auf der Basis der Kooperation liegt. Allerdings müssen die Vollerwerbsbauern dann sehr ernstlich umdenken, denn bisher ist es ja so — das kann man immer wieder feststellen —, daß ein Nebenerwerbsbauer vom Vollerwerbsbauer etwas über die Schulter angesehen wird. Daher sind die Vollerwerbsbauern bisher auch nicht bereit, zu kooperieren.

Vielleicht meinen die Vollerwerbsbauern auch, daß ihnen durch die zunehmende Zahl der Nebenerwerbsbauern eine zu große Konkurrenz erwächst. Aber auch hier darf ich vielleicht einige Zahlen gegenüberstellen. (Abg. Steiner: Sie wollen überall Keile hineintreiben: Zwischen die Viehbauern, Bergbauern, Getreidebauern!) Wir wollen nirgends einen Keil hineintreiben! Wir wollen lediglich denen, die in diesem Bereich arbeiten müssen und die ihren Lebensunterhalt dort verdienen müssen, es so leicht als möglich machen, diesen Lebensunterhalt auch tatsächlich zu verdienen, und wir wollen ihnen vor allen Dingen die Möglichkeit geben, daß sie mit der allgemeinen Aufwärtsentwicklung auch Schritt halten können. Auch wenn Sie das als „Keil hineintreiben“ bezeichnen: Wir werden das natürlich in Zukunft weiter fortsetzen!

Es gibt derzeit in Österreich rund 171.000 Vollerwerbsbetriebe mit einer Gesamtfläche von nicht ganz 4,4 Millionen Hektar. Es gibt insgesamt etwa 192.000 Zu- und Nebenerwerbsbetriebe, also schon wesentlich mehr als Vollerwerbsbetriebe; doch haben diese lediglich eine gesamtbewirtschaftete Fläche von nicht ganz 1,7 Millionen Hektar. Wir sehen also, daß daraus eine Konkurrenz kaum erwachsen wird. Zudem ist die Flächenproduktivität in den Nebenerwerbsbetrieben natürlich zwangsläufig niedriger als in den Vollerwerbsbetrieben.

Die wichtigste Position in einem Nebenerwerbsbetrieb nimmt aber meiner Überzeugung nach die Bäuerin ein. Sie ist es ja in der Regel, die den Betrieb leitet und die die Hauptarbeit zu leisten hat. Es wird daher der Erfolg oder Mißerfolg in dem Bemühen um die Erhaltung und Sicherung der Nebenerwerbsbetriebe in erster Linie davon abhängen, ob es uns in Zukunft gelingen wird, den Beruf einer Bäuerin in einem Nebenerwerbsbetrieb entsprechend attraktiv zu gestalten.

Es wird in erster Linie notwendig sein, sie den übrigen berufstätigen Frauen vollkommen gleichzustellen. Ich meine hier natürlich nicht nur die Sicherung einer Alterspension. Darüber hinaus werden wir die Gemeinden in die Lage versetzen müssen, Kindergärten in vermehrtem Ausmaß zu bauen und vor allem so zu situieren, daß die Bäuerin und Mutter von dieser Einrichtung auch Gebrauch machen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sehen also, daß das Problem der Nebenerwerbsbauern nicht nur von hier aus, vom Bund her gelöst werden kann, sondern daß hier alle Gebietskörperschaften dementsprechend zusammenwirken müssen.

Viele andere Voraussetzungen zur Sicherung dieser Betriebe und zur Erleichterung der Tätigkeit der Bäuerin hat ja die sozialistische Regierung bereits vorerfüllt. Ich darf nur die Gratisschulfahrten, das Gratisschulbuch und vor allen Dingen auch die Heiratsbeihilfe erwähnen. Es ist ja hier nachweislich so, daß gerade die bäuerliche Bevölkerung von den Abschreibungsmöglichkeiten, die es früher gegeben hat, kaum etwas gehabt hat, weil der Nachfolgende, der einmal den Hof zu übernehmen hatte, ja kaum ein Einkommen nachweisen konnte.

Eine weitere, wichtige Voraussetzung zur Sicherung der Nebenerwerbsbetriebe ist die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze in zumutbarer Nähe des landwirtschaftlichen Betriebes. Die zumutbare Nähe hängt wiederum von den vorhandenen Verkehrsbedingungen ab. Also

9106

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Stögner**

auch hier wieder Aufgaben für die Gebietskörperschaften, die die Infrastruktur zu verbessern haben.

Wir werden uns auch sehr bemühen müssen, denjenigen Betriebsführern, die in Zukunft ihren Vollerwerbsbetrieb in einen Nebenerwerbsbetrieb umwandeln müssen, eine entsprechende Fachausbildung zuteil werden zu lassen. Dies ist meines Dafürhaltens deshalb notwendig, weil der Nebenerwerbsbauer, der bisher Vollerwerbsbauer war und dann irgendwo als Hilfsarbeiter arbeiten muß, an Sozialprestige verliert, was wahrscheinlich sehr schnell dazu führen wird, daß er seinen Betrieb ganz aufgibt. Die Voraussetzungen dafür sind im Arbeitsmarktförderungsgesetz ja gegeben.

Eine entsprechende Aufklärung ist auch hier notwendig. Dazu ein offenes Wort: Der Bund gibt ja sehr bedeutende Mittel gerade für die Aufklärung der bäuerlichen Bevölkerung aus. Aber diese Mittel werden ja in erster Linie auch wieder von der rechten Seite dieses Hauses gesteuert, und es obliegt gerade diesen Funktionären in hervorragender Weise, eine tatsächlich ausreichende Information zu tätigen.

Schließlich müßte eine intensive Berufsberatung dafür sorgen, daß diejenigen Kinder, die diese Nebenerwerbsbetriebe einmal weiterführen sollen, über die Pflichtschule hinaus die richtige schulische oder berufliche Ausbildung wählen. Auch das ist meines Dafürhaltens sehr wichtig. Wenn es uns gelingt, die Menschen auf ihrem angestammten Hof zu halten, werden wir auch ein Problem, das in unseren Städten und größeren Orten immer mehr entsteht und für dessen Lösung diese Gemeinwesen immer mehr Mittel aufwenden müssen, hintanhalten können. Es ist dies die Betreuung unserer alten Menschen.

Ich habe versucht, in der Zeit, die mir zur Verfügung steht, die Bedeutung, aber auch einige Probleme der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe aufzuzeigen. Es muß eine wichtige Aufgabe der künftigen sozialistischen Agrarpolitik sein, diese Betriebe zu erhalten. Mit Parteipolitik allein werden wir diese Probleme nicht lösen können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPO):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen meines Vorredners erfordern ein paar Anmerkungen.

Zuerst zur Erwerbung von Blühnbach: Grundsätzlich halten wir es für richtig, daß

die Republik hier als Käufer aufgetreten ist und einen in ausländischer Hand befindlichen, beachtlichen Besitz in österreichisches Eigentum gebracht hat. Aber man muß die Sache ein bißchen differenziert betrachten, weil uns das zugleich in die Problematik der Bundesforste führt.

Vom Ökonomischen her gesehen ist es klar, daß das eine Fehlinvestition ersten Ranges war, denn 169 Millionen Anschaffungskapital, die aufgewendet wurden, bedeuten, wenn ich mir heute den Kapitalmarkt ansehe, daß die Gesamterträge der Bundesforste, die für das Jahr 1973 mit 80 Millionen Schilling kalkuliert werden, zu einem Viertel allein mit dem Zinsdienst für diese Investition belastet sind und daß bei dem Verhältnis von forstlicher Nutzfläche und forstlich nicht nutzbaren Flächen nie, auch bei bester Wirtschaftsführung, das herauszuwirtschaften ist, was diese Investition rechtfertigen würde.

Ob es ein besonders erstrebenswerter Zustand ist, daß wir damit den Staatswald im Land Salzburg von derzeit 52 Prozent auf 60 Prozent erhöhen, darüber könnte man auch diskutieren. Ich kenne Länder, wo der ganze Wald öffentlicher Besitz ist. Ich habe nicht entdeckt, daß das dem Bürger dort besondere Vorteile bringt. In gar keiner Richtung: weder ökonomische Vorteile noch in bezug auf das, womit ich mich dann später beschäftigen werde, was wir im Westen Lebensqualität nennen.

Was die Zugänglichkeit anlangt, die als ein Vorteil der Bundesforste reklamiert wurde, habe ich auf meinen Zwischenruf zu verweisen, daß — bislang zumindestens — die Bundesforste ganz eisern dem öffentlichen Zugang verschlossen waren. Aber ich höre, Herr Bundesminister: Besserung am Wege! Ich glaube, heuer ist ein Erlaß gekommen ... (*Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihns: Schon da!*) Ist er schon da? Damit werden die Bundesforste — was der Bürger ganz besonders immer meint, wenn er von Bundesforst, Staatsbesitz hört — hoffentlich auch dem einzelnen zugänglich werden.

Wir wünschen das auch aus einem anderen Grund: weil dann vielleicht auch die gesamte Problematik, über die sich die Sozialistische Partei bei der Beratung des Gesetzes über die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes so leichtfertig hinweggesetzt hat, nämlich was das für Belastungen und Risiken, was das unter Umständen auch für Mehrkosten bringt, wenn es am Hals des Staates verspürt wird, auch vielleicht für den Rock des Bürgers spürbar werden könnte. Man muß die Dinge ein bißchen differenziert betrachten.

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9107

**Dr. Scrinzi**

Differenziert muß man es auch, differenzierter als es hier im Plädoyer für den Nebenerwerbsbetrieb geschehen ist, beim Nebenerwerbsbetrieb betrachten. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß, von welcher Seite immer man die Frage der Struktur in der Landschaft sieht, der bäuerliche Vollerwerbsbetrieb, was Intensität der Nutzung, was Pflege des Bodens, was insgesamt die Gewährleistung der Umweltschutzfunktion im Rahmen des ökologischen Systems betrifft, die ideale Lösung ist.

Ich verstehe aber schon in Anbetracht der Zahlen, daß hier ein Plädoyer für den Nebenerwerbsbetrieb gehalten wurde. Vergessen wir jedoch nicht, daß wir eher aus der Not eine Tugend machen, daß wir uns auf Grund der Strukturentwicklung in der Landwirtschaft selbstverständlich heute zum Nebenerwerbsbetrieb bekennen müssen, weil er in den von Siedlungsverdünnung bedrohten landwirtschaftlichen Räumen eine gewisse Bremsung der Abwanderung gewährleistet. Aber die ideale Lösung ist es nicht. Das hat auch der Herr Vorredner zugegeben. Er mußte ja zugeben, daß die Ertragsberechnung ausweist, daß die Produktivität, die Ertragsintensität dieser Nebenerwerbsbetriebe niedriger ist.

Und noch etwas, worauf ich bei dieser Gelegenheit nicht zum ersten Mal hinweise: Das Opfer des Nebenerwerbsbetriebes ist die Bäuerin, die die Hauptlast zu tragen hat und die überfordert wird, gesundheitlich überfordert wird. Wenn Sie sich den sehr instruktiven Bericht über die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Erinnerung rufen, so werden Sie mir recht geben, daß, auch von dorther gesehen, der Nebenerwerbsbetrieb nicht die ideale Lösung ist.

Ich stimme mit meinem Vorredner darin überein, daß man danach trachten muß, die soziale Diskriminierung, der gerade die Nebenerwerbsbauern, aber auch die Bauern im allgemeinen unterliegen, zu beseitigen, daß man versuchen soll, hier eine Gleichstellung zu erzielen.

Der Nebenerwerbsbetrieb erschwert die Lösung der sozialen Probleme in der Landwirtschaft. Er erleichtert zwar in mancher Hinsicht die rein materiellen Einkommensprobleme, die sozialen Probleme werden aber eher erschwert.

Damit komme ich zu meinem eigentlichen Thema. Wir haben — um bei einem eben gebrachten Bild zu bleiben — auch aus der Not, daß unser Fortschrittsglaube, unser Fortschrittwahn uns allmählich aufzufressen drohen, die Tugend der Lebensqualität gemacht.

Wir haben plötzlich als große Entdeckung gepriesen, der Mensch sei nicht in erster Linie auf der Welt, um zu verdienen, sondern um ein einigermaßen gesundes, glückliches und erfülltes Leben zu führen.

Man hat dies zum großen Programm der Lebensqualität gemacht, etwas, das schon vor Jahrtausenden, ich möchte sagen, sogar schon für den Neandertaler eine simple Lebensweisheit war. Aber sicher ist mit diesem ein wenig von der Inflation bedrohten Begriff etwas ausgesagt, was auf eines der bedeutendsten politischen Probleme der Gegenwart hinweist: auf die Lebensqualität.

Es gilt in dieser Welt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß man nicht nur lebt, sondern daß man auch in erster Linie gesund lebt. Und Lebensqualität ohne Gesundheit ist schlechthin undenkbar! Unter Gesundheit verstehe ich in umfassendem Sinn körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden. In diesem Zusammenhang haben die Forschungen der letzten Jahrzehnte ergeben, daß Gesundheit auch eine wesentliche Funktion der Umwelt ist, daß also eine vom Menschen durch seine technologischen Eingriffe zunehmend verfremdete Natur diese Gesundheit an der Wurzel gefährdet.

Im Rahmen der großen Ökosysteme, die als Voraussetzung der Gesundheit des einzelnen, vielmehr aber noch als Voraussetzung der Volksgesundheit erhalten bleiben müssen, spielt der ländliche Raum, insbesondere der Wald, eine ganz entscheidende, große Rolle.

Wir sind in Österreich in der glücklichen Lage, eines der großen Waldländer zu sein. 44 Prozent der Gesamtfläche Österreichs sind mit Wald bedeckt, das ist knapp ein halbes Hektar Wald je Einwohner. Darüber freuen wir uns!

Wir freuen uns und wir wollen auch sagen, daß es sowohl das Verdienst einer vernünftigen Forstpolitik wie auch das Verdienst der vernünftigen, aufgeschlossenen und einsichtigen Haltung der Waldbesitzer — nicht nur der Bundesforste — ist, daß diese Waldfläche in den letzten Jahren nicht nur erhalten, sondern, wenn auch nicht sehr überwältigend, so doch etwas vergrößert werden konnte.

Mit Genugtuung stellen wir auch fest, daß das Verhältnis zwischen Zuwachs und Schlägerung sehr gesund ist und folglich dieser große Reichtum Österreichs im Augenblick nicht gefährdet erscheint. Aber natürlich ist auch der österreichische Wald unter keiner Glasglocke, in einer Welt, die zunehmend verseucht wird.

Ich werde Ihnen aufzeigen, was man den zwei Ökosystemen in der Welt, den Weltmeeren und den großen Wäldern, zumutet.

9108

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Dr. Scrinzi**

Man hat berechnet, daß 1970 63 Millionen Tonnen chemische Giftstoffe in die Atmosphäre abgegeben wurden, die früher oder später in den Boden, in die Grünpflanzen und in die großen Gewässer gelangen. Diese Gefahr ist unsichtbar, sie wurde deshalb lange nicht erkannt und zum Teil verdrängt. Wenn sich heute überall warnende Stimmen erheben, so halte ich es für bedenklich, bloß zu sagen: Bitte keine Umwelthyysterie!

Wie schaut denn das konkret in der praktischen Bedeutung auch für uns Österreicher aus? Die Bleiverseuchung in der Welt hat dazu geführt — das ist ein ganz extremer Vergleich —, daß sich im Grönlandeis der Bleistaubgehalt in den letzten 40 Jahren verdreifacht hat. Der Quecksilbergehalt bei Fischen der Weltmeere — hier ist ganz besonders die Ostsee gefährdet, aus der wir einen Teil der Seefische beziehen, die wir in Österreich verzehren — liegt über der zehnfachen medizinisch zulässigen, mit der Gesundheit noch zu vereinbarenden Toleranzgrenze. Das ist ein zweiter Indikator.

Ein dritter Indikator, der auch zeigt, daß über diesen scheinbaren Frieden hinaus die Dinge ganz anders liegen, ist der DDT-Gehalt. Wir haben in der Zwischenzeit DDT als einen gemeingefährlichen Giftstoff erkannt, der unter anderem auch mutagene Änderungen, also Änderungen im Erbgefüge, herbeiführt. Der DDT-Gehalt der Muttermilch in den europäischen Ländern liegt ein Vielfaches über dem DDT-Gehalt, den wir in der Konsummilch lebensmittelrechtlich zulassen.

Meine Damen und Herren! Wer in Anbetracht — und das waren nur ein paar eindringliche Zahlen — der gefährlichen Überlastung unserer entgiftenden und reinigenden großen Ökosysteme die Gefahr im Verzug nicht sieht, der macht die Augen einfach zu und steckt den Kopf in den Sand.

Der Wald, insbesondere die Waldfläche, aber auch das landwirtschaftlich genutzte Grünland sind das größte Entgiftungsorgan, das wir haben. Wir sollten mit ihm sehr, sehr sorgfältig umgehen. Daneben ist ja der Wald, wie Sie wissen, der größte Sauerstoffproduzent. Wir brauchen den Wald zur Wasseraushaltsregulierung. Die Funktion des Waldes im Zusammenhang mit dem Hochwasser- und Lawinenschutz braucht hier nicht erwähnt zu werden.

Der Wald ist in Österreich — wir haben kein Meer, keine großen Strände — der Erholungsraum schlechthin, und als solcher ist er auch, von der Holznutzung und Jagd abgesehen, ein ganz entscheidender Wirtschaftsfaktor. Wenn wir aber das erkannt haben,

dann haben wir uns zu fragen: Welche Rolle spielt nun im Zusammenhang mit diesem großen Ökosystem diejenige Bevölkerungsgruppe, die für die Erhaltung, für das Gedeihen dieses Systems verantwortlich ist, und wer ist es?

Es sollen die Verdienste der Bundesforste nicht geshmälert werden, aber es sind in erster Linie die Zehntausenden, ja Hunderttausenden von Privaten, also vorwiegend die bürgerlichen Waldbesitzer, denen hier eine wichtige Aufgabe zufällt. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der Wald sich von selbst erhalten, daß es genügen würde, auf die Nutzung zu verzichten, ihn sozusagen frischfröhlich in der freien Natur wachsen zu lassen, und daß er dadurch meliorisiert würde. Das Gegenteil — das wissen Sie — ist der Fall.

Zudem ist es ja so, daß der Wald gar nicht unbehelligt in den Himmel hineinwachsen kann, sondern daß er der Belastung durch Besiedelung, Verkehrswege, Abgase, Abwasser, künstlich zugeführte Giftstoffe und so weiter ausgesetzt ist und daß hier eine aktive ausgleichende Bilanzierung statthaben muß. Für diese Bilanzierung ist in erster Linie der Bauer, der bürgerliche Waldbesitzer verantwortlich.

Wir haben mit Bedauern zur Kenntnis zu nehmen, daß die Öffentlichkeit, die sich zwar sofort aufregt, wenn sie in einem Wald einen Schranken findet, wo man mit dem Auto nicht mehr weiterkommt, diese große Leistung, einfach nicht zur Kenntnis nimmt, gar nicht sieht, geschweige denn, daß eine Bereitschaft bestünde, sie einigermaßen adäquat abzugelten.

Die Forderung nach einer aktiven Landschaftspflege, nach einer umfassenden Organisation dieses Ökosystems liegt auf der Hand und muß laut erhoben werden, und die Konsequenz, daß diese Arbeit dann auch entgolten werden muß, muß auch gezogen werden.

Ich will nicht behaupten, daß nichts geschieht. Ich habe aus dem Bericht des Herrn Bundesministers zur Kenntnis genommen, daß etwa 77 Regionalpläne vorliegen. Wenn ich aber die im Budget vorhandenen Mittel anschau, um aus den Ergebnissen dieser Regionaldetailplanung die Konsequenz zu ziehen, dann ist das Mißverhältnis so auffallend, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht.

Was uns fehlt, ist eine koordinierte Gesamtplanung und eine sich daraus ableitende Gesamtkostenrechnung. Wir haben sie ja auf verschiedenen Gebieten, und wir wissen, das sind fast astronomische Zahlen, gemessen an der Wirtschaftskapazität Österreichs. Ob es sich hier um den Plan der Krankenhausansiedlung mit 13 Milliarden, ob es sich um die

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9109

**Dr. Scrinzi**

Pläne zur Sanierung der österreichischen Badeseen handelt — selbst für kleine Länder sind Milliardenbeträge erforderlich. Aber wenn wir einer Kostenberechnung, die im bayrischen Raum unter vergleichbaren Verhältnissen vorgenommen wird, trauen wollen — und ich glaube, daß das wissenschaftlich exakte Untersuchungen sind —, so hat man dort errechnet, daß der nicht entgoltene Dienst, den etwa der Eigentümer einer bäuerlichen Wirtschaft mit 10,5 ha Nutzungsfläche erbringt, einem Gegenwert von rund 19.000 S entspricht.

Meine Damen und Herren! Angesichts solcher Zahlen kann man die durchschnittlichen 1500 S, die im Rahmen der Bergbauernhilfe ausgeschüttet wurden, nicht nur materiell als einen Tropfen auf einen heißen Stein bezeichnen, sondern man muß sagen, daß sie bloßen Almosencharakter haben, Almosencharakter vor allem auch deshalb, weil ich heute sogar hören muß — was man bei gar keiner anderen Einkommensgruppe des Landes wagen würde zu tun —, daß man noch zusätzlich sagt: Zu den effektiv gekürzten Förderungsmitteln der Landwirtschaft müsse man die soziale Förderungsmittel sozusagen addieren, und dann käme man auf jene landwirtschaftliche Gesamtrechnung, die die große Liebe der gegenwärtigen SPO-Regierung zur Landwirtschaft beweise. Davon kann gar keine Rede sein, und jede andere Gruppe würde sich eine solche Unterstellung, eine solche Rechnung nach Adam Riese ganz energisch verbieten.

Meine Damen und Herren! Daß diese bisher nicht gesehenen, aber seit Jahrzehnten oder, wenn Sie wollen, Jahrhunderten erbrachten Leistungen abgegolten gehörten, das beweisen uns die Bundesforste. Generaldirektor Dr. Eggl hat in seinem Bericht über die Ertragslage und die Probleme der Bundesforste im Jahre 1973 mit Recht darauf hingewiesen, daß der Gesamtertrag, die Nutzenrechnung relativ bescheiden ausfällt, wenn man das dort arbeitende Kapital mit dem 80-Millionen-Ertrag vergleicht, wie er für 1973 geschätzt wird.

Er hat zu Recht geltend gemacht, hier sind auf der Soll-Seite selbstverständlich alle jene Leistungen enthalten, die auf den großen, nicht nutzungsfähigen und nicht ertragbringenden Flächen der Bundesforste vorgenommen werden. Selbstverständlich arbeiten dort die Forstarbeiter der Bundesforste, ohne daß das in Form von Nutz- oder Brennholz oder was immer als klingende Münze abfällt.

Wo ist das Äquivalent beim privaten Waldbesitzer, beim Bauern, für die gleiche Leistung, die dort natürlich auch unter Umständen unter

erschweren Bedingungen erbracht werden muß, weil arbeitsparende Maschinen nicht eingesetzt werden können?

Hier also Gerechtigkeit, mindestens gleiches Recht auch für unsere Bauern, vor allem für unsere Waldbauern, für unsere Bergbauern, natürlich auch für unsere Flachland- und Grünlandbauern, von denen diese landschaftspflegerische Leistung auch im Grünland erbracht wird!

Was ich ganz vermisste — vielleicht bin ich hier im Zahlenwald des Budgets nicht durchgekommen —, wären überzeugende Mittel, um ein Problem anzugehen, das uns von ökologischer Seite bevorsteht: die Umforstung, um den Mischwaldanteil in Österreich entscheidend zu verbessern. Wir wissen, in der Waldökologie ist der Mischwald in einem gesunden Verhältnis von Nadel- und Laubwald das ideale und perfekte System. Ich weiß, daß das für eine Forstpolitik, die nur von einer Überlegung der Gewinnmaximierung—Kostenminierung ausgehen würde, ein Minusposten ist. Aber ich glaube, im Hinblick auf die Gesamtfunktion, die dieses System hat und in Zukunft immer mehr wird erfüllen müssen, muß wesentlich mehr investiert werden.

Wir haben — ich kann mich hier sehr kurz fassen, weil der Herr Abgeordnete Gorton schon davon gesprochen hat — mit Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen — dies ist zugleich ein kleiner Beitrag zum praktizierten Demokratieverständnis der SPO —, daß hinsichtlich des im Juli 1971 beschlossenen Gesetzes über die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes diese Bundesregierung ein Gesetz einfach dadurch nicht vollzieht, daß sie keine Mittel einsetzt, und zwar nicht nur beiläufig, sondern weil man dieses Gesetz — ich habe zu diesem Behufe, um ja niemandem Unrecht zu tun, die stenographischen Protokolle noch einmal nachgeblättert — aus ideologischen Gründen ablehnt, weil man es „schießt“ sieht, weil man ihm unterschiebt, quasi ein Gesetz zu sein, das gewissen Waldbesitzergruppen in billiger Weise öffentliche Mittel zuschiebt.

Seien wir doch nicht so engstirnig, lassen wir uns doch nicht von doktrinären Vorstellungen blenden, mag auch vielleicht einmal der eine oder andere zu Unrecht durchrutschen. Es wird bei jedem Gesetz der Fall sein, daß es unter Umständen einen Nutznießer ohne wirklichen Anspruch gibt. Gesetzgeber — das war die Mehrheit, und die Mehrheit hat nach Herrn Dr. Kreisky recht; das war eine größere Mehrheit als die jetzige, die dieses Gesetz gemacht hat — hat dem Wald eine wichtige Funktion in der österreichischen Forstwirtschaft, und zwar in einem weit über

9110

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Dr. Scrinzi**

das rein Ökonomische hinausgehenden Sinn, zugewiesen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß jene sonst immer beschworene Mehrheit — darum geht es jetzt gar nicht mehr — hier ein gültiges Gesetz nicht mit dem Leben von Budgetmitteln erfüllt und dieses daher totes Gesetz bleibt.

Meine Damen und Herren! Ich fasse einige Schwerpunkte unserer Überlegungen und Vorstellungen zusammen. Wir meinen, Anliegen Nummer eins ist eine überregionale Gesamtplanung mit Schwerpunkt in der österreichischen Alpenregion — Detailarbeiten, das bestreite ich nicht, sind geleistet —, die zu einer Gesamtbilanz auf der Haben-, aber auch auf der Soll-Seite führen soll.

Zweite Forderung: Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß eine Dienstleistungsabgeltung in diesem Land für alle jene erfolgen muß, die bisher schon Leistungen für die aktive Landschaftspflege erbracht haben und in Zukunft mehr als bisher noch erbringen müssen. Also eine Dienstleistungsabgeltung — keine Almosen für die Landwirtschaft — für die Bauern, mit Schwerpunktbildung zweifellos im bergbäuerlichen Bereich.

Wir werden uns sehr ernstlich — und die Energiekrise sollte ein Denkanstoß sein — mit der Frage zu beschäftigen haben: Haben wir unsere Belastungen den biologischen Regenerationskapazitäten unserer Ökosysteme angepaßt, wieweit können wir diese Systeme noch — durchaus selbstverständlich — im volkswirtschaftlich-nützlichen Sinne mit Kunstdünger, Pflanzenschutz-, Schädlingsbekämpfungsmitteln, mit Siedlungen, Verkehrsflächen, Industrie- und Ablagerungsflächen belasten? Auch hier ist ein Gesamtkatalog erforderlich. Er wäre von dem eigenen dazu eingerichteten Ministerium zu erbringen, das allerdings bislang noch keine Kompetenzen und kein Geld hat. Darüber werden wir nächste Woche noch zu reden haben.

Wir unterstützen — das haben alle Sprecher schon getan — den Gedanken der notwendigen stärkeren Aufklärungsarbeit ganz allgemein, besonders auch im ländlichen Bereich, und fordern hier die stärkere Unterstützung aller jener Institutionen und Vereine, die sich mit Landschaftspflege und Naturschutz befassen.

Ferner wird es notwendig sein, eine optimale Integration der Wirtschafts-, Schutz- und Erholungsfunktion des ländlichen Raumes im besonderen, eben auch unserer Wälder, ganz gleich, in wessen Besitz sie sind, zu finden. Das wird nicht ohne gewisse Restriktionen, wie sie uns jetzt ungewollt die Ölkrise auferlegt, im ökonomischen Bereich abgehen.

Aber dann muß eben ein Ausgleich gefunden werden, daß die bäuerliche Bevölkerung nicht noch stärker sozial- und einkommensmäßig diskriminiert wird, als sie es bisher ist.

Wir mußten und müssen leider registrieren, daß weder zur Inangriffnahme, geschweige denn zur Bewältigung dieser Aufgaben die bisherigen Ansätze im Landwirtschaftsbudget bei weitem nicht ausreichen. Ich muß noch einmal wiederholen, daß die Mittel tatsächlich gekürzt wurden und daß Aufwendungen im sozialen Bereich keine Kompensation dafür darstellen.

Da also dieses Budget nicht geeignet ist, eine solche Funktion überzeugend auszuüben, werden wir Freiheitlichen es ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ*)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Frodl. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Frodl (OVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich kurz auf die Ausführungen des Abgeordneten Pfeifer eingehen. Er brüstete sich hier, daß 80 Prozent der Ernährung durch geschickte sozialistische Politik gesichert wurden. Ich kann dazu nur sagen, ich glaube, er ist nicht ganz im Bilde.

Schon sehr lange Zeit hat Österreich, haben österreichische Bauern dieses Volk bestens ernährt. Wenn ständig prozentuell weniger Mittel für die Landwirtschaft ins Budget hineinkommen, dann kann man wohl nicht behaupten, daß durch diese Politik die Ernährung gesichert wird.

Abgeordneter Pfeifer hat auch hier zum Ausdruck gebracht, daß man sich bei Rinderexporten nicht nur auf Italien verlassen kann. Ich muß dazu sagen, ich glaube, er versteht das Ganze nicht recht. Wenn wir einen Überschuß auf diesem Gebiet haben, so ist der einzige und wirkliche Abnehmer, welcher für uns in Frage kommt, überhaupt nur Italien. Wir exportieren nach Deutschland, wir exportieren nach Rumänien, wir exportieren nach Südafrika, aber das ist alles eine so kleine Anzahl, das sind so wenige Stücke, daß sich das überhaupt nicht auswirkt. Wenn einer meint, ohne Italien können wir weiter bestehen, so muß man sagen: Na, er versteht's halt net!

Der Abgeordnete Stögner hat hier auch zum Ausdruck gebracht, daß das schönste Weihnachtsgeschenk für die OVP, speziell für den Bauernbund wäre, wenn große agrarpolitische Schwierigkeiten eintreten würden. Ich darf Ihnen nur eines sagen: Diese Schwierigkeiten brauchen nicht einzutreten, die sind schon

**Frodl**

da! Und letzten Endes, ob wir als Bauern mit so einem Weihnachtsgeschenk eine Freude haben, darüber mag er vielleicht selber urteilen. Ich bin überzeugt, daß Ihr Minister sicherlich glücklicher wäre, wenn die Situation in der Landwirtschaft besser wäre. Sicher kann man einige Sachen aufzeigen, die untergeordnet sind, die eigentlich ganz gut laufen, aber im großen und ganzen ist die Situation für den Kenner auf diesem Sektor kritisch.

Wir müssen feststellen, daß die Landwirtschaft trotz des großen Budgetrahmens katastrophal schlecht versorgt ist. Wir sind trotz des Ausmaßes des Budgets in keiner Art und Weise finanziell stärker gemacht worden. Das ist hier keine Jammerei, sondern eine sachliche Feststellung, welche sich jederzeit überprüfen läßt.

Eines möchte ich auch sagen: Die Presse — und es sind doch objektive Journalisten — hat das Budget auch schon vorher beleuchtet und geschrieben, daß das Agrarbudget sicherlich der Zankapfel sein wird.

Speziell zum Fluß- beziehungsweise Schutzwasserbau möchte ich feststellen, daß der Bund im Ordinarien fast nichts mehr tut und daß die ausgewiesenen Mittel nur mehr aus dem Katastrophenfonds kommen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist katastrophal! Im Jahre 1973 waren es 648,3 Millionen Schilling, nur 35 Millionen Schilling stammen aus dem Ordinarien, alles andere sind zusammengegraftte Mittel, welche praktisch erst später eingebaut wurden und welche jetzt unzweckmäßig, daß heißt schon zweckmäßig, aber nicht sachlich richtig verwendet werden.

Im Jahre 1974 haben wir wohl um 103 Millionen Schilling mehr, aber wie gesagt, das Ordinarien hinkt. Bei einer Preissteigerung von 20 bis 30 Prozent wird mit diesem Betrag nicht mehr, sondern sicherlich weniger gebaut werden können.

Herr Minister! Auf alle Fälle müßten mehr Mittel für die Landwirtschaft ins ordentliche Budget, sonst wird man mit diesem Problem nicht fertig.

Eines muß ich hier auch ganz klar zum Ausdruck bringen: Die Gelder müssen auf alle Fälle kontinuierlich zugeteilt werden. Unregelmäßige Zuteilungen, wie das bis jetzt der Fall war, verzögern, verteuern die Arbeiten. Baustellen liegen oft sehr lange still, zu einer herrlich schönen Zeit wird nicht gebaut, und plötzlich ist dann irgendwo ein Schipperl Geld hergekommen, jetzt wird sofort eine Baustelle aktiviert. Man kann dann natürlich vielleicht nur die Hälfte von dem erreichen, was man erreicht hätte, wenn man, wie ich gesagt habe, immer laufend Gelder zur

Verfügung hätte und immer zur richtigen Zeit Maschinen einsetzen könnte; sicherlich würden dann größere Leistungen vollbracht werden.

Ich muß auch aufzeigen, daß Firmen oft sehr lange auf ihre Auszahlungen warten müssen.

Das Jahr 1972 war für die Steiermark ein ausgesprochenes Katastrophenjahr. Sechsmal gab es verheerende Hochwasser, welche einen Schaden von 750 Millionen Schilling anrichteten, Mur, Kainach, Laßnitz, Sulm sowie Schwarza, Sasbach und Gnasbach — viele wären hier zu nennen — richteten unheimliche Schäden an.

Im Jahre 1973 hatten wir neuerlich solche Katastrophen. Im Jahre 1972 haben diese Katastrophen unsere Fließufer und auch die Fließbette derart ruiniert, daß wir mit diesem Problem weiter zu kämpfen haben werden. Nun ist es so, daß eine Wiederherstellung mehr als dringlich ist. Wenn auch im gesamten für ganz Österreich zirka 100 Millionen Schilling mehr drinnen sein werden, bin ich nicht ganz überzeugt, ob dort, wo wirklich so große Schäden angerichtet wurden, auch alle Reparaturen durchgeführt und weiterhin Schutzwasserbauten errichtet werden können.

Es gilt, bei uns Siedlungen zu verbauen, die echt gefährdet sind, und es gilt, auch weiterhin landwirtschaftliche Nutzflächen zu schützen.

Im Budget 1974 ist für die Laßnitz zum Beispiel ein Betrag von 2 Millionen Schilling vorgesehen. Die Ablöse für die Verbauung allein ist schon höher als dieser Betrag. Der Betrag für die Mur hat sich gegenüber dem Vorjahr überhaupt nicht geändert, und ich kann Ihnen nur sagen, wer dieses Gebiet kennt, der weiß, die Leute, welche dort wohnen, sind arm, und der volkswirtschaftliche Schaden, der dort angerichtet wird, ist enorm. Die Mur hat in diesem Gebiet schon alle Flüsse in sich gesammelt. Die Katastrophen sind einfach grauenhaft.

Bereits kleinere Hochwasser überfluten Wohnsiedlungen, sodaß manche Betten periodisch hochgezogen werden müssen. Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob Sie sich das vorstellen können, daß sich in einem Gebiet, das von Hochwassergefahr bedroht ist, die Bewohner Einrichtungen in die Wohnung einbauen, um dann, wenn das Wasser kommt, die Betten hochziehen zu können, damit letzthin nicht alles naß wird. (*Präsident P robst übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Ministerialrat Grill hat im heurigen Jahr diese Situation ganz genau besichtigt. Die Leute dort sind verzweifelt. Der Schaden,

9112

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Frodl**

der dort immer wieder am Hausrat und an anderen Dingen angerichtet wird, ist einfach katastrophal.

Wir haben zwar ein Katastrophenfondsgesetz, und man sagt, diese Leute werden sowieso entschädigt. Ich wäre aber neugierig, was Sie dazu sagen würden, wenn Sie jedes Jahr in Ihre Wohnung Hochwasser kriegen, sodaß der Fußboden und alles, was am Boden steht beziehungsweise eingebaut ist, immer wieder überschwemmt wird. Das ist ein fürchterliches Problem, das eben gelöst werden muß, und das hat — das sage ich ganz klar und deutlich — recht rasch zu geschehen.

Bei der Beschußfassung über das Katastrophenfondsgesetz haben gerade Ihre Redner, die Redner der Sozialistischen Partei, nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß dieser Fonds nicht so verwendet werden soll, wie Sie es jetzt selbst von der sozialistischen Seite aus praktizieren.

Ich bitte Sie daher, Herr Minister, um mehr Mittel direkt aus dem Budget. Die Mittel des Katastrophenfonds können meines Erachtens ruhig bleiben; wir sind heilfroh, wenn mehr geschieht. Es muß hier etwas geschehen. Ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, daß die Mittel kontinuierlich verteilt werden müssen, nicht einmal ein Schippl und dann, wie es zum Beispiel jetzt im Dezember der Fall ist, überhaupt nichts. Dort steht jetzt alles still, doch dort könnte vieles, vieles gemacht werden.

Ich möchte zum Viehsektor, speziell zur Rinderwirtschaft, auch noch einige Feststellungen treffen. Ich glaube, alle Redner unserer Fraktion müßten das heute hier bringen. Die Situation ist dort viel ernster, als man im allgemeinen annimmt. Aber darüber wird nicht viel geredet, sondern man meint, einer hat es schon gesagt, und damit hat es sich. Ich würde mir wünschen, daß jeder unserer Sprecher heute diese Situation, die wirklich katastrophal ist, aufzeigen würde. (Beifall bei der ÖVP.)

Zentralsekretär Marsch brüstete sich in seiner Rede vorige Woche, indem er fragt: Wo waren Sie, als Sie auch zur Schillingaufwertung nein sagten?

Eine liebe Frage. Gott sei Dank sind wir nie gefragt worden. Man kann nur sagen: Ihm ist anscheinend nicht ganz klar, was mit dieser Schillingaufwertung alles angerichtet wurde. Der Fremdenverkehr — Sie wissen es — hat heuer schon sehr stark nachgelassen, und auf dem Viehexportsektor sind die Sorgen so groß wie noch nie.

Auf dem Viehsektor produziert Österreich Gott sei Dank mehr, als es selbst verbraucht; Exporte wurden immer getätigt. Durch die Maul- und Klauenseuche, durch die Lira-Abwertung, die Schillingaufwertung ist eine ernste Situation entstanden, Vieh hat sich angestaut, sodaß es heute kaum absetzbar ist. Die Folgen für die Landwirtschaft sind schwer, stammen doch 70 Prozent der bäuerlichen Einkommen aus diesem Betriebszweig.

Wenn hier Statistiken aufgezeigt werden, in denen der Viehpreis nur als geringfügig rückläufig bezeichnet wird, kann ich Ihnen nur sagen: Die Wirklichkeit schaut anders aus. Ihre Statistik bezieht sich auf Preise, welche auf Märkten festgestellt werden. Wie es aber bei den Bauern, bei den Ab-Hof-Verkäufen steht, das, glaube ich, wissen Sie alle nicht oder nur sehr wenige. Für Kühe wird überhaupt ganz wenig gezahlt, und für Stiere kriegen wir Preise von 17, 18 S. Die Gestehungskosten beziehungsweise die Produktionskosten betragen weit mehr als 20 S.

Nun können Sie sich ungefähr vorstellen, wie herrlich es auf diesem Sektor ausschaut.

Bei einem Überangebot hat man nur die Wahl, entweder die Tiere billig zu verkaufen oder sie zu behalten. Von den Tieren, die nicht verkauft werden können, wird nie gesprochen. Es ist ja nicht so, daß ein Bauer immerfort seine Einnahmen hat. Er hat einmal ein Stück Vieh zu verkaufen, hat schon große Vorzahlungen geleistet, und dann will er es verkaufen. So, jetzt steht er an: Wieviel kriege ich? — Letzten Endes heißt es dann: Wenn du es mir nicht gibst, kannst du es behalten.

Das ist eine Situation, die, wie ich ganz klar aufzeigen mußte, einfach fürchterlich ist. Erschütternd ist es für einen Kenner der Lage, wenn er in die enttäuschten Gesichter dieser Bauern sieht.

Ich möchte Absatzveranstaltungen aufzeigen, welche ebenfalls von uns forciert werden: Viele Tiere erhalten kein Angebot, große Vorleistungen und Barauslagen, letztlich aber kein Käufer da! Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist eine tragische Angelegenheit.

Die Rinderhaltung wird bei uns systematisch zerstört. Der EWG-Ministerrat hat vor nicht allzu langer Zeit Kuhhaltungsprämien für Bergbauern beschlossen. Bei uns werden die Bauern in ihren Einkommen gefährdet, und der Rinderbestand wird vernichtet.

In Krisenzeiten, welche wir schon langsam zu spüren bekommen, werden Sie sich sicher dieses Fehlers bewußt werden.

**Frodl**

Sie machen Propaganda mit Bergbauernhilfen. Bei jedem einzelnen Stück Rind verliert der Bauer gegenwärtig mehr, als Sie mit Ihrer Bergbauernhilfe zu geben in der Lage sind.

Die Schweiz, als stabiles Wirtschaftsland bekannt, hat von einem Rinderelexport im Wert von 220 Millionen Schilling 42,6 Prozent gestützt. Die Stützungen von Deutschland werden Ihnen ebenfalls bekannt sein.

Die Lage auf dem Rindersektor ist für uns Bauern katastrophal. Das kann hier nicht oft genug gesagt werden. Mittel aus dem Budget gibt es hiefür fast keine oder zuwenig. 5 Millionen Schilling werden aber für Ihre Agrarpropaganda aus diesem Budget ganz freimüdig bezahlt, und das ist etwas, was wir sehr kritisieren. Wenn keine Gelder da sind, dann sind eben keine Gelder da. Aber auf der einen Seite werden doch Mittel ausgegeben, und dort, wo es richtig brennt, stehen dann keine Beträge zur Verfügung!

Stützungen, die Sie nur in kleinen Mengen geben, lassen sehr lange auf sich warten, sodaß keine Firma an einem Export interessiert ist. Handelsfirmen beklagen sich auch sehr darüber, daß letztthin die Stützungen, welche Sie zusagen, lange auf sich warten lassen, sodaß die Firmen selber große Zinsendienste leisten müssen.

Zum Schluß möchte ich hier noch einige Worte über unsere Bergweinbauern verlieren. 2200 Hektar Weinbaufläche hat die Steiermark, das sind ungefähr 4 Prozent der Gesamtfläche Österreichs.

Herr Minister! Sie kennen das steirische Weinbaugebiet ganz genau. Die Situation ist auch dort schon tragisch: Große Zahlungen, welche die Bauern zu leisten haben, und die schwierige Arbeit, welche der Bergweinbau überhaupt erfordert, machen die Situation kritisch.

Bei uns sind die Weinbauern lauter kleine Grenzbewohner. Dort stehen keine großen Flächen zur Verfügung. Wenn auf dem Sektor des Bergweinbaus in Zukunft nicht ebenfalls etwas geschieht und den Bergweinbauern nicht unter die Arme gegriffen wird, dann werden sich diese Grenzbetriebe halt auflösen, und die Abwanderung wird dort noch stärker sein.

Es ist aber bekannt, daß die Kulturlandschaft in diesem Gebiet hart an der jugoslawischen Grenze erhalten werden muß. Es verhält sich so, daß dieses Gebiet kaum für einen anderen landwirtschaftlichen Zweck beziehungsweise für eine andere landwirtschaftliche Nutzung verwendet werden kann.

Im Grazer Programm, meine sehr geehrten Damen und Herren, können Sie lesen und dort

können Sie vielleicht herausfinden, wie man dem gesamten ländlichen Raum helfen kann.

Menschen, welchen es gut geht, verlassen ihre Arbeitsplätze nicht. 30.000 heuer beziehungsweise 90.000 in den letzten drei Jahren sind wieder von der Landwirtschaft abgewandert, das heißt dort arbeitslos und einkommenslos geworden. Sie mußten also ihren Arbeitsplatz verlassen.

Wenn in einem Betrieb 10 oder 50 Arbeitnehmer gekündigt werden und dabei nicht arbeitslos werden, sondern nur ihren Arbeitsplatz ändern, dann zetern und schreien Sie. Wenn aber von der Landwirtschaft 30.000 abwandern, wird das von Ihnen als selbstverständlich betrachtet. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Probst**: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Maier.

Abgeordneter **Kurt Maier** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, möchte ich mich ganz kurz mit meinen Vorrednern beschäftigen. Der Herr Präsident Minkowitsch hat in seinen Ausführungen erklärt, die ÖVP-Fraktion müsse das Landwirtschaftsbudget ablehnen. Er hat gleichzeitig erklärt, daß von 1971 bis 1973 sehr wenig für die Bauernschaft gemacht worden ist, und er hat auch unter anderem erwähnt, daß es bei der Bauernschaft jährlich 35.000 Unfälle gegeben hat. Diese 35.000 Unfälle sind sehr bedauerlich, aber, Herr Präsident, man darf auch nicht vergessen, daß gerade diese Bundesregierung auch Budgetmittel im Budget einsetzt, um diese Unfälle zu verhindern. Ich werde in meinen Ausführungen später noch darauf zurückkommen.

Wenn Sie zum Beispiel die Dieselpreiserhöhung mit dem Mehraufwand von 471,4 Millionen Schilling durch diese Dieselpreiserhöhung genannt haben, so darf ich wohl sagen, daß nicht diese Bundesregierung oder der Herr Minister diese Dieselpreiserhöhung verfügt hat, sondern daß sie von der Bundeswirtschaftskammer beantragt worden ist. (Ruf bei der ÖVP: Mehrwertsteuer! — Abg. Kern: Milchmädchenrechnung! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das ist keine Milchmädchenrechnung, Herr Kollege Kern. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Herr Kollege Schlager, auf Ihre Ausführungen brauche ich da nicht zu warten. (Zwischenrufe des Abg. A. Schlager.) Ja, freilich. Da stelle ich mich ganz zu Ihnen hin, denn da sind wir gleich schwach, wir zwei.

Meine Damen und Herren! Es ist doch immer so, daß gerade von Ihnen, von der Österreichischen Volkspartei, all das abgelehnt wird, und daß Sie Kritik üben. Das ist

9114

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Kurt Maier**

selbstverständlich, das ist Ihr gutes Recht. Aber da geht man her und erklärt, wie es zum Beispiel der Herr Professor Koren im vergangenen Jahr am 24. 10. 1972 unter anderem getan hat: „Sie verlangen Disziplin von den Sozialpartnern und Verantwortungsbewußtsein für die Preis- und Lohnfront, nachdem Sie den Ofen so angeheizt haben, daß er glüht. Sie verlangen Disziplin von den Importeuren, nachdem Sie die Nachfrage eskaliert haben. Sie verlangen Opferbereitschaft von den Sparern, nachdem Sie den Geldwertverlust verdoppelt haben. Sie verlangen Zurückhaltung von der Opposition und den öffentlichen Medien, wenn es um die größte Sorge der österreichischen Bevölkerung geht.“

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Wir verlangen nicht von Ihnen, daß Sie uns bei diesen Budgetberatungen oder daß Sie unserem Budget die Zustimmung geben, aber wir verlangen von Ihnen nur das eine: Sie sollen eine sachliche Kritik üben, Sie sollen objektiv sein dabei und Sie sollen bei Ihren Beurteilungen keine Schwarzmalerei betreiben. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das wäre sehr gut von Ihnen. Darf ich Ihnen eines sagen, Herr Kollege Kinzl: Nehmen Sie von 1966 bis 1969, während der Zeit der ÖVP-Alleinregierung den Weltspartag her. Herr Kollege Fachleutner! Die Anzahl der Spareinlagen betrug 1966 964.711 bei einer Gesamtsumme der Einlagen von 976,4 Millionen Schilling. 1969 waren es 1.468.908 bei einer Einlagensumme von 1561,9 Millionen Schilling. (*Abg. O f e n b ö c k: Das waren Inflationsziffern!*) Ja, das sind eure alten Schmäh, immer von der Inflation zu reden. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Herr Kollege Fachleutner! Darf ich Ihnen eines dazu sagen? Während es 1970 bei der SPÖ-Regierung 1.529.652 Einlagensparer waren mit einer Summe von 1771,9 Millionen Schilling, so waren es 1972 rund 1.671.000 mit 2344 Millionen Schilling. Das bedeutet eine Steigerung der Einlagen in diesen Jahren von 572,5 Millionen Schilling. Das zeigt doch, daß diese österreichische Bevölkerung Vertrauen zu dieser Bundesregierung hat. Sonst würden diese Einlagen nicht steigen. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe des Abg. Dr. Pr a d e r.*) Wenn Sie von Sicherheit reden, Herr Minister Prader — die Spareinlagen 1973 waren wieder ein neuer Sparrekord. Das ist doch der Beweis, daß die österreichische Bevölkerung mit diesem Krankjammern von Ihnen nicht einverstanden ist, daß sie dieser Bundesregierung vertraut. Denn sonst würden Sie bei den einzelnen Bankinstituten nicht diese Spareinlagen machen. (*Erneuter Beifall*

*bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pr a d e r: Sollen sie es in den Strumpf stecken? — Abg. Doktor Bauer: Demagogie!)*

Herr Kollege Bauer! Gerade von Ihrer Seite sollten Sie nicht von Demagogie sprechen, denn wenn man dann die anderen dabei hört — Sie sind wenigstens einer derjenigen, die das auch mit Humor tragen können. Aber weil Sie gerade von Demagogie sprechen, es sind einige von Ihnen dabei, die dann sehr haßverzerrt auf unsere Reihen herüberschauen. (*Zwischenrufe.*)

Der Herr Präsident Minkowitsch hat in seinen Ausführungen zur ersten Lesung des Budgets von der Aushungerung der Landwirtschaft gesprochen. Herr Präsident! Wer war denn der Landwirtschaftsminister und der Finanzminister von 1945 bis 1970? Keiner von der SPÖ. (*Abg. Dipl.-Ing. T s c h i d a: Jetzt reden Sie wieder von der Vergangenheit!*) Herr Tschida! Ich komme auch zur Zukunft. Lassen Sie sich nur Zeit, das sind meine Angelegenheiten und nicht Ihre.

Kann man denn, Herr Präsident, in drei Jahren überhaupt eine Landwirtschaft finanziell aushungern? Ich bin Bürgermeister einer kleinen Landbauerngemeinde. (*Ruf bei der ÖVP: Die armen Bauern!*) Ja, die armen, auf das habe ich gewartet. Herr Kollege! Jetzt werde ich Ihnen aber folgendes sagen: Im Jahre 1964 gab es in meiner Gemeinde, wo der überwiegende Teil Bauern sind, ein Mandatsverhältnis von 8 : 9. 1969 waren es 12 : 5 zugunsten der SPÖ, weil dieser SPÖ-Bürgermeister für die Bauern etwas gemacht hat, weil wir in unserer Gemeinde etwas getan haben und weil wir nicht so sind, daß wir immer nur sprechen und nie etwas machen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die macht schon etwas, Herr Kollege, ich werde es Ihnen schon sagen. Lassen Sie sich nur Zeit. (*Abg. Doktor H a l d e r: Wir hoffen das von Ihnen zu hören, was sie tut!*) Wenn Sie nichts hören, dann müssen Sie es lesen. Im Budget steht es genau drinnen, wenn Sie es nicht wissen.

Seit 1970 hat dieser Landwirtschaftsminister alles darangesetzt, die Budgetmittel zu erhöhen. Wenn Sie den Grünen Plan hernehmen, so zeigt sich doch deutlich, daß bei der ÖVP-Regierung der höchste Ansatz 1970 810 Millionen Schilling betragen hat und 1972 durch den sozialistischen Landwirtschaftsminister erstmals bereits 1080 Millionen Schilling eingesetzt worden sind, die Sie immer als Ihre Traumgrenze angesehen haben. (*Abg. Dipl.-Ing. T s c h i d a: Das war nur im Budget gestanden!*) Das war doch bei Ihrer Alleinregierung so: Sie haben doch immer von der Traumgrenze von 1000 Millionen Schilling für den Grünen Plan gesprochen. Die sozialisti-

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9115

**Kurt Maier**

sche Bundesregierung hat das mit 1080 Millionen verwirklicht. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dipl.-Ing. T s c h i d a: Das war doch nur auf dem Papier!*)

Bei der Landwirtschaft wurden gerade durch die Sozialisten verschiedene neue Budgetposten eingesetzt, um gerade den Bergbauern zu helfen. Nehmen Sie die Schutzwaldsanierung und Hochlagenaufforstungen her. Erster Budgetansatz im Bundesfinanzgesetz 1971 Titel 601 unter der Bezeichnung Schutzwaldsanierung und Hochlagenaufforstung. Der Betrag, der an dieser Stelle zum erstenmal für diese Aufgabe aufgeworfen wurde, belief sich auf 500.000 S. Sie werden jetzt sagen, was sind 500.000 S? Das wissen wir genau. Aber es war damals das erste Mal, daß man überhaupt darangegangen ist, für die Schutzwaldsanierung und für die Hochlagenaufforstung 500.000 S bereitzustellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

1974 ist im Budget bereits ein Posten von insgesamt 11,710.000 S drinnen, die im Grünen Plan mit 10 Millionen Schilling unter der Post Nummer 7353 001 und unter der Post Nummer 7353 002 mit 1,710.000 S dotiert sind.

Meine Damen und Herren! Ich glaube doch, daß auch dieser Beitrag gerade für die Bergbauern eminent wichtig ist, daß man auch hier, nicht nur auf den anderen Gebieten, versuchen muß, mitzuhelfen. Es muß doch hier ein rundes Bild gegeben werden, und da gehört auch diese Summe zur Schutzwaldsanierung und Hochlagenaufforstung dazu. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Präsident Minkowitsch! Sie haben von den 35.000 Unfällen jährlich bei der österreichischen Landwirtschaft gesprochen. Diese Regierung ist doch auch bereit, gerade für diese Unfälle einen Betrag einzusetzen, und zwar für Geländekorrekturen rund 10 Millionen Schilling. (*Abg. K e r n: Vermindert um über 20 Prozent gegenüber dem heurigen Jahr, Herr Kollege!* — *Abg. F a c h l e u t n e r: Alles kann er nicht wissen!*)

Herr Fachleutner! Ich möchte Ihnen nur das eine sagen ... (*Abg. F a c h l e u t n e r: Alles können Sie nicht wissen!*) Nein. Die Situation ist genauso wie bei Ihnen, daß Sie als Bauer zur Außenpolitik sprechen, obwohl es viel besser gewesen wäre, es hätten die kompetenten Herren der Österreichischen Volkspartei, die von diesem Fach etwas verstehen, dies getan. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Herr Kollege Kern! Sie sagen, Sie verlangen von dieser sozialistischen Regierung, sie soll in drei Jahren alles durchführen. (*Abg. K e r n: Nur gleichbehandeln, sonst gar nichts!*) Herr Kollege Kern! Sie wissen doch ganz genau, daß man diese Geländekorrektu-

turen — wenn Sie draußen sind als Bauer, werden Sie auch das wissen — nicht in einem Jahr durchführen kann, um den Bergbauern zu helfen, daß sie mit ihren Traktoren das durchführen können, was sie sonst händisch machen müssen. (*Abg. K e r n: Darf ich Ihnen etwas sagen: Die 28 Millionen Schilling wurden um über 7 Millionen Schilling reduziert; das sind über 20 Prozent minus bei steigenden Kosten!*)

Präsident **Probst:** Bitte meine Herren, Zwischenrufe schon, aber das sind ja Zwischenreden! (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. K e r n.*) Um etwas aufzuklären, können Sie sich in die Rednerliste eintragen. Es ist noch Platz genug auf der Rednerliste.

Abgeordneter **Kurt Maier (fortsetzend):** Meine Damen und Herren! Die 300 Millionen Schilling, die im Bergbauernsonderprogramm 1974 zum drittenmal von dieser sozialistischen Bundesregierung, von diesem Minister, den Sie immer so angreifen, eingesetzt worden sind, sollen folgenden Zielsetzungen dienen: landwirtschaftlichen Geländekorrekturen 10 Millionen Schilling, forstlichen Maßnahmen 15 Millionen Schilling, der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung 10 Millionen Schilling, der landwirtschaftlichen Regionalförderung 95 Millionen Schilling, der Verkehrserschließung ländlicher Gebiete 100 Millionen Schilling, forstlichen Bringungsanlagen 10 Millionen Schilling, der Elektrifizierung ländlicher Gebiete 10 Millionen Schilling, für leistungsgebundene Beihilfen 50 Millionen Schilling. Wenn man das zusammenzieht und hier der Öffentlichkeit bekanntgibt, dann können Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, nicht sagen, daß die sozialistische Fraktion gerade für die Bauern nichts unternimmt. (*Abg. K i n z l: Sie haben gekürzt in 17 Teilen!* — *Abg. S u p p a n: Bauernfeindlich seid ihr!* — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das, meine Damen und Herren, nennen Sie die Aushungerung der Landwirtschaft! (*Abg. O f e n b ö c k: Ja sicher!*)

Oder: Die Landwirtschaftskammern erhalten vom Bund für ihre landwirtschaftlichen Berater einen Bundeszuschuß, der 1966 bei der ÖVP-Regierung rund 28 Millionen Schilling, 1970 49 Millionen Schilling betragen hat und 1974 — von der sozialistischen Bundesregierung — auf 74 Millionen Schilling erhöht worden ist, weil eben diese Bundesregierung der Meinung ist, gute Berater sollen gut bezahlt werden. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das ist der Bundeszuschuß, meine Herren! Diese Berater sollen so bezahlt werden, daß sie echte Berater für die Landwirte draußen sind. (*Abg. Dipl.-Ing.*

9116

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Kurt Maier**

*T s c h i d a: Herr Kollege! Studieren Sie doch das einmal genau! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das geht ein bisserl ins Fleisch, meine Herren, das wollen Sie nicht wahrhaben. Ich kann es Ihnen sagen und auch beweisen, meine Herren! Das ist es doch: Wir wollen doch endlich einmal, daß nicht nur die Bergbauern beraten werden, sondern daß man die landwirtschaftlichen Berater auch bei der Unfallverhütung einsetzt und sie die landwirtschaftliche Bevölkerung aufklären. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Helga Wieser: Herr Kollege! Jetzt müssen Sie sagen, die Beratung haben Sie eingeführt!)*

Das sage ich nicht, Frau Kollegin Wieser, daß wir die Beratung eingeführt haben. Ich sage Ihnen nur das eine: daß diese Regierung 74 Millionen für die Beratung ausgibt. Das ist gut so, Frau Kollegin, denn wir sind der Meinung, daß diese Berater, wenn es gute Berater sind, gut bezahlt gehören, um das durchführen zu können.

Hohes Haus! Ein weiterer Beweis ist doch der Treibstoffverbrauch bei der Landwirtschaft. Das Hektarausmaß ist doch von 1962 bis heute nicht gestiegen, aber der Treibstoffverbrauch der österreichischen Landwirtschaft erhöhte sich von 164.000 Tonnen Dieselöl im Jahre 1962 auf 330.000 Tonnen im Jahre 1973. Der Benzinverbrauch in den bäuerlichen Betrieben stieg im gleichen Zeitraum von 14.600 Tonnen auf 25.000 Tonnen. Der Punktewert 1972 mit 105 S, 1974 mit 125 S.

Ich weiß genau, daß die Schwierigkeiten, die beim Dieselöl aufgetreten sind, gerade für unsere Bergbauern ein immens wichtiges Problem sind und daß die Bundesregierung versuchen wird, die Einführung dieses Dieselheizöls für die Bergbauern, für die Landwirtschaft durchführen zu können.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch zu einem Punkt ganz kurz Stellung nehmen, und zwar zur Wildbach- und Lawinenverbauung. 1973 wurden für die Wildbach- und Lawinenverbauung erstmals Mittel für die planmäßige Anlegung eines Wildbach- und Lawinenkatasters mit Gefahrenzonenplänen veranschlagt. Dies ist eine notwendige Grundlage für raumordnende Maßnahmen und behördliche Verfahren insbesondere bei Baugenehmigungen und besonders dringlich bei der zunehmenden Bautätigkeit in den Gebirgstälern. Sie wissen genau, wie schwierig die Situation draußen in den Tälern ist. Sie wissen selbst, daß, wo Bergbauern sind, man oft Gründe hergeben will, um finanzielle Hilfe für den Bauern zu schaffen, der 500, 600 oder 700 Quadratmeter verkaufen will, weil er eben diese Mittel irgendwie für seinen Betrieb benötigt. Aber genauso schwierig ist es

für die Gemeinden draußen, dann die Zustimmung für die Bauparzellierung oder für die Baugenehmigung zu erteilen. Daher, glaube ich, war es sehr gut und notwendig, daß man diesen Gefahrenkatasterplan angelegt hat, um nicht nur dem Landwirt, sondern auch dem, der diesen Grund kaufen will, eine Hilfe zu geben, ihn zu beraten und ihm für die Parzellierung vorher einen Rat zu geben.

Im Ansatz 1/60826 ist der Bundeszuschuß für die Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten. Mit den vorgesehenen Mitteln werden Beiträge zu den Kosten der im § 7 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. 34/1948 angeführten Maßnahmen gewährt, um Kulturböden, Verkehrswege, Produktionsstätten und Siedlungen vor Wildbach- und Lawinenschäden zu schützen beziehungsweise derartigen Schäden vorzubeugen.

Gegen akute Lawinengefährdung wurde 1973 ein Lawinenverbauungsprogramm aufgestellt und 1974 mit 30 Millionen Schilling dotiert.

Im Jahre 1972 standen in diesem Ansatz einschließlich der Mittel aus dem Katastrophenfonds insgesamt rund 244,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit wurde ein Bauaufwand von rund 392,2 Millionen Schilling finanziert.

Mit diesen Mitteln wurden unter anderem 1441 Quer- und Längswerke im Ausmaß von rund 24,9 km gebaut beziehungsweise instandgesetzt, Bachgerinne von rund 26,4 km reguliert, Lawinenstützpunkte von rund 6,8 km Länge errichtet und Verwehungsverbauungen durchgeführt. Außerdem wurden rund 256 ha Hochgebirgskahlflächen neu aufgeforstet.

In diesem Zusammenhang sei auch einmal den Arbeitern und Ingenieuren der Wildbach- und Lawinenverbauung gedankt für ihre Arbeit, die sie bei jeder Witterung und großer Gefahr durchführen müssen zum Wohle für unsere Landwirtschaft und unsere Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen einige Äußerungen eines nicht unbekannten Kolumnisten zitieren:

„Den Bauern geht es relativ schlecht. Das ist keine österreichische Erscheinung, sondern begegnet uns in allen Industriestaaten, weil in der Landwirtschaft den beiden Hauptursachen, dank denen die Industrie immer höhere Umsätze erzielt, der Produktivität und der Rationalisierung, allein schon durch die Abhängigkeit von der Natur Grenzen gesetzt sind. Nimmt auch die Zahl der Bauern und der in der Landwirtschaft Beschäftigten stän-

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9117

**Kurt Maier**

dig ab, so ist sie immerhin noch groß genug, daß ihr politisches Gewicht nicht unterschätzt werden darf.

Hier nun setzte die SPÖ den Hebel an. Schon mit ihrer Budgetpolitik wollte die sozialistische Regierung den Bauern zeigen, daß sie Agrarproblemen gegenüber aufgeschlossen ist. Doch handfeste Politik machte die sozialistische Regierung mit ihrem Bergbauern-Sonderprogramm. Insgesamt gibt es 141.000 Bergbauernbetriebe in unserem Land. Für sie sind 300 Millionen im diesjährigen Budget vorgesehen.

Daß dies gezielte Politik ist, die zusätzlich noch der Regierungspartei zu vermehrter Popularität verhilft, steht außer Zweifel. Da nützt auch nicht der Vorwurf des niederösterreichischen Bauernbundpräsidenten Minkowitsch, die sozialistische Regierung wendet das ‚Gießkannenprinzip‘ an. Dieser Vorwurf traf eher auf die Bauernpolitik der ÖVP zu, weil die großen Bauern es gar nicht zuließen, daß den kleineren allein ein großer Happen Geld zufließen sollte. Nun aber, da die ÖVP nicht mehr an der Geldquelle sitzt, hat sie nur eine Idee anzubieten: die Idee vom ländlichen Raum des agilen Bauernbunddirektors Doktor Lanner. Die Idee ist so schön wie die Idee vom städtischen Raum und genauso schwer zu verwirklichen. Nicht nur, weil es viel Geld kostet, sondern auch, weil so viele Gruppeninteressen entgegenstehen. Über die Notwendigkeit jedoch, den Bauernstand zu erhalten, sind sich alle einig. Allerdings wird der Bauer immer mehr zum Landschaftsgärtner, der uns vor dem Ersticken retten muß. Dafür soll ihm auch der gebührende Lohn nicht vorenthalten werden.“

Und diesen Lohn, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, gibt ihm die sozialistische Regierung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Probst:** Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Deutschmann. Er hat das Wort.

**Abgeordneter Deutschmann (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist nicht meine Art und ich hoffe, ich werde nicht so verstanden, einem Vorréder Zensuren zu erteilen. Deshalb möchte ich mit dem Satz des Herrn Abgeordneten Pfeifer beginnen, der hier von diesem Rednerpult aus gemeint hat, man kann nicht zum Pult kommen und diskutieren und die Zahlen nicht zur Kenntnis nehmen. Das war die Aussage von Herrn Abgeordneten Pfeifer. Herr Abgeordneter Maier, das geht sehr wesentlich Sie an. Wenn Sie zum Rednerpult gehen, sollten Sie die

Zahlen Ihrer Bundesregierung zur Kenntnis nehmen und hier nicht etwas anders behaupten.

Zu den Geländekorrekturen. Der Herr Abgeordnete Kern hat Ihnen schon in einem Zwischenruf zugerufen, es sind 7 Millionen weniger veranschlagt als ein Jahr vorher. Sie wollten in diesem Zusammenhang den Konnex finden, daß die Bundesregierung, weil hier eine Erweiterung auf diesem Gebiet gegeben sei, der Unfallshäufigkeit entgegenwirkt. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein offenes Wort sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn Sie es bis heute noch nicht wissen sollten, ich habe es so verstanden, vielleicht haben Sie nicht richtig gehört: Der Herr Präsident Minkowitsch hat ja die Unfallshäufigkeit, die 35.000 Verunglückten in der Landwirtschaft, im Zusammenhang mit der Überbelastung der bäuerlichen Familie gebracht. Und das, meine sehr Geehrten, ist ein Thema, welches uns in der Landwirtschaft sehr, sehr bewegt und wo wir letzten Endes einen Ausweg suchen, den wir eben dadurch nicht finden, weil die derzeitige Bundesregierung nicht bereit ist, die Interessen der Landwirtschaft so zu vertreten, wie wir es gerne sehen möchten.

Zum Herrn Abgeordneten Pfeifer noch etwas: Der Herr Abgeordnete Pfeifer und auch der Herr Abgeordnete Pansi haben uns im Ausschuß wie heute im Haus immer wieder den Rat gegeben, wir sollen doch den „Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1972“ studieren. Ich muß Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sagen, daß wir sehr wohl die Lage der Landwirtschaft studiert haben. Ich habe den Mut zu behaupten, daß Sie diesen Bericht zur Lage der Landwirtschaft entweder nicht studiert haben oder absichtlich sehr wesentliche Dinge aus diesem Bericht verschweigen, um in der Öffentlichkeit darauf hinweisen zu können, was wir für eine gute Bundesregierung haben (*Ruf bei der SPÖ: Das stimmt ja auch!*), die letzten Endes in der Lage ist, das Einkommen nicht nur, wie Sie jetzt gesagt haben, um 17 Prozent — hier in dieser Broschüre, Sie kennen sie ja, das Bildmaterial in dieser Broschüre ist von der Lichtbildstelle des Landwirtschaftsministeriums, in dieser Broschüre heißt es, daß das Betriebseinkommen im Durchschnitt um 27 Prozent angestiegen sei —, sondern um 27 Prozent steigen zu lassen. Im Grünen Bericht heißt es 17 Prozent, in dieser Broschüre 27 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir wissen ja, warum Sie das tun. Hier werden verschiedene Zahlen in die Diskussion gestellt, um die Betriebsführer in der Land-

9118

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Deutschmann**

und Forstwirtschaft zu verwirren, um in weiterer Folge doch die Möglichkeit zu haben, zu beweisen, daß die Bundesregierung etwas tut. Ich möchte auch auf die Seite 36 des Grünen Berichtes hinweisen, wo die Passiven vermerkt sind. Ich hätte, Herr Abgeordneter Pfeifer, von Ihnen erwartet, daß Sie hier objektiv darstellen, wie die Situation ausschaut. (Abg. Pfeifer: Das kommt schon noch, den Bericht macht dann der Mich!) Wie heißt es hier: „Im Vergleich zum 1. Jänner 1972 haben sich die Passiven um 3,6 Milliarden verschlechtert, das heißt, um 17,4 Prozent zugenommen.“ Und in weiterer Folge heißt es, daß sich in keinem der vorhergegangenen Jahre die Situation bei der Verschuldung der Landwirtschaft so entwickelt hat wie gerade im Jahre 1972, Herr Bundesminister. Das ist doch auch ein Faktum, welches wir einfach nicht wegleugnen können, und ich möchte Sie wirklich bitten, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß Sie bei der Wahrheit bleiben, daß Sie nicht versuchen, hier Dinge im Hohen Haus auszusprechen, die nicht stimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe gestern schon von meinem Sitz aus den Herrn Vizekanzler berichten müssen, der im Zusammenhang mit den sozialen Problemen gemeint hat, er habe den Landwirtschaftsvertretern nie zugesagt, daß er mit ihnen über die Überführung der Zuschußrentner zu den Pensionisten reden wird. Ich glaube, das geht einfach zu weit. Der Herr Landwirtschaftsminister war ja wie der Herr Sozialminister selbst damals bei dieser Befragung dabei, wo all diese Probleme zur Diskussion standen und wo der Herr Bundeskanzler dem Herrn Sozialminister gesagt hat, er solle sich mit den Vertretern der Landwirtschaft und den Interessensvertretern zusammensetzen. Von der Regierungsbank aus erklärte der Herr Vizekanzler, diese Zusage hätte er nie gemacht. Ja, meine sehr geehrten, merken Sie denn nicht, was Sie für eine Politik betreiben? (Abg. Pfeifer: Eine bessere wie Sie!) Eine Politik, die wir nicht zur Kenntnis nehmen können. (Ruf bei der SPÖ: Das ist klar!) Weil Sie, Herr Abgeordneter Pfeifer, jetzt gesagt haben, eine bessere wie Sie; ich will ja gerade auf das zurückkommen.

In der Budgetrede spricht der Finanzminister auch von der Disparität und davon, daß sich gerade jene Bauern mit einem kleineren Einkommen begnügen müssen, die in einer schlechten wirtschaftlichen Situation sind. (Ruf bei der SPÖ: Das hat es bei Ihnen nie gegeben?) Sicher, aber Sie behaupten, meine sehr geehrten Damen und Herren (neuerlicher Zwischenruf bei der SPÖ), daß die Situation bei Ihnen wesentlich besser geworden ist!

(Abg. Wielandner: Ist sie auch!) Sie meinen, es ist doch alles in bester Ordnung, und der Herr Landwirtschaftsminister tritt mit dem Brustton der Überzeugung im Fernsehen auf und erklärt: Liebe Österreicher, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, die Nahrungsmittelversorgung für das kommende Jahr reicht voll und ganz aus! (Rufe bei der SPÖ: Trotz Bauernbundpolitik! Trotz Marsch auf die Straße! — Abg. Kern: Trotz der Regierung!)

Herr Minister! Wir hätten erwartet, daß Sie gesagt hätten, daß letzten Endes der Einsatz der Bäuerinnen und der Bauern dazu beiträgt, daß die Nahrungsmittelversorgung trotz der schlechteren Bedingungen im Jahre 1974 als gesichert anzusehen ist. Aber Sie haben das nicht getan.

Ich komme jetzt zu einem weiteren Thema und will beweisen, daß die Agrarpolitik, die Sie betreiben, nicht die beste ist, obwohl Sie behaupten, sie sei die beste.

Ich habe mir gestern abend noch die einzelnen Protokolle zur Hand genommen und habe insbesondere die Reden des Hauptsprechers Dipl.-Ing. Dr. Weihs als damaliger Abgeordneter in der Zeit, als wir in der Regierung waren, gelesen (Ruf bei der SPÖ: Davon können Sie lernen!), in denen er sich sehr wesentlich mit der Umlenkung von Milch und Fleisch beschäftigt und in denen er darauf hingewiesen hat, daß da eine echte Möglichkeit wäre, der Landwirtschaft ein besseres Einkommen zu sichern.

Wenn wir heute die Situation gerade auf diesem Sektor betrachten, so sehen wir, daß eigentlich die Umlenkung von Milch auf Fleisch gelungen ist, daß aber das Einkommen aus dieser Umlenkung für die Landwirtschaft ausblieb. Wir haben in diesem Zusammenhang den Herrn Landwirtschaftsminister darauf aufmerksam gemacht, daß es eine sehr ungute Absatzsituation gibt. Wir haben ihn ersucht, er möge doch Mittel und Wege finden, den Preisverfall — der Herr Abgeordneter Pfeifer hat heute selbst von 5 S Preisverfall gesprochen — abzufangen.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat uns und auch der Präsidentenkonferenz, die ja mehrmals in diesem Zusammenhang die schwierige Situation aufgezeigt hat, mitgeteilt, daß er vorderhand nicht in der Lage sei, etwas zu tun, und daß er letzten Endes an die Bauernschaft appelliert, es sollte keine Katastrophenstimmung auftreten, die zu Angstverkäufen führen würde. In weiterer Folge meinte er, die Besitzer wären aufzufordern, alle Möglichkeiten, die Macht zu verlän-

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9119

**Deutschmann**

gern, auszunützen und nur jene Rinder zur Schlachtung abzugeben, die voll ausgemästet sind.

Herr Landwirtschaftsminister! Sie reden auf der einen Seite davon, daß wir keine Katastrophenstimmung aufkommen lassen sollen, daß keine Angstverkäufe getätigter werden sollen. Sie sagen, es gibt keine Mittel und keine Möglichkeiten, den Export zu forcieren.

Sie haben in weiterer Folge wohl mitgeteilt, daß die Exportkontingente in der letzten Phase nicht zur Gänze ausgenutzt worden sind, und haben sich gerade auf jene Zeit bezogen, zu der die Italiener gestreikt haben, zu der die Exporte gar nicht möglich waren; das ist auch eine sehr interessante und eine bemerkenswerte Mitteilung, die Sie uns gemacht haben.

Und letzten Endes, Herr Landwirtschaftsminister, möchte ich an Sie in diesem Zusammenhang doch eine Frage stellen, weil Sie doch immer wieder den Beweis anbringen wollten, die Exporte seien doch nicht so schlecht, wie das der Österreichische Bauernbund oder verschiedene Funktionäre sagen.

Ich habe mir die Zahlen geholt: In den letzten neun Monaten des Jahres 1973 wurden an Schlachtrindern 63.900 Stück exportiert, im gleichen Zeitraum ein Jahr vorher 84.400 Stück.

Bei den Nutzrindern waren es 33.200 im heurigen Jahr in den letzten neun Monaten und ein Jahr vorher im gleichen Zeitraum 63.100!

Allein diese Zahlen drücken die Situation, in der sich die Landwirtschaft auf diesem Sektor befindet, sehr kraß aus.

Ich möchte aber auch in diesem Zusammenhang eine sehr wesentliche Frage stellen, aber nicht an die Bundesregierung, weil ich weiß, daß man hier sicher kein Verständnis finden wird, nämlich die Frage, ob es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wird, daß die Viehhalter die Sonn- und Feiertagsarbeit auf sich nehmen müssen, ohne ein Entgelt zu bekommen.

Ich habe vor zwei Tagen vom Herrn Verkehrssprecher Ulbrich gehört, der von diesem Rednerpult aus erklärt hat: Endlich haben wir die Abgeltung, die unsere Eisenbahner bekommen, die an einem Sonn- und an einem Feiertag arbeiten müssen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muß auch dieses Thema einmal aufreißen: Es soll nicht als eine Selbstverständlichkeit angenommen werden, daß die bäuerliche Familie tagtäglich, auch samstags, sonntags und feiertags, die Stallarbeit zu verrichten hat, um dann dem Herrn

Landwirtschaftsminister die Möglichkeit zu geben zu behaupten, die Versorgung sei gesichert.

Herr Landwirtschaftsminister! Wir verlangen eine echte Vorsorge für die Viehhalter, die letzten Endes schon sehr bitterböse sind! Ich habe auch im Finanz- und Budgetausschuß an Sie die Frage gerichtet, wie Sie den Wettbewerbsnachteil der Bergbauern und speziell der Viehhalter ausgleichen wollen. Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß keine befriedigende Auskunft geben können — oder haben sie auch nicht geben wollen, ich weiß es nicht (*Ruf bei der ÖVP: Nicht geben können!*) — und haben dann letzten Endes in der „Sozialistischen Korrespondenz“ den Hinweis gegeben: Neue Förderungsmaßnahmen für die Bergbauern, Hilfsprogramm für die vewirtschaftliche Situation, es sollen 50 Millionen Schilling für die Bergbauern neuerlich zur Verfügung gestellt werden.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister — ich hoffe, Sie erwarten nicht von den Bergbauern und von der Bauernschaft eine Verneigung oder einen Dank —, muß ich doch die Frage stellen, ob das die neue Taktik der derzeitigen Regierung ist: auf einer Seite nimmt man aus Abschöpfungsbeträgen 130 Millionen Schilling weg und auf der anderen Seite gibt man dann 50 Millionen Schilling zurück und erwartet allgemeines Kopfnicken, Goutieren, Applaus und Dankbarkeit.

Herr Minister! Das ist eine Politik, die wir einfach nicht zur Kenntnis nehmen können. (*Beifall bei der ÖVP.*) Verfassungsrechtlich wäre ja überhaupt die Umschichtung der 130 Millionen sowieso daraufhin zu überprüfen, ob das möglich ist, daß man einfach so nach Gutdünken da Millionen herausnimmt, dort hinübergibt und dann wieder etwas zurückgibt, um so den Beweis zu erbringen, wie „bauernfreundlich“ sich die derzeitige Bundesregierung gibt.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang noch eine weitere Frage stellen. Ich habe der Rede des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Doktor Weihs aus dem Jahre 1967 entnommen, daß er sich sehr wesentlich mit den Problemen der EWG-Landwirtschaft beschäftigt hat. Sie selbst wissen es ja, und ich glaube sogar, mir haben Sie einmal in einem Gespräch persönlich gesagt: die schwierige Situation der österreichischen Landwirtschaft sei Ausfluß der Drittlandstellung.

Herr Landwirtschaftsminister! Als der Vertreter der österreichischen Landwirtschaft möchte ich Sie fragen, welche Stellung Sie zur Drittlandsituation der österreichischen

9120

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Deutschmann**

Landwirtschaft einnehmen, ob Sie mit Ihrem Ministerkollegen Stariabacher, der ja zuständig ist, in diesem Zusammenhang Gespräche geführt haben und ob Sie bereit sind, Vorschläge in Ihrem Ministerium zu erarbeiten, um aus dieser Drittlandsituation herauszukommen.

Ich glaube, Herr Landwirtschaftsminister, daß die Situation der österreichischen Bauernschaft in der Zeit, in der wir uns befinden, nicht sehr einfach ist. Die verschiedenen Betriebsmittelverteuerungen: die Mehrwertsteuer allein hat der Landwirtschaft 500 Millionen Schilling entzogen. Sie selbst wissen, daß das auch Gegenstand der Gespräche der Bauernorganisationen mit Ihnen und der Bundesregierung war. In weiterer Folge bringt die Verknappung auf dem Dieselölsektor die Landwirtschaft in eine Situation, die Sie sich wahrscheinlich momentan gar nicht ausdenken können.

Es wird an der Zeit sein, Herr Bundesminister, daß Sie das gleiche tun wie der Herr Bundeskanzler, der jetzt schon versucht, in aller Öffentlichkeit aufzuzeigen, daß da und dort der Gürtel enger zu schnüren sei. Daß man von Ihrer Seite aber in diesem Zusammenhang nichts hört, darüber wundere ich mich. Ich nehme nämlich an, daß in der sozialistischen Bundesregierung nur einer eine Aussage machen darf, und das ist der Bundeskanzler.

Ich möchte Sie, Herr Landwirtschaftsminister, wirklich bitten: Seien Sie ein Vertreter der Landwirtschaft, denn es wird letzten Endes einmal die Stunde kommen, in der Sie Ihre Agrarpolitik und die Politik der derzeitigen sozialistischen Bundesregierung verantworten müssen! Diese Stunde der Wahrheit wird kommen! Sie wird nicht sehr einfach sein. Ich hoffe, daß nicht noch mehr Porzellan zerschlagen wird, als das bisher schon geschehen ist.

Ich möchte, da man in diesem Zusammenhang die Bauernbündler immer als Kritikaster hinstellt, nur noch etwas anfügen: Ich kann mich an eine Zeit im Hohen Hause erinnern, in der der Herr Abgeordnete Pfeifer hier stand und gesagt hat: Wenn Sie Wind säen werden, werden Sie Sturm ernten. Ich möchte diesen Spruch, Herr Abgeordneter Pfeifer, den Sie in diesem Hause gesagt haben, an Ihre Seite und in Ihre Richtung weitergeben. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Probst:** Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Schmitzer.

Abgeordneter Ing. **Schmitzer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich heute nicht mit dem

landwirtschaftlichen Schulproblem beschäftigen, Herr Minister, da Sie das letzte Mal bei der Unterrichtsdebatte anwesend waren. Ich würde Sie nur bitten, heute Ihre Meinung dazu zu sagen. Der Herr Unterrichtsminister hat es sich ja sehr einfach gemacht, indem er gesagt hatte: Ich bin überfordert, ich kann heute darauf nicht antworten. — Wir würden daher heute auf Ihre Meinung sehr großen Wert legen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt gerne mit den Ausführungen des Agrarsprechers der sozialistischen Fraktion beschäftigen. Der Herr Kollege Pfeifer bereitet sich ja offenbar auf den Ackerbauminister in Niederösterreich vor. Er ist jetzt dabei, soweit ich erfahren konnte, einen Teil für den neuen Niederösterreich-Plan zu erarbeiten. Er ist der Vorsitzende des Landesausschusses.

Herr Kollege Pfeifer! Ich habe den Eindruck, daß Sie die Ausführungen des Herrn Präsidenten Minkowitsch nicht verstanden haben. Es wurde aneinander vorbeigesprochen, und zwar deswegen, weil Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß wir in der Landwirtschaft Kennzahlen nur in Relationen sehen können. Eine Kennzahl allein, aus dem Zusammenhang gerissen, bringt eine halbe Wahrheit, wenn sie nicht sogar absolut falsch ist. Das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen! Sie nehmen immer wieder Zahlen aus dem Zusammenhang heraus und stellen sie nicht in Beziehung. (*Abg. Pfeifer: Herr Kollege! Kennen Sie die Relationen von 1966 bis 1970 in der Landwirtschaft? Darauf gehen Sie nicht ein!*) Ich komme darauf zurück.

Ich habe überhaupt den Eindruck gehabt, Herr Kollege Pfeifer, daß Sie hier als Oppositioneller gesprochen haben. Sie verteidigten zwar die Regierung, aber man hatte den Eindruck, Sie sprachen als Oppositioneller, und zwar als Oppositioneller gegen die Landwirtschaft. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Pfeifer: Das ist Ihre Auslegung! — Abg. Kern: Er kann aus seiner Rolle nicht heraus!*)

Ich werde dann einige Beispiele bringen. — Das nur als Vorbemerkung.

Vielleicht gleich zu einigen Ausführungen von Ihnen. Ich habe es so wie mein Kollege Deutschmann gemacht und habe mir die Protokolle aus dem Jahre 1968 und 1969 herausgesucht. Dazu wurde ich durch Ihre Rede anlässlich der 1. Lesung des Budgets Anfang November angeregt. Sie haben nämlich zum vierten Mal — zum vierten Mal! — zur Frage Getreidepreisgestaltung 1968 und zum Krisengroschen Stellung genommen, und zwar immer wieder mit demselben Wortlaut, immer mit

**Ing. Schmitzer**

derselben Wortfolge. Deswegen habe ich mir gedacht, daß man darüber einmal reden muß.

Herr Kollege Pfeifer! Ich glaube, Sie haben damals nicht zugehört, als der damalige Oppositionsabgeordnete Dr. Weihs zu dieser Frage gesprochen hat. Sonst würden Sie nämlich heute anders reden. Ich darf Ihnen das vorlesen. Sie können es auch nachlesen, und zwar im Protokoll vom 10. Dezember 1969. Der Herr Abgeordnete Dr. Weihs hat damals gesagt, und zwar zum Herrn Minister Doktor Schleinzer:

,Eine weitere Frage, Herr Minister, die bisher auch nicht gelöst werden konnte, sind die — es ist heute schon angeklungen — großen auf Lager liegenden Getreidemengen.“

Ich zitiere aus dem genannten Protokoll weiter, wo Herr Dr. Weihs folgendes gesagt hat — ich würde bitten, daß Sie das nachlesen —:

,Ich glaube, der Herr Minister Dr. Schleinzer hat diese Problematik sehr wohl erkannt und oft versucht, gegen den Widerstand des Bauernbundes Maßnahmen zu setzen, um den schwelenden Brotgetreideberg umzulenken und den Bauern mit preislichen Anreizen den Futtergetreidebau schmackhaft zu machen.“

Das war jene Zeit, in der die SPÖ immer geschwankt hat: Einmal war Dr. Schleinzer der moderne Agrartechnokrat, und der Bauernbund war der Böse, der nicht zugelassen hat, daß Dr. Schleinzer das macht, was er wollte. Auf der anderen Seite war es dann wieder der Bauernbund, der etwas wollte, was Doktor Schleinzer nicht wollte.

Ich zitiere weiter:

,Das ist auch gelungen.“ — Das sagte Ihr jetziger Agraminister. — „Die preislichen Erhöhungen für Futtergetreide führen dazu, daß wir auf dem Futtergetreidesektor — nach den eigenen Worten des Herrn Ministers; es fehlen ungefähr 20.000 Tonnen, sagte er — fast schon autark geworden sind. In den kommenden Jahren wird es natürlich zu Überschüssen kommen, wenn es uns nicht gelingt, diese Überschußmengen über die Veredlungswirtschaft abzubauen. Es ist sicherlich günstiger, Fleisch in genügender Menge zu haben als einen Überschuß an Futtergetreide.“

Weiter zum zweiten Problem, Herr Kollege Pfeifer, zum Milchkrisengroschen. Sie werfen ja Dr. Schleinzer immer wieder vor, daß er damals den Krisengroschen erhöht hat, und zwar, glaube ich, auf 19 Groschen. Sie wissen ganz genau — ganz genau wissen Sie das! —, daß das eine volkswirtschaftlich richtige Maßnahme war, um sich die Absatzmärkte erhal-

ten zu können. Es war leider Gottes nicht für eine sehr lange Zeit, denn jetzt sind ja Teile dieses Absatzmarktes, vor allem in England, durch Ihre Politik verlorengegangen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zur Frage dieses Milchkrisengroschens sagte damals Dr. Weihs:

,Um den Milchstrom bei uns eindämmen zu können, haben wir als Konsumentenvertreter im Milkwirtschaftsfonds schon vor Jahren gefordert, entsprechende Produktionsbremsen einzubauen. Es hat lange gedauert, bis sich der Landwirtschaftsminister entschlossen hat, den bestehenden Krisenfonds zu erhöhen und die Qualitätsbezahlung der angelieferten Milch einzuführen.“

Herr Kollege Pfeifer! Das waren nur einige kurze Zitate. Ich würde Ihnen empfehlen, das ganze Protokoll nachzulesen, damit Sie dann nicht mehr immer wieder darauf eingehen.

Nun zu Ihrer Arbeit als Ackerbaureferent in Niederösterreich. Sie haben beim Niederösterreich-Plan im Arbeitskreis Landwirtschaft den Vorsitz geführt. Das entnehme ich dem Niederösterreich-Plan aus dem Jahre 1968. In diesem Plan sind einige Dinge postuliert, bei denen wir feststellen müssen, daß bisher davon überhaupt nicht mehr gesprochen wurde. Sie haben damals folgendes geschrieben:

,Ein Landwirtschaftsplan für unser Land kann daher immer nur ein Teil eines gesamten Landwirtschaftskonzeptes auf Bundesebene sein. Dem Landwirtschaftsplan ist die prinzipielle Forderung nach Chancen für die Einkommensangleichung aller Landwirtschaftstreibenden an die übrige Wirtschaft zugrunde gelegt.“

Herr Kollege Pfeifer! Wo ist Ihr Landwirtschaftskonzept? Wo ist Ihr Landwirtschaftskonzept auf Bundesebene? Wo ist Ihr Landwirtschaftskonzept auf Landesebene? Wenn Sie ein Landwirtschaftskonzept haben wollen, müssen Sie nach Niederösterreich gehen, und zwar zu ÖVP-Landesregierungsmitgliedern. Dort haben wir heute ein Landwirtschaftskonzept als Folge des Raumordnungsgesetzes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde Ihnen, Herr Kollege Pfeifer — auch Ihnen, Herr Minister, wenn ich Sie dazu einladen dürfte —, empfehlen, dieses Raumordnungsprogramm zu lesen. Wir haben eine ganz ausgezeichnete Raumforschungs- und Raumplanungsabteilung, die sich mit diesen Fragen in Niederösterreich beschäftigt. Es sind ganz moderne grundsätzliche Aussagen gemacht worden.

9122

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Ing. Schmitzer**

Ich darf Ihnen, Herr Kollege Pfeifer, vielleicht noch ein Kapitel in Erinnerung bringen. Im Jahre 1968 haben Sie über die Frage Produktionssteuerung sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene geschrieben. Sie sprachen in diesem Zusammenhang von einem „Gesamtproduktionsplan“. In den letzten drei- einhalb Jahren hat man von diesem Gesamtproduktionsplan auf Bundesebene überhaupt nichts gehört. Sie sprachen auch von einem Produktionsplan und von einer Produktions- steuerung auf Landesebene.

Sie schrieben wörtlich: „Der Produktions- plan umfaßt ganz Österreich. Planungskom- missionen bei den Landesregierungen legen diesen Produktionsplan auf die Regionen und Bezirke um. Die Landwirtschaftskammern teilen die Kontingente auf die Betriebe auf.“

Sie haben damals sehr stark von der Kontingentierung gesprochen.

Interessant ist für mich folgendes: daß Sie in Ihrem neuen Entwurf — Sie kennen ihn sicherlich — nicht mehr die Landwirtschaftskammern, sondern die Landesregierungen mit der Kontingentierung beauftragen wollen. Ich weiß nicht, warum. Vielleicht können Sie uns darüber Aufklärung geben.

Weiters ist für mich interessant, daß die Koordination zwischen Ihnen und dem Landwirtschaftsminister nicht sehr groß sein dürfte. Der Landwirtschaftsminister hat im Februar 1972 in der Nr. 1 der „Agrarischen Rundschau“ ein Interview gegeben. Er wurde gefragt, was er von der Kontingentierung halte und ob er eine Kontingentierung ins Auge fassen werde. Seine Antwort war nicht sehr positiv. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß er von der Kontingentierung nichts beziehungsweise nicht viel halte.

Herr Kollege Pfeifer! Ich wollte Ihnen nur sagen: Wenn Sie ein Landwirtschaftskonzept für Niederösterreich machen, dann holen Sie sich ein paar Experten, denn von Ihren 1400 Experten dürfte keiner dabei sein (*Abg. K e r n: Er am wenigsten!*), der geeignet wäre. Sonst würde es nicht so viele Widersprüchlichkeiten geben. Ich könnte Ihnen noch einige Dinge hier vorexerzieren, die Sie in diesem Plan enthalten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht doch einige Überlegungen zum Budget. Ich glaube, mit einigen Zahlen kann man das bestätigen, was der Herr Präsident Minkowitsch sagte, nämlich daß dieses Budget ein Aushungerungsbudget sei. Herr Kollege Pfeifer! Wir haben im Budget eine Durchschnittssteigerung von 15 Prozent, mit dem Konjunkturausgleich eine von 18 Prozent. Die

Förderungen sind um 16 Prozent und das Landwirtschaftsbudget ist etwa — ich runde auf — um 7 Prozent gestiegen.

Meine Damen und Herren! Mehr braucht man gar nicht dazu sagen! Das sind Zahlen, die in Relation stehen und die etwas aussagen. Dazu kommt noch, daß Sie in den Sachaufwand Dinge hineingeworfen haben, die dort überhaupt nichts zu suchen haben. Zum Beispiel die Bezahlung der Beratungskräfte. Das dürfte der Kollege Maier nicht wissen, sonst hätte er nicht so groß von der Bezahlung der Beratungskräfte gesprochen. Er dürfte auch nicht wissen, daß das Landwirtschaftsbudget um 30 Millionen Schilling nominell — ich spreche gar nicht vom realen — gesunken, geschweige denn um einen Groschen gestiegen ist.

Noch etwas müßte man in diesem Zusammenhang auch sehen: daß wir in einer inflationären Zeit leben, daß man mit den nominalen Zahlen nichts anfangen kann, daß man immer die realen Zahlen zugrunde legen muß, kurz gesagt, daß man immer die Inflation mitberücksichtigen muß. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß sich alle sozialistischen Redner zwar sehr breit — aus politischen Gründen verstehe ich das — mit dem Grünen Bericht 1972 beschäftigt haben, aber daß kaum jemand mehr als ein paar Sätze über das Budget 1974 gesprochen hat.

Meine Damen und Herren! Hauptsächlich behandeln wir heute das Budget 1974 (*Zustimmung bei der ÖVP*), das Budget, mit dem die Landwirtschaft im nächsten Jahr leben muß. Daher interessiert uns dieses Budget sicherlich mehr — ich will nicht sagen, daß uns der Grüne Bericht nicht interessiert — als der Grüne Bericht 1972, auf den man klarerweise immer wieder Rücksicht nehmen und zurückgreifen wird müssen.

Nun einige Überlegungen zum Grünen Plan. Der Grüne Bericht wird zwar stark diskutiert, aber vom Grünen Plan spricht man genauso wie über das Budget nicht allzuviel. Warum nicht? Weil die Förderungsmaßnahmen um 34 Millionen Schilling und die Mittel zur Verkehrseröffnung um 28,5 Millionen Schilling gekürzt wurden, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Meine Damen und Herren! Sie reden sehr viel von der Chancengleichheit, von der Chancengleichheit auch im ländlichen Raum. Das, was ich eben aufgezählt habe, wären Maßnahmen zur Herstellung der Chancengleichheit. Denn, Herr Minister, es geht in der Landwirtschaftsförderung in erster Linie um folgendes: daß man die Voraussetzungen zu glei-

**Ing. Schmitzer**

chen wirtschaftlichen Grundlagen schafft. Zum Ausgleich unterschiedlicher Produktionsvoraussetzungen müßte dieses Geld herangezogen werden. Und die Verkehrerschließung, die Verbesserung der Produktionsgrundlagen sind nun einmal solche Maßnahmen. Wenn man daher von der Chancengleichheit spricht, dann hat sie nicht nur für einen gewissen Teil der Bevölkerung, sondern für die Gesamtbevölkerung zu gelten.

Ich glaube, daß es nicht uninteressant ist, auch von der Warte eines Konsumenten aus einen weiteren Punkt kurz zu streifen. Es handelt sich um die Frage der Treibstoffverbilligung.

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Fraktion hat immer wieder behauptet, es wäre im neuen Budget mehr für die Treibstoffverbilligung enthalten. Ich habe nachgerechnet. Nominell stimmt es. Wenn ich aber von der normalen Preiserhöhung ausgehe — und da habe ich die ganze Misere, die sich aus der Ölkrise ergibt, gar nicht berücksichtigt, denn das wäre unfair und auch nicht richtig —, ist für die Treibstoffverbilligung real weniger zur Verfügung als im vergangenen Jahr.

Nun auch einige Überlegungen zum Grünen Bericht. Hier, Herr Kollege Pfeifer, möchte ich wieder Sie ansprechen, weil ich eine Behauptung aufgestellt habe, die ich auch beweisen möchte. Ich habe behauptet, daß Sie den Herrn Präsidenten Minkowitsch nicht richtig verstanden haben, und zwar deswegen, weil Sie in anderen Kategorien, in betriebswirtschaftlich nicht richtigen Kategorien denken. Sie haben gesagt: Der Grüne Bericht 1972 ist gut und zeugt für eine gute Agrarpolitik. Wir wollen gar nicht abstreiten, daß der Grüne Bericht 1972 gut ist. Wir wollen nur abstreiten, daß Sie, die sozialistische Bundesregierung — wie Sie gesagt haben — die Ursache dafür sind. (Abg. Pfeifer: Wer denn?)

Herr Kollege Pfeifer! Zwei Dinge bestimmen den Rohertrag: die Menge und der Preis. Daß die Mengenerträge im Jahre 1972 so gut waren, dafür können Sie und der Herr Minister Dr. Weihs sicherlich nichts. (Zustimmung bei der ÖVP.) So gute Beziehungen zu Petrus haben Sie sicherlich nicht!

Und die Preisentwicklung — rechnen Sie es nach — ist nicht der Hauptgrund, nicht die Hauptursache, daß die Steigerung der Einkommen im Jahre 1972 so hoch war, sondern die Mengenerträge waren dafür ausschlaggebend, daß ein so guter Bericht herausgekommen ist. (Zwischenruf des Abg. Pfeifer.) Ich werde darauf zurückkommen.

Wissen Sie, warum die Differenz so groß war? — Weil der Rückstau von 1971 vorhanden war, weil Sie 1971 die notwendigen Preiserhöhungen hinausgeschoben haben. Dadurch ist natürlich relativ, in Prozenten ausgedrückt, ein so großer Betrag herausgekommen.

Heute wurde Ihnen schon einige Male gesagt, daß man einen mehrjährigen Durchschnitt zugrunde legen muß. Rechnen Sie es durch! Sie brauchen nur die Jahre 1971 und 1972 durchrechnen. Vielleicht ergibt sich im Jänner, wenn wir das Genossenschaftsgesetz oder irgendein anderes agrarisches Gesetz behandeln werden, die Gelegenheit, daß wir die Ergebnisse aus dem Jahre 1973 schon mitberücksichtigen können. (Abg. Pfeifer: Haben Sie den Durchschnitt 1966 bis 1970 in Ihrer Regierung durchgerechnet?) Ich komme darauf zu sprechen. Man muß es nur in Relation zur Preisentwicklung stellen.

Kollege Pfeifer! Nehmen Sie den letzten „Paritätsspiegel“, dann haben Sie den Beweis dafür. Der Preisindex für die Betriebsausgaben ist um 4,7 Prozent gestiegen. Heuer schaut die Sache ganz anders aus! Investitionen 0,1 Prozent, Gesamtausgaben 2,8 Prozent Steigerung. Wie hoch sind die Einnahmen gestiegen? — Um 0,8 Prozent. Das heißt, die Schere ist um 2 Prozent größer geworden. Die Disparität ist stärker gestiegen als je zuvor. Nehme ich das Jahr 1973 als ganzes Jahr, dann muß ich sagen: Die Disparität wird stärker steigen, als sie es je zuvor war.

Herr Minister! Das werden wir im Jänner beweisen, und darüber werden wir uns ja unterhalten.

Wenn Sie mir aber schon nicht glauben, dann bringe ich Ihnen den Bericht des Statistischen Zentralamtes. Dort ist zwar nichts durch Zahlen, aber textlich ausgesagt. Und da werden Sie doch glauben, daß es stimmt. Und zwar heißt es hier:

„Die Land- und Forstwirtschaft konnte ihre Produktion 1972 nach dem realen Rückgang des Jahres 1971 nur wenig steigern. Auch nominell konnte sie trotz überdurchschnittlicher Erträge und Steigerung der Erzeugerpreise mit der Gesamtwirtschaft nicht ganz Schritt halten.“ — Ich glaube, deutlicher kann man es nicht mehr sagen. Das ist sicherlich ein unverfänglicher Beweis.

Die Preisschere hat sich also geöffnet, habe ich behauptet. Herr Minister, Sie haben das bezweifelt. Laut „Paritätsspiegel“ sieht es so aus: April 1973 um 16 Prozent, Juli 1973 um 18,4 Prozent. Und Sie werden doch nicht glauben, daß es bis zum Jahresende besser wird.

9124

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Ing. Schmitzer**

Nun zur Frage Einkommen. Auch hier möchte ich etwas sagen. Herr Kollege Pfeifer — er ist noch da —, Sie haben zum Herrn Präsident Minkowitsch gesagt, Sie befürworten, daß man eine gemeinsame Sprache sprechen soll. Wenn man eine gemeinsame Sprache sprechen will, dann muß man die gleichen Kennzahlen zugrunde legen. Aber Sie vergleichen immer landwirtschaftliches Einkommen — in letzter Zeit nicht mehr so sehr, aber früher — und heute das Betriebseinkommen mit dem Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer. (Abg. Pfeifer: *Gesamteinkommen zu Gesamteinkommen, Herr Kollege! Gleiches mit Gleichen!*) Nein, denn da müßte ich auch die Arbeitszeit mitberücksichtigen, auch vergleichen. Ich kann nur vergleichen, wenn ich die Arbeitszeit auch mitberücksichtige. Wenn ich die Arbeitszeit unberücksichtigt lasse, dann kann ich nur das landwirtschaftliche Einkommen mit den landwirtschaftlichen Arbeitsaufwendungen vergleichen. Ansonsten komme ich natürlich zu einem falschen Ergebnis und zu einer falschen Zahl.

Hier hat Ihnen der Herr Präsident Minkowitsch, Kollege Pfeifer, gesagt, es sei der Arbeitsertrag nur 25.134 S gewesen.

Wissen Sie, daß das heute gar nicht mehr stimmt, Herr Präsident? Die Berechnung im Grünen Bericht stimmt schon. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Aber deswegen stimmt es gar nicht mehr ... (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Ja, das ist ja beweisbar. Und zwar deswegen stimmt es nicht, weil hier bei dieser Zahl pro Arbeitskraft ein Aktivkapital von 420.000 S zugrunde gelegt wird. 420.000 S Aktivkapital eingesetzt mal 4 Prozent ergibt aufgerundet 17.000 S, dieses von 43.000 S Betriebseinkommen abgezogen ergibt zirka 26.000 S Arbeitsertrag. Das stimmt ja gar nicht mehr! Denn durch Ihre inflationistische Politik ist doch der Verkehrswert der Betriebsobjekte wesentlich größer geworden. Wir müssen doch — heute — das sagen uns die Betriebswirtschaftler — mit 600.000 S bis 1 Million Schilling Aktivkapital je Arbeitskraft rechnen. Wenn Sie das jetzt mit 4 Prozent berechnen und von 43.000 S Betriebseinkommen abziehen, dann kommen Sie auf 19.000 S Arbeitsertrag. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Und wenn Sie das jetzt noch durch die Stunden dividieren, Herr Kollege, dann kommen Sie auf einen Stundenerlös, bei dem Sie sagen: Es ist wirklich oft zu überlegen, ob es einer nicht aufgibt. (Abg. Pfeifer: *Was werden Sie tun, wenn in einem Jahr noch die Bauern existieren — trotz unserer Politik?*)

Herr Kollege Pfeifer! Sie sagen, da müssen Sie noch etwas hineinzahlen. Sie haben sich

den Grünen Bericht wirklich nicht genau angesehen. Schauen Sie sich den Grünen Bericht in bezug auf das Betriebseinkommen des südöstlichen Flach- und Hügellandes an! Schauen Sie sich den Rohertrag an, schauen Sie sich die Betriebsausgaben an! Dann werden Sie sehen, daß da ein Minusbetrag herauskommt. Ja, wieso können die noch leben? Na weil sie von der Substanz leben, weil sie ihren Arbeitsertrag zur Aufstockung des Eigenkapitals in den Betrieb hineinsticken. (*Beifall bei der ÖVP.*) Deswegen können sie leben. Aber, das schauen Sie sich ja nicht an. Entweder Sie verstehen das nicht, oder Sie schauen sich das nicht an. (Abg. Libal: *Wir werden sammeln unter Ihnen, wenn das so weitergeht!*)

Herr Kollege Libal! Wenn man von solchen Dingen spricht, dann muß man sachlich und fachlich richtig darüber reden. (Abg. Sekanina: *Was Sie hier produzieren, ist Theater!*) Schauen Sie nach, Herr Kollege Sekanina! Schauen Sie, ich kann es Ihnen ja vorlesen, wir haben ja Zeit. Ich kann es Ihnen vorlesen. Ich kann es Ihnen ja vorlesen und beweisen. (Abg. Sekanina: *Das stimmt überhaupt nicht! Das ist eine Show, die Sie hier abziehen!*)

Rohertrag im südöstlichen Flach- und Hügelland zirka 22.000 S. (*Der Redner sucht eine bestimmte Stelle in seinen Unterlagen.* — Abg. Sekanina: *Jetzt wird's schwierig, Herr Kollege!* — Abg. Kern: *Schmitzer bemüh dich nicht, der versteht das sowieso nicht!* — Abg. Sekanina: *Soll ich Ihnen helfen, daß Sie die Seite finden?* — Ruf bei der SPÖ: *Kollege Schlager, hilf ihm!* — Abg. Sekanina: *Er kann das nicht finden! Vielleicht können wir die Sitzung unterbrechen, damit er es findet!*) Ja, Herr Kollege, ich find' es schon. Der Rohertrag pro Hektar beträgt 22.000 S, und die Ausgaben, der Aufwand, 23.000 S.

Sie brauchen sich das nur anzusehen, Sie können das ohneweiters nachlesen. (Abg. Sekanina: *Sie haben Schwierigkeiten gehabt, daß Sie das finden!*) 23.000 S Aufwand pro Hektar, 22.000 S Rohertrag, die Differenz sind minus 1000 S, Herr Kollege Sekanina!

Ich könnte Ihnen das auch aus dem Lohnaufwand heraus beweisen. (Abg. Sekanina: *Das, was Sie hier sagen, stimmt doch gar nicht!*) Ich habe hier eine Aufstellung von unserem Schulbetrieb. Hier steht, wie stark der Lohnaufwand in den letzten 4 Jahren seit 1968 gestiegen ist, und wie stark die Roherträge gestiegen sind. (Abg. Sekanina: *Sie haben die größten Schwierigkeiten, das zu beweisen, was Sie hier sagen!*) Ich habe es Ihnen

**Ing. Schmitzer**

ganz klar gesagt: 23.000 S zu 22.000 S. (*Ruf bei der ÖVP: Sie werden den nicht aus dem Konzept bringen, Herr Sekanina!*)

Nun, es taucht jetzt die Frage auf: Wodurch entsteht das, Herr Kollege Sekanina? Das entsteht dadurch, daß die Preise für die Betriebsmittel durch die inflationistische Politik Ihrer Regierung so stark gestiegen sind. Denn wenn ich vom Rohertrag den Sachaufwand abziehe, bekomme ich den Arbeitsertrag. Und der ist gering, weil durch die Regierung ein derartig hohes Preisniveau bei den Betriebsmitteln, bei den Futtermitteln, bei Düngermitteln, beim Treibstoff, beim Baukostenindex, bei den Maschinen geschaffen wurde, weil die Preise derart gestiegen sind, daß als Arbeitsertrag einfach nichts mehr übrigbleibt. (*Abg. Sekanina: Herr Kollege, das ist doch keine fachliche Argumentation! — Abg. Dr. Tull: Wir sind ja nicht bei einer Wahlversammlung! — Abg. Sekanina: Beweisen Sie das!*)

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Sekanina, Sie können es ja nachlesen. Sie brauchen ja nur selbst nachlesen. Schauen Sie, ich kann Ihnen sogar die Seite sagen, Sie brauchen es nur selbst nachlesen. (*Abg. Doktor Tull: Sie sollen nicht lesen, sondern Sie sollen beweisen! Wir sind in keiner Lesezeit, sondern im Parlament!*) Herr Doktor Tull! Ich habe Ihnen ja vor kurzem erst eine Nachhilfestunde in der Bahn gegeben, ich kann's heute auch noch einmal machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Im südöstlichen Flach- und Hügelland beträgt der Rohertrag zirka 22.000 S, der Betriebsaufwand 23.000 S. Also ein Abgang von 1000 S je Hektar, welche beim Lohnaufwand, beim Lohnanspruch der Familie dann abgehen und fehlen. (*Abg. Sekanina: Ihre Fraktion applaudiert nicht deshalb, weil Sie recht haben, sondern damit Sie wieder Luft kriegen zur Argumentation!*) Herr Kollege Sekanina, das ist ja gar nicht notwendig, die Lehrer sind das Reden gewöhnt. Das habe ich überhaupt nicht notwendig. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Nun, meine Damen und Herren, die Frage . . .

**Präsident Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Aber ich glaube, jetzt ist's genug. Jetzt ist's genug. Herr Abgeordneter, Sie haben eh das Mikrofon zur Verfügung, nur fest hinein!

**Abgeordneter Ing. Schmitzer** (*fortsetzend*): Aber er will es heute nicht verstehen.

Nun, meine Damen und Herren, die Frage der Einkommensentwicklung interessiert auch die Konsumenten sehr stark. Das ist ein sehr ernstes Problem auch für uns, auch für uns

Konsumenten. Denn wenn die Disparität im landwirtschaftlichen Einkommen verstärkt wird, dann kommt es zu einer Gefährdung der Nahrungsmittelversorgung.

Das ist interessant: Vor einem Jahr hat man über die Frage „Produktionsreserven“ überhaupt nicht gesprochen. Man hat höchstens neben der Nahrungsmittelversorgung noch die Frage der Erhaltung der Kulturlandschaft zur Diskussion gestellt, aber von der Erhaltung von Produktionsreserven hat überhaupt kein Mensch gesprochen.

Ein Mann Ihrer Fraktion war 1970 einmal so klug, daß er gesagt hat: Durch Aufforstung der Grenzertragsböden ist uns nicht mehr geholfen. Ja wir müssen sogar -ztausend Hektar Kulturland im Marchfeld aufforsten, damit wir aus der Überschußproduktion in der Getreidewirtschaft herauskommen.

Heute schaut die Situation ganz anders aus. Heute beurteilen wir die Lage ganz anders. Sie sicherlich noch nicht, denn in Ihrer Fraktion wird genauso gehandelt, Herr Kollege Tull, wie es der Dr. Staribacher macht, der einfach die Probleme verniedlicht; im agrarischen Bereich wird einfach davon nicht gesprochen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Man geht einfach darüber hinweg und spricht über diese Dinge nicht. (*Abg. Dr. Tull: Haben wir genug Nahrungsmittel — ja oder nein?*) In allen Bereichen nicht. In der Fettversorgung zum Beispiel nicht. Da haben wir nur 55 Prozent Eigenversorgung. Wir müssen 45 Prozent importieren, die wir nicht immer unbedingt bekommen müssen. Nicht unbedingt und nicht in allen Bereichen. (*Abg. Dr. Tull: Was ist mit Zucker? Was ist mit Mehl?*) Gott sei Dank, Herr Kollege Tull, Gott sei Dank sind wir hier autark. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wäre das ja nicht der Fall. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir ja nur eine Mindestversorgung.

Kollege Pfeifer hat im NO-Plan ja nur die Mindestversorgung gefordert. Wenn es daher nach Ihnen gegangen wäre, so hätten wir überhaupt keine Produktionsreserven, sondern nur die Mindestversorgung. (*Abg. Dr. Tull: Zucker! Spekulanten, die Sie vertreten!*) Herr Kollege Tull! Das ist billig, das hat mit Spekulanten nichts zu tun. Schauen Sie, Herr Kollege Tull, man kann auch mit Zahlen diese Dinge beweisen!

In der Getreidewirtschaft ist der Überhang gar nicht mehr so groß, als Sie immer tun. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.*) Gott sei Dank ist er vorhanden! (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.*) Es ist nichts verschwunden, das habe ich Ihnen schon erklärt . . .

9126

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Ing. Schmitzer**

(*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.*) Herr Dr. Tull! Bei der Fleischversorgung sind wir knapp an der Bedarfsdeckung. Dort haben wir gar keine Überschüsse.

**Präsident Probst:** Meine Herren! Wir haben hier eine Debatte und keine Zwischenrufduelle.

Abgeordneter Ing. **Schmitzer** (*fortsetzend*): ... knappe 100 Prozent bei Rindfleisch und wir haben enorme Bedarfsreserven. Wenn ich Ihnen nur sage, wir haben bei der Fleischversorgung einen Verbrauch von 75 Kilogramm pro Einwohner. Wir hoffen und haben errechnet, daß etwa 100 Kilo pro Einwohner in nächster Zeit erreicht werden wird. Es gibt in Mitteleuropa noch Gebiete, Italien zum Beispiel, wo der Anteil pro Person 29 kg beträgt. Also auf diesem Sektor haben wir noch lange keine Überproduktion.

Meine Damen und Herren! Es wäre jetzt nicht uninteressant, als Arbeitnehmer auch über die Frage der Ernährungssicherung und Bevorratung zu sprechen. Aber ich sehe davon ab, weil sicher einer der Kollegen darüber sprechen wird. Nur möchte ich sagen: Für uns als Konsumenten ist die Frage der Bevorratung und der Ernährungssicherung eine äußerst wichtige Frage.

Hier möchte ich vielleicht einen Punkt nur anziehen, der von Ihnen auch nie gewürdigt wird: Das ist die Bevorratung durch die Genossenschaften. Die Genossenschaften sind sicherlich Betriebe, die in der Bevorratung bisher am meisten getan haben. Ich glaube, als Konsument steht es uns an, einmal festzustellen, daß sehr viel getan wurde, damit wir in der Lage sind, bei Getreide, bei Zucker und Milch nicht nur die Bevorratung, sondern auch die Verteilung für Krisenzeiten sicherzustellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Maderthaner. Er hat das Wort. (*Abg. Sekanina: Jetzt kommt endlich ein Fachmann an das Rednerpult! — Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Abgeordneter **Maderthaner** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin auf dem Landwirtschaftsgebiet kein Fachmann, aber ich mute mir trotzdem zu, zu diesem Kapitel etwas zu sagen, da auch Abgeordnete anderer Parteien zu Kapiteln sprechen, deren Berufsgruppe sie nicht angehören; daher ist es auch durchaus keine Schande, wenn man sich als Abgeordneter vielseitig beschäftigt und um die Dinge Bescheid weiß. (*Beifall bei der SPO.*)

Ich möchte mich in meinen Ausführungen vor allem mit dem immerwährenden Vorwurf seitens der ÖVP beschäftigen, daß diese Bun-

desregierung bauernfeindlich eingestellt ist. Aber bevor ich mich mit diesem Thema befasse, möchte ich doch zu meinen Vorförtern einiges sagen.

Der Herr Abgeordnete Schmitzer hat uns zum Beispiel den Vorwurf gemacht — vor allem meinem Kollegen Pfeifer —, es werden Zahlen aus dem Zusammenhang gerissen; ich darf Ihnen ein lebendes Beispiel dieser Art, Zahlen aus dem Zusammenhang zu reißen, sagen: der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida mit seinen Ausführungen über Verschuldungen in der Landwirtschaft. Herr Abgeordneter! Ich setze voraus, daß Sie die Qualitäten haben, aber wenn man eine sachliche Aussage machen will, dann kann man nicht nur sagen, um 17 Prozent ist die Verschuldung gestiegen, sondern man müßte auch sagen, um wieviel das Anlagevermögen gestiegen ist und die Aktiva, wie hoch die Zinsenbelastungen sind und in welcher Relation die Verschuldung im internationalen Rahmen oder der österreichischen Wirtschaft steht, ob die Verschuldung zumutbar oder unzumutbar ist.

In einer modernen Wirtschaft — Sie können mir glauben, davon verstehe ich auch ein wenig — ist es nicht so, daß man nur aus Eigenmitteln heraus investiert, sondern es ist natürlich wirtschaftlich sinnvoll, innerhalb gewisser und in Relation stehender bestimmter Grenzen auch Fremdkapital für Investitionen zu verwenden. Ich glaube, das ist eine Binsenwahrheit, die allseits in Österreich und im europäischen Raum bekannt ist.

Der Herr Abgeordnete Meiβl hat behauptet, die Kosten sind gestiegen, die Preise sind stabil geblieben. Darf ich ihm sagen, daß zum Beispiel in der Preissteigerungsrate 1972 das Kapitel „Ernährung und Getränke“ im Verbraucherpreisindex mit einem Anteil von 2,1 Prozent beteiligt war. Das 1972 und auch 1971, Herr Kollege Meiβl! 1971 und 1972 ist das Realeinkommen — 1971 weniger, 1972 mehr — auch bei der Landwirtschaft gestiegen. (*Zwischenruf des Abg. Meiβl.*) Aber das ist doch nicht möglich, es können doch nicht nur Kosten steigen und die Preise stabil bleiben! Wo kommt denn das Realeinkommen her? Das zunächst als Antwort zu einigen Rednern.

Meine Damen und Herren, ich habe durchaus Verständnis, wenn Sie als Abgeordnete der Volkspartei, aber vor allem auch als ÖVP-Bauernbundfunktionäre natürlich versuchen, diese Regierung anzugreifen, wenn Sie versuchen, aus parteipolitischen und taktischen Gründen gegen die Regierung zu polemisieren; das ist ja nichts Schlimmes, dazu sind Sie sicherlich als Funktionäre verpflichtet. Nur bin

**Maderthaner**

ich der Meinung, auf Dauer wird Ihnen das die österreichische Bevölkerung und auch die Bauern, die ja spüren, wie es ihnen draußen geht, nicht abnehmen.

Ich bin mir natürlich bewußt, daß es in der Landwirtschaft Schwierigkeiten vor allem struktureller und wirtschaftlicher Art gibt. Aber ich möchte doch sagen, die Landwirtschaft hat auch ihren Standort in der österreichischen Volkswirtschaft, genauso wie andere Wirtschaftsbereiche, mit ihren Vor- und Nachteilen, mit allen ihren Problemen und Schwierigkeiten.

Und ich darf mir erlauben, in dem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, daß es auch in anderen Wirtschaftsbereichen Schwierigkeiten gibt. Ich komme aus einer Wirtschaftsbranche — ich bin in der Papierindustrie tätig —, in der es zwischen 1970 und 1972 außerordentlich schwierige Situationen gegeben hat, wo wir von einer Baisse in eine Baisse geraten sind, und zwar in einer Schärfe, wie sie seit dem Bestehen der Zweiten Republik noch nicht gegeben hat, was schließlich zu Betriebsschließungen geführt hat mit allen ihren Problemen und wirtschaftlichen sowie sozialen Härten für die Betroffenen; dies hat nicht nur zu persönlichen Schwierigkeiten geführt, sondern darüber hinaus auch zu regionalen und kommunalen Schwierigkeiten.

Ich möchte damit nur unterstreichen, daß wir sehr wohl Verständnis für die Schwierigkeiten, die es auch in der Landwirtschaft gibt, haben, aber man soll nicht so tun, als ob es nur der Landwirtschaft in Österreich schlecht ginge und nur die Landwirtschaft von dieser Regierung praktisch benachteiligt würde; das, glaube ich, kann man nicht zur Kenntnis nehmen, dem muß man widersprechen, weil es den Tatsachen einfach nicht entspricht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Kollege Brandstätter war einmal Zeuge einer Konfrontation, in der es darum ging, in der Papierindustrie einen Betrieb zu retten. Es ist uns als Gewerkschafter und Betriebsräte nur mit Mithilfe — damit Sie sehen können, daß diese Regierung, wo es notwendig ist, schon hilft — des Herrn Vizekanzlers und Sozialministers gelungen, eine Sperre des Betriebes zu verhindern, denn er hat damals seine Zusage, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, erfüllt. Nicht erfüllt hat die Zusage der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich, das war erst nach Verkauf des Betriebes. Das können Sie mir glauben, ich war immer bei den Besprechungen und Verhandlungen dabei.

Das sollte nur ein Beispiel sein, daß man dort bereit ist, zu helfen, wo es Schwierigkeiten gibt.

Auch ein Beweis, daß unsere Regierung bereit ist zu helfen, ist, daß die Bundesregierung auf Grund dieser Schwierigkeiten, auf Grund dieser Ereignisse mit der Papierindustrie ein Übereinkommen getroffen hat, in dem sie eine Hilfestellung in Form von langfristigen finanziellen Mitteln gegeben hat; das ist immerhin eine Summe von 1,7 Milliarden Schilling, die der Papierindustrie helfen soll, mit den Problemen — vor allem mit den Abwasserproblemen — fertig zu werden.

Nun zurück wieder zur Landwirtschaft. Wenn man Vergleiche anstellt zwischen der Zeit der sozialistischen Regierung und der Zeit Ihrer Regierung — ich beginne praktisch mit dem Grünen Plan —, dann möchte ich Ihnen doch eines sagen: Ich setze aber noch etwas anderes voraus: Es ist natürlich verständlich, daß es innerhalb eines Ablaufes von vier Jahren oft auch für eine Regierung Schwierigkeiten gibt, die sie eben zu bestimmten Maßnahmen unter Umständen zwingen kann. Sicherlich war das zur Zeit Ihrer Alleinregierung auch so. Aber ich darf Ihnen doch einige Zahlen vom Grünen Plan nennen, weil Sie immer behaupten, wir hungern praktisch die Bauern von der Budgetseite her aus. Ich möchte dem doch widersprechen.

Bei Ihnen hat es im Jahre 1966 — wobei ich zugebe, daß sie nur für einen Teil des Budgets verantwortlich waren, weil ja vorher eine Koalitionsregierung bestanden hat —, soweit ich informiert bin, auch ein provisorisches Budget gegeben. Dann ist ja praktisch erst das Budget für das gesamte Jahr beschlossen worden.

Da hat es im Grünen Plan eine Kürzung von 675 Millionen auf 579 Millionen gegeben. Es hat dann weiters eine Kürzung von 814 Millionen im Jahre 1968 auf 762 Millionen Schilling im Jahre 1969 gegeben. Das sind meiner Meinung nach ganz schöne Kürzungen. Das erste Mal waren es 14,2 Prozent und von 1968 auf 1969 waren es 52,7 Millionen oder 6,4 Prozent.

Ich gehe aber noch weiter. Ihr heutiger Parteivorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Schleinzer, der damals Landwirtschaftsminister gewesen ist, hat im Jahre 1967 Kürzungen vornehmen müssen. Wenn ich vergleiche: Die Mittel vom Grünen Plan 780 Millionen Schilling. Wenn ich vergleiche: Damals hat der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer den Milchwirtschaftsfonds von 1911 Millionen auf 1344 Millionen gesenkt, den Getreide-

9128

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Maderthaner**

wirtschaftsfonds von 612 Millionen Schilling auf 381 Millionen herabgesetzt, die Subventionen für Düngemittel halbiert. Meine Voredner haben bei anderen Gelegenheiten Zitate aus früheren Protokollen über ihr Verhalten zitiert. Ich kann mir daher heute das neuerlich ersparen, weil es praktisch nur eine Wiederholung wäre. Ich möchte darauf hinweisen, daß es auch bei Ihnen einmal in der Landwirtschaft Kürzungen gegeben hat, während es bei uns ja bis heute keine Kürzungen gegeben hat.

Ich möchte Ihnen eine Rechnung vorlegen. Sie können sagen, es ist Theorie. Aber es ist keine Theorie. Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß Sie im Budget 1970, für das Sie voll verantwortlich waren, im Grünen Plan 780 Millionen Schilling präliminiert haben.

Wenn ich weiters bis 1972 oder 1973 diese 780 Millionen dann um die Preissteigerung oder Wertverminderung valorisiere, die Sie bereit waren der Landwirtschaft zuzugestehen, dann komme ich praktisch 1973 — wenn ich vergleiche 7,4 Prozent Steigerung, 6,3 Prozent Steigerung — auf eine Summe von rund 934 Millionen Schilling. Damit würden wir der Landwirtschaft dasselbe zugestehen, was Sie damals 1970 unter Valorisierung der Werte gegeben haben. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wirklich Theorie!) Das ist nicht Theorie, das ist Rechnung. Wir haben für 1973 1080 Millionen Schilling gegeben, das heißt immerhin um 146 Millionen Schilling mehr, als Sie 1970 unter Valorisierung und Aufwertung der inzwischen eingetretenen Preissteigerungen bereit waren zu geben. Es sind heute schon in verschiedenen Kapiteln Budgetvergleiche 1970/1973 angeführt worden, angefangen von Ausgaben für Treibstoff und so fort und so weiter. Wenn man diese Summen zusammenzieht, dann kann man feststellen, daß es seit 1970 bis heute eine Steigerung für all diese Gesamtausgaben von 2860 Millionen Schilling gegeben hat oder, wenn Sie wollen, eine Steigerung von 58 Prozent. Ich glaube, gerade diese Steigerungen sind doch absolut ansehnliche Zahlen, das sind Fakten, die man einfach nicht vom Tisch wischen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn man dann den Grünen Bericht, den Bericht über die Lage der Landwirtschaft, der Jahre 1971 und 1972 analysiert, dann kommt man doch zu dem Ergebnis. Wobei ich zugebe, daß es natürlich Disparitäten in der Einkommensentwicklung gegeben hat, aber das liegt doch praktisch auch in der Natur, in der regionalen Verschiedenheit, wo eben die Standorte der landwirtschaftlichen Betriebe sind. Aber Tatsache ist, daß es 1971 eine Realeinkommenssteigerung und 1972 eine solche von

2,8 Prozent im Bundesdurchschnitt gegeben hat. Der Herr Präsident Minkowitsch hat bei einer anderen Gelegenheit erklärt, die Landwirtschaft wäre froh, wenn sie auch diese 3 Prozent Reallohnsteigerung bekommen würde, die Herr Präsident Benya einmal gefordert hat. 1972 haben sie praktisch nicht ganz, aber immerhin eine Reallohnsteigerung — Bundesmittel — von 2,8 Prozent gehabt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe auch im Finanz- und Budgetausschuß gesagt, man muß selbstverständlich — und habe Herrn Abgeordneten Meißl beigefüllt — im Wirtschaftsleben nicht nur ein Jahr sehen, sondern man muß sicherlich mehr oder längere Zeiträume beobachten. Ich habe aber auch behauptet, entscheidend ist immer in einem Wirtschaftsbereich, wie sich der Trend entwickelt. Und ich habe behauptet, der Trend in der Landwirtschaft entwickelt sich positiv. (Abg. Kinal: Rückläufig!) Nein, das ist nicht wahr! Der Trend in der Landwirtschaft entwickelt sich positiv. Sie kennen doch den Bericht von 1972 über die buchführenden Testbetriebe. Dieser Bericht über die buchführenden Testbetriebe sagt doch sehr deutlich viele Zahlen aus.

Ich möchte, bevor ich mich diesem Bericht der buchführenden Betriebe zuwende, doch noch einiges sagen. Es gibt nämlich auch auf der anderen Seite noch ein Gebiet, wo die Landwirtschaft nicht schlecht behandelt ist oder, sagen wir, besser behandelt ist als der Durchschnitt aller übrigen Staatsbürger. Das ist die Steuerseite. Darf ich Ihnen ein Beispiel sagen. Die Landwirtschaft hat im Jahre 1971 142 Millionen Einkommensteuer für 365.000 Betriebe mit 460.000 selbständig Beschäftigten bezahlt. Das ergibt im Jahr eine Leistung je Betrieb von 384 S, und das ergibt pro Selbständigen 333 S, im Monat 32 S beziehungsweise 28 S, bei einem Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Volkseinkommen von 17 Milliarden oder 0,8 Prozent.

Ein anderes Beispiel, dem entgegengesetzt. Die Lohnsteuer: 12,2 Milliarden Schilling Lohnsteuer wurde im Jahre 1971 von 3,5 Millionen Menschen inklusive Pensionisten aufgebracht. Das ergibt einen Jahreslohnsteueranteil von 3486 S, einen monatlichen durchschnittlichen Anteil von 290 S. Oder 206 Milliarden Schilling Anteil am Volkseinkommen, davon 5,9 Prozent Lohnsteuer. Das ist ein Beispiel, das ich auch bringen wollte.

Ich komme jetzt zu dem, was ich früher gesagt habe. Herr Abgeordneter Tschida hat nur die Passiva in den Raum gestellt.

1971 ist das gesamte in der Landwirtschaft investierte Aktivkapital von 191,7 Milliarden

**Maderthaner**

auf 202 Milliarden oder um 5,3 Prozent gestiegen. Das ist doch eine Wertvermehrung, sei es durch Maschinen, sei es durch bauliche Anlagen, immerhin eine Wertvermehrung des Aktivkapitals. Die Passiva stiegen 1971 um 1,4 Milliarden oder 7,4 Prozent. Damit ist 1971 der Anteil an Fremdkapital von 9,8 auf 10 Prozent gestiegen. Wenn man zugrunde legt, daß es 808 Millionen an Zinsenbelastung gegeben hat, bedeutet das einen Zinssatz, gemessen am Kapital, von 4 Prozent. 1972 ist das Gesamtinvestitionsvolumen, also die Aktiva, neuerlich gestiegen, und zwar um 5,4 Prozent. Die Passiva, wie Sie gesagt haben, mit 17,4 Prozent. Das stimmt, ist richtig. Oder: Von 10 Prozent Anteil Fremdkapital 1971 auf 11,4 Prozent Fremdkapitalanteil im Jahre 1972. Oder: Rund 896 Millionen Schilling Zinsenbelastung bei einem Zinssatz von — jetzt nicht mehr 4 Prozent wie 1971 — 3,7 Prozent.

Und jetzt komme ich zu meiner nächsten Aussage, daß nämlich von europäischen Ländern, von den OECD-Ländern, die Situation der Verschuldung in der österreichischen Landwirtschaft als ausgesprochen gut bezeichnet wird. Man kann daher in der österreichischen Landwirtschaft nicht von einer Überschuldung sprechen. Die ist nicht gegeben. Ich bin der Meinung, daß diese Relationen ein gesundes Verhältnis darstellen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Das zunächst einmal zu den aktiven und passiven Zahlen. Ich könnte wieder eine Reihe Zahlen wiederholen, die schon mehrmals genannt worden sind, die genau aussagen, daß das Jahr 1972 ein ausgesprochen gutes Jahr für das landwirtschaftliche Einkommen war. Aber ich erspare es mir, weil der Herr Abgeordnete Ing. Tschida im Ausschuß bereits gesagt hat, jawohl, das stimmt, das anerkennt er auch, und daher, glaube ich, kann ich mir die Zahlen ersparen.

Ich möchte aber, wie ich schon früher erwähnt habe, zu den buchführenden Testbetrieben kommen. Und dieser Bericht ist ja nichts anderes als eine Bilanzanalyse des Jahres 1972, wobei ich noch ergänzend hinzufügen kann, daß darin Zahlen enthalten sind, auch Vergleichszahlen von 1968 bis 1972, also über einen fünfjährigen Zeitraum. Und in meiner eigenen Praxis in der Papierindustrie mußte ich mich doch als Betriebsfunktionär jährlich mit den Bilanzen auseinandersetzen, und daher glaube ich doch sagen zu können, daß ich zumindest so viel Verständnis für diese Probleme habe, daß ich weiß, wie man solche Analysen lesen soll oder lesen muß, damit sie einen echten Aussagewert geben.

Es ist heute schon das Wort Investitionen gefallen und daß von der Substanz praktisch

Mittel herangezogen werden, um in der Landwirtschaft zu investieren. Aber das ist doch nicht nur in der Landwirtschaft so, sondern alle Gewerbe- und Industriebetriebe können doch nur aus dem Roheinkommen heraus bestimmte Anteile heranziehen. Natürlich müssen sie aus diesem Einkommen heraus Investitionen tätigen. Aber das gilt nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für Gewerbe und Industrie. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Dazu kommen doch noch die Förderungsmittel und dazu kommen doch noch andere Mittel, die man eben praktisch dazu verwenden kann.

Einige Beispiele möchte ich aus diesem Bericht herausgreifen, weil ich glaube, diese sind entscheidend für die Entwicklung in der Landwirtschaft. Nehmen wir zum Beispiel den Zugkräftebesatz. Hier wird sehr deutlich ausgesagt, daß bei vorhandener größerer landwirtschaftlicher Fläche, wenn Sie wollen, bei der reduzierten landwirtschaftlichen Nutzfläche, die Entwicklung von kleineren auf größere Flächen geht und daß der tierische Zugkräftebedarf zurückgeht — erfreulich zurückgeht — zugunsten des motorischen, zugunsten der Traktoren. Das ist doch eine gute Entwicklung. Wenn man den motorischen Zug hennimmt, kann man doch feststellen, daß sich gerade auf 10 Hektar, wenn man eine Zahl nennen darf, der tierische von 0,14 auf 0,7 verringert hat, wogegen sich der motorische Zugkraftsatz von 24,37 bis 1972 auf 31 Prozent entwickelt hat. (*Abg. Steiner: Ist das ein Erfolg der SPÖ?*) Das ist mit ein Erfolg der SPÖ durch das Zur-Verfügung-Stellen der Mittel, die Sie immer ablehnen. (*Beifall bei der SPÖ*. — *Abg. K inz l: Die Exporte erhöhen sich nicht von 1972 auf 1973!*) Sie können mich nicht beirren! Diese Fakten sind unbestechlich, dagegen können Sie nicht auftreten (*Abg. H i e t l: Das ist unbestätigt!*), oder Sie desavouieren Ihre eigenen Leute, die das machen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Gerade die Traktorenentwicklung hat von 1971 auf 1972 bei Traktoren mit 40 PS einen ganz gewaltigen Sprung gemacht. Wenn man in der Landwirtschaft solche Geräte anschaffen kann, muß doch das Einkommen und auch die Förderung vorhanden gewesen sein, sonst könnte man ja das nicht kaufen. (*Abg. M i n k o w i t s c h: Das ist ja der große Irrtum! Investieren muß man doch, ob man kann oder nicht!* — *Abg. K inz l: Wissen Sie, daß die Steyr-Werke keine 30er mehr erzeugen? Der billigste Traktor ist zurzeit der mit 40 PS!*)

Ich habe Ihnen bereits mitgeteilt, wie die Verschuldung steht, wie das Aktivvermögen zugenommen hat, wie das Passivvermögen zugenommen hat. Ich habe schon erwähnt, daß

9130

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Maderthaner**

das eine durchaus akzeptable Verschuldung ist. Manche Industrie- und Gewerbebetriebe wären froh, wenn sie einen so niedrigen Prozentsatz an Verschuldung hätten. Das sage ich auch ganz offen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Bei den Investitionen ist es das gleiche. Die Ausgaben für Investitionen sind anteilmäßig von 29,3 Prozent 1970 auf 32,3 Prozent im Jahre 1972 gestiegen. Das ist ein neuerlicher Beweis, daß man Vertrauen hat in die heutige Wirtschaftslage, zur heutigen Bundesregierung, aber auch in die Zukunft, sonst würde man diese Investitionen ja nicht vornehmen. Glauben Sie mir: Ich bin 27 Jahre in der Papierindustrie tätig. Ich habe Zeiten gekannt, wo es keine Investitionen gegeben hat, weil man kein Vertrauen gehabt hat in die Situation. Heute wird investiert, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in Gewerbe und Industrie. Das ist doch der beste Beweis.

Mein Kollege hat es schon gesagt: Wollen Sie einen besseren Beweis für die wirtschaftliche Situation als die Spareinlagen? Hier trägt diese Bundesregierung, die Sie dauernd angreifen, genauso ihren Anteil bei, daß diese Entwicklung möglich war. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es ist erfreulich, wie die Entwicklung in der Landwirtschaft vor sich geht. Aber eines müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen, wenn wir von wirtschaftlichen Dingen sprechen: Die gesamte wirtschaftliche Prosperität in Österreich erlaubt es auch der Landwirtschaft, solche Investitionen am Maschinensektor und in baulichen Anlagen vorzunehmen. Nur dadurch ist es möglich, Einkommensteigerungen zu erreichen, weil die Preise in der Landwirtschaft eben entsprechend sind, weil eben die österreichische Bevölkerung eine Wirtschaftskraft, eine Kaufkraft besitzt.

Diese Dinge sind nicht voneinander zu trennen, weil sie in einer Volkswirtschaft eng miteinander verflochten sind. Ich weiß und betone noch einmal, daß es innerhalb der Landwirtschaft Disparitäten gibt; aber es liegt auch an der Struktur unseres Landes, daß in Hochalpenregionen die Dinge anders gelagert sind als im nordöstlichen Flach- und Hügelland. Wir haben, wie Sie wissen, in diesem Bericht acht Zonen, wo diese landwirtschaftlichen Gebiete eingereiht sind.

Gerade diese Bundesregierung mit ihrem Bergbauern-Sonderprogramm will jenen Gruppen helfen, die in diesen Regionen leben, wo das Einkommensaufkommen schlechter ist als in anderen Gebieten.

Da wir uns verpflichtet haben, ein gewisses Zeitlimit einzuhalten, muß ich, glaube ich, langsam aber sicher zum Schluß kommen. Ich könnte noch sehr, sehr viele Aussagen über

diesen Bericht machen. Das ist für mich entscheidend, denn diese Zahlen sind unbestechlich, das sind Fakten, die man einfach nicht vom Tisch wischen kann.

Unsere Aufgabe war es und wird es immer wieder sein, auch draußen in der Öffentlichkeit mit solchen Aussagen zu operieren, nicht nur irgend etwas in den Raum zu stellen, herausgerissen aus dem Zusammenhang. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Menschen draußen, auch die bäuerliche Bevölkerung, über diese Dinge informiert werden, da sie sonst oft gar nicht Zeit dazu haben, weil sie mit ihrem Betrieb voll und ganz ausgelastet sind. Das, glaube ich, ist unsere Aufgabe, und das werden wir machen.

Sie können auch weiterhin gegen diese Regierung polemisieren, Sie können sie angehen. Aber glauben Sie mir: Wir lassen uns dadurch nicht beirren. Wir haben 1970 und 1971 der österreichischen Bevölkerung unsere Programme bekanntgegeben. Es gibt Regierungserklärungen von 1970 und 1971 von dieser Regierung. Wir haben das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung bekommen und wir werden unsere Tätigkeit weiter fortsetzen, um unser Regierungsprogramm zu erfüllen. Darin können Sie uns nicht beirren, und daher geben wir auch diesem Kapitel unsere Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Hietl. Er hat das Wort.

**Abgeordneter Hietl (OVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinem eigentlichen Kapitel komme, ist es, glaube ich, doch notwendig, ein paar Worte zu den Vorrednern beziehungsweise zu den Zwischenrufen zu sagen. Leider sehe ich die Herren Abgeordneten Libal und Sekanina im Moment nicht im Saal. Herr Abgeordneter Maderthaner, wenn Sie behauptet haben, die Bauernbund- und damit die OVP-Abgeordneten gehen ans Rednerpult, um hier aus politischem Grund gegen die Regierung zu opponieren, so darf ich Ihnen sagen (*Ruf bei der SPÖ: Das tun Sie auch!*), wir als Kenner der Situation jedes einzelnen Berufszweiges glauben das Recht zu haben, die Situation, wie sie die Landwirtschaft derzeit vorfindet, hier klar und deutlich aufzuzeigen, in aller Öffentlichkeit hier aufzuzeigen, wie die Regierung mit dieser Landwirtschaft umgeht.

Wenn Sie selbst erklärt haben, so wenig Einkommensteuer zahlt der Bauer, dann haben Sie damit doch selbst zugegeben, wie gering das Einkommen der Landwirtschaft ist, denn bekanntlich richtet sich die Bezahlung der Einkommensteuer doch nach dem Einkommen des einzelnen. (*Beifall bei der OVP. — Ruf bei der SPÖ: Nach dem Einheitswert!*)

**Hietl**

Wenn der Herr Abgeordnete Tull in einem Zwischenruf auf die genügend vorhandenen Ernährungsgrundlagen und Lebensmittel zu sprechen gekommen ist, dann darf ich auch hier sagen: Das ist einzig und allein ein Verdienst der österreichischen Landwirtschaft, wenn sie dafür sorgt, daß genügend Lebensmittel vorhanden sind.

Wenn der Herr Bundeskanzler immer wieder erklärt hat, wenn die österreichische Landwirtschaft nicht genügend erzeugen will, dann werden wir eben diese Mittel vom Ausland bekommen, so haben die letzten Monate sehr deutlich gezeigt, wie diese Situation ausschauen würde, wenn es nicht eine österreichische Landwirtschaft gäbe, die für genügend Ernährungs- und Lebensmittel für die österreichische Bevölkerung sorgen würde.

Herrn Abgeordneten Libal bitte ich auf seinen Zwischenruf „Wir werden für die Bauern sammeln“ zur Kenntnis zu nehmen: Die österreichische Landwirtschaft ist sich ihrer Stellung als Erzeuger der Nahrungsmittel für den österreichischen Staat bewußt. Wir brauchen dafür keine Almosen. Wir wollen den gerechten Lohn wie jeder andere Staatsbürger in Österreich. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn man von Aufklärung spricht — aus Steuermitteln bezahlte Broschüren geben ja Aufklärung —, so dazu eine Bemerkung, da ich aus diesem Berufszweig komme. Hier heißt es so schön: „Konnte jemals eine Weinlese unter wirtschaftlich so günstigen Voraussetzungen eingebracht werden wie im heurigen Jahr? Weinpreise, die sich die Weinbauern, als ÖVP-Bauernbündler noch die Verantwortlichen in der Regierung waren, nie zu erhoffen wagten.“ Jeder, der die Situation nur ein bißchen kennt, weiß, daß letzten Endes der Witterungsfaktor ein wesentlicher ist, der gerade im Weinbau die Ernten beeinflußt. Alle Ergebnisse des Fleißes unserer Weinbauern sind oft in wenigen Minuten dahin, wenn der Wettergott hier kein Verständnis für die Landwirtschaft und für die Weinbauern hat. Ich bin geradezu überzeugt davon, weil ich lange genug in diesem Berufsstand tätig bin und die Situation kenne, daß letzten Endes die beste Unterstützung nichts nützt, wenn eben draußen unter Gottes freier Natur die Witterung nicht so ist, wie es eben Voraussetzung einer guten Ernte wäre. Meine Damen und Herren! Ich glaube, auf solche Aufklärungen können wir verzichten.

Und nun zum eigentlichen Thema. Die Anzahl der Betriebe, die sich in Österreich mit dem Weinbau beschäftigen, beläuft sich 1971 auf etwa 66.000. Noch vor wenigen Jahren waren es 73.000. In den Jahren 1972 und 1973 ist diese Zahl weiterhin gesunken. Wenn hier

von einigen sozialistischen Vorrednern behauptet wurde, die Abwanderung aus der Landwirtschaft sei im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß so viele Rentner- und Pensionistenanträge in den letzten Jahren gekommen sind, dann muß ich sagen, haben sie die Tatsachen verwechselt. Hier handelt es sich um jene, die auf Grund des zu geringen Einkommens abwandern, und jene, die ihre Betriebe übergeben oder übergeben wollen, aber nur keinen Nachfolger mehr finden, offensichtlich weil das Einkommen in der Landwirtschaft so lukrativ ist. Ich glaube, das allein beweist uns, wie ernst es um die Situation der österreichischen Landwirtschaft und hier jetzt insbesondere um jene des Weinbaus, der ja aus Klein- und Kleinstbetrieben besteht, bestellt ist. Die Statistik beweist uns, daß diese Betriebszahl wesentlich zurückgegangen ist, daß damit aber eine wesentliche Flächenvermehrung trotzdem nicht erreicht werden konnte. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Dank der günstigen Konjunkturentwicklung in Österreich, speziell seit dem Jahre 1955, ist der Weinkonsum in Österreich angestiegen. Der Weinbau ist eine Spezialkultur mit sehr hohem Arbeitsaufwand und sehr großem Risiko. Trotz modernster Bearbeitungstechnik und modernem Pflanzenschutz ist es nicht gelungen, große Ernteschwankungen auszugleichen. Immer wieder kommt es einerseits zu großen Ernten mit einem Überhang über den Jahresbedarf hinaus, der dann zu Unterbringungsschwierigkeiten der Ernte und damit auch zum Preisverfall führt. Die kleinen Ernten in den Jahren 1959 bis 1963, nicht zuletzt bedingt durch die Umstellung auf Hochkulturn, führten zu einer größeren Nachfrage und zu relativ guten Preisen. Solche Situationen haben die Weinbauern immer wieder zu Flächenvermehrungen angeleitet. Die Erntergebnisse in den Jahren 1964 und 1967 bis 1970 zeigen deutlich den Flächenzuwachs. Wieder stellte sich das scheinbar unvermeidliche Schicksal der Weinhauer ein. Große Ernten bringen wieder Absatzschwierigkeiten und niedrige Preise. Deshalb, meine Damen und Herren, wieder ein Versuch der Verantwortlichen des österreichischen Weinbaues, hier die Aufstellung eines Weinbauplanes mit dem Ziel der Erhaltung des Familienbetriebes im Weinbau zu erreichen, denn wir wissen, daß gerade diese Spezialkultur in Klein- und Kleinstbetrieben, letzten Endes nur im Familienbetrieb möglich ist.

Zweitens: Die Einkommenssicherung dieses Familienbetriebes. Bei der Einkommenssicherung hängt es letzten Endes von dem Preis, der für das Produkt erzielt wird, ab, ob man hier für seine Familie das Einkommen tatsächlich sichern kann.

9132

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Hietl**

Drittens: Eine Qualitätsförderung durch Fortsetzung der Maßnahmen auf diesem Sektor bei der Produktion, aber auch Förderung des Verkaufes von Qualitätsweinen. Ich glaube, meine Damen und Herren, Sie wissen, daß das Weintrinken in Österreich in verschiedenen Gebieten bereits teuer geworden ist. Jetzt sagen Sie aber nicht dazu, daß hier die Produktion einen besonderen Anteil daran hat. Ich werde Ihnen mit wenigen Zahlen beweisen, wer der größte Gewinner dabei ist.

Viertens: Imagebildung und Imageförderung für den österreichischen Weinbau.

Fünftens: Erhaltung des Weinbaus in den Landschaftsschutzgebieten und vor allem in den Grenzgebieten. Seitdem ich dem Hohen Hause angehöre, habe ich mich immer wieder bemüht, gerade dafür Verständnis zu finden, daß man besonders den Landschaftsschutzgebieten seitens des Staates Förderungsmittel gibt, um diese Gebiete, die letzten Endes auch für den Fremdenverkehr von besonderer Bedeutung sind, zu fördern. Leider, leider bin ich bis heute bei dieser Bundesregierung nur auf taube Ohren gestoßen.

Und sechstens: Förderung des Absatzes und damit Sicherung des Einkommens der Weinbauern durch Entsteuerung des Weines. Hier darf ich Ihnen mit einigen Zahlen beweisen, wie hoch das Einkommen der Landwirtschaft ist und welche Beträge dafür an Steuern abgeführt werden müssen.

Wenn oft von den Sprechern der Regierungspartei hier behauptet wird, daß das Einkommen in der Landwirtschaft und auch beim Weinbau gestiegen ist, darf ich Ihnen einige Vergleichszahlen geben. Ich gehe hier sehr weit und nehme nicht nur die letzten drei Jahre, um von Ihnen ja nicht sofort entgegen gestellt zu bekommen, man vergleicht immer nur die letzten drei Jahre, sondern ich mache, da der Wein ja letzten Endes auch eine langjährige Kulturpflanze ist, einen Vergleich der letzten zehn Jahre, wobei wir uns aber alle bewußt sind, daß gerade die letzten drei Jahre — und die Zahlen sprechen eindeutig dafür — hier galoppierend waren, daß in unserem Berufszweig die Ausgaben den Einnahmen wesentlich vorausgerannt sind.

Ein Beispiel: Für 100 Kilo Patentkali waren 1963 8,7 Liter Wein notwendig, 1973 14,1 Liter; für 100 Liter Dieselöl 1963 24 Liter, 1973 61 Liter. Gerade dazu muß ich sagen: Wie ernst können die Versprechen dieser Bundesregierung genommen werden, wenn noch vor den oberösterreichischen Wahlen der Herr Bundeskanzler hier angekündigt hat, die Sache ist geprüft, er wird dafür sorgen, daß der Landwirtschaft ein billigeres Dieselöl zur Ver-

fügung gestellt werden kann, wenn man heute nichts davon weiß. Ja, der Herr Finanzminister behauptet, davon nie geredet zu haben. Der Herr Bundeskanzler verspricht etwas, der Finanzminister weiß nichts davon!

Oder: 10 Kilo Schädlingsbekämpfungsmittel, eines der wesentlichsten Mittel, die zur Erzeugung von Wein notwendig sind: 1963 87 Liter, 1973 112 Liter. Oder, wenn von den vielen PS, die heute gegenüber früheren Jahren in der Landwirtschaft pro Hektar verwendet werden, wie der Herr Abgeordnete Maderthaner gesagt hat, die Rede ist, will ich ihm sagen: 1963 waren für den Kauf eines Steyr-Traktors von 45 PS 6444 Liter Wein notwendig, heute sind es 10.640 Liter! Diese Zahlen lassen sich nicht vom Tisch fegen, Herr Abgeordneter Maderthaner! Wenn man sich mit der Landwirtschaft befaßt und hier herausgeht, dann muß man auch diese Zahlen vorher prüfen. Dies haben Sie anscheinend nicht getan, denn sonst wären Sie nicht zu einem falschen Schluß gekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Welche Steuern zahlt der österreichische Weinhauer dem Staat? Wieviel muß er diesem Staat geben und wie wenig bekommt er auf der anderen Seite zurück? Bei einem Nettoverkaufspreis ab Keller in der Flasche kostet der Wein 12 S, mit Steuer kommt ein Verkaufspreis von 15,55 S heraus, das bedeutet vom Nettopreis 29,58 Prozent Steuern. Wenn der Flaschenwein vom Wiederverkäufer weitergegeben wird oder im Buschenschank ausgeschenkt wird, bei dem man von einer besonderen Förderung spricht, sind es 39 Prozent, die an den Fiskus abgeliefert werden müssen. Rechnet man alle anderen indirekten Steuern dazu, dann sind es rund 50 Prozent, meine Damen und Herren, die wir beim Verkauf unseres Produktes an den Vater Staat abführen müssen. Und da wagt man hier zu behaupten, die Landwirtschaft leiste nichts für den gesamten Staat, sie will nur Almosen und Subventionen empfangen! Ich muß diese Anschuldigungen hier sehr energisch zurückweisen! (Beifall bei der ÖVP.)

Und eine Bitte an den Herrn Landwirtschaftsminister. Seit 10. Mai 1972 liegt ein Antrag auf Novellierung des Weinwirtschaftsgesetzes hier im Hause. Herr Minister! Sie wissen genausogut wie ich, daß auf Grund der Aussetzung der Weinsteuern andere Voraussetzungen für die Zuweisung der Mittel für den Weinwirtschaftsfonds gegeben sind. Wir müssen jährlich entschuldigen Sie den Ausdruck, darum betteln, um zu erfahren, welcher Betrag im Budget aufscheinen wird, um ihn der österreichischen Weinwirtschaft zur Verfügung stellen zu können. Ich glaube, es wäre hoch an der Zeit, hier endlich eine Klärstellung herbeizuführen. Tragen Sie dazu bei

**Hietl**

und helfen Sie uns, daß dieser Antrag auch endlich in diesem Hause behandelt wird. Wir glauben, dasselbe Recht wie alle anderen Sparten zu haben. Wir wollen endlich klar sehen, welche Mittel jedes Jahr dem Weinbau fix zur Verfügung stehen.

Wir bemühen uns, dafür zu sorgen, daß vom österreichischen Weinbau erstens genügend Wein erzeugt wird, zweitens Qualitätswein erzeugt wird, der weit über Österreich hinaus seinen guten Ruf hat. Aber helfen Sie uns dabei, daß wir für Krisensituationen vorsorgen können.

Es wäre gar nicht notwendig, daß bei größeren Ernten sofort ein Preisverfall eintritt, wenn wir die Möglichkeit hätten, durch Mittel aus diesem Fonds dafür Vorsorge zu treffen, diese Überschüsse horten zu können, um sie eventuell in schlechteren Jahren dann auf den Markt zu bringen. Damit wäre der Produktion wie dem Konsum geholfen, denn für beide könnte man dann auf lange Sicht hinaus stabilisierende Preise für das Produkt Wein erzielen. Das ist ein besonderer Wunsch der Produktion, und ich glaube, daß auch das Landwirtschaftsministerium und mit ihm die Bundesregierung die Verpflichtung hat, hier den Weinbau zu unterstützen.

Und noch eine Bitte dazu. Gegenwärtig denkt man wegen der kleinen Weinernte 1971 und der mittleren Weinernte 1972 daran, eine Flächenausweitung zu erzielen, um die Betriebe lebensfähig erhalten zu können. Ich weiß, Sie werden mir sofort sagen, das gehört auf Landesebene, das geht mich nichts an. Jawohl, wir wissen das, und wir vom Weinbau sind bemüht, mit den Ländern hier auf eine Linie zu kommen und dafür zu sorgen, daß eine vernünftige Regelung eintritt. Wir wollen nur, daß eine vernünftige Regelung nicht nur seitens der Länder, sondern auch mit dem Ministerium erfolgen kann, und ersuchen auch hier um Ihre Unterstützung.

Letzten Endes geht es uns darum, dafür sorgen zu können, daß das Einkommen so hoch ist, daß unsere Familienbetriebe auch bestehen können.

Und noch eine letzte Bitte. Sorgen Sie dafür, daß der Import von ausländischen Weinen nicht größer wird, als unbedingt notwendig ist. Wenn sich der Import von 1969 bis 1972 verdoppelt hat, dann glauben wir, daß das nicht mehr notwendig ist. Wir wissen, daß wir auf Grund von Handelsverträgen gewisse Mengen Wein alljährlich nach Österreich hereinbringen müssen, dafür haben wir Verständnis, aber es müssen nicht unbedingt Sonderkontingente ausgegeben werden.

Es könnte ohne weiteres passieren, daß sich der Weinkonsum nicht, wie hier in einer dieser Aussendungen angekündigt, verdoppeln, ja fast verdreifachen würde. Ich bin überzeugt, daß jener Mann, der hier diese Studie oder diese Irreführung der Bevölkerung herausgegeben hat, sehr wenig oder überhaupt nichts vom Weinbau versteht, denn sonst könnte hier nicht behauptet werden, von 1973 bis 1985 wird sich der Weinkonsum von 2,75 Millionen auf 6,11 Millionen Hektoliter erhöhen. Diese Zahl ist so utopisch, daß kein Mensch — davon bin ich überzeugt —, nicht einmal der Schreiber selbst, daran glaubt.

Wir sind überzeugt, daß wir das nie erreichen werden. Sorgen Sie deswegen dafür, daß der Import in erträglichem Rahmen gehalten wird. Es zeigt sich bereits eine Stagnation im Absatz des Weines.

Wenn man sich ein bißchen im nordöstlichen Weinviertel umschaut, so kann man erkennen, daß derzeit bereits Angebote gemacht werden müssen, die weit unter dem Preis von noch vor einem halben Jahr liegen. Es ist niemand da, der hier aufkauft, weil die Befürchtung gehegt wird, daß auf Grund der Krisensituation, die eben über Österreich hereingebrochen ist, der Weinkonsum möglicherweise als erster der Leidtragende sein wird. Dann kann es passieren, daß die österreichische Weinwirtschaft als erste diese Krise zur Kenntnis nehmen muß.

**Herr Bundesminister!** Ich glaube, hier Ihre Unterstützung verlangen zu dürfen. Sorgen Sie dafür, daß auch in Zukunft das Einkommen des österreichischen Familienbetriebes im Weinbau erhalten bleibt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Hagspiel. Er hat das Wort.

**Abgeordneter Hagspiel (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! In der Strafrechtsdebatte am 29. November 1973 erklärte der Herr Bundeskanzler, auf die schwierigen dreißiger Jahre zurückkommend — ich zitiere aus der „Parlamentskorrespondenz“ —, folgendes:

„Als wegen Hochverrats Angeklagter, habe Dr. Kreisky 1936 im Gerichtssaal erklärt, Österreich werde eines Tages in eine furchtbare Situation kommen; es werde nur dann möglich sein, ein Volksaufgebot zur Verteidigung des Landes zustande zu bringen, wenn es zu einem Bündnis zwischen den katholischen Bauern und den sozialdemokratischen Arbeitern kommt...“

Der Herr Bundeskanzler war damals der Auffassung, daß dies jene Gruppen sind, die dem Vaterland die Treue gehalten haben und

9134

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Hagspiel**

mit denen man das Vaterland aus der schwierigen Situation retten könnte.

Wenn man sich aber das Budget 1974 ansieht, dann drängt sich einem schon die Frage auf: Hat sich denn die Einstellung des Herrn Bundeskanzlers zu den Bauern so grundsätzlich geändert? — Sonst wäre es nämlich gar nicht möglich, daß die Landwirtschaft trotz der enormen Preissteigerungen mit einem so kümmerlichen Budget vorliebnehmen müßte.

Dabei zeigt sich der Herr Landwirtschaftsminister noch sehr optimistisch; er hat sich ebenfalls sehr gelehrt auf die üblichen Formen des Prüfens und Konzepterstellens „eingelernt“. Aber was kann herauskommen, wenn trotz der enormen Preissteigerungen für 1974 weniger Mittel zur Verfügung stehen als 1973?

Nur innerhalb des Budgets sind Verschiebungen enthalten. Eine Aufstockung ergibt sich im Beratungswesen, sprich Verwaltungsaufwand, und zwar ein Mehr von 12 Millionen Schilling, wenn man den Grünen Plan und die Landwirtschaftsförderung zusammenzieht, also den Saldo herausnimmt; beim Maschinenwesen ein Mehr von 1 Million Schilling und bei den Zinsenzuschüssen ein solches von 24,2 Millionen Schilling.

Dafür müssen wir in sehr wesentlichen Bereichen Kürzungen hinnehmen — um nur einige zu zitieren —: Für die so wichtige Verkehrserschließung in ländlichen Gebieten 28,5 Millionen Schilling weniger; für landwirtschaftliche Geländekorrekturen zum besseren Einsatz von Maschinen 7 Millionen Schilling weniger; bei der Regionalförderung ebenfalls 7 Millionen Schilling weniger; bei der Produktionsverbesserung der Viehwirtschaft, die ja derzeit in einer echten Krise steckt, 200.000 Schilling weniger; für agrarische Operationen 5,8 Millionen Schilling weniger; für forstliche Maßnahmen 3,9 Millionen Schilling weniger; für forstliche Bringungswege 2,2 Millionen Schilling weniger; für die Elektrifizierung in ländlichen Gebieten 3,2 Millionen Schilling weniger und für die kammereigenen Bildungsstätten 3,4 Millionen Schilling weniger. — Ich habe nur einige Posten erwähnt, aber insgesamt beträgt die Kürzung 29,2 Millionen Schilling.

Beim Durchleuchten der Budgetposten kann man nur die Frage stellen: Was hat die Landwirtschaft denn eigentlich verbrochen, daß sie so behandelt wird? — Die Landwirtschaftskammern hatten schon im heurigen Jahr, im Jahre 1973, die größten Sorgen. Allein unsere Landwirtschaftskammer in Vorarlberg mußte bei der Regionalförderung eine Kürzung von 27 Prozent hinnehmen.

Herr Bundesminister! So leicht dürfen Sie die Sorge um die Einkommenssituation der Bauern nicht nehmen! Mit der Bereitstellung von 5 Millionen Schilling Aufklärungsmitteln, um die echte Situation in der Landwirtschaft zu verschleiern, ist es nicht getan. Sie machen durch Ihre parteipolitische Aufklärung den Bauern Hoffnung. Die unangenehme Aufgabe haben dann in den Ländern draußen die Dienststellen, die die Bauern wieder enttäuschen müssen, weil die Mittel nicht vorhanden sind. Die Beamten in den Kammern sind wirklich nicht zu beneiden, wenn sie diesen mageren Kuchen verteilen müssen.

Durch die Kürzungen sind vor allem die Bergbauern betroffen, waren es doch zum Großteil Maßnahmen, die für diese Gebiete vorgesehen waren. Wie leicht die Bundesregierung über die Entwicklung in den Berggebieten hinweggeht, ist echt besorgniserregend.

Der Herr Landeshauptmann von Tirol sagte ganz klar: Die Täler müssen ihr Blut behalten. — Ist diese Durchblutung auch noch für die Zukunft gesichert? Wenn wir näher hinsehen, müssen wir doch mit Schaudern feststellen, daß kaum noch ein Nachwuchs vorhanden ist. Können wir der Jugend verbieten, daß sie besseren Verdienstmöglichkeiten nachgeht? Mit dem Appell an die Jugend, auf der väterlichen Scholle zu bleiben, nur weil ihre Ahnen schon dort waren, werden wir sie nicht halten können. Es müssen neue Wege gesucht werden, um diesen Menschen ihr Leben auch auf der Einkommenseite lebenswert zu machen.

Man kann die Frage stellen: Warum sind denn gerade die Bergbauern auf der Strecke geblieben? Schuld daran, daß diese Gruppe von Menschen in die Ecke getrieben worden ist, ist vor allem die Mechanisierung. Der Einsatz von Maschinen ist nur bedingt möglich, der Ankauf der Spezialfahrzeuge und deren Betrieb teurer und der Verschleiß größer, so daß Berechnungen der Hochschule für Bodenkultur ergeben, daß die Produktionskosten in den Berggebieten bis zum Vierfachen, verglichen mit den Produktionskosten in günstigen Lagen, ausmachen. Der harte Wettbewerb auf dem Agrarmarkt und die nach den Produktionskosten guter Standorte ausgerichteten Agrarpreise führen zu einer Verlagerung der Produktion in die günstigeren Regionen. Damit verschärfen sich die strukturellen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der Grenzstandorte noch mehr.

Gerade die jüngsten Ereignisse in der Ölversorgung haben uns wiederum sehr deutlich gezeigt, wie rasch wir auf Störungen im Ausland reagieren. Man muß doch fragen: Bedarf es denn wirklich solcher Anstöße von außen,

**Hagspiel**

daß wir uns unserer eigenen Situation bewußt werden? Das Funktionieren heimischer landwirtschaftlicher Produktionsstätten ist nach wie vor die sicherste Bevorratung und bietet die beste Gewähr für das Überleben in Krisenzeiten, vor denen wir uns alle nicht abschirmen können.

Selbst der ehemalige EWG-Landwirtschaftsminister Mansholt, der von den Bergbauern so gefürchtet war, ist zur Einsicht gekommen und hat jetzt erklärt:

Will die Menschheit überleben, so muß sie einsehen, daß sie auch in unwirtschaftliche Gebiete investieren muß.

Und erst in jüngster Zeit hat er im Zusammenhang mit der Olkrise erklärt, daß vor allem die großen landwirtschaftlichen Betriebe jene Betriebe sein werden, die zuerst stehenbleiben.

Wenn sich auch die öffentliche Meinung zugunsten der Bergbauern entwickelt hat und wenn auch immer mehr Menschen aus der Stadt einsehen, daß man auf die Bergbauern nicht verzichten kann und daß sie und überhaupt die Bauern nicht nur als Produzenten der wichtigsten Nahrungsmittel, sondern auch als die Erhalter der Kulturlandschaft und des Erholungsraumes anzusehen sind, darf doch die Realität nicht übersehen werden, vor allem auch nicht der volkspolitische Wert dieser bäuerlichen Menschen, die noch mit der Natur verbunden sind und wie ein ruhender Pol in der Gesellschaft wirken.

Wir leben in einer lauten Gesellschaft, in welcher diejenigen, die brav und still ihre Pflicht erfüllen, gerne übersehen werden. Die Bauern streiken nicht, aber was viel gefährlicher für unsere Gesellschaft und für unser schönes Vaterland ist: sie resignieren. Wenn wir uns nicht rasch entschließen können, wirkungsvolle Maßnahmen zu setzen, könnte es sehr bald ein bitteres Erwachen geben. Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen.

Alle Staaten im freien Europa sind schon zur Einsicht gekommen und haben sich auf die Direktzahlungen umgestellt. Ich verweise hier auf den flächenbezogenen DM-Aufwertungsausgleich in der Bundesrepublik Deutschland. In Italien gibt es die Flächenprämien. In Frankreich ist man sehr bemüht, bereits schon abgewanderte Bergbauern wieder zurückzubringen, was finanziell unvergleichlich mehr Aufwand erfordert, als noch funktionierende Berggebiete zu erhalten.

Sehr beachtlich sind auch die Förderungsmaßnahmen in Norwegen und insbesondere in der Schweiz, auf deren Förderungen ich noch kurz eingehen möchte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie alle wissen, in welch hohem Kurs der Neutralitäts- und Verteidigungsgedanke in der Schweizer Bevölkerung verwurzelt ist. Aus diesem Gesichtspunkt sehen und schätzen die Schweizer auch ihre heimische Landwirtschaft.

Neben den sehr wirkungsvollen Förderungen beim Ausbau des Wegenetzes, der Wohn- und Wirtschaftsgebäude und verschiedener anderer Wirtschaftssparten zahlt man dort Bewirtschaftungsprämien. Die Berggebiete sind in drei Zonen eingeteilt, und seit neuestem kommt noch eine vierte Zone, die Vor-alpine Hügelzone dazu. Die Kostenbeiträge sind auf Großvieheinheiten abgestimmt und betragen in der Voralpinen Hügelzone 50 Schweizer Franken pro Großvieheinheit — der Höchstbetrag ist 750 Franken —, in der Zone I sind es 90 Schweizer Franken pro Großvieheinheit — der Höchstbetrag ist 1350 Schweizer Franken —, in der Zone II sind es 180 Schweizer Franken — Höchstbetrag 2700 Schweizer Franken —, und in der extremsten Zone, der Zone III, zahlt man pro Großvieheinheit 270 Schweizer Franken, wobei der Höchstbetrag 4050 Schweizer Franken beträgt. — Der zuletzt genannte Betrag ergäbe umgerechnet rund 24.000 S. — Für die Teilnehmer am Beratungsdienst kommen je nach Viehzahl noch einmal zwischen 250 und 600 Schweizer Franken zusätzlich dazu.

Wir können in Österreich nicht eine Vogel-Strauß-Politik betreiben. Man wird sich in Zukunft der Landwirtschaft ganz anders annehmen müssen, wenn nicht die gesamte Bevölkerung an der eingerissenen Entwicklung Schaden leiden soll.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. Dezember 1973 röhmt sich, daß es dem Bund gelungen ist, in Salzburg ein Forstgut in der Größe von 150 Quadratkilometern — das entspricht der Größe des Fürstentums Liechtenstein — zu erwerben. Einer der wichtigsten Gründe scheint der Regierung folgender zu sein — ich zitiere —:

„Mit dem Ankauf durch die Bundesforste ergibt sich auch die Garantie, daß das Forstgut, das in einer reizvollen und unverbauten Landschaft liegt, als Naturlandschaft erhalten bleibt.“

Wäre es für die Regierung nicht noch viel wichtiger, noch bestehende, von Menschenleben durchblutete Bergtäler vor der Verödung zu schützen?

Die leistungsgebundenen Beihilfen von 2000 S beziehungsweise 1000 S jährlich, aufgeschlüsselt nach dem für andere Zwecke erstellten Berghöfekataster, ist für die Zukunft keine wirkungsvolle Maßnahme. Zudem wur-

9136

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Hagspiel**

den 1972 von den zu diesem Zweck bereitgestellten 50 Millionen Schilling nur 33 Millionen Schilling ausbezahlt. 17 Millionen Schilling wurden den Bergbauern vorenthalten!

Die Österreichische Volkspartei hat ein sogenanntes Grazer und Lienzer Bergbauernprogramm erstellt. Die Regierungspartei wäre gut beraten, wenn sie sich dieser Vorschläge annehmen würde.

Herr Abgeordneter Pfeifer war der Auffassung, die Österreichische Volkspartei wäre einfallslos. Er stellte sogar die Frage: Wie stehen Sie zu den Direktförderungen?

Herr Abgeordneter! Kennen Sie denn unsere Vorschläge wirklich nicht? Haben Sie sich noch nie die Mühe genommen, unsere Konzepte, unsere Vorstellungen anzuschauen?

Für den Fall, daß Sie sich diese Mühe nehmen, möchte ich die Bitte an die Sozialisten richten: Helfen Sie mit, die Direktförderung gesetzlich zu verankern.

Ich bringe daher einen Entschließungsantrag, einen Antrag der Abgeordneten Hagspiel, Deutschmann und Steiner, im Hohen Hause ein und möchte bitten, diesen in die Beratungen miteinzubeziehen:

**E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Einvernehmen mit den Bundesländern geeignete und wirkungsvolle Maßnahmen zu treffen, damit die notwendigen Verbesserungen der allgemeinen Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten rasch durchgeführt werden können. Die Bewirtschaftungsergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebe in den Berggebieten sind in Form von Bewirtschaftungsprämien abzugelten.

Ich möchte die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Der vom Herrn Abgeordneten Hagspiel eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Als nächster zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Egg.

Abgeordneter Egg (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die heutige Diskussion bringt wieder einmal den Beweis, daß im Rahmen des österreichischen Bauernspiels, das hier abgewickelt wird, der Bauernbund als Teil der Österreichischen Volkspartei sein altes Gesicht des Doppelspiels wiederum aufpoliert:

Echte Budgetkürzungen aus der Zeit 1966 bis 1970 unter einer ÖVP-Regierung wurden mehr oder weniger stillschweigend zur Kenntnis genommen. Seit Sozialisten regieren und ein ständig höheres Agrarbudget vorliegt, wird protestiert und demonstriert!

Hin und wieder ist das, was seitens unseres Ministers an Einzelaktionen gesetzt wird, akzeptabel, aber dann ist es Ihr Erfolg, so sagen Sie immer wieder. Und wenn etwas nicht so ist, wie es Ihnen behagt, dann ist jedesmal zweifellos die Regierung schuld.

Es ist auch durchaus begreiflich, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß Sie eine Zustimmung auch nicht zu einem Teil dieses Agrarbudgets geben, schon deshalb, weil Sie damit unter Beweis stellen würden, daß Ihre Existenz in Frage gestellt werden könnte. Daher ist die Kritik, die Sie an diesem Agrarbudget üben, zweifellos kein Maßstab für uns und für die Beurteilung der vorliegenden Situation schlechthin. Denn wir alle in diesem Haus wissen, gleichgültig, auf welchen Bänken wir sitzen, daß die Landwirtschaft — wie alle anderen Wirtschaftsbereiche — wichtige Aufgaben in der gesamten Volkswirtschaft zu erfüllen hat und daß hier immer wieder durchaus akzeptable und auch notwendige Wünsche zur Diskussion gestellt werden.

Aber auch hier gilt der Grundsatz der Interessensabwägung. Wesentlich hiefür sind zweifellos die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung und die Entwicklung dieser Einkommenslage in den letzten Jahren.

Wenn man glaubt, daß man von der Preispolitik her allein die Lösung des Gesamtproblems steuern kann, dann ist das zweifellos nicht richtig, weil die vom Bauernbund immer wieder vertretene Forcierung der Dynamisierung der Preise nur einem Teil der Landwirtschaft zugute kommen kann, keinesfalls aber dem immer größer werdenden Teil der Bergbauern und der Nebenerwerbsbauern.

Daher ist das Bergbauern-Sonderprogramm, das in der Zeit der sozialistischen Regierung nicht nur geschaffen, sondern auch regelmäßig und sorgfältig verwirklicht wird, jene Basis, die auch in Zukunft sehr weitgehende Bedeutung für den ländlichen Raum schlechthin hat.

Und wenn etwa in diesem Jahr vom Landwirtschaftsministerium her auf Grund des Katasterkennwertes, der ja einer entsprechenden Änderung zugeführt wird, nun ein größerer Teil von Nebenerwerbs- und Bergbauern in den Genuss eines Zuschusses kommt, nämlich statt wie bisher etwa 20.000 jetzt zirka 45.000, so ist das der Beweis, daß zweifellos die Absicht vorhanden ist, auf diesem Gebiete den Notwendigkeiten der landwirtschaftlichen Entwicklung schlechthin auch zu entsprechen.

**Egg**

Sie alle wissen, daß die Schwerpunkte des Bergbauern-Sonderprogramms — seien das die Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebsstruktur, sei es der Ausbau der Infrastruktur im Rahmen des Regional-Tätigkeitsprogramms, sei es die Förderung des Fremdenverkehrs in Bergbauerngebieten — ein echtes Anliegen des Landwirtschaftsministeriums und unseres Ministers Weihls ist.

Er hat dies auch im Laufe der letzten Monate unter Beweis gestellt, indem im Hinblick auf den Preisverfall bei Zucht- und Nutzvieh ein Zuschuß vom Ministerium her gegeben wird. Sie wissen sehr genau, daß auch in der Zeit zwischen 1966 und 1970 auf dem Sektor des Rindfleisches und der Schlachtkälber ein Preisverfall in der Richtung war, daß der Produzentenpreis im Jahre 1968 niedriger war als der Produzentenpreis des Jahres 1965.

Sie sehen also, daß sich alle Dinge in gewissen Zeitaläufen wiederholen. Der Unterschied ist lediglich, daß dann die Behandlung von ihrer Verschiedenartigkeit her anders beurteilt wird, als es dann der Fall wäre, wenn ein Landwirtschaftsminister der ÖVP auf dieser Bank hinter mir sitzen würde. Aber sonst sind dies geeignete Aktivitäten, die von uns in entsprechender Form gesetzt wurden.

Daß wir dem System der Marktgesetze nach wie vor die Zustimmung gegeben haben, wurde ja letztlich — das wissen Sie auch — im vorigen Jahr durch eine Verlängerung auf zwei Jahre entsprechend unter Beweis gestellt.

Man sollte also diese Dinge auch von der Sachseite her betrachten. Dann wird es etwas leichter, objektiv die Tätigkeit eines sozialistischen Ministers im Bereich der Landwirtschaft zu beurteilen. Aber die Objektivität wollen Sie in dem Fall ja nicht, weil Sie sonst in Ihrer politischen Profilierung als Bauernbund im Rahmen der Österreichischen Volkspartei in Schwierigkeiten kämen.

Sie sind sowieso schon in gewissen Schwierigkeiten, meine Herren von der ÖVP, und zwar aus dem einfachen Grund, weil etwa anlässlich der Modifizierung des Bergbauernprogramms der ÖVP in Lienz darauf hingewiesen wurde, daß diese Modifikation notwendig ist, um den ländlichen Raum entsprechend attraktiv für die dort wohnende Bevölkerung, also auch für die Bergbauern, zu gestalten. Dabei wurde völlig übersehen, daß schon seit mehreren Jahren auf dem Gebiet sehr intensiv von allen politischen Gruppen, von allen regionalen Gruppen nicht nur der Versuch unternommen wird, sondern auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Integration des ländlichen Raumes zu betrei-

ben und die bäuerliche Bevölkerung zu einem Lebensstandard zu führen, der, wo er noch nicht so weit ist, auch tatsächlich dem österreichischen Durchschnitt entspricht.

Sie selbst, meine Herren vom Österreichischen Bauernbund, haben auf dem Gebiet bis zum Jahre 1970 zweifellos sehr wenig an positiven Leistungen erbracht.

Sie beklagen auch immer wieder, daß die sinkende Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen ein Beweis einer schlechten Landwirtschaftspolitik der Sozialisten sei. Dabei wissen Sie ganz genau, daß die Abwanderung aus der Landwirtschaft ein ständig kontinuierlicher Zustand ist, eine natürliche Entwicklung darstellt, die in anderen westeuropäischen Ländern schon viel weiter fortgeschritten ist als bei uns in Österreich.

Die Vergrößerung der Produktivität und die Produktionsausweitung bringen eben einmal die Freisetzung von Menschen mit sich, die aber bei entsprechend guter Bezahlung in den übrigen Bereichen der Wirtschaft wieder untergebracht werden können.

Interessant ist allerdings, daß etwa die ÖVP in Tirol ein neues Gesetz geschaffen hat und in diesem Gesetz dann plötzlich etwas tut, was der Wirtschaftsbund im Kreise des österreichischen Gesangsvereins der ÖVP immer wieder mit aller Härte kritisiert. Während etwa der Kollege Westreicher davon redet, daß man dem Fremdenverkehr keinerlei Belastungen mehr zumuten darf, wird hier von der Mehrheit der Landtagsabgeordneten in Tirol beschlossen, daß die Belastung in der Form eingeführt wird, daß in Hinkunft Sonderleistungen, die die Landwirtschaft für den Fremdenverkehr erbringt, vom Fremdenverkehr bezahlt werden müssen. Also einerseits keine Zusatzbelastungen für den Fremdenverkehr, andererseits aber gleichzeitig das Verlangen der Landwirtschaft an den Fremdenverkehr, Sonderleistungen entsprechend abzugelten.

Immer wieder wird das Schlagwort vom „freien Bauern“ in Österreich in den Vordergrund gestellt, obwohl gerade jene, die davon sprechen, durchwegs den Bauern und die Landwirtschaft am Gängelband führen. Denn was ist es denn, wenn im Rahmen der Landwirtschaftskammern die Agrarkredite und die Subventionen, die vom Bund her finanziert werden, nur dann beschafft und unverzüglich ausbezahlt werden, wenn der Antragsteller auch entsprechend gute Beziehungen zu den betreffenden Funktionären hat? Das ist, bitte, nicht neu. Das beweist nur immer wieder auf diesem Gebiet dieselbe Einstellung. Andernfalls wäre es ja nicht denkbar, daß auch der

9138

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Egg**

Rechnungshof entsprechende Überlegungen dazu angestellt hat und entsprechende Kritiken ausgesprochen hat.

Aber das ist ein politisch sehr wirkungsvolles Druckmittel. Auf diese Weise kann man hergehen und sagen: Die Sozialisten waren es, die nicht rechtzeitig die Mittel zur Verfügung gestellt haben! (*Abg. Hietl: Das ist billig! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Natürlich die Landwirtschaftskammern, wenn sie durch Wochen und Monate hindurch die Beträge, statt sie auszuzahlen, zurückhalten.

Sie wissen ganz genau, daß auf Grund einer entsprechenden Untersuchung des Rechnungshofes die zweckwidrige Verwendung dieser Mittel festgestellt worden ist, vor allen Dingen in Kärnten und im Burgenland. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie wissen ebenso genau, daß eine Vergabe dieser Mittel erst um Monate verspätet erfolgt ist, und zwar ebenfalls in diesen beiden Bundesländern, offensichtlich in der Absicht zu beweisen, daß sich die Sozialisten auf dem Gebiet nicht bemühen würden, rechtzeitig die Auszahlungen vorzunehmen. — Das sind die Wahrheiten! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Aber in dem Fall ist doch in Wahrheit die Verteilung der Mittel durchwegs von den Landwirtschaftskammern und ihrer Organe vorgenommen worden. Sie überprüfen doch um Gottes willen die ganzen Unterlagen, sie befürworten oder Sie machen den Vorschlag, die Mittel nicht zu geben. Das heißt: Ihre Befürwortung beeinflußt von vornherein die Dinge sehr weitgehend. Wir sehen es ja auch in Tirol, wie die Dinge gemacht werden, und stellen dann fest, wie es tatsächlich aussieht. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir haben nicht einmal, sondern x-mal in den Gebieten Osttirols und Nordtirols, insbesondere im Oberland, feststellen müssen, daß auf diesen Sektoren erst Interventionen über das Ministerium zu einem entsprechenden Ergebnis geführt haben. Dabei waren das keine sozialistischen Bauern, meine Damen und Herren, sondern Bauern, die im wesentlichen entweder neutral waren oder Ihrem Bauernbund angehört haben.

Im übrigen gibt es in Tirol auch sozialistische Bauern. Nur haben diese nicht immer die Möglichkeit, sich nach außen hin deutlich zu erkennen zu geben, weil sie sonst in den mehrheitlich von der ÖVP regierten Gemeinden nicht die notwendigen Unterstützungen und Möglichkeiten haben. Auch das muß man hier einmal sehr deutlich aussprechen. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Fördl: Fragen Sie Ihren Minister, welche Schwierigkeiten sie in dieser Sache dort gehabt haben! Da liegen Sie nicht ganz richtig mit der Sache!*)

Ich möchte Ihnen nur das eine sagen: Auf diesem Gebiet wurde die Behandlung der einzelnen Anträge und Ansuchen sehr unterschiedlich vorgenommen. Das heißt noch lange nicht, daß dann deshalb die Schwierigkeit beim Ministerium schlechthin liegen muß. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Deutschemann: Das stimmt doch nicht!*) Sie tun mir leid, wenn Sie sagen, das stimmt doch nicht. Ich lade Sie ein, die Akten bei uns einzusehen, die wir auf diesem Gebiet haben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Aber Sie machen ja dasselbe bei den Investitionsmitteln. Sie haben heute erklärt, die Investitionsmittel bringen eine entsprechende Verschuldung der Bauernschaft. Wenn man die Dinge tatsächlich ansieht, so ist festzuhalten, daß heuer Investitionsmittel in einem Ausmaß von mehr als 1 Milliarde Schilling zur Verfügung gestellt wurden. Zweifellos bedeutet das eine Erhöhung der Schuldenlast. Aber Sie vergessen dazusagen, daß man dafür nur 3½ Prozent Kreditkosten zu bezahlen hat.

Meine Damen und Herren! Das ist natürlich auch eine Leistung, die einerseits anzuerkennen ist und die zweitens zeigt, daß dadurch die Rückzahlung dieser Schuldenlast nicht in dieser Intensität notwendig ist, wie man das hier darzustellen versucht. (*Abg. Hietl: Wissen Sie, daß 1973 überhaupt keine AIK-Kredite ausbezahlt wurden?*)

Von Jahr zu Jahr, meine Herren, werden von unserem Ministerium mehr Investitionsmittel zur Verfügung gestellt und es werden darüber hinaus mehr Investitionsmittel auch tatsächlich verwendet und angefordert. Herr Kollegel Das bedeutet in Wahrheit, daß das Vertrauen der Landwirte in die sozialistische Regierung entsprechend vorhanden sein muß, weil man sonst nicht in diesem Ausmaß investieren würde. Auch das sollte man sich einmal vor Augen halten! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Im übrigen hätten Sie selbst die Möglichkeit gehabt — als Volkspartei bis zum Jahr 1970; aber auch noch nachher, meine sehr verehrten Herren —, auf dem Gebiete der Finanzierung einiges zur rationelleren Anwendung der Geldmittel beizutragen.

Wir wissen, daß es in Österreich derzeit mehr als 250 Molkereien gibt, obwohl nach Aussagen von Experten etwa 100 in der Lage wären, die Aufgaben, die zu erfüllen sind, auch tatsächlich zu erfüllen. Aber Sie waren nie bereit, auf diesem Gebiet eine entsprechende Einschränkung durch entsprechende Koordinierung vorzunehmen. Sie haben alles dazu getan, um sogar die Landwirte als Mitglieder dieser Genossenschaften mit entspre-

**Egg**

chenden Mitteln zu Einzahlungen zu veranlassen. Das hat auch zur Schmälerung des Einkommens der Landwirtschaft beigetragen und beweist eine verfehlte Politik des Bauernbundes auf diesem Gebiete nicht erst seit Jahren, sondern schon seit Jahrzehnten.

Im übrigen muß ich Ihnen, meine sehr verehrten Herren der ÖVP, noch eines sehr deutlich sagen: Wenn Repräsentanten der Volkspartei zum Agrarbudget etwa im „Kurier“ Stellung nehmen und darauf hinweisen, daß nun nach den gescheiterten Lockversuchen der Sozialisten im Rahmen der Agrarbudgets seit 1970 etwa der totale Druck modern werden würde, so ist das eine alte Melodie, die Sie zu Zeiten des Budgets schon seit dem Jahre 1970 immer wieder singen. Denn geht es der Landwirtschaft wirklich so schlecht, wie Sie das heute immer und immer wieder dargestellt haben? Sie alle wissen, daß sich der Lebensstandard der Bauern seit dem Jahre 1970 von Jahr zu Jahr spürbar erhöht hat. (*Zustimmung bei der SPÖ*) Sie alle wissen, daß der allgemeine Wohlstand in unserem Lande auch eindeutig im Dorf Einzug gehalten hat. Es hat nie eine solche Zeit gegeben wie jetzt, wo es den Bauern so gut gegangen ist, wie es nun tatsächlich der Fall ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP*.)

Wenn Sie die Preisentwicklung in der Zeit der ÖVP-Regierung auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Güter vergleichen mit der Preisentwicklung seit dem Jahre 1970 bis einschließlich 1973, dann werden Sie daraufkommen, daß sich hier tatsächlich sehr interessante Zahlen ergeben. Sie haben nämlich beim Weizen eine Produktionspreissenkung von 7 Groschen vorgenommen, während in der Zeit unserer Regierung eine Steigerung von 13 Groschen festgestellt werden muß. (*Abg. F r o d l: Das waren Umschichtungen!*)

Bei der Milch haben wir bei Ihnen festzustellen: Innerhalb von vier Jahren um 2 Groschen weniger. Bei uns haben wir festzustellen: Insgesamt um 36 Groschen mehr. (*Abg. F r o d l: Wo?*) Bei Milch 1. Qualität. Das war jedenfalls hier der Fall.

Vom Jahre 1972 auf das Jahr 1973 ist der Preis für Kartoffel um 58 Prozent gestiegen, ist der Preis für Obst zwischen 36 und 60 Prozent gestiegen.

So könnte ich Ihnen eine Reihe von Preissteigerungen landwirtschaftlicher Güter auch im Rahmen des Produzentenpreises darlegen. Das heißt also, daß auf dem Preissektor die Landwirtschaft bei weitem nicht so schlecht abgeschnitten hat, wie Sie das immer wieder zu behaupten belieben.

Trotzdem nehmen auch wir zur Kenntnis und anerkennen wir, daß im Bereich der Landwirtschaft Agrarprodukte zu einem entsprechend gerechten Preis abgegeben werden sollen. Aber auch das muß im Hinblick auf die Steigerung des Lebensstandards im allgemeinen und auf die Kostensteigerungen durchgeführt werden und kann nicht einseitig beurteilt werden.

Ihnen ist es vorbehalten geblieben, zwischen 1966 und 1970 etwa auch die Zuschüsse für den Milchwirtschaftsfonds um rund 30 Prozent zu verringern, ebenso auch die Zuschüsse für den Getreidewirtschaftsfonds. Ihnen ist es auch gelungen, zu diesem Zeitpunkt den Erzeugerpreis für Milch pro Liter um 20 Groschen zu kürzen bei einer Milchpreiserhöhung von 1,20 S. Damals, meine Herren von der ÖVP und vom Bauernbund, haben Sie nicht demonstriert, haben Sie nicht derartige Auseinandersetzungen geführt. Jedesmal, wenn das Budget bei Ihnen in der ÖVP-Alleinregierung eine Erhöhung um 20 oder 30 Millionen Schilling mitgemacht hat, haben Sie gejubelt. So sehen die Dinge im Vergleich zu den Budgets seit 1970 doch immer wieder aus!

Schließlich wissen Sie selbst, daß im Zusammenhang mit dem Konjunkturausgleichsbudget das Agrarbudget insgesamt um etwa 410 Millionen Schilling angestiegen ist.

Vergleicht man etwa die Einkommen der Landwirtschaft von 1966 bis 1970 mit den Einkommen von 1970 bis 1973, dann stellt man folgendes fest: In den Jahren von 1966 bis 1970 gab es jährlich eine Erhöhung der Einkommen um etwa 5 Prozent, also um zirka 1500 S. Von 1970 bis 1973 sind diese Einkommen um 11 Prozent im Jahresdurchschnitt, und zwar auf eine Höhe von 3898 S, angestiegen. Hier nun zu sagen, daß die sozialistische Landwirtschaftspolitik schlecht für die Bauern sei, ist völlig verfehlt und sachlich durch nichts gerechtfertigt.

Zweifellos ist das Gesamteinkommen in der Landwirtschaft — auch das will ich hier deutlich sagen — mit Nebenerwerbseinkommen, mit Sozialeinkommen und mit den Zuschüssen für betriebliche Zwecke zu rechnen. Wenn man das dann vergleicht und die Kosten davon abzieht, wie man auch bei den Unselbständigen die Kosten der Wohnung, die Investitionskosten auf diesem Gebiet einem Abzug zuführen müßte, dann kann man feststellen, daß mit Ausnahme eines gewissen Bereiches der Bergbauern die finanziellen Vergütungen für die Unselbständigen sich etwa mit jenen in der Landwirtschaft durchaus die Waage halten.

Schließlich kommen die Leistungen aus dem Familienlastenausgleich dazu — das wissen

9140

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Egg**

Sie ebenfalls genau —, die Schülerfreifahrten und die Schulbücher, die auch gerade in der Landwirtschaft eine entsprechende Entlastung zur Folge hatten. Sie wissen auch, meine sehr verehrten Herren, daß im Bereich der Sozialversicherung für die Selbständigen in der Landwirtschaft ein System aufgebaut wurde, das sicher noch ausbaufähig ist. Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, daß eine Weiterentwicklung hier zweifellos am Platze scheint.

Aber dann zu behaupten, man sage zu Unrecht, daß die Belastungen des Staatshaushaltes hiervor so hoch seien, ist deshalb nicht gerechtfertigt, weil sie selbst es in der Hand hatten, etwa im Jahre 1956 dafür zu sorgen, daß die landwirtschaftliche Pension auch tatsächlich eingeführt wird. Zu diesem Zeitpunkt, da wir Sozialisten die Bauernpension verlangt haben, haben Sie noch davon gesprochen, daß die freie Bauernschaft keinen Bettel auf diese Art und Weise bekommen will. Das ist die Ursache, meine Herren von der ÖVP, warum die Kosten, die der österreichische Bundesstaat zur Pensionsleistung der Landwirtschaft dazugeben muß, so unverhältnismäßig hoch sind. Immerhin sind im Jahr 1970 von der ÖVP etwa 729 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt worden, während wir im Jahr 1973 über 2 Milliarden Schilling aus dem Budget für diese Sozialversicherung zur Verfügung gestellt haben.

Obwohl hier wieder so deutlich sichtbar wird, daß durch Ihre zögernde Haltung, daß durch Ihre wenig progressive und fortschrittliche Haltung ein Schaden für die Landwirte im Bereich der Pensionen eingetreten ist, werden wir alles dazu tun, um das Beste für die Landwirtschaft zu leisten, solange wir Sozialisten regieren und in der Lage sind, hier die Mittel zur Verfügung zu stellen. Von diesem Gesichtspunkt her sollten Sie die Dinge sehen.

Im übrigen darf ich Ihnen auch eines sagen: Es ist keine Frage und es kommt auch nicht darauf an, ob hier ein praktizierender Landwirt oder kein praktizierender Landwirt steht, denn die Argumente, die Sie immer wieder zum Budget vorbringen, können genauso gut mit einigen vernünftigen Argumenten einer Klarstellung zugeführt werden. Auch das können Sie hier ohne weiteres zur Kenntnis nehmen.

Im übrigen möchte ich doch noch eines zum Abschluß meiner Ausführungen hier im Hause sagen: Wenn ein maßgeblicher Funktionär der Österreichischen Volkspartei — ich glaube, daß ein Regierungsmitglied der Österreichischen Volkspartei im Lande Tirol ein maßgeblicher Funktionär ist — anlässlich eines Interviews mit Journalisten darauf hinweist, daß die Sozialisten das Ziel haben, den Fleißigen

durch entsprechende Besteuerung die Mittel wegzunehmen und den Faulen zu geben, und dann dazu sagt, daß die Faulen die Mehrheit in Österreich seien, dann, muß ich Ihnen sagen, ist das eine Entgleisung, ist das eine Ungehörigkeit, die von einem erfahrenen Politiker keinesfalls gesagt werden dürfte. Ich möchte hier namens der Sozialisten sagen, daß das als eine Beleidigung der Österreicher schlechthin hingestellt werden muß und daß wir gegen solche Behauptungen, die Österreicher seien in der Mehrheit faul, entschieden Einspruch erheben müssen! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Nun werden Sie gern wissen wollen, wer das war: das war der Herr Landesrat Bassetti, der für die Wirtschaft in Tirol zuständig ist und der diese Äußerungen, wortwörtlich veröffentlicht in der „Tiroler Tageszeitung“, vor wenigen Tagen gemacht hat. (Zwischenruf des Abg. S k r i t e k.)

Schließlich zum letzten: Sie sagen immer, Sie haben als Österreichische Volkspartei in den Jahren 1954 bis 1970 das Beste für die Bauernschaft im Rahmen der Möglichkeiten geleistet. Ich muß Ihnen antworten: Wenn man das Ergebnis von 1954 bis 1970 darlegt, dann werden Sie eines Besseren belehrt werden, und zwar nicht nur auf Grund meiner Kenntnisse dieser Situation, sondern auf Grund der Expertenuntersuchungen.

Diese Expertenuntersuchungen stellen folgendes fest: Die Lage der Land- und Forstwirtschaft sieht gegenüber der übrigen Wirtschaft in den Jahren von 1954 bis 1970 so aus, daß der Anteil am Bruttonationalprodukt nur um etwa 75 Prozent des Ausgangswertes gestiegen ist, die übrige Wirtschaft hatte eine Steigerung des Anteils am Bruttonationalprodukt in der mehr als vierfachen Höhe, das heißt also nicht um 75 Prozent, sondern um mehr als 430 Prozent!

Das heißt mit anderen Worten: Der Österreichischen Volkspartei war es in diesem langen Zeitraum nicht möglich, obwohl sie den Bauernbund, die Masse der Bauern hinter sich gehabt hat, den in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse etwa so ähnlich zu bieten, wie das den Arbeitern und Angestellten durch die Tätigkeit der Sozialisten und der sozialistischen Gewerkschafter im selben Zeitraum zugekommen ist! — Das sind Dinge, die man sich auch ansehen soll, wenn man über das Landwirtschaftsbudget diskutiert.

Wenn man über Lebensverhältnisse im ländlichen Raum urteilt oder spricht, dann kann man nicht die Agrarpolitik oder das Landwirtschaftsbudget im engeren Sinn allein sehen, meine Damen und Herren, denn eine moderne Agrarpolitik umfaßt heute die ge-

**Egg**

samte Gesellschaftspolitik im ländlichen Raum — ich glaube, hier treffen wir einander wieder, Herr Kollege Lanner —, sie beinhaltet daher aber auch alle Maßnahmen allgemeiner Wirtschaftspolitik, regionaler Politik, der Sozialpolitik und der Bildungspolitik.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben sehen wir also nicht nur das Budget der Landwirtschaft, sondern auch das Gesamtbudget an und glauben, daß das Budget 1974 entscheidend zu einem weiteren Fortschritt auch in der Landwirtschaft beitragen wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steiner.

**Abgeordneter Steiner (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe mich gezwungen, gleich zu Beginn meiner Ausführungen auf die Rede des Herrn Abgeordneten Egg einzugehen, und zwar hinsichtlich einer Fehlinformation, die er verbreitet hat.

Er hat gesagt, daß die Landwirtschaftskammern Österreichs ihrerseits die sogenannten Agrarinvestitionskredite verteilen und dabei sehr parteiisch vorgehen.

Ich möchte ihm richtigerweise sagen, daß die AI-Kredite, wie wir sie bezeichnen, vom Bund und nur vom Bund und von sonst niemandem genehmigt werden. (*Abg. Egg: Darum geht es auch nicht!*)

Ich muß auch dazu sagen, daß die Landwirtschaftskammern wohl die Einreichung dieser Kredite vornehmen (*Ruf bei der SPÖ: Aha!*), und zwar wiederum nach den Richtlinien des Bundesministeriums. Wir lassen uns keine Vorwürfe in einer so unqualifizierten Art gefallen! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Egg: Der Rechnungshof hat das festgestellt!*)

Herr Abgeordneter Egg! Der Herr Bundesminister hat sich darüber hinaus noch eine sogenannte Bundesprüfungskommission, die gar keine gesetzliche Deckung hat, angeschafft, und diese Bundesprüfungskommission hat, wie er selbst in den Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß ausgeführt hat, 6500 Anträge behandelt, wovon nur 9 abgelehnt wurden. Man kann daraus sehr wohl schließen, daß die Anträge entsprechend den Richtlinien, wie sie das Bundesministerium vorschreibt, eingereicht worden sind.

Außerdem muß ich Ihnen sagen, daß der Herr Bundesminister gerade diese vom Steuerzahler zu tragende Zinsenstützungsleistung zum Anlaß nimmt, Briefe an die Beteiligten zu schreiben, in denen er nur seine Partei und den Bauernverband in der Prüfungskommission erwähnt. (*Zwischenruf des Abg. Egg.*) Das ist eine Vorgangsweise, die wir ebenso sehr ablehnen müssen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum dritten muß ich Ihnen sagen, Herr Egg, daß das vorjährige beziehungsweise das heurige Budget mit 20 Prozent Kürzung der AI-Kredite ausgestattet war und daß es nur durch den wirklich massiven Einsatz des Bauernbundes und seiner Organe möglich war, in Vorsprachen beim Herrn Bundeskanzler und beim Herrn Landwirtschaftsminister (*Abg. Egg: ... war das zu verdanken!*) diese Kürzung wieder rückgängig zu machen, weil Sie Jahre hindurch die Leute hängen lassen haben! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das muß man hier sagen, sonst wird ein Eindruck vermittelt, der wirklich nicht stimmt, und ich hoffe, daß der Herr Bundesminister, wenn er auch dazu Stellung nimmt, meine Ausführungen entsprechend unterstützt. (*Zwischenruf des Abg. Fachleutner.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte heute noch eine zweite Feststellung treffen. Es hat mich gefreut, daß der Herr Abgeordnete Pfeifer als Hauptsprecher zum heutigen Kapitel von Seiten der Regierungspartei die Eigenversorgung Österreichs mit 80 Prozent und darüber begrüßt hat. Ich muß sagen: Wir waren früher immer diejenigen, die diesen großen Eigenversorgungsgrad — gerade als neutraler Staat steht Österreich ja massiv auf diese Eigenversorgung an — verlangt haben.

Aber jetzt kommen auch Sie drauf, und es ist erstaunlich, wie schnell Sie, Herr Pfeifer, hier die Wendung machen. Sie haben nämlich früher immer gesagt, es sei viel zuviel, es wäre viel klüger, man würde billigere Produkte importieren und die Eigenversorgung Österreichs herabsetzen. Aber gescheiter darf man ja auch werden, nicht wahr? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese späte Erkenntnis ist das einzige Erfreuliche an Ihrer Aussage. Diese späte Erkenntnis kommt sicherlich auch davon, daß die heutige Krisensituation Sie dazu veranlaßt. Sie werden es ja selbst spüren, wie die Entwicklung läuft, daß die Treibstoffschwierigkeiten vorhanden sind, daß Betriebe bereits in Krisenstimmung sind, daß Industriebetriebe, daß der Fremdenverkehr in Zukunft wahrscheinlich massive Einbußen wird über sich ergehen lassen müssen und daß aber auch etwa Lebensmittel, wie Reis oder Mehl, zum Teil nicht mehr zu haben waren oder daß sehr große Preissteigerungen hier vorhanden waren.

Diese Krisenerscheinung, müßte man glauben, müßte eigentlich auch das Landwirtschaftsministerium beziehungsweise den Herrn Minister dazu veranlassen, einmal nachzusehen, wie es mit den Produktionsstätten im Inland aussieht, und man müßte glauben, daß gerade auf Grund dieser Entwicklung die Beiträge, die für das Kapitel Landwirtschaft ver-

9142

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Steiner**

wendet werden, eine Steigerung erfahren, daß also ein echter Schwrepunkt eben zur Versorgung dieses Staates gesetzt würde.

Leider, muß ich sagen, ist dies nicht der Fall. Wir müssen feststellen, daß das Landwirtschaftsbudget gleichgeblieben ist, gleich wie im Vorjahr, und daß hier die Steigerungsrate des allgemeinen Budgets nicht mitgemacht wurde, wodurch ein negativer Schwerpunkt zum Ausdruck kommt.

Darum sagen wir auch, daß wir schlecht behandelt worden sind und daß es eine Leistungsfertigkeit gegenüber dem österreichischen Staatsbürger ist, daß es eine Intoleranz ist und daß es geradezu klassenkämpferisch ist, uns in dieser Situation derart zu behandeln. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Schließlich sind wir der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler, die Bundesregierung als solche wie auch der Herr Minister für alle Bürger dieses Staates zu sorgen haben.

Wenn man dieses Budget im näheren beleuchtet, sieht man, daß auch keine Flexibilität drinnen ist. Beim Förderungsbudget ist eine weiße Seite feststellbar, und dieses Förderungsbudget hat auch nicht wie andere Budgetkapitel eine Stabilisierungsquote; das möchte ich auch im besonderen hervorstreichen. Dadurch ist eine Unnachgiebigkeit, ja geradezu eine Sturheit hier festzustellen.

Ich muß den Herrn Abgeordneten Maderthaner auch berichtigen, und zwar mit den vom Herrn Finanzminister übermittelten Zahlen, daß er sich wahrscheinlich — so möchte ich das bezeichnen — in der Zahl geirrt hat. Maderthaner hat davon gesprochen, daß 2 Milliarden Schilling mehr für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Ich kann aber hin- und herschauen wie ich will, es sind im gesamten 200 Millionen mehr bei den Ausgaben für Land- und Forstwirtschaft.

Von den 200 Millionen sind 104 Millionen für einen vermehrten Schutzwasserbau, der sicherlich begrüßenswert ist, der aber nicht global der Landwirtschaft zugerechnet werden kann. Außerdem gibt es eine kleine Steigerung bei der Treibstoffrückvergütung von 24,5 Millionen Schilling. Der Rest wird für gestiegene Zentralverwaltungskosten verwendet. Man muß also mit Fug und Recht von einem stagnierenden Budget sprechen. Ich weiß daher nicht, wo der Kollege Maderthaner diese Ziffern hernimmt.

Wenn er natürlich, wie es oftmals geschieht, wiederum die Mittel von anderen Kapiteln heranzieht, etwa die Sozialausgaben, sowie den gesamten Familienlastenausgleich, und sie der Landwirtschaft global als Landwirtschafts-

budget anzurechnen versucht, so muß ich sagen: Das ist eine Verquickung von nicht zusammengehörenden Posten. Wir lassen uns auch als Landwirtschaft, wenn wir gleich behandelt werden wie jeder andere Staatsbürger, nicht immer den Familienlastenausgleich und die Pensionsleistungen von seiten des Bundes als Förderungsbudget anlasten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dasselbe ist beim Grünen Plan. Ich hoffe, daß eines wohl unbestritten ist: Es waren im Vorjahr 1080 Millionen Schilling und es sind heuer 1080 Millionen Schilling. Das bedeutet insofern einen Rückschritt gegenüber dem Vorjahr, da ja, wie Sie wissen, das Gesamtbudget mit Stabilisierungsquote um 18 Prozent gestiegen ist. Wir sind also um 18 Prozent schlechter gestellt als andere Ressorts.

Nun möchte ich noch einmal auf folgendes zurückkommen: Man hat auch keine Rücksicht genommen etwa auf die Aussagen, die die verschiedensten statistischen Ziffern erbracht haben. So ist schon seit langem deutlich, daß der landwirtschaftliche Paritätsspiegel sehr genau zum Ausdruck bringt, wie sich die Kosten-Einkommen- und Ausgabenschere entwickelt. Wir mußten feststellen, daß bereits im April dieses Jahres eine wesentliche Punkteaufwertung bezüglich der Ausgaben stattgefunden hat. Für den Fachmann hätte das bereits ein Alarmzeichen bedeuten müssen. Der letzte Ausweis vom Juli 1973 ergibt bereits 24,5 Minuspunkte für die gestiegenen Betriebs- und Investitionsausgaben. Man hat also in keiner Weise auf die Inflation, auf die Kaufkraftentwicklung und auf die Kostensteigerung Rücksicht genommen.

Ich weiß, wie langwierig solche Verhandlungen sind: Zuerst auf Beamtenebene, dann auf Ministerebene. Aber jetzt stellen wir fest, daß man nicht vorgesorgt hat, obwohl bereits im Sommer erkennbar war, wie die Entwicklung läuft. Wir als Bauern haben feststellen müssen, daß der Viehabsatz im Herbst diese Entwicklung bestätigt hat.

Ich muß also feststellen, daß wir sehr, sehr schwer getroffen worden sind. Der Herr Finanzminister selbst hat von der Regierungsbank aus bestätigt, daß pro Stück Vieh im heurigen Jahr um 3000 S weniger vereinbart werden konnten. Wenn man einen Bauern mit einem Hof mittlerer Größe etwa im Bergbauerngebiet, aber auch im Grünlandgebiet zum Vergleich heranzieht, der etwa im Herbst drei bis fünf Stück Vieh verkaufen kann, so ist das ein Mindererlös von 9000 S bis 15.000 S pro Bauer. Das ist ein sehr, sehr erheblicher Betrag! Ich habe dem Herrn Landwirtschaftsminister auch bereits im Ausschuß

**Steiner**

sagen müssen, daß die Mindereinnahme beim Verkauf eines Stückes Vieh bereits so viel beträgt, als der Herr Landwirtschaftsminister andererseits etwa dem Bergbauern über das Sonderprogramm zukommen läßt.

Ich weiß ja, wie die Situation gelaufen ist: Man hat das einfach nicht ernst genommen. Italien hat die Lira abgewertet, wir haben den Schilling aufgewertet. Inzwischen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Eine Zeitlang hat es eine Exportsperrre gegeben. Nun sind wir nicht mehr in der Lage, entsprechend im Ausland anzubieten.

Ich muß also schon sagen, daß hier eine mangelnde Vorsorge stattgefunden hat. Wir haben dann auf Grund dieser Erkenntnis bereits bei der ersten Finanzausschusssitzung hier im Hohen Hause einen Antrag eingebracht, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Wir haben dort mit den bekannten 130 Millionen Schilling, die der Herr Minister aus Importausgleichen zur Verfügung gehabt hätte, versucht, Stützungsmittel flüssigzumachen. Aber die SPÖ in ihrer „Großartigkeit“ und in der völligen Verkennung der Situation hat diesen Antrag kalt niedergestimmt und hat diese 130 Millionen Schilling dem Herrn Bundesminister Androsch überlassen. Ich verstehe es heute noch nicht, Herr Bundesminister, daß Sie das zugelassen haben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie sehen nämlich jetzt nachträglich, wie schwierig die Situation ist. Weil Ihnen das in der Zwischenzeit anscheinend doch bekannt geworden ist, versuchen Sie jetzt, diesem Bedürfnis einigermaßen Rechnung zu tragen. Man hat uns zuerst geschädigt. Aus dem Schaden allerdings wollen Sie jetzt wieder Propaganda machen. Diesen Propagandaschritt lehne ich ab, wenn die „Sozialistische Korrespondenz“ nun hergeht und schreibt: „Neue Förderungsmaßnahmen für die Bergbauern“, obwohl Sie vorher den Bergbauern das Geld aus der Tasche gezogen haben. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)

Es fehlen allerdings noch die Richtlinien. Ich muß Ihnen sagen, Herr Minister: Die Maßnahme kommt überhaupt zu spät! Der Herbstabsatz ist über die Bühne gelaufen. Wir haben zusammengebrochene Märkte überall in Österreich gehabt und wir konnten unser Vieh nicht weiterbringen. Ich würde nur wünschen, daß in Zukunft, wenn so etwas eintritt, Ihre Reaktion schneller ist und daß Sie dem — auch wenn Ihnen das die Opposition sagt, wir haben ja doch draußen mit den Leuten Kontakt, insbesondere als bäuerliche Vertreter — auch Rechnung tragen.

Sie haben jetzt wohl 50 Millionen Schilling bereitgestellt, aber 80 Millionen Schilling überlassen Sie doch ohneweiters dem Herrn Finanzminister. Diese Propaganda aus der Not der Bergbauern ist, wie gesagt, unangezeigt. (Abg. Ing. Hobl: Das tut euch weh!) Das tut uns gar nicht weh. Wir können sogar daraus einen Erfolg konstruieren. Ich weiß nicht, wer der Zwischenrufer war. Wahrscheinlich Sie, Herr Egg. (Widerspruch bei der SPÖ.)

Genaugenommen war es ja so: Wir sind vorstellig geworden. Wir haben Anträge eingebracht. Wir haben auch beim Budgetüberschreitungsgesetz darüber gesprochen. Es war, glaube ich, der Abgeordnete Kern, der diese Situation aufgezeigt hat. Schön langsam ist dann doch bis zum Minister durchgesickert, daß die Viehabsatzlage in Österreich eine fürchterliche ist! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich würde meinen, der Herr Minister wäre gut beraten, würde er uns mehr Gehör schenken, würde er sich unserer Programme mehr als bisher bedienen und würde er unsere Anträge auch entsprechend unterstützen. Ich habe zum Beispiel auch einen Antrag im Finanzausschuß eingebracht. Leider wurde er abgelehnt. Ich bringe diesen Antrag heute wieder ein. Ich weiß nur nicht, wie oft ich ihn noch einbringen soll. Er ist schon das dritte Mal hier in Diskussion und in Behandlung. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida, zur SPÖ: Nein-sagerpartei!)

Im Landwirtschaftsausschuß wurde beiderseits festgestellt — es steht auch im Grünen Bericht so drinnen —, daß noch 32.000 Landwirte und Bauern in Österreich über keinen Zufahrtsweg verfügen. Im Grünen Bericht ist auch die Kostenberechnung pro Kilometer und pro Hofzufahrt angeführt. Es ergibt sich eine Summe von 8,7 Milliarden Schilling. Obwohl man also weiß, daß dieser Kostenaufwand sehr groß ist, verzichtet der Minister auf eine bessere Budgetierung. Er kürzt entgegen aller Vernunft, muß ich sagen, die Mittel noch um 30,7 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr. Andererseits versucht man in völlig unverständlicher Weise, die Bergbauernarbeitsgemeinschaften, die wir eingeführt haben, die wirklich bei der gesamten bäuerlichen Bevölkerung entsprechend Widerhall gefunden haben und die in Anspruch genommen wurden, einfach auszuschalten.

Man sagt, man müsse Regionalpolitik, Regionalförderung machen. Man läßt sogar die Landwirtschaftskammern über Auftrag des Bundesministeriums arbeiten: Sie müssen Konzepte entwickeln und sie müssen Regionalpläne entwickeln. Ich habe dem Herrn Minister schon mehrfach vorgehalten: Auch in Salzburg

9144

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Steiner**

haben wir solche Konzepte entwickelt, mußten uns aber dann bei einer schriftlichen Anfrage, die ich gestellt habe, vom Herrn Minister sagen lassen, sie wären eine Illusion.

So geht es also wirklich nicht! Ich glaube, wenn man hier von seiten der Regierungs- partei halbwegs glaubwürdig sein und bleiben wollte, so müßte man doch ernstlich einmal diesen Abänderungsantrag, den wir hinsichtlich der weiteren und besseren Finanzierung des Wegenetzes im ländlichen Raum heute schon zum dritten Mal einbringen — voriges Jahr konnte ich auch schlüssig beweisen, daß Ländersozialisten sehr wohl in dieser Richtung Anträge in den Landtagen gemacht haben —, unterstützen.

Ich darf Ihnen also diesen Abänderungs- antrag der Abgeordneten Steiner, Deutschmann und Genossen vortragen und darf noch sagen, daß selbst der Herr Minister, wie es hier auch in der Begründung richtig heißt, im Finanz- und Budgetausschuß zugegeben hat, daß die Kosten pro Wegkilometer von 382.000 S auf 510.000 S gestiegen sind, was ihn aber nicht hindert, wie schon gesagt, eine minimale Budgetierung im kommenden Jahr vorzusehen.

Die Abgeordneten Steiner, Deutschmann und Genossen stellen deshalb den

**A b ä n d e r u n g s a n t r a g:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Ansatz 1/60356 hat nicht „120,719.000“, sondern „205,719.000“ zu lauten.

Die Summe 60356 lautet dementsprechend nicht mehr „232,128.000“, sondern „362,128.000“.

Die zusätzlichen Mittel sind für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete und die Forstaufschließung zu verwenden.

Die Bedeckung erfolgt beim Kapitel Finanzen 51 Kassenverwaltung. Dort wird ein diesbezüglicher Antrag eingereicht. („Der Ansatz 1/51909 hat nicht „200.001“, sondern „70.001“ zu lauten“).

Ich ersuche beide Fraktionen, sowohl die freiheitliche Fraktion als auch im besonderen die Regierungsfraktion, um ihre Zustimmung. Damit könnten sie nachträglich noch einmal unter Beweis stellen, daß sie doch bemüht sind, diese echten Sorgen des bäuerlichen Raumes zu sehen und diesbezüglich nicht nur propagandistische Ausführungen zu machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Der vom Herrn Abgeordneten Steiner eingereichte Abänderungsantrag ist

genügend unterstützt. Er steht daher zur Verhandlung.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Ing. Weihl. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Weihl**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Sprecher des Hohen Hauses haben in dankenswerter Offenheit zur Situation der Landwirtschaft im allgemeinen und zum Agrarbudget 1974 Stellung genommen. Ich möchte diese Ausführungen zum Anlaß für einige Feststellungen zur agrarpolitischen Arbeit der Bundesregierung und meines Ressorts nehmen.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen heute eine Unterlage über die Entwicklung der Landwirtschaft im Jahre 1973 zustellen zu lassen. Ich hoffe, daß Sie diese auch verwenden können, weil ich meine, daß das eine sehr gute Serviceleistung meines Ressorts darstellt.

Und nun, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zu den Feststellungen, die eine Reihe von Agrarsprechern, begonnen mit dem Herrn Präsidenten Minkowitsch, dem Herrn Abgeordneten Meißl, und andere Abgeordnete getroffen haben, daß das Agrarbudget 1974 ein sogenanntes Aushungerungsbudget sei. Dazu möchte ich feststellen, daß sich der Agraretat 1974 auf dem hohen Niveau von 1972 bewegt, konjunktur- und stabilitätsgerecht erstellt wurde, agrarpolitischen und agrarwirtschaftlichen Sachverhalten Rechnung trägt, die ordnungsgemäße Durchführung der Ressortaufgaben ermöglicht, die Weiterführung begonnener und bewährter Förderungsmaßnahmen sicherstellt und — ich möchte das besonders hervorheben — mit der Anhebung der Preisausgleiche auch gleichzeitig eine Sicherung des Absatzes für die Erzeugnisse darstellt. Denn ich glaube, Sie werden mir alle recht geben, eine Absatzsicherung ohne entsprechende Preissicherung ist für den einzelnen Landwirt nicht von Vorteil.

Infolgedessen ist es notwendig, auch entsprechende und in diesem Jahr erhöhte Mittel für die Preissicherung zur Verfügung zu stellen. Die zur Verfügung stehenden Mittel des Agrarets 1974 erfordern — und da darf ich vielleicht auch gleich auf den Debattenbeitrag des Herrn Abgeordneten Schmitzer mit eingehen — derzeit aber eine sehr notwendige Konzentration in der Abwicklung der Förderungsmaßnahmen, den funktionsgerechten Einsatz der Förderungsmittel und eine entsprechende regionale und spartenmäßige Schwerpunktbildung und machen daher einen rationalen und effizienten Einsatz der Förderungsmittel notwendig.

**Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihns**

Ich bin der Meinung — und ich weiß, daß ich hier vielleicht sogar auf Widerspruch stoßen werde —, daß der Fortschritt in der Land- und Forstwirtschaft und die weitere Aufwärtsentwicklung der bäuerlichen Betriebe nicht ausschließlich und schicksalhaft an die Dotierung verschiedener Förderungsposten gebunden ist, weil eine effiziente und rationelle Agrarförderung ja letztlich die Hilfe zur Selbsthilfe darstellen soll.

Ich möchte nun in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, meine Damen und Herren — insofern stimme ich mit den verschiedenen Äußerungen meiner Vorredner überein —, daß die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1973 selbstverständlich mit Schwierigkeiten zu tun gehabt hat, daß sie Schwierigkeiten meistern mußte, die allerdings nicht zuletzt in der internationalen Entwicklung, auf dem Währungssektor, im handelspolitischen Bereich ihre Ursachen hatten. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Auch die Maul- und Klauenseuche — das sind Tatsachen, die man nicht hinwegleugnen kann, Herr Abgeordneter —, die Probleme des Weltwährungssystems sowie die Preisentwicklung auf dem Futtermittelsektor haben natürlicherweise der heimischen Veredelungswirtschaft Schwierigkeiten bereitet.

Und wenn nun der Herr Abgeordnete Minkowitsch und der Herr Abgeordnete Meißl und viele andere Abgeordnete auch Besorgnis über die Einkommenssituation der Landwirtschaft im Jahre 1973 geäußert haben, so darf ich doch eine kurze Bemerkung dazu machen, und ich hoffe, sie werden sich diesbezüglich freuen.

Auf Grund unserer Berechnungen, die wir ebenso wie im Vorjahr angestellt haben — die sich damals schließlich als viel zu niedrig herausgestellt haben —, dürfte es auch im heurigen Jahr zu einem realen Zuwachs des Einkommens in der Land- und Forstwirtschaft kommen. Ich darf hier gegenüberstellen dieser, ich will nicht sagen Behauptung, aber dieser Tatsache, daß wohl Absatzschwierigkeiten auf dem Zucht-, Nutz- und Schlachtviehsektor bestanden haben, daß aber dem gegenüberstehen eine hervorragende Brotgetreideernte sehr guter Qualität im Ausmaß von 1,37 Millionen Tonnen, eine mit 2,2 Millionen Tonnen ausreichende Futtergetreideernte, eine gute Zuckerrübenernte, gute Ernten bei Obst und Gemüse, ausreichende Erntemengen in Grünlandbetrieben sowie auch eine sehr zufriedenstellende Kartoffelernte.

Ich möchte besonders noch auf einen Punkt aufmerksam machen, der gerade für die Bergbauern von besonderer Bedeutung ist: Der

Preisindex der Betriebseinnahmen in der Forstwirtschaft hat sich nämlich nach vorläufigen Berechnungen um 28,8 Prozent erhöht.

Die von meinem Ressort angestellten Umsatzberechnungen, die — wie ich wieder betone — sehr tief angesetzt wurden, zeigen zum Beispiel, daß die Roherlöse bei Brotgetreide im heurigen Jahr um 8 Prozent gestiegen sind. Die Roheinnahmen bei der Milchproduktion liegen um 7 Prozent höher als 1972. Bei Schlachtschweinen — hier habe ich allerdings nur die ersten drei Quartale zur Verfügung — ist mit einer Zunahme um 2 Prozent auf 5,9 Milliarden Schilling zu rechnen. (Abg. Anton Schlagler: *Die sind doch um 300 Prozent gestiegen!*) Verehrter Herr Kollege, lassen Sie mich doch bitte ausreden! Auch die Umsatzentwicklung bei Geflügel und in der Eierwirtschaft ist sehr zufriedenstellend.

Wenn Sie sich vor Augen führen, daß im Jahre 1972 laut Grünem Bericht der Einkommenszuwachs nominell 17 Prozent je Arbeitskraft betrug, und man die Erhöhung des Verbraucherpreisindex mit 6,3 Prozent gegenüberstellt, so betrug der reale Einkommenszuwachs in den bäuerlichen Vollerwerbsbetrieben mehr als 10 Prozent. Ich habe schon erklärt, daß nach vorläufigen und sehr, sehr bescheidenen Schätzungen meines Ressorts zwar der Einkommenszuwachs im Jahre 1973 etwas geringer sein wird, jedoch auch im heurigen Jahr mit einem realen Zuwachs des Einkommens in der Land- und Forstwirtschaft gerechnet wird.

Der Abgeordnete Minkowitsch, der Abgeordnete Meißl und einige andere Abgeordnete haben auch die Frage der Treibstoffverbilligung angeschnitten. Ich darf dazu sagen — einige anwesende Abgeordnete waren ja bei den ersten Besprechungen dabei —, daß man bestrebt ist, diese Frage einer Lösung zuzuführen. Eine Reihe von Möglichkeiten wird geprüft, um hier ein günstiges Ergebnis so rasch wie möglich zu erzielen. Vorausschauend und vorsichtshalber habe ich bereits für das Jahr 1974 den Betrag von 387 Millionen Schilling, welcher einen Punktewert von 125 S ermöglicht, eingesetzt.

Herr Abgeordneter Minkowitsch und Herr Abgeordneter Schmitzer! Zu beiden darf ich wegen des Arbeitsertrages eine kurze Bemerkung machen. Ich darf vorausschicken, daß der Arbeitsertrag im Grünen Bericht 1972 auf Seite 58 aufscheint. Erfreulicherweise ist dieser Arbeitsertrag je Arbeitskraft von 1971 auf 1972 sogar um 25 Prozent gestiegen, zum Unterschied vom Einkommen, welches um 17 Prozent gestiegen ist.

9146

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihns**

Ich glaube, daß man hiebei vielleicht berücksichtigen muß, daß der Arbeitsertrag eine kalkulatorische Post darstellt. Bei der Kalkulation vom Einkommen wird der volle Zinsenanspruch für das investierte Kapital mit 4 Prozent angesetzt. Eine solche Kalkulation ist allerdings für den bäuerlichen Betrieb beziehungsweise für die Darstellung der Ertrags situation, glaube ich, nicht besonders geeignet. Sind wir einer Meinung? (Abg. Ing. Schmitz er: Stimmt, Herr Minister! Zum Vergleich mit den Arbeitseinkommen Unselbständiger brauchbar!) Nein, das stimmt auch nicht, Herr Abgeordneter! (Abg. Ing. Schmitz er: Sicherlich!) Nein; denn im Mittelpunkt der Überlegungen eines bäuerlichen Betriebes steht nicht der Arbeitsertrag, sondern das echte Einkommen. Darüber gibt es gar keine Diskussion. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ing. Schmitz er: Stimmt! — Abg. Minkowitsch: Herr Minister! Wie ist es mit den Scheingewinnen? Darauf kommt es an!) Herr Abgeordneter Minkowitsch! Vielleicht erinnern Sie sich, daß ich Ihnen eine theoretische Überlegung darüber dargestellt und gesagt habe, daß man sich seit über einem halben Jahrhundert mit dieser Frage befaßt und daß sich die Wissenschaftler heute noch nicht einig sind, wann man was verwenden soll.

Ich habe Ihnen auch gesagt, daß man bei einer Inflationstendenz den Wiederbeschaffungswert sehr gerne nimmt, um Scheingewinne zu unterbinden. Nun möchte ich aber hiezu feststellen: In der Landwirtschaft haben wir keine Scheingewinne. (Unruhe bei der ÖVP.) Haben Sie nicht, und haben auch die buchführenden Betriebe nicht! Denn wenn Sie, Herr Abgeordneter Minkowitsch, von Gewinnen sprechen, würden Sie sich in Widerspruch zu dem setzen, was Sie gesagt haben, daß nämlich die Einkommenslage der Landwirtschaft sehr schlecht ist.

Herr Abgeordneter Meißl! Noch einige Bemerkungen zu Ihrer Frage, ob und in welchem Ausmaß von der Regierung eine entsprechende Strukturpolitik, entsprechende Maßnahmen über ein Agrarkonzept und ähnliches mehr durchgeführt werden. Ich glaube, daß die Arbeit der Bundesregierung auf dem agrarischen Sektor durch die Ergebnisse des Grünen Berichtes echt bestätigt wurde. Und auf Grund dieser Tatsache, glaube ich, ist es gut, den weiteren Ausbau, die Entwicklung von Vollerwerbsbetrieben im Interesse einer qualitativen und quantitativen Versorgung mit Grundnahrungsmitteln fortzuführen, die Festigung von Betrieben, wo es siedlungspolitische Gründe gibt, die zur Erhaltung der Kulturlandschaft notwendig sind, vorzunehmen — dazu hat einen sehr wesentlichen Beitrag das Berg-

bauern-Sonderprogramm geleistet — und auch außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen zu fördern.

Wenn ich aber diese Schwerpunkte setzen will, dann muß ich gezielt Förderungsmaßnahmen einsetzen. Ich glaube, wir sind alle einer Meinung, daß man darunter die Rationalisierung und Mechanisierung der Betriebe durch Bereitstellung notwendiger Investitionskredite im Wege verbilligter Kredite versteht. Und in diesem Zusammenhang darf ich dem Herrn Abgeordneten Steiner sagen: Herr Abgeordneter Steiner! Sie haben bemängelt, daß die AI-Kredite nicht im entsprechenden Ausmaß zur Verfügung gestellt werden. Sie haben aber eines vergessen: daß wir am 1. Jänner 1973 mit einem Überhang von 784 Millionen Schilling aus dem Jahre 1972 zu arbeiten hatten. Das heißt: Es war ein Überhang, der wesentlich größer war als das im Jahre 1973 zur Verfügung stehende Kreditvolumen. (Abg. Ing. Schmitz er: Weil die Ansätze zu gering waren!) Ein Ansatz von 1,5 Milliarden Schilling ist nicht zu gering, Herr Abgeordneter Schmitz er! Man muß allerdings die Mittel sinngerecht verteilen, und man muß auch dafür Sorge tragen, daß man das zugewiesene Volumen, das auf einem Länderschlüssel basiert, je Bundesland auch einhält — darauf kommt es an! —, damit man im nächsten Jahr nicht wesentlich weniger zur Verfügung hat, als man auf Grund des Budgets und auf Grund der finanzgesetzlichen Unterlagen zur Verfügung haben könnte.

Ich glaube aber auch, daß eine durch Beratung und auch durch Bildungsarbeit unterstützte Spezialisierung der Betriebe weiterhin erfolgen sollte, ebenso wie es notwendig ist, die Markt- und Infrastruktur zu verbessern, um — jetzt darf ich wieder einen kleinen Sprung zum Herrn Abgeordneten Meißl machen — den sich vollziehenden Strukturwandel durch die Handhabung eines harmonischen Gesetzespaketes in wirtschaftlich sinnvolle und, wie ich glaube, in menschlich tragbare Bahnen zu lenken.'

Nun zu der Frage der Viehexporte und Vieherlöse, die vom Herrn Abgeordneten Deutschmann und zum Schluß vom Herrn Abgeordneten Steiner sowie von einigen anderen Herren Abgeordneten angeschnitten wurde.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, für das ganze Jahr 1973 stehen 63.000 Stück Schlachtrinder für den Export zur Verfügung. Inwieweit diese Exportkontingente ausgenutzt werden, können wir für November und Dezember nicht sagen. Für die ersten zehn Monate können wir das allerdings

**Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs**

schon sagen, denn hier sind von ausgegebenen 49.600 Lizzenzen 38.400 effektuiert worden. Von den in demselben Zeitraum ausgegebenen Rindfleischexportkontingenten sind von 5850 Tonnen 5200 Tonnen realisiert worden. Bis Ende des Jahres werden die Kontingente — so sagte man uns — ausgeschöpft werden können. Das bedeutet, daß wir auf diesem Sektor mengenmäßig gleichgezogen haben mit dem Jahr 1972, obwohl der Export einige Monate infolge der Maul- und Klauenseuche gesperrt war.

Für den Export von Zuchtrindern, Zucht- und Nutzrindern ab Hof so wie das Einstellen aus Bergbauerngebieten haben wir — es ist zwar hier nicht sehr freundlich zur Kenntnis genommen worden — 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, und zwar für Zuchtrinder ab Versteigerung pro Stück einen Betrag von 2000 S, für Zuchtrinder ab Hof 1200 S und für Einsteller 1000 S.

Herr Abgeordneter Steiner! Auch hier stimmt es nicht ganz, was Sie sagten. Denn ich glaube, daß Sie die Ergebnisse der Versteigerung von Maishofen kennen, wo erstmalig dieser Betrag zur Verfügung gestellt wurde. Im übrigen möchte ich folgendes sagen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber ich darf Sie auf die Tatsache aufmerksam machen und darauf hinweisen, daß sich in Maishofen bereits ein positiver Erfolg dieser Maßnahme abzeichnet hat. Es sind noch einige Versteigerungen vorgesehen, bei denen man ebenfalls positive Erfolge erzielen kann.

Denn wenn Sie jetzt noch dazurechnen, daß diese Preise, die Sie genannt haben, ohne Mehrwertsteuer und ohne den Verwertungszuschuß sind, dann würden Sie wahrscheinlich auf die guten Preise des Jahres 1972 kommen, wenn Sie diese beiden Beträge noch dazurechnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Meißl! Sie meinten auch, daß die Welternährungslage etwas kritisch sei und daß wir vielleicht doch am Rande davon gestreift werden könnten. Zu Ihrer Beruhigung darf ich sagen, daß die Weltgetreideernte — das ist nur zur Information — um 3 bis 4 Prozent höher ist, in Westeuropa um 1 bis 2 Prozent, in den USA um 2 bis 3 Prozent, in den Entwicklungsländern um 3 bis 4 Prozent und sogar in China um 2 bis 3 Prozent gestiegen ist und daß nach Mitteilung der FAO, die ja auch heute hier schon zitiert wurde, die Situation auf dem Weltgetreidesektor weniger prekär ist, als sie es vor einiger Zeit war.

Sie haben auch, Herr Abgeordneter Meißl, moniert, daß wir eine wenig erfreuliche, wenig reformfreudige Strukturpolitik betreiben. Ich

glaube, daß wir ein sehr klares Förderungskonzept haben, welches — das darf ich mit aller Bescheidenheit bemerken — während meiner Amtszeit zweckentsprechend modernisiert und den Erfordernissen angepaßt wurde.

Dieses Förderungskonzept gliedert sich in ein einzelbetriebliches Investitionsprogramm, in ein überbetriebliches Förderungsprogramm sowie in gemeinschaftliche Maßnahmen, wobei die Durchführung der Förderung insbesondere auf Regionalkonzepte der Bergbauerngebiete sowie auf die Förderung im Grenzlandgebiet abgestellt ist.

Ich glaube, daß es bei diesen Maßnahmen nicht darum geht — wie auch hier heute schon angeklungen ist —, daß man Menschen aus der Landwirtschaft abzuziehen beabsichtigt, daß man die Betriebe um jeden Preis vergrößern möchte, um die Produktionsstruktur ohne Bedachtnahme auf regionale Standortvorteile zu verändern, sondern darum, den sich infolge der allgemeinen Mobilität in der Wirtschaft und Gesellschaft vollziehenden Strukturwandel in sozial und wirtschaftlich tragbare Bahnen zu lenken; daß es weiterhin darum geht, durch flankierende Maßnahmen, zum Beispiel der Arbeitsmarktförderung, soziale Härten für die Betroffenen zu vermeiden, und daß es weiter darum geht, die Betriebe im Rahmen der Besitzaufstockung sinnvoll und betriebswirtschaftlich vertretbar zu vergrößern. Denn wenn ich heute in manchen Gebieten bis zu 150.000 S pro Hektar und darüber bezahlen muß, so ist das wirtschaftlich für den einzelnen nicht mehr vertretbar.

Ich glaube, daß man auch hier im besonderen vor allem auf die regionalen Besonderheiten Bedacht nehmen muß. Denn man soll die Strukturpolitik ja nicht überschätzen. Die Strukturpolitik ist ja nur ein Weg im Rahmen der Agrarpolitik und nicht ausschließlich der Weg im Rahmen dieser Politik. Ich glaube, wenn Sie sich einige Zahlen der Strukturbereinigung vor Augen führen, dann werden Sie sehen, welch beachtlicher Strukturwandel in den letzten Jahren eingetreten ist.

Von 1971 auf 1972 sind ja bekanntlich 25.000 Menschen aus der Landwirtschaft abgewandert. In diesem Jahr wird die Zahl in etwa die gleiche sein. Die Anzahl der Betriebe ist innerhalb von zehn Jahren um 8,5 Prozent kleiner geworden. Die Auflösungszone hat sich bereits nach oben verschoben. Demgegenüber stieg die Zahl der Traktoren von 31.000 im Jahre 1951 auf 263.700 im Jahre 1972. Das Aktivkapital je Arbeitskraft ist im gleichen Zeitraum von 90.000 S auf 485.000 S gestiegen, bei einem Verschuldungsgrad — und hier muß ich korrigieren — von 11,4 Prozent ins-

9148

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihns**

gesamt. (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Im Bericht 14 Prozent!*) 11,4 Prozent, kann ich nur sagen, meine Herren! Wenn Sie im Laufe der Jahre die Agrarinvestitionskredite dazuzählen, dann wird die sich jährlich ergebende Verschuldung nicht allzuviel höher sein ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ja, im Jahr 1972. Dazu komme ich ja noch. Der Zittmayr ist immer so aufgeregt. Dazu komme ich noch! (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Ich glaube — was auch heute hier angeprochen wurde —, daß auch Fortschritte in der überbetrieblichen Zusammenarbeit erzielt wurden. Denn wir haben derzeit 170 Maschinenringe mit rund 10.000 Mitgliedern. Das ist an und für sich keine besonders große Zahl. Aber man muß sich doch vor Augen führen, daß hier auf einer rein freiwilligen Basis gearbeitet wird und daß es hier noch gilt, gewisse Mentalitäten auszuschalten, nämlich die Auffassung, daß man nur selbst persönlich alles gut machen kann und der Nachbar das vielleicht weniger gut macht. Das ist eine Frage der Mentalität, die sich allerdings in den Kosten sehr, sehr deutlich ausdrückt.

Damit der Herr Abgeordnete Deutschmann sein Gedächtnis unterstützen kann, möge er auf Seite 36 des Grünen Berichtes nachlesen, da steht 11,4 Prozent. Ich glaube, das dürfte ein Böhmisches Fehler gewesen sein, 14,1 Prozent und 11,4 Prozent kann man vielleicht leicht verwechseln, schauen Sie bitte, auf Seite 36 nach, dann werden Sie sich davon überzeugen können.

Es ist zwar nicht direkt angeklungen, aber ich möchte es hier doch sagen, daß im letzten Jahr im Konzentrationsprozeß beziehungsweise echte Zusammenschlüsse in der Molkereiwirtschaft stattgefunden haben. Die Zahl der Molkereien hat sich vom Beginn des Jahres 1972 von 284 auf 259 Anfang 1973 vermindert und wird Ende dieses Jahres etwa 245 betragen. (*Abg. Dr. Zittmayr: So arbeiten wir!*) Hoffentlich auch schnell, Herr Abgeordneter Zittmayr!

Herr Abgeordneter Tschida! Sie haben natürlich, wie viele andere Abgeordnete auch auf die Energiekrise hingewiesen und gemeint, daß die Entwicklung der Landwirtschaft auf eine schlechte Wirtschaftspolitik der vergangenen drei Jahre zurückzuführen war. Darf ich Ihnen vielleicht nur ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir in den letzten drei Jahren das höchste Wirtschaftswachstum gehabt haben, das es je gab, daß wir die höchste Beschäftigungszahl gehabt haben, die es je gab, daß wir das höchste Bruttosozialprodukt gehabt haben, das es je gab, und sich dadurch auch — man

soll das nicht unterschätzen — der Konsum der Bevölkerung immer mehr auf höherwertige Lebensmittel in Österreich verlagert hat, was gerade in der Veredlungswirtschaft von besonderer Bedeutung ist.

Und wenn Sie meinen, daß wir schuld seien, weil der Preis für Handelsdünger und für Eiweißfuttermittel steigen — ja lesen Sie denn keine Zeitungen, zu welchen Preisen uns das Ausland diese Güter zur Verfügung stellt? Lesen Sie denn nicht die Zeitungen, was zum Beispiel Rohphosphat innerhalb kurzer Zeit für eine ... (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Es gibt eine Mehrwertsteuer!*) Aber entschuldigen Sie, Sie sollten sich zuerst die importierten Güter und die Preissteigerungen dieser Güter anschauen, dann würden Sie diese Behauptung nicht mit gutem Gewissen aufstellen können, daß an diesen Teuerungen des Auslandes die Bundesregierung schuld sei.

Wenn der Herr Abgeordnete Gorton nun einige Fragen wegen der Naturparke und Erholungslandschaften an mich gestellt hat, weil er der Meinung war, daß das in erster Linie eine Angelegenheit des Bundes ist, so darf ich ihn vielleicht darauf aufmerksam machen: Von den Naturparkprojekten stellen den allergrößten Teil nicht forstliche Maßnahmen dar, sodaß zur Durchführung solcher Projekte eine gesamtwirtschaftliche Finanzierung aller Stellen, die daran Interesse haben, notwendig sein wird.

Zur Frage des Erholungswaldes, Herr Abgeordneter Gorton, darf ich sagen, daß im Rahmen des neuen Forstgesetzes entsprechende Maßnahmen getroffen worden sind.

Zur Finanzierung der Österreichischen Bundesforste wurde auch eine Frage gestellt; darf ich vielleicht dazu folgendes sagen: Die Grundkäufe der Österreichischen Bundesforste werden in der Regel im Rahmen von zweckgebundenen Einnahmen finanziert. Bekanntlich wird Verkauf — Einkauf auch im Budget entsprechend ausgewiesen. Bei einem Ankauf größerer Flächen können auch andere Budgetmittel herangezogen werden. Die Bundesforste haben dem Finanzminister in den vergangenen Jahren sehr erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt, Mittel, die man für die Ankäufe solcher Forstgüter zur Verfügung stellen kann.

Und wenn Sie meinen, Herr Abgeordneter, daß generell Budgetmittel für verschiedene forstliche Maßnahmen gekürzt worden sind, dann bitte ich Sie, sich das Bergbauern-Sonderprogramm anzusehen, denn hier werden Sie feststellen, daß keine Kürzungen erfolgt sind, und das gerade in einem Gebiet, in dem der Wald von besonderer Bedeutung ist.

**Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weis**

Nun zur Bestellungspflicht und den Dingen, die Sie mir vorgeworfen haben. Sie haben mir unterstellt, ich hätte die Behauptung aufgestellt, daß die Sozialpartner nicht mehr zur Stange halten; dazu darf ich folgendes sagen:

Es war erstens einmal überhaupt keine Rede davon, ob eine einjährige oder zweijährige Forstfachschule geführt werden soll und daß das der Grund gewesen wäre, daß die Partner aus dem Übereinkommen ausspringen, sondern der erste und der zweite Vorsitzende — ich bitte das nachzusehen — der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten haben ausdrücklich und wiederholt erklärt, daß für sie die Stunde Null gekommen ist, weil ihre Mitglieder mit großer Mehrheit — „mit großer Mehrheit“, betonte ich — eine so weitgehende Lockerung der Bestellungspflicht, wie sie dort vorgesehen ist, ablehnen.

Aber zu Ihrer Information: Im Forstrecht wird die künftige Bestellungspflicht folgendermaßen aussehen: Von 500 bis 1800 Hektar ein Förster. Ab 1800 Hektar ein Forstakademiker und für weitere 1800 Hektar ein weiteres Forstorgan, und zwar jedes vierte Forstorgan ein Forstakademiker, das heißt also mit anderen Worten: ab 7200 Hektar kommt ein zweiter Forstakademiker. Teilflächen von 500 Hektar bleiben außer Betracht.

Der Herr Abgeordnete Scrinzi hat sich mit Fragen der Ökologie befaßt und gleichzeitig auch gemeint, daß wir ein gesegnetes Land sind, weil wir doch fast die Hälfte der Flächen Waldbestände haben. Und hier möchte ich Ihnen nur interessehalber einige Zahlen sagen, welche Leistungen ein Wald vollbringt.

Zum Beispiel produziert eine hundertjährige Buche den Jahressauerstoffbedarf von 10 Menschen. Ein Hektar Fichten-Altholz produziert 21 Tonnen Sauerstoff. Die Österreichischen Bundesforste produzieren pro Jahr 900.000 Tonnen Sauerstoff zur Erholung der Bevölkerung. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ein bissel was sollte man schon dafür bezahlen. Das ist nicht von uns! Das ist vom Forstdirektor von Tirol, der diese Berechnungen angestellt hat.

Ein Hektar Fichtenwald kann bis 32 Tonnen, ein Hektar Buchenwald bis 68 Tonnen Staub pro Jahr aus der Luft filtern. Ich könnte Ihnen noch sagen, daß zum Beispiel ein Hektar Waldfläche (*Abg. Kern: 1 Hektar Weingarten!*) rund 2 Millionen Liter Wasser speichern kann. Also man sieht, daß es unbedingt notwendig ist, mit diesem kostbaren Gut sehr pfleglich umzugehen.

Und wenn Sie gemeint haben, Herr Abgeordneter Scrinzi, daß es eigentlich keine Be-

reitung gegeben habe, Blühnbach anzukaufen, weil das rechnerisch vom Ertrag nicht finanziert werden könne — so, glaube ich, war das zu verstehen —, so darf ich doch vielleicht nur am Rande bemerken — und deshalb habe ich vorher die Zahlen genannt —, daß man hier natürlich diesen Nutzen, der für die gesamte Öffentlichkeit durch die Größe dieses Gutes gegeben ist, eigentlich nicht quantifizieren kann. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Scrinzi: Habe ich auch bejaht!*) Dann habe ich Sie falsch verstanden und nehme das dankend zur Kenntnis.

Herr Abgeordneter Gorton hat auch unter anderem moniert, warum wir das Gesetz, das ja im Jahre 1971 beschlossen wurde, nicht durch finanzielle Mittel Wirklichkeit werden ließen. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß hier zum Beispiel der gesamte Schutzwald ausgenommen wurde, gerade jener Wald, der es am dringendsten notwendig hat, entsprechend saniert zu werden. Und wenn Sie noch wissen, daß das 800.000 Hektar sind, dann werden Sie vielleicht verstehen, daß man aus diesen Gründen allein schon sehr vorsichtig operieren mußte; wir haben aber im neuen Forstrecht diese Bestimmungen ebenfalls drin.

Herr Abgeordneter Frodl, Sie haben sich über den Mangel an Mitteln für den Schutzwasserbau gerade in der Steiermark beklagt und auf die Hochwasserschäden der Jahre 1972/73 hingewiesen. Ich darf Ihnen sagen, daß wir durch Sofortmaßnahmen erhebliche Bundesmittel im Ausmaß von 36 Millionen Schilling zusätzlich zur Verfügung gestellt haben, daß für den heurigen Flußverbau in der Steiermark über 65 Millionen Schilling zur Verfügung standen und damit alle Baumaßnahmen entsprechend in wirtschaftlicher Art und Weise fortgesetzt werden können.

Ich möchte auch hier betonen, daß die Geldmittelzuteilung für 1972 und 1973 bis heute in vollkommener Übereinstimmung mit den fortschreitenden Baumaßnahmen erfolgte und daß sogar jeden Monat im Lande selbst ein — zwar geringfügiger — Kassenrest vorhanden war, sodaß nicht die Geldmittelzuteilung des Bundes schuld daran ist, daß die Baumaßnahmen nicht entsprechend zügig fortgesetzt werden konnten.

Und nun zu einer Frage des Herrn Abgeordneten Deutschmann, der gemeint hat, daß man differenziere, und zwar Einkommen zu 17 oder 27 Prozent. Ich glaube, daß Sie hier vielleicht etwas verwechselt haben (*Abg. Deutschmann: Nein, nein!*), nämlich 17 Prozent betrug der Einkommenszuwachs im Durchschnitt pro Betrieb und 27 Prozent der im nordöstlichen Flach- und Hügelland.

9150

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs**

Das muß man genau auseinanderhalten, Herr Abgeordneter. (Abg. *D e u t s c h m a n n: In der Broschüre steht nichts drinnen!*) Ja von wo stammt die Broschüre? Schauen Sie hin, aus welcher Gegend sie kommt! (Abg. *D e u t s c h m a n n: Ich habe auch gesagt, das Material ist von der Lichtbildstelle des Ministeriums!*) Das können nur Fotografien sein, aber nicht die Prozente! Die muß man sich woanders geholt haben.

Zum erhöhten Investitionsbedarf und zur größeren Verschuldung darf ich doch bemerken, daß im Jahre 1972 eine wesentlich größere Investitionstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft erfolgte als in den früheren Jahren, und die Schulden, die entstanden sind, sind ja nicht auf die Abdeckung von Betriebsverlusten zurückzuführen, sondern auf echte Investitionsfinanzierungen. Das heißt: Anschaffung von Investitionen zur Modernisierung und Rationalisierung der Betriebe. Auch das kann man, glaube ich, sehr deutlich aus dem Grünen Bericht entnehmen.

Und wenn Sie gemeint haben, Herr Abgeordneter Deutschmann, daß die Exporte von Zucht-, Nutz- und Schlachtrindern nicht weitergegangen sind, weil die Zöllner an der italienischen Grenze gestreikt haben: Ich glaube, daß man dafür den österreichischen Landwirtschaftsminister nicht zur Verantwortung ziehen kann. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. *D e u t s c h m a n n: Herr Minister! Sie haben mich falsch verstanden! Sie haben ein Kontingent dann gegeben, als die Exportmöglichkeit gar nicht da war, weil die Zöllner ja gestreikt haben!*) Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Deutschmann, zu Ihrer Information: Die Kontingente werden ja nicht von Woche zu Woche erteilt, sondern sie werden Mitte des Monats für das kommende Monat erteilt. Und da weiß noch kein Mensch, ob die Italiener streiken oder nicht streiken werden. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. *D e u t s c h m a n n: Herr Minister! Es hat sich hier um ein Nachtragskontingent gehandelt, das sich ergeben hat!*)

Sie haben auch gesagt, daß im Rahmen der EWG-Verhandlungen sozusagen der England-Markt flötengegangen ist, auf gut deutsch gesagt. (Abg. *D e u t s c h m a n n: Das habe ich nicht gesagt!*) — Ich habe ja gesagt „auf gut deutsch gesagt“. Bitte um Entschuldigung! Ich habe sowieso die Frage des Abgeordneten Schmitzer aufgeschrieben, aber es steht noch auf demselben Zettel, der für den Abgeordneten Deutschmann vorgesehen war, weshalb ich das gleich in einem Zug beantworten möchte.

Sie haben also gemeint, daß der Absatzmarkt England infolge der Bestimmungen und infolge des Vertrages mit der EWG verloren gegangen sei. Ich darf Sie beruhigen. Wir haben bereits in der Zwischenzeit andere Absatzmärkte gefunden und wären sogar in der Lage, etwas mehr zu liefern, als wir derzeit zur Verfügung haben. Es ist also hier auch nichts versäumt worden, sondern es wurden alle Anstrengungen unternommen, um auch hier den inländischen Produzenten gerade auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse, wo wir eine Produktion von mehr als 100 Prozent haben, entsprechende Hilfe zu gewähren.

Und nun haben Sie mich auch wegen der Schulen gefragt und haben gemeint, der Herr Minister Sinowatz hätte Ihnen nicht ausreichend Antwort gegeben. Ich erinnere mich, daß ich im Ausschuß dem Herrn Abgeordneten Leitner sehr ausführliche — sehr ausführliche — Auskunft gegeben habe, in allen möglichen Fragen sehr eingehend Auskunft gegeben habe, daß hier aber noch, wie es selbstverständlich ist bei Übergabe-, Übernahmsverhandlungen, zwischen den beiden Ressorts eingehende Absprachen — die zum Teil schon erfolgt sind, zum Teil aber noch fortgeführt werden — erfolgen.

Aber ich darf vielleicht folgendes sagen: Es ist hier eine Aufteilung zwischen der Pädagogik und der Verwaltung praktisch eingetreten. Und ich möchte — vielleicht gar nicht so mit Unrecht — sagen, daß, wenn man den pädagogischen Teil dort mit inkludiert, wir sicherlich keine Benachteiligung unserer Bildungsziele damit in Kauf nehmen. Im Gegenteil glaube ich, daß die fachliche Ausbildung, in ein gesamtes Bildungskonzept eingebaut, für uns nur Vorteile bringen kann, nicht zuletzt auch vielleicht aus der Überlegung, daß der weitere Ausbau und die Organisation nicht infolge vielfältiger Kompetenzfragen in Frage gestellt werden. Ich meine, daß das sicherlich kein Nachteil, sondern ein Vorteil ist.

Und nun, Herr Abgeordneter Schnitzer ... (Rufe bei der ÖVP: Schmitzer!) Schmitzer, bitte um Entschuldigung! Ich sage schon seit Jahren Schnitzer, und er hat es noch nie korrigiert. (Abg. Ing. *S c h m i t z e r: Ich bin ein bescheidener Mensch!*) Sie haben die Frage Differenz Rohertrag—Aufwand erwähnt und Sie haben hier das südliche Flach- und Hügelland genannt. In diesem erwähnten Aufwand ist auch, wenn ich das bemerken darf, der Lohnanspruch für den Bauern und die mitarbeitenden Familienmitglieder eingesetzt, also eine kalkulatorische Post, die nun nichts mit den effektiven Ausgaben zu tun hat. Ich glaube, darüber sind wir auch einer Meinung.

**Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs**

Ich glaube, daß man also Schlüsse aus der Differenz zwischen Rohertrag und Aufwand nicht ziehen kann, und zwar in bezug auf das Einkommen selbst, denn im nordöstlichen Flach- und Hügelland war im Durchschnitt nicht ein Minuseinkommen, wie Sie behauptet haben, sondern ein solches von 33.500 S je Arbeitskraft im Jahre 1972 gegeben, das Betriebseinkommen, wenn ich das bemerken darf. (Abg. Ing. Schmitz: Herr Minister, das stimmt nicht! Die Zahl stimmt, aber wenn ich vom Rohertrag die Betriebsausgaben abziehe und es kommt eine Minuspost heraus, kann das im bürgerlichen Betrieb nur auf Kosten des Arbeitseinkommens gehen!) Verzeihen Sie vielmals, Sie können kalkulatorische Posten in jeder Höhe einsetzen. (Abg. Ing. Schmitz: Darum sagen wir ja: Lohnanspruch und nicht Personalaufwand in der Landwirtschaft!) Ja, ist aber eine kalkulatorische Post! Darüber gibt es keine Diskussion. Sie können ja auch umgekehrt sagen: Ich rechne mir aus, wieviel Kapitalverzinsung muß ich haben, und der Rest ist etwas anderes. Genau das Gegenteil können Sie also auch machen. (Abg. Ing. Schmitz: Aber das ist ja keine fiktive Zahl, sondern wir lehnen uns an die Gutsarbeiter-Kollektivverträge!) Jawohl. Ist aber in dieser Frage eine kalkulatorische Post. Darüber sind wir einer Meinung. Es kommt aber trotzdem keine Minuspost heraus. (Präsident Dr. Mälter übernimmt den Vorsitz.)

Herr Abgeordneter Hietl, Sie haben uns die Liter Wein aufgezählt, die man benötigt, um einen Traktor zu kaufen und ähnliches. Ich kann das vielleicht in einer anderen Variation bringen. Bis 30. Mai 1973 haben Sie für einen Liter Wein zweieinhalb Liter Dieselöl bekommen, ab 1. Juni 2,22 Liter Dieselöl und ab 14. November 1,82 Liter Dieselöl. Nur haben Sie dabei die Treibstoffverbilligung nicht berücksichtigt. Wenn Sie die berücksichtigen, dann haben Sie für einen Liter Wein bis 30. Mai 3,2 Liter Dieselöl bekommen, ab 1. Juni 3,10, weil da der Sprung mit der Aufwertung auf 120 Punkte war, und ab 14. November bekommen Sie 2,9 Liter Dieselöl, wenn Sie die Treibstoffverbilligung mit einbauen. (Abg. Hietl: Trotz Treibstoffverbilligung weniger?) 2,9 Liter kriegen Sie. Aber das sind dann nicht die gigantischen Zahlen, die Sie genannt haben. (Abg. Hietl: Auf alle Fälle weniger!) Das hängt doch nicht von uns ab. Entschuldigen Sie vielmals, das ist doch eine Frage der normalen Wirtschaft, zu welchen Preisen sie die Produkte verkauft. Da können Sie doch uns nicht zur Verantwortung ziehen. (Abg. Hietl: Wen denn sonst?) Das wäre eine sehr billige Art und Weise, für alle Dinge, die in der Wirtschaft geschehen,

die Bundesregierung zur Verantwortung zu ziehen. Das muß ich doch sehr energisch zurückweisen.

Wenn Sie von dem Lager und den Überschüssen gesprochen haben, wäre es vielleicht auch erwähnenswert, daß wir zwischen 1970 und 1973 immerhin den Ausbau von rund 185.000 Hektolitern Weinlagerraum durch zinsverbilligte Kredite gefördert haben.

Und nun zum Schluß vielleicht noch einige Bemerkungen, die auch der Herr Abgeordnete Meißl angeschnitten hat. Ich möchte feststellen, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren entscheidende Weichen zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik gestellt hat. Mein Ressort ist bemüht, siedlungs- und ordnungspolitische, raumordnungspolitische Fakten und Fragen der Nebenerwerbslandwirtschaft entsprechend zu berücksichtigen. Während die ÖVP-Agrarpolitik ihr gesamtes Heil in einer Strukturpolitik sah, die sie auch in den Bergbauernraum verpflanzen wollte, ohne aber preisliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, war ich, das kann man jederzeit in allen Unterlagen feststellen, stets bemüht und bin dafür eingetreten, in der Förderung der Landwirtschaft die spezifischen Funktionen aller Betriebstypen ohne soziale Härten vorzunehmen, wobei auch soziale Elemente mit in Betracht gezogen wurden.

Ich freue mich, daß diese Politik auch durch den Herrn Abgeordneten Dr. Lanner bestätigt wurde. Er hat sich ja mehrmals für eine differenzierte Agrarpolitik ausgesprochen und damit eigentlich die Richtigkeit meiner Agrarpolitik dadurch bestätigt. (Abg. Minkowitsch: Das ist eine kühne Schlußfolgerung!) Das ist eine sehr logische Schlußfolgerung, Herr Abgeordneter Minkowitsch. Ich bin ja überzeugt, daß der Herr Abgeordnete Lanner jetzt diese Politik bestreiten wird, aber dann muß er auch seine eigenen Aussagen bestreiten.

Während die ÖVP zum Beispiel heute gar nicht müde wird, ununterbrochen preispolitische Forderungen zu stellen, und dabei vergibt, daß sie zwischen 1966 und 1970 kaum Aktivitäten auf diesem Sektor gesetzt hat, ist während unserer Zeit der Erzeugermilchpreis zweimal erhöht worden, der Qualitätsweizenpreis zweimal erhöht worden, der Durumweizenpreis erhöht worden, Gerste, Hafer, Mais, Rüben, und so weiter. Wenn wir das so gehandhabt hätten wie in der Zeit zwischen 1966 und 1970, dann würde das Verhältnis heute wesentlich anders ausschauen, Herr Abgeordneter Hietl.

Und daß wir auf diesem Weg richtig waren, hat ja letztlich auch der Grüne Bericht 1972 bestätigt. Während sich das Betriebseinkom-

9152

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs**

men je Arbeitskraft von 1967 bis 1969 nur um 9,9 Prozent auf 31.850 S erhöhte, stieg es während meiner Amtszeit um 28 Prozent auf 43.550 S. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister! Darf ich beim letzten beginnen, wo Sie annehmen, daß ich damit ansetzen würde, einen Gegensatz zwischen Ihnen und mir in einem Punkt zu konstruieren, wo ich es gar nicht für notwendig halte. Ich glaube, wir sollten nicht um jeden Preis Gegensätze suchen. Wir haben in unserem Grazer Programm — und dieses Programm stammt aus dem Jahre 1971 — sehr deutlich klargestellt, daß wir eine Politik machen wollen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird, und diese Bedürfnisse sind eben unterschiedlich, den Menschen entsprechend unterschiedlich, der Region entsprechend unterschiedlich, und daher wird auch eine Politik differenziert sein müssen. In diesem Punkt, Herr Minister, glaube ich nicht, daß ein Gegensatz vorhanden ist. Vielleicht geht die Diskussion darüber, wer früher erkannt hat, wie man richtige Politik macht.

Darf ich mich zunächst aber noch mit dem Abgeordneten Egg befassen; er ist leider nicht hier. (*Abg. Zingle: Ich sage es ihm!*) Sie sagen es ihm? Nett. Mündliche Überlieferung funktioniert. Es sind zwei Dinge, wobei ich Wert darauf gelegt hätte, daß er beim zweiten Punkt hier gewesen wäre; das ist leider nicht der Fall. Er meinte, daß er sich nicht ganz darüber im klaren wäre, wie denn das Vertrauen der Landwirte zur sozialistischen Regierung sei. Ich würde bitten, ihm zu sagen: Damit er sich hier in der Interpretation leichter tut, würde ich ihm empfehlen, daß er sich das Wahlergebnis der oberösterreichischen Landwirtschaftskammerwahl vom 28. Oktober 1973 ansieht, wo der bescheidene Rest der Sozialisten noch einmal halbiert wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das zweite — und hier bedauere ich, daß er nicht hier ist — war eine Entgleisung, die eigentlich einem denkenden Menschen nicht passieren sollte. Den unqualifizierten Angriff auf die Landwirtschaftskammern, eine Pauschalverdächtigung gegenüber Beamten, die ihr Bestes tun, möchte ich hier energisch zurückweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und nun, Herr Minister, zu Ihnen, zu etwas Grundsätzlichem und zu einer Vorbemerkung. Sie werden sagen: Na gut, Opposition, der Lanner, jetzt muß die Kritik beginnen.

Wir kritisieren nicht, Herr Minister, sondern wir beurteilen nur kritisch — das ist ein kleiner Unterschied, meine Damen und Herren —, und wir rücken die Probleme ins rechte Licht und bezeichnen sie mit jenen Namen, die ihnen zukommen. — Ende des Zitates. Landwirtschaftsminister Weihs am 10. Dezember 1968.

Herr Minister! Die Dinge ins rechte Lot rücken, heißt folgendes: Sie und Ihre Partei-freunde sind 1970 den Österreichern gegenüber mit dem Versprechen angetreten, alles besser zu machen: Wir machen alles besser, wir machen eine bessere Agrarpolitik, und — so der erste Satz im Wirtschaftsprogramm der Sozialisten — die Bauern sind Opfer einer falschen Agrarpolitik. Wir haben 1400 Experten, die wissen, wie es besser zu machen ist, wie man es anders macht. — Heute fragt uns der Herr Abgeordnete Pfeifer in einem fast jammerhaften Ton, was man in der Agrarpolitik tun solle. Herr Kollege Pfeifer, wo haben Sie denn Ihre Experten gelassen, wenn Sie sich schon nicht dazuzählen? (*Zwischenruf des Abg. Pfeifer. — Abg. Wielandner: Sie haben es 25 Jahre lang nicht gewußt!*) Ich würde empfehlen rückzufragen, vielleicht mündlich, oder irgendifwo nachzulesen. Ich bin gerne bereit, da Sie an uns Fragen gestellt haben, Ihnen unser Programm, das Grazer Programm aus dem Jahre 1971, zu geben, wo Sie sehr vieles finden werden. (*Abg. Pfeifer: Ich lese es ja nicht!*) Sehen Sie, weil Sie es nicht lesen, wissen Sie nicht, wie man Agrarpolitik macht. Deshalb müssen Sie diese Fragen stellen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Herr Abgeordneter Pfeifer!** Ich sage nicht — das ist vielleicht von der Oppositionsseite ungewöhnlich —, das ist der Weisheit letzter Schluß. Ich sage nicht, das ist das Ei des Kolumbus für die nächsten 50 Jahre. Wir haben es einen ersten Schritt genannt. Ich kann Ihnen mit gutem Gewissen sagen, hier können Sie viel Wertvolles für eine moderne Agrarpolitik herausnehmen und hier finden Sie eine Antwort auf Ihre Fragen. (*Ruf bei der SPÖ: Viel zu spät!*)

Ein gutes Stichwort: Zu spät. Herr Kollege! Lange Zeit konnten Sie mit einem gewissen Eindruck auf viele sagen: Wir haben ein furchtbare Erbe übernommen. Diese ÖVP, dieser Bauernbund! Man kann doch nicht alles von heute auf morgen ändern! Jetzt sind Sie dreieinhalb Jahre nach der Machtübernahme in der Regierung. (*Ruf bei der SPÖ: Regierungsübernahme!*) Nach der Regierungsübernahme — seien wir nicht zimperlich. Dreieinhalb Jahre lang waren Sie nicht in der Lage, ein Agrarkonzept auf die Beine zu stellen.

**Dr. Lanner**

Nach dreieinhalb Jahren tritt Ihr Hauptsprecher an das Podium und fragt: Wie soll ich Agrarpolitik machen? (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Pfeifer: 25 Jahre lang haben Sie von Planungsfetischismus gesprochen, haben Sie jede Planung abgelehnt!*) Herr Kollege Pfeifer! Jetzt ist es zu spät. Ein paar Monate nach der Übernahme hätten Sie es machen können. (*Abg. Libal: Was ihr 25 Jahre lang nicht zusammengebracht habt, sollen wir in kürzester Zeit machen!*) Ich verstehe natürlich, daß Sie das beunruhigt. Ich habe Verständnis dafür. Beruhigen Sie sich, Herr Abgeordneter Libal! Lesen Sie das Grazer Programm. Studieren Sie dieses Programm und handeln Sie entsprechend diesem Programm, dann wird die Sache wieder flott werden. Dann vergessen wir die Sache. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Libal: Ja, das wäre euch recht!* — *Ruf bei der SPÖ: Wenn Sie die Mehrheit hätten, vergessen Sie das Programm wieder!*)

Herr Kollege! Ich habe Verständnis dafür, daß es Ihnen eher peinlich wäre, Ihr Wirtschaftsprogramm, Abschnitt Agrarpolitik, hier zu zitieren. Das ist keine Augenweide und wäre für jemand, der es vorgetragen bekommt, kein Ohrenschmaus. Ich habe Verständnis dafür. Schwamm drüber, gehen wir zum nächsten Punkt. Ich glaube, wir sollen hier zu einer ernsthaften Analyse kommen.

Wir sollen dazu übergehen, uns die Frage zu stellen — damit wir das ein für allemal abschließen —: Wie steht es mit dem Budget 1974? Im Fernsehen zeigt man uns die Statistik des Finanzministers. Eine ständig steigende Kurve, es geht aufwärts. Die Bauern haben mehr bekommen. Warum, fragt man, kritisieren sie denn ewig? Ich möchte — und ich glaube, damit könnten wir diesen Punkt abschließen — folgendes sagen: Es ist richtig, daß bei den Zinsenzuschüssen und beim Beratungswesen insgesamt um 36 Millionen Schilling mehr im kommenden Budget enthalten sind. Es ist richtig, daß das Agrarbudget im Jahre 1974 um rund 200 Millionen höher ist als im Vorjahr. Aber jetzt schauen wir hinter die Kulissen. Und wie sieht es hinter den Kulissen aus?

Diese zusätzlichen Posten sind einmal eine Aufstockung für den Verwaltungsapparat im Landwirtschaftsministerium. Sie ist notwendig, aber erzählen Sie das den Bauern. Weiters eine Aufstockung für die Lehr- und Versuchsanstalten. Über 100 Millionen sind — bitte, im Agrarkapitel — für den Schutzwasserbau und für die Lawinenverbauung vorgesehen. Ich frage Sie: Ist das nur ein agrarisches Anliegen? Ist das etwas, was Sie den Bauern dazuaudieren müssen? Sind Sie nicht inter-

essiert, wenn Sie irgendwohin fahren, daß keine Lawine heruntergeht oder daß keine Muren kommen? Ist das nicht ein globales, ein nationales Anliegen? Das sind die Hintergründe. (*Abg. Wielandner: Wo sollten wir es denn veranschlagen?*)

Und dann kommt eine sehr interessante Post. Sie ist in allen Bereichen aufgestockt worden, nämlich die Mittel für die Spanische Hofreitschule, für die Wiener Internationale Gartenschau 1974, für Schönbrunn, für das Belvedere, für den Burggarten und für den Hofgarten. Das ist die Budgetanalyse! Und haben Sie den Mut, wenn Sie den Leuten sagen, es ist mehr in der Summe, auch diese kritische, sachgerechte Analyse vorzunehmen.

Nun hat das Landwirtschaftsministerium über die „Salzburger Nachrichten“ — ich beziehe mich auf den 15. November — gemeint, man solle doch mit dem Agrarbudget nicht so kritisch sein. Die neue Vision heißt doch ländlicher Raum. (*Bundesminister Dr. Weihes: Wir haben ihn übernommen!*) Herr Minister! Ich freue mich, daß Sie diesen Gedanken langsam übernehmen, nur müssen Sie handeln und nicht nur reden. Wie aber sieht hier die Analyse aus: Sie haben die Mittel für die Verkehrserschließung — also den Zugang für jeden Menschen, damit er hinfahren kann, damit er zum Markt kommen kann, damit er Hilfe holen kann, damit er zur Schule kommen kann, damit er sich erholen kann —, diese Mittel haben Sie um 28,5 Millionen gekürzt. Sie haben die Mittel für die Regionalförderung, für die Elektrifizierung und für die Netzverstärkung im ländlichen Raum gekürzt.

Herr Minister! Ich verstehe Sie hier nicht. Ich kann nicht annehmen, daß Sie nicht wissen, daß das ein Fehler ist. Ich muß einfach unterstellen, daß man Sie nicht handeln läßt, denn Sie als Mann, der Agrarpolitik studiert hat, müßten doch wissen — und heute haben Sie es uns wieder gesagt —, es kommt darauf an, daß wir diesen Menschen im ländlichen Raum Chancen eröffnen. Ja wenn Sie ihnen die Wege absperren, dann reden Sie doch nicht von Chancen und strapazieren Sie doch nicht das Schlagwort der Chancengleichheit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch eines: Zu den Wegen, zum Zugang, zur Verbindung zählt in ähnlicher Form auch das Telefon. Ich weiß schon, Sie werden sagen: fällt nicht in mein Ressort. Aber ich glaube, wir sollten hier die Zusammenschau pflegen, wie man bei Ihnen hier Politik macht in der sozialistischen Regierung. Wir von der ÖVP haben vor einem Jahr einen Vorschlag eingebracht, wie man im ländlichen Raum billiger und schneller zu einem Telefon kommt.

9154

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Dr. Lanner**

Was ist die Folge? Der Antrag wird blockiert. Man kann ihn im Ausschuß nicht einmal behandeln, offenbar deshalb, weil Sie die Idee nicht selbst gehabt haben.

Der Herr Abgeordnete Stögner meinte, man könne nicht nur das Agrarbudget sehen, man muß doch auch den Sozialteil sehen, das Sozialkapitel. Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß im kommenden Jahr im bäuerlichen Sozialbereich sehr wesentliche Verbesserungen eintreten; über 300 Millionen Schilling mehr. Das ist richtig. Aber es ist genau so richtig, daß Sie das auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung machen, Gesetzen, die von der ÖVP unter der ÖVP-Alleinregierung im Jahre 1969 geschaffen wurden.

Es waren der heutige Sozialminister Häuser und der Sozialsprecher Pansi, die sich damals dafür eingesetzt haben — es ist in allen Protokollen des Parlaments nachzulesen —, daß die Bauern höhere Beiträge bezahlen und geringere Leistungen bekommen. Das ist die Wahrheit, die Sie auch dazusagen müssen, wenn Sie von den Verbesserungen im Sozialbereich sprechen, wo Sie lediglich einer Verpflichtung auf Erfüllung eines Gesetzes nachkommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Minister! Sie haben sich mit einem Zahlenspiel befaßt, das immer wieder vom Begriff der Roheinnahmen ausgeht. Ich will nicht sagen, daß die von Ihnen genannten Zahlen falsch sind. Ich kann sie nicht so schnell überprüfen, aber ich gehe zunächst von der Annahme aus, daß sie richtig sind.

Nur, Herr Minister, können Sie nicht von Roheinnahmen reden, ohne gleichzeitig vom Aufwand zu sprechen. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Kein Wort davon ist gefallen!) Denn kein Mensch und auch die Bauern nicht können von den Roheinnahmen leben. Alle leben wir von dem, was unter dem Strich übrig bleibt. Sie haben aber nichts davon gesagt, daß die Düngemittel, beispielsweise Thomasmehl, in der Zeit der SPÖ-Regierung bis zu 60 Prozent gestiegen sind.

Sie werden sagen: die Weltmarktentwicklung! Zum Teil ist das richtig, da gebe ich Ihnen recht, aber genau so richtig ist auch, daß die Steuerpolitik der SPÖ zum Teil daran schuld ist. Der Herr Finanzminister Androsch erklärte uns auf unsere Vorhaltungen, daß es zu unverantwortlichen Teuerungen bei Handelsdünger gekommen ist: Jawohl, meinte er, ich gebe das zu, aber in anderen Bereichen haben Sie sicher etwas bekommen. — Er hat also gar nicht in Frage gestellt, daß eine Lawine der Teuerung auf die Bauern zugekommen ist.

Beim Treibstoff argumentieren Sie in der Regel mit dem, was die Bauern bekommen. Ich habe mir herausreden lassen, um wieviel mehr ein Bauer heute für Dieselöl nach Abzug der Rückvergütung bezahlt. Ein Bauer zahlt im kommenden Jahr 1974 gegenüber dem Jahr 1970 um 75 Prozent mehr für das Dieselöl. Und wenn Sie, Herr Minister, davon sprechen, wie die Roheinnahmen aussehen, dann müssen Sie dazusagen, wie sich der Aufwand entwickelt hat, und dann sollten Sie die Kraft aufbringen zu sagen, daß es unter dem Strich nicht immer — ich sage bewußt: nicht immer — sehr rosig aussieht. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Der Herr Abgeordnete Pfeifer meinte: Die Bauern sind immer sehr schnell mit Aktionen da, wenn es nicht ganz paßt. — Herr Kollege Pfeifer! Nachdem ich in jeder Phase der Gespräche in den letzten Jahren selbst dabei war, kann ich Ihnen sagen: Bevor wir Aktionen im kritischen Sinn mit einer gewissen Bewegung gestartet haben, haben wir immer — immer! — zuerst den Weg des Gespräches gesucht, auch bei der letzten für Sie sehr unangenehmen Aktion: „Stellt die Regierung.“

Wir waren beim Landwirtschaftsminister — er zeigte sich hilflos. Wir waren beim Bundeskanzler — er zeigte sich unwillig. Daraufhin sagten unsere Leute — und dafür, glaube ich, sollten wir alle Verständnis haben —: Hier Hilflosigkeit, dort mangelndes Verständnis — es bleibt uns keine andere Wahl. Ich möchte Ihnen eines in allem Ernst sagen: Wir suchen keinen Streit, schon gar nicht um des Streites willen. Aber wir betteln auch nicht um etwas, worauf wir Anspruch haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Minister, nun zu Ihrer Bergbauernpolitik. Ich möchte anerkennen, daß Sie sich hier zumindest bemühen, daß Sie verschiedenes versuchen. Ich möchte den Versuch anerkennen, ich muß den Erfolg bisher in Abrede stellen.

Ich darf Sie daran erinnern — das ist vielleicht für die anderen Damen und Herren nicht uninteressant —, daß Sie zuerst mit einer Bergbauernhilfe von 300 S begonnen haben. Damals, in der ersten Stufe, waren Ihnen noch über 100.000 Bergbauern wertvoll. (Abg. Dr. Tull: Dr. Lanner! Was hat denn der Schleinzer gemacht? Nichts!) Herr Abgeordneter Tull! Wissen Sie, was schön wäre und was der Demokratie und uns allen gut täte: Wenn man den Mut hätte, nicht immer nur zu kritisieren, sondern gewisse Dinge auch anzuerkennen. Ich habe den Versuch anerkannt, ich muß den Erfolg in Frage stellen.

**Dr. Lanner**

Ich bin dabei, das zu begründen. Wenn Sie sich das noch anhören und dann noch einen guten Zwischenruf platzieren, dann werde ich sicher darauf eingehen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Tull: Das war immerhin ein Versuch, aber der Schleinzer hat gar nichts gemacht!*)

Herr Kollege Sekanina, warum lachen Sie? (*Abg. Dr. Tull: Er wird doch noch lachen dürfen!*) Sie haben geglaubt, daß Sie mit 80 Groschen pro Tag — jetzt provozieren Sie mich, das umzurechnen, denn das bedeuten 300 S pro Betrieb und Jahr — Bergbauernpolitik machen können. Das, meine Damen und Herren, ist eine Illusion, das werden Sie mir zugeben. (*Abg. Pfeifer: Sie haben sich gar nicht darum gekümmert!*)

In der ersten Phase waren Ihnen also noch 100.000 Betriebe wertvoll. Im zweiten Jahr waren es nur mehr 16.500, denen haben Sie dann allerdings 6 S pro Tag gegeben. (*Abg. Dr. Tull: Was hat Ihnen denn der Schleinzer gegeben?*) Und jetzt sind wir bei der dritten Phase, wo Sie von 16.500 auf 35.500 aufstocken. (*Abg. Dr. Tull: Worauf hat denn der Schleinzer aufgestockt?*) Der eine Teil bekommt jetzt 2000 S pro Jahr, der andere bekommt 1000 S pro Jahr.

Und jetzt, Herr Abgeordneter Tull, müssen Sie genau aufpassen, jetzt kommt der springende Punkt. (*Abg. Dr. Tull: Wo der Schleinzer über die Klinge springt und der Koren kommt!*) Der springende Punkt ist nämlich der, daß es nichts Schlechtes ist, zu versuchen, zu experimentieren, wenn es besser wird. Es ist aber ein großer Irrtum — hier möchte ich Sie aufklären und warnen — zu glauben, mit 1000 oder 2000 S können Sie die Berggebiete besiedelt halten und dort auch noch eine gewisse Nahrungsmittelproduktion gewährleisten. Das ist der entscheidende große Irrtum.

Deshalb habe ich ja gesagt: Herr Landwirtschaftsminister, ich verstehe nicht, warum Sie als Agrarfachmann sich breitschlagen lassen, die Mittel für die Verkehrserschließung zu kürzen, die Mittel für die Regionalerschließung einzuziehen, warum Sie unseren Telephoneschließungsantrag blockieren. Sie sind einfach eine Neinsagerpartei. Meine Herren, so kann man doch nicht arbeiten! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Tull: Was hat denn der Schleinzer gesagt?*) Der Schleinzer hat von der Neinsagerpartei nichts gesagt, das ist nämlich jetzt erst so aktuell geworden. (*Abg. Dr. Tull: Der Schleinzer hat alles verschlafen, der war ein Siebenschläfer, der hat gar nichts gemacht!*) Herr Abgeordneter Tull, beruhigen Sie sich.

Präsident Dr. Maletta (*das Glockenzeichen gebend*): Ich wäre dankbar, wenn die Zwischenrufer etwas einschlafen würden.

Abgeordneter Dr. Lanner (*fortsetzend*): Ich möchte Ihnen nur noch ein Beispiel sagen, damit Sie sehen, daß diese Dinge nicht einfach aus der Luft gegriffen sind oder, weil wir von der Opposition sind, aus Bestemm vorgegraben werden. (*Abg. Dr. Tull: Besser das Wenige unter Weihs als das Nichts unter Schleinzer!*)

Ich hatte kürzlich Gelegenheit, mit dem Staatssekretär Popp von der Schweiz zu sprechen. Der Herr Staatssekretär Popp meinte folgendes: Sie praktizieren in der Schweiz seit dem Jahr 1959 direkte Bergbauernförderung und haben daher auf diesem Gebiet die meiste internationale Erfahrung. Sie sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß sie selbst dann, wenn sie Betrieben pro Jahr 24.000 S geben — Sie hören richtig: nicht 2000 S, sondern 24.000 S! —, die Besiedlung dieser Gebiete nicht gewährleisten können, wenn die Infrastruktur in Unordnung ist, wenn es keine Wege gibt, wenn es keine Schneeräumung gibt, wenn es kein Telefon gibt, wenn es keine vernünftige ärztliche Versorgung gibt und so weiter. Jetzt komme ich wieder darauf zurück: Und Sie kürzen ... (*Abg. Libal: Wo gibt es denn keine Wege? Überall asphaltierte Straßen!*)

Herr Abgeordneter Libal! Sie kennen keine Gebiete, wo es keine unerschlossenen Betriebe gibt? Ich darf Sie herzlich zu einem Besuch des ländlichen Raumes einladen. Den Termin können Sie sich aussuchen, und dann treten wir hintereinander in der Debatte an, weil ich dann sogar eine Schützenhilfe von Ihrer Seite bekomme; das weiß ich genau. (*Abg. Doktor Tull: Man kann doch nicht die Versäumnisse eines Schleinzer und der übrigen ÖVP-Agrarpolitiker in einigen Jahren wieder wettmachen!* — *Abg. Pfeifer: Wo waren Sie vor 1970, Herr Kollege Lanner?*) In der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Herr Kollege Pfeifer! (*Lebhafte Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Tull, die Aktivität des Schleinzer tut Ihnen sehr weh, deswegen kommen Sie damit ununterbrochen. (*Abg. Doktor Tull: Nein, daß nichts geschehen ist!*) Das macht es nicht ungeschehen (*Abg. Dr. Tull: Daß Schleinzer nichts gemacht hat!*), daß Sie die Mittel für die Verkehrserschließung sowohl im heurigen Jahr als auch im Vorjahr kürzen und daß Sie damit eine Todsünde gegen die Menschen im ländlichen Raum begehen. Das ist der springende Punkt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

9156

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Dr. Lanner**

Ich darf zusammenfassen. Ich suche in der Zusammenfassung an der Spitze das Gemeinsame. Das Gemeinsame nämlich, daß wir alle daran interessiert sind und gerade in der heutigen Zeit interessiert sein müssen, eine leistungsfähige heimische Landwirtschaft zu haben. (*Abg. Dr. Tull: Die Sie unter Schleiner nicht gehabt haben!*) Und wenn wir das auch in der Zukunft haben wollen, müssen wir drei Bereiche erfüllen:

Wir müssen erstens dazu kommen, daß auch die Landwirtschaft von der Seite des Einkommens her wieder attraktiv wird, daß wir nicht nur von Roheinnahmen reden, sondern auch den Aufwand berücksichtigen und daran denken, was den Leuten unter dem Strich bleibt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und wir, ich sage wir, wir müssen dazu kommen ... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Beruhigen Sie sich, meine Herren, Sie haben alle Möglichkeiten, hier zu reden. Sie haben eine schöne Stimme, wir wollen das länger hören. Kommen Sie noch heraus. (*Zwischenruf des Abg. Sekanina.*) Herr Abgeordneter Sekanina, noch einmal: Sie haben sicher Verständnis für den Begriff des Einkommens. Die Landwirtschaft muß auch wieder vom Einkommen her attraktiv werden. Was Sie in den letzten drei Jahren hier angestellt haben, sollten Sie zumindest reuig einbekennen und es besser machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ein zweites: Freizeit und Erholung — Herr Abgeordneter Pfeifer, jetzt passen Sie gut auf — dürfen auch in der Landwirtschaft in Zukunft keine Fremdwörter mehr sein, und Krankheit (*Abg. Dr. Tull: Das hätten Sie vor 1970 machen können!*) darf nicht zu einer betriebswirtschaftlichen Katastrophe führen. Wir müssen Betriebshelfer, Dorfhelper, Familienhelper — alles Grazer Programm 1971 — forcieren, unterstützen und ausbauen. Es genügt nicht, daß Sie, wenn Sie an der Regierung sind, nur davon reden, Sie müssen handeln. Sie müssen entscheiden, Sie müssen für diese Menschen etwas tun. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ein drittes: Hier würde ich bitten, daß Sie nicht sofort in Emotionen ausbrechen. (*Ruf bei der SPÖ: Aber woher! — Abg. Libal: Jetzt kommt's!*) Das ist sehr ernst, Herr Abgeordneter Libal. Wir müssen diesem Berufsstand neben dem Einkommen, neben einer menschenwürdigen Arbeitsverfassung wieder das Gefühl geben, daß wir diese Menschen brauchen, daß wir sie schätzen, daß sie wertvoll sind. (*Abg. Dr. Tull: Das wurde nie in Zweifel gezogen!*) „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. Dezember 1973, um die letzte Mitteilung in dieser Richtung zu zitieren; ich bitte auch

Sie, Herr Abgeordneter Tull, daß Sie mit dieser Kampagne gegen das Bauerntum aufhören. Wollen Sie das weiter so betreiben: Überschüßproduzenten, Subventionsempfänger — 8. Dezember „Arbeiter-Zeitung“, schauen Sie sich das an —, Almosenempfänger? Das sind Vokabel, die wir gemeinsam vergessen sollten. (*Abg. Dr. Tull: Almosenempfänger ist nicht richtig!*) Ich suche eine Brücke für Sie, beachten Sie die Formulierung „die wir vergessen sollten“, denn sonst, meine Damen und Herren, machen wir diese Leute kopfscheu. Wir brauchen die Besten von ihnen, und diese Besten werden bei uns nicht bleiben, wenn das Einkommen nicht interessant ist, wenn die Arbeitsverfassung nicht menschlich ist und wenn das Ansehen und das Berufsbild in der Öffentlichkeit nicht entsprechend sind. Wir brauchen diese Menschen für einen gesicherten und schönen Erholungsraum, wir brauchen sie, damit sie durch ihren Einkauf Arbeitsplätze sichern, und wir brauchen sie, damit die Ernährung auch morgen noch gesichert ist. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Brunner. Ich erteile es ihm. (*Ruf bei der ÖVP: Wann redet der Abgeordnete Tull?*) Jetzt redet der Brunner.

**Abgeordneter Brunner (ÖVP):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war dem Herrn Abgeordneten Egg vorbehalten, heute diese von ernsten Argumenten getragene Agrardebatte als das „Bauernspiel“ zu bezeichnen. Ich überlasse es Ihnen, diese Probleme, die hier besprochen werden, als „Spiel“ zu bezeichnen, in einer sehr ernsten Zeit, in der wir es bitter notwendig hätten, die Anliegen der Landwirtschaft sehr ernst zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die österreichische Landwirtschaft ist ebenso wie die anderer vergleichbarer Länder vor große Probleme gestellt. Die ständige Abwanderung in andere Berufe, die erschreckend sinkenden Besucherzahlen in den landwirtschaftlichen Berufsschulen beweisen dies sehr deutlich.

Diese Abwanderung muß durch Anschaffung von Maschinen und technischen Einrichtungen ausgeglichen werden. Die Landwirtschaft wurde zu einem großen Auftraggeber für Handel, Gewerbe und Industrie. Laut Wirtschaftsforschungsinstitut hängt ein Drittel der Arbeitnehmer von einer leistungsfähigen Landwirtschaft ab.

Die Erschließung des ländlichen Raumes durch Straßen, elektrischen Strom und Telephone bietet auch dem erholungssuchenden Städter leichter die Möglichkeit der Entspan-

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9157

**Brunner**

nung und der Ruhe. Es bietet sich dabei auch die Gelegenheit, gefaßte Vorurteile zwischen Stadt und Land abzubauen, sich gegenseitig kennen und achten zu lernen.

Wir Bauern bemühen uns, die Produktion dem Geschmack und dem Wunsch der Konsumenten anzupassen. Marktangepaßt erzeugen ist aber nicht so einfach, wie sich das viele vorstellen. Das Werden und Gedeihen in der Tier- und Pflanzenwelt geht langsam vor sich und ist voller Risiko. Es erfordert ein hohes Maß an fachlichem Können, Sparsamkeit und Einsatz der ganzen bäuerlichen Familie. Wir sind bestrebt und unternehmen alle Anstrengungen, beste Qualität auf den Markt zu bringen. Der Verbraucher weiß dies auch zu schätzen.

Es ist daher unverständlich, aber auch unverantwortlich, daß die Regierung auch mit dem Budget für 1974 genauso wie 1973 die Bauern zu Stieffkindern der Gesellschaft gemacht hat. Wir brauchen keine Bevorzugung. Wir nehmen aber das Recht, das wir anderen Berufsgruppen gern zubilligen, auch für uns in Anspruch.

Wir haben in Österreich 367.000 landwirtschaftliche Betriebe. Davon befassen sich 228.000 mit der Rinderhaltung. Von diesen aber sind es wieder 180.400 Betriebe, die Milch erzeugen. Damit ist erwiesen, daß der Großteil unserer Bauern von der Rinderhaltung und von der Milchviehhaltung lebt.

Es ist umstritten, daß gerade die Milchkuhhaltung den meisten Arbeitsaufwand mit sich bringt. Die Kühe müssen täglich zweimal gefüttert, gemolken und betreut werden; auch an Sonn- und Feiertagen. Der hohe Kapitalaufwand für Stalleinrichtungen, teure Maschinen zur Futtergewinnung, zur Melkung und Kühlung darf nicht übersehen werden.

Die Milchkuhhaltung verlagert sich immer mehr in jene Gebiete, die uns agrarpolitisch am meisten am Herzen liegen müssen, in unsere Problemgebiete, in das Grünländ, in die Übergangs- und Berglagen. Diese Bauern — es sind nicht wenige — müssen vorwiegend von der Milchwirtschaft leben. Das Milchgeld ist für sie oft die einzige Einnahme.

Die Milch ist ein hochwertiges Grundnahrungsmittel, das in seiner Bedeutung für die Volksgesundheit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Österreich liegt derzeit beim Trinkmilchverbrauch mit rund 150 l pro Kopf und Jahr an 9. Stelle, beim Butterverbrauch mit rund 5,5 kg an 16. Stelle und beim Käseverbrauch mit etwa 6 kg ebenfalls an 16. Stelle der FAO.

Sehr erfreulich ist die ständige Steigerung des Inlandabsatzes bei Flüssigmilchprodukten um mehr als 3 Prozent und bei reiner Trinkmilch um 1,8 Prozent im laufenden Jahr.

Diese Absatzsteigerungen im Inland sind meiner Meinung nach auf die gute Qualität unserer Molkereiprodukte zurückzuführen.

Was aber die Lagerbestände an Molkereiprodukten betrifft, sind sie im Sinne einer notwendigen Vorratshaltung eher sehr bescheiden. Es lagern derzeit etwa 1700 t Butter. Wenn wir bedenken, daß wir in der Woche etwa 800 t verbrauchen, so ist das ein Vorrat von etwa 14 Tagen. Des weiteren lagern 1400 t Vollmilchpulver, 5600 t Magermilchpulver und 2500 t Milcheiweiß. Angesichts dieser Tatsachen wäre eine Absenkung des Krisengroschens gerechtfertigt.

Ebenso muß ich dringend verlangen, daß die Verhandlungen über den seit Sommer dieses Jahres vorliegenden Antrag auf Erhöhung des Produzentenmilchpreises unverzüglich aufgenommen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ich werde Ihnen nun an Hand einiger Beispiele beweisen, daß diese zweimalige Produzentenmilchpreisaufbesserung zu keiner Einkommensverbesserung der Landwirtschaft geführt hat:

1 l Milch kostete im Jahre 1969 2,17 S bei 3,5 Prozent Fett, derzeit sind es 2,76 S.

Der Preis von 100 kg Nitromoncal betrug im Jahre 1969 158 S, er beträgt heute 214,60 S. Das bedeutet, daß ein Landwirt heute 84 l Milch gegenüber 73 l Milch für 100 kg Nitromoncal aufwenden muß. Das sind heute um 11 l Milch mehr.

Der 42-PS-Traktor, einer, der am häufigsten in Österreich verwendet wird, kostete im Jahre 1969 94.400 S, heute kostet er 126.556 S. Wieder in Liter Milch ausgedrückt: 1969 43.500, heute aber 49.400 l! Das sind um 5900 l Milch mehr, die der Bauer aufwenden muß! Die Baukosten für 300 Kubikmeter Bautenraum betragen im Jahre 1969 121.988 S, heute sind es 192.952 S; wiederum um 19.200 l Milch mehr.

Wir haben die Umlenkung von Milch auf Fleisch als vernünftige Marktanpassung und Nutzung ernst genommen und die Produktion dementsprechend aufgebaut. Allerdings kann man eine Kuh nicht wie eine Maschine mit Knopfdruck auf eine andere Produktion umlenken. Hier ist mühselige, mit vielen Rückschlägen verbundene jahrelange Züchterarbeit erforderlich.

Unsere Tierzucht hat eine große Aufbauarbeit geleistet, die in der in- und ausländischen Fachwelt Beachtung und Anerkennung

629

9158

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Brunner**

findet. Die hervorragende Qualität unserer Zucht-, Nutz- und Mastrinder ist unumstritten und kommt letzten Endes dem Verbraucher zugute. Diese erfreuliche Tatsache darf nicht leichtfertig gefährdet werden.

Ich habe beim Bundesvoranschlag für 1973 darauf verwiesen, daß Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister, für die staatliche Milchpreisstützung wegen zu niedriger Dotierung im heurigen Jahr 130 Millionen fehlen werden. Das ist auch eingetreten, Herr Bundesminister, nicht aber etwa wegen einer höheren Anlieferung von Milch, denn die Anlieferung ist ja etwa um 1 Prozent gesunken!

Was aber haben Sie, Herr Minister, gemeinsam mit dem Herrn Finanzminister gemacht, um diesen Fehler auszugleichen? — Sie haben einfach aus gesetzlich für den Rinderabsatz gebundenen Geldern die 130 Millionen herausgenommen und damit die staatliche Milchpreisstützung mit dem 2. Budgetüberschreitungsgesetz finanziert.

Eine solche Vorgangsweise ist leichtfertig und unverantwortlich. Diese Beträge würden wir jetzt dringend für den Rinderabsatz brauchen. Aber es scheint Sie ja wenig zu interessieren, wieviel Vieh in den Ställen und Scheunen auf den Verkauf wartet. Dieser Regierung scheint es gleichgültig zu sein, zu welchen Preisen die österreichischen Bauern ihre Rinder verkaufen müssen.

Die zweimalige Schillingaufwertung, die Abwertung der Lira, die Drittlandstellung zur EWG sind beim Export nach Italien ein großer Schaden für die österreichische Landwirtschaft. Herr Bundesminister! Ich fordere Sie auf, unverzüglich Maßnahmen zu setzen, die geeignet sind, beim Rinderexport in den EWG-Raum Preise zu erzielen, welche die Schäden einer verfehlten Währungs- und EWG-Politik ausgleichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es müßte doch Aufgabe auch dieser Regierung sein, hier nach dem Rechten zu sehen!

Ein Beispiel für viele: Ein Bauer erzielt bei einer Versteigerung für eine hochträchtige Kalbin mit guter Abstammung 15.000 S. Wenn Sie bedenken, daß diese Kalbin etwa 1000 Tage alt ist, dann stellen Sie fest, daß auf den Tag ein Betrag von 15 S kommt. Davon müssen aber noch der Preis für das Kalb, die Futterkosten für die Aufzucht und allfällige Tierarztkosten bezahlt werden. Was dann noch übrigbleibt, ist der Lohn für die Arbeit.

Beim Bundesvoranschlag für 1974 wurde wie beim Voranschlag für 1973 den dringenden Erfordernissen der Landwirtschaft nicht Rechnung getragen. Mir scheint, diese Regie-

rung ist sich auch heute noch nicht bewußt, daß nur eine leistungsfähige, starke Landwirtschaft in der Lage ist, die Bevölkerung zu ernähren und der Volkswirtschaft zu dienen.

Oder will diese Regierung die Bauern, weil sie nicht sozialistisch wählen, mit einer Kurzhalteagrarpolitik gefügig machen? Sie können mir glauben: Wir Bauern werden keine Sozialisten! (Abg. S k r i t e k: Prophezeien Sie nicht so einen Unsinn!) Wir Bauern werden auch nicht mit gekrümmten Rücken unsere berechtigten Erfordernisse von dieser Regierung erbetteln. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir werden aber dieser Regierung sehr deutlich machen, daß eine solche Behandlung der Landwirtschaft unsere Volkswirtschaft schädigt und damit langfristig auch eine gesicherte Versorgung unserer Bevölkerung mit heimischen Grundnahrungsmitteln in Frage stellt.

Hohes Haus! Die Benachteiligung und Vernachlässigung der Landwirtschaft wird in den Budgetzahlen offenkundig. Es liegt an dieser Regierung, ihre bisherige unverständliche Haltung gegenüber der Landwirtschaft aufzugeben, damit die Bauern weiterhin auf ihren Höfen bleiben und ihre Aufgabe sowohl als Nährstand unseres Volkes als auch als Devisenbringer unserer Wirtschaft erfüllen können. Oder Sie setzen Ihre bisherige Aushungerungspolitik fort: den Schaden trägt jeder Österreicher, die Verantwortung allein diese Regierung! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pansi. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Pansi (SPO):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte feststellen, daß wir Sozialisten die Arbeit unserer Bauern von jeher geschätzt haben und sie selbstverständlich auch heute schätzen. Aber wogegen wir uns ganz entschieden wehren, das ist, daß von den Bauernfunktionären ununterbrochen unrichtige Darstellungen und daß immer wieder falsche Informationen gegeben werden und es vielfach zu einer hemmungslosen Hetze gegen die Sozialisten und gegen die sozialistische Regierung kommt.

Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir das auf die Dauer nicht dulden! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Und auch nicht von einem Herrn Doktor Lanner, denn auch er gehört zu jenen, die immer unrichtige Informationen verbreiten. (Widerspruch bei der ÖVP.)

Das gilt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der rechten Seite, sowohl für die Darstellung der Einkommensentwicklung, das gilt für die Förderung, die von der sozialistischen Regierung getätigter wird, das gilt auch

**Pansi**

für die Darstellung über die Abwanderung der Arbeitskräfte beziehungsweise darüber, wieviel die Landwirtschaft der übrigen Wirtschaft an Arbeitskräften zur Verfügung stellt, und das gilt vor allem auch für die Entwicklung der sozialen Einrichtungen unserer bäuerlichen Bevölkerung.

Über die Einkommensentwicklung ist heute schon verschiedentlich gesprochen worden, aber ich finde es notwendig, noch einmal klar und deutlich darauf hinzuweisen, was der Grüne Bericht in den letzten Jahren über die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft aussagt. Ich darf annehmen, daß Sie endlich damit aufhören, den Grünen Bericht in Frage zu stellen, und wenn Sie das tun wollen, dann gehen Sie in die Grüner Bericht-Kommission und beantragen Sie dort, daß andere Unterlagen zur Berechnung der Einkommensentwicklung und der übrigen Daten herangezogen werden, die Sie im Grünen Bericht sehr zahlreich finden. Aber es ist unfair, den Grünen Bericht immer wieder anzuzweifeln.

Nach dem Grünen Bericht können wir folgende Entwicklung feststellen: Von 1966 bis 1969 ist das Betriebseinkommen je Familienarbeitskraft — also in drei Jahren — um 16 Prozent gestiegen. Von 1969 bis 1972 — also wieder in drei Jahren, in den Jahren 1970, 1971 und 1972 — ist dieses Einkommen um rund 36,7 Prozent gestiegen (*Beifall bei der SPÖ*), also während der Zeit der sozialistischen Regierung um das Doppelte! Ja, und jetzt lachen Sie, wie der Herr Abgeordnete Schrotter. Nehmen Sie den Grünen Bericht zur Hand und studieren Sie ihn einmal; denn anscheinend haben Sie ihn überhaupt noch nicht angeschaut: diesen Eindruck kann man immer wieder bekommen, wenn man Sie von der Lage in der Landwirtschaft reden hört.

Und nun die vergleichbare Entwicklung bei den Dienstnehmern. Sie brauchen nicht sehr weit zu suchen, Sie brauchen wieder nur den Grünen Bericht zur Hand zu nehmen. Dort finden Sie auf Seite 127 genau die Entwicklung der Löhne der Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft, also die Land- und Forstarbeiter ausgenommen. Dort können Sie feststellen, daß in diesen drei Jahren, also wieder 1970, 1971 und 1972, die Beitragsgrundlage bei den Gebietskrankenkassen um 32,8 Prozent gestiegen ist, also weniger als die Einkommen in der Landwirtschaft.

Ja schauen Sie sich den Grünen Bericht an! Wollen Sie auch das bezweifeln? Daher die Frage: Ist das Einkommen in der Landwirtschaft in der letzten Zeit wirklich zurückgeblieben, oder hat auch die Landwirtschaft Anteil gehabt am guten und günstigen Wirtschaftsaufschwung Österreichs?

Dazu kommt, daß auch die Frau zu einem hohen Prozentsatz, im Durchschnitt zu 80 Prozent, als Arbeitskraft gewertet wird. Es kommt also zu den ausgewiesenen Einkommen noch das Einkommen der Frau dazu in Höhe von 80 Prozent.

Es ist durchaus nicht in jeder Arbeiterfamilie so, daß die Frau zum Einkommen des Mannes noch ein Einkommen von 80 Prozent dazuverdient. Das ist nicht so. Und das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wirklichkeit.

Aber nun noch eine andere Entwicklung, hervorgerufen wiederum durch die günstige Wirtschaftsentwicklung in Österreich:

Das Nebenerwerbseinkommen hat im Jahr 1969 im Durchschnitt pro Vollerwerbsbetrieb 10.978 S betragen, im Jahre 1972 17.162 S — das ist also eine Steigerung um 6184 S oder 56 Prozent —, eben weil die Zuerwerbsmöglichkeiten gegeben waren, die früher, wo es keine so günstige Wirtschaftslage gegeben hat, nicht in dem Ausmaß zur Verfügung gestanden sind. Also auch hier eine wesentliche Verbesserung.

Und nun zu der vielzitierten Verschuldung. Herr Kollege Deutschmann hat wiederum die Zahlen verwechselt. Das passiert ihm leider des öfteren, und er bezichtigt mich dann, daß ich falsche Zahlen nenne. Das ist etwas unverständlich, aber man muß es zur Kenntnis nehmen.

Die Verschuldung hat im Jahr 1962 11,4 Prozent betragen und nichts anderes. Im Jahre 1968 waren es 9 Prozent. Also ununterbrochen eine Steigerung! Aber alle Fachleute sind sich völlig darüber einig, daß diese Steigerung in erster Linie auf die vielen begünstigten Kredite zurückzuführen ist.

Und nun einmal ein internationaler Vergleich, Herr Präsident Minkowitsch. Wie ist denn die Verschuldung in der Bundesrepublik? (*Abg. Minkowitsch: Viel höher!*) Und wie ist die Verschuldung in der vielzitierten Schweiz, wo angeblich viel mehr für die Bauern gemacht wird? — Dort liegt sie bei rund 50 Prozent! Bei uns sind es 11 Prozent. Sie sehen also, daß die wirtschaftliche Situation in Österreich wesentlich günstiger ist.

Im Jahre 1972 — auch das wurde schon erwähnt — betrug die Steigerung des Einkommens pro Arbeitskraft 17 Prozent, im nordöstlichen Flach- und Hügelland, Herr Präsident Minkowitsch, aus dem Sie kommen und in dem Ihr Betrieb liegt, sogar 27 Prozent. Also eine ausgezeichnete Steigerung der Einkommen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

9160

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Pansi**

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren des Bauernbundes, an Sie die Frage: Sie haben doch im Jahre 1971 und 1972 diese günstige Entwicklung gesehen und in Ihren Betrieben selbst mitgemacht. Ich kann doch nicht annehmen, daß Sie sich nicht interessieren, wie in Ihren Betrieben die Wirtschaftsentwicklung ist. Und trotz dieser günstigen Entwicklung Proteste noch und noch, und Sie haben die Bauern sogar auf die Straße nach Wien getrieben! Trotz der besten Entwicklung, die es in Österreich für die Landwirtschaft jemals gegeben hat. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich frage Sie: Wo bleibt da die Verantwortung?

Herr Präsident Minkowitsch! Ich bin lange Jahre Gewerkschafter und ich kann Ihnen sagen, daß es keine Schwierigkeit ist, die Arbeiter und Angestellten ebenfalls auf die Straße zu bringen. Wenn der Gewerkschaftsbund so verantwortungslos handeln würde wie Sie, wie würde es dann um Österreich stehen? (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Das ist es, was man nicht verstehen kann: bei einer so günstigen Entwicklung eine solche Politik zu betreiben! (*Abg. Minkowitsch: Man hat uns monatelang bei den Verhandlungen gefrotzelt, dann sind wir auf die Straße gegangen!* — *Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie sehen ja die wirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft! Anscheinend mußte die neue Bauernbundführung zeigen, was sie kann. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Maleta: Bitte, am Wort ist ein Redner, nicht viele!

Abgeordneter Pansi (*fortsetzend*): Der Herr Generalstabschef ist leider jetzt nicht hier. Er hat ja ununterbrochen erklärt, der Plan liegt in der Lade: die erste Stufe, die zweite Stufe, die dritte Stufe. Das hat der Herr Bauernbunddirektor ununterbrochen der Öffentlichkeit erklärt, daß es so ist — und das bei dieser Entwicklung in der Landwirtschaft!

Nun eine weitere Frage, Herr Präsident Minkowitsch: Im Jahre 1968 — ich brauche nicht zu fragen, wer damals die Regierung gestellt hat — ist das Einkommen der Landwirtschaft, wiederum nach dem Grünen Bericht gegenüber dem Jahre 1967 um 1,1 Prozent gesunken. Was haben Sie damals getan? Nichts haben Sie getan! Aber überhaupt nichts haben Sie getan! So ist Ihre Politik! (*Zustimmung bei der SPÖ.* — *Abg. Hietl: Sagen Sie uns die Weltmarktpreise von 1968 und 1969!*)

Kollege Hietl! Ich glaube, von Ihnen haben schon 15 Leute geredet, lassen Sie doch bitte auch mich reden! (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Also meine Damen und Herren! Vielleicht beruhigt sich das Hohe Haus jetzt wieder einmal etwas!

Abgeordneter Pansi (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Selbstverständlich gibt es Schwankungen, aber nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in der gesamten Wirtschaft. Verfolgen Sie meinetwegen die Exportpreise auf dem Stahlmarkt. Ununterbrochen haben Sie Schwankungen. Aber machen Sie doch bitte, wenn die internationale Situation ein Absinken der Viehpreise mit sich bringt, nicht die österreichische Regierung dafür verantwortlich. Sie kann doch überhaupt nichts dafür!

Hat die österreichische Regierung irgendwelche Maßnahmen gesetzt, damit im Vorjahr das Ansteigen der Viehpreise unterbunden worden wäre? Ja wir haben uns gefreut, daß Sie für Ihre Produkte mehr bekommen. Niemand ist Ihnen das neidig. Aber machen Sie es nicht umgekehrt, daß nur die Regierung schuld daran ist, wenn internationale Situationen eine Verschlechterung herbeiführen.

Reden wir bitte aber nicht nur von Verschlechterungen! Beim Vieh ist es zweifellos der Fall. Der Herr Minister hat schon darauf hingewiesen, daß wir heuer erfreulicherweise eine ausgezeichnete Getreideernte und eine ausgezeichnete Weinernte gehabt haben. Der Weinpreis ist sehr, sehr gut, das werden Sie selber bestätigen müssen. Wäre es nämlich anders, so hätten Sie davon geredet!

Es ist aber auch etwas eingetreten, was für unsere Bergbauern von entscheidender Bedeutung ist: der Holzpreis hat eine Höhe erreicht wie nie zuvor. Das wird das Einkommen unserer Bergbauern wesentlich erhöhen. Wenn wir von der Entwicklung reden, dann von der gesamten, und nicht eine Sparte herausnehmen, die einem nun zufällig paßt!

Nun zu den Förderungen. Ich bin mir im klaren darüber, da ich schon sehr lange Zeit Gelegenheit habe, die Politik des Bauernbundes zu verfolgen, daß Sie so lang Unzufriedenheit schüren werden, solange es einen Bauernbund gibt — und den wird es sicherlich noch lange geben: aber eine Zufriedenheit wird man wahrscheinlich beim Bauernbund nicht feststellen können.

Sie fordern ununterbrochen! Wenn heute die Landwirtschaft 2 Milliarden Schilling bekäme, wenn es die Budgetlage erlauben würde, dann würden Sie 3 Milliarden Schilling fordern. Sie werden ununterbrochen mehr fordern, Sie werden nie zufrieden sein! Doch man kennt Ihre Taktik schon zur Genüge. (*Abg. Kern: Wenn Sie uns das geben, was Sie der Bundesbahn geben, sind wir zufrieden!*)

**Pansl**

Wie schaut es also nun mit der Förderung aus? Im Jahre 1972 sind der Landwirtschaft — jetzt nach dem Rechnungsabschluß, nicht nach dem Voranschlag, und das ist ja das entscheidende — über den Grünen Plan 978.954.928 S zugeflossen. Im besten Jahr der ÖVP-Regierung waren es 814 Millionen Schilling. Also flossen der Landwirtschaft 1972 um 164 Millionen Schilling mehr zu als im besten Jahr der ÖVP-Alleinregierung.

Im Jahre 1973 wird die Summe ähnlich hoch sein. Sie wird nicht den Voranschlag erreichen, weil bekanntlich nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamten Förderungsmaßnahmen eine 10prozentige Sperre notwendig war.

Nun komme ich auf das „Hungerbudget“ von 1974 zu sprechen. Sie wissen doch, daß es 1974 durch die Neugliederung des Budgets keine Bindungen geben wird. Es werden also die 1080 Millionen Schilling zur Gänze zur Verfügung stehen. Es wird also mehr sein als heuer. Es wird kein „Hungerbudget“ sein. (Abg. Kern: Es ist ja eines!)

Aber Sie verschweigen wohlweislich, daß die Situation so ist. Es wird Ihnen also im Jahre 1974 mehr Geld zur Verfügung stehen.

Dann verschweigen Sie bitte nicht, was Sie von den Ländern bekommen! Sie bekommen dort mit Recht erhebliche Summen, denn im Grunde genommen ist die Landwirtschaft ja Länderangelegenheit und nicht sosehr Angelegenheit des Staates. Sie wissen doch ganz genau, wie unsere Verfassung lautet! (Abg. Kern: Auf einmal! — Abg. Hietl: Jetzt plötzlich!)

Nun aber auch einige Worte zu den Beschäftigten. Ich möchte das von einer anderen Seite aus beleuchten. Seinerzeit waren wir selbstverständlich auf Schätzungen angewiesen, aber heute sind wir es nicht mehr, weil uns konkrete Unterlagen zur Verfügung stehen.

Herr Präsident Minkowitsch! Das Wirtschaftsforschungsinstitut schätzt — Sie haben das übernommen —, daß im Jahre 1972 rund 30.000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgewandert seien. Stimmt es? Ja!

Nehmen wir nun die Bauerpensionsversicherung her. (Abg. Hietl: Schon wieder dasselbe!) Sie werden nicht annehmen, daß die Hälfte der Bauern nicht versichert ist. (Abg. Minkowitsch: Es sind ja Junge nachgerückt!) Ich nehme an, Sie geben zu, alle Bauern sind dort pflichtversichert.

Der Stand der Pflichtversicherten war zu Beginn des Jahres 1972 207.648, die Zahl der mitarbeitenden Kinder 39.968, zusammen also 247.616.

Ende 1972 waren 196.983 Betriebsführer und 32.919 mitarbeitende Kinder gemeldet. Das war also eine Verminderung von 17.714 im Jahre 1972.

Dazu kommt — auch diese Zahl steht bis auf einen genau fest — die Verminderung der Zahl der Unselbständigen um 2770. Also insgesamt — diese Zahl kann man vernachlässigen, davon haben Sie ja nicht geredet, sondern nur von den Bauern, aber nehmen wir sie dazu — sind es 20.484.

Jetzt frage ich Sie, Herr Abgeordneter Minkowitsch, meine Damen und Herren: Wo kommen die anderen her? — Ich weiß es nicht. (Abg. Minkowitsch: Aus dem Grünen Bericht, wenn Sie nachlesen!) Ist die Hälfte der Bauern nicht gemeldet? Ist die Hälfte der Kinder nicht gemeldet, die abwandern? Oder sind alle gemeldet? Dann stimmen meine Zahlen und nicht die Schätzungen! Das sind die Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Das ist im Grünen Bericht auch genau festgehalten. Herr Abgeordneter Minkowitsch! Das wissen Sie!

Nehmen wir noch die Veränderung des Pensionistenstandes her. Ende 1971 gab es 97.781, Ende 1972 106.200 Pensionisten, also um 8419 mehr. Außerdem müssen wir noch berücksichtigen, daß es hier verhältnismäßig viele natürliche Abgänge gibt.

Der Zugang an Pensionisten betrug im Jahre 1972 15.498.

Jetzt bleiben von den 17.714 Selbständigen und mitarbeitenden Kindern nicht einmal 2000 übrig! Das ist das „große Arbeitskräftepotential“, das Sie an die übrige Wirtschaft abgeben. (Abg. Steininger: Genau das ist es! — Abg. Kern: Der Herr Minister hat das gesagt!)

Ja, genau das ist es! Sie sollen hier bitte ein bissel ehrlicher sein und nicht mit solchen Zahlen operieren, die hinten und vorne nicht stimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun aber auch einige Zahlen ... (Abg. Kern: Herr Kollege Pansl! Der Herr Minister hat es vorhin gesagt!) Gehen Sie zu Ihrer Versicherung und rechnen Sie nach, wenn Sie mir nicht glauben, gehen Sie dorthin! (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie haben ja den Obmann hier! Sie haben ja den Abgeordneten Dr. Haider hier! Fragen Sie ihn einmal. Er soll Ihnen die Zahlen zur Verfügung stellen. Es ist ja traurig, wenn Sie das nicht einmal wissen. (Zustimmung bei der SPÖ.) Ich interessiere mich sehr dafür, wie es bei den Versicherungen der Dienstnehmer aussieht.

9162

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Pansi**

Nun zu den Beschäftigten in der Landwirtschaft überhaupt. Ist das wirklich etwas so Schlimmes, wenn sich die Zahl der Beschäftigten vermindert? Schauen wir uns einmal die Entwicklung in den anderen Staaten an — OECD bitte, ich sage gleich die Quelle dazu, damit Sie's nicht anzweifeln; die Zahlen stammen aus 1970.

Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten betrug: Österreich 18,5 Prozent, Bundesrepublik Deutschland 9 Prozent, Italien 19,6 Prozent, Frankreich 14 Prozent, Niederlande 7,2 Prozent, Belgien 4,8 Prozent, EWG im Durchschnitt 12,9 Prozent, Schweiz 7 Prozent, England 2,9 Prozent, USA 4,4 Prozent.

Einzig und allein Italien liegt über uns, alle anderen liegen unter uns, und jetzt wollen Sie sich einbilden, in Österreich muß justamente die Entwicklung noch einmal ganz anders sein, als sie ohnehin schon ist. (Abg. Minkowitsch: Die Alpinlandwirtschaft wird anders betrieben als in der Niederung!) Daher versuchen Sie nicht, das so zu dramatisieren, was auf der ganzen Welt in jedem Industriestaat eine Selbstverständlichkeit ist und meistens noch in viel stärkerem Maß als in Österreich! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Minkowitsch: Wir haben eine Alpinlandwirtschaft, die nicht verglichen werden kann mit Holland!) Und die Schweiz? Wir haben wesentlich mehr Flachland als die Schweiz. Da sind wir uns auch einig. Und die Schweiz liegt weit unter Österreich!

Nun einige Worte zur Entwicklung der sozialen Einrichtungen. Nebenbei bemerkt, Sie waren ja lange dagegen, aber Sie haben Ihre Meinung geändert. Ich habe es ja selber miterlebt. Sie haben Ihre Meinung in erster Linie deswegen geändert, weil die bäuerlichen Vertreter in den Sozialversicherungseinrichtungen der Dienstnehmer zuerst den großen Wert dieser Einrichtungen erkannt haben, und das waren dann die Pioniere auch für die sozialen Einrichtungen Ihrer eigenen Institute, Gott sei Dank! Ich habe das 25 Jahre lang miterleben können, weil ich so lange in diesen Instituten tätig war.

1970 — Aufwand des Staates —: Zuschußrente 725,5 Millionen Schilling, Bauernkrankenversicherung 271,7 Millionen Schilling, Unfallversicherung 59,3 Millionen Schilling, insgesamt 1056,5 Millionen Schilling. Im Jahre 1974 2752,2 Millionen Schilling, eine Steigerung in diesen vier Jahren von 1970 bis 1974 um 1695,7 Millionen Schilling oder 163 Prozent!

Und jetzt sagen Sie mir bitte nicht: Das ist ja etwas ganz anderes! — Auch diese Mittel muß der Staat aufbringen. (Abg. Minkowitsch: Er bringt sie ja auch für die ande-

ren auf! — Abg. Kern: Für die Bundesbahnen!) Ich habe Ihnen gesagt, wie hoch der Zuschuß zu den Pensionen bei den anderen ist; bei Ihnen ist er ungefähr doppelt so hoch. (Abg. Anton Schlageter: Das stimmt doch nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bitte überlegen Sie doch einmal eines (*lebhafte Zwischenrufe der ÖVP — Präsident Dr. Malleta gibt das Glockenzeichen*). Das sind doch Mittel der übrigen Bevölkerung! Was könnten wir denn mit der Steuerleistung der Landwirtschaft in Österreich anfangen? Was könnten wir tun? Wie viele Schulen könnten wir bauen für die Steuerleistung, die die Landwirtschaft erbringt? Wieviel könnten wir für die Sozialversicherung tun? (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Sie wissen ganz genau, wie die Verhältnisse sind. Daher anerkennen Sie doch bitte, daß die Bevölkerung so viel für Sie tut, und reden Sie nicht von einem gestörten Verhältnis zur Landwirtschaft! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Deswegen, weil einer arm ist, macht man ihm noch Vorwürfe!* — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich bin aber auch der Meinung, daß diese ausgezeichnete Pensionsversicherung die beste Strukturverbesserung bedeutet. Denn dadurch wird es den alten Bauern möglich, den Betrieb übergeben und auch dann noch ein sorgloses Leben führen zu können. Das ist doch das Beste! Und es ist die beste Pensionsversicherung im Bereich der Bauern, die ich überhaupt kenne auf der ganzen Welt. Ich habe mich umgesehen. Und das macht die Allgemeinheit für Sie! Das sollten Sie anerkennen und Sie sollten nicht ununterbrochen nur schimpfen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun noch einige Worte zur Agrarpolitik des ÖVP-Bauernbundes. Wenn man Sie am Rednerpult reden hört, dann könnte man den Eindruck gewinnen, die Bauern sind die schlechtest bezahlten Staatsangestellten. Denn für alles und jedes wird der Staat von Ihnen verantwortlich gemacht.

Jetzt muß ich dem Herrn Kollegen Mussil ein gutes Zeugnis ausstellen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Mussil! Wenn die gewerbliche Wirtschaft auch für jede Änderung im Preisgefüge — weil das Ausland die Preise ändert — die Regierung verantwortlich machen und sagen würde: Regierung, bezahl, wir dürfen nichts verlieren!, wie würde es dann in Österreich ausschauen? Wie würde es dann in Österreich ausschauen, wenn das jeder Wirtschaftszweig tun würde! (Abg. Dok-

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9163

**Pansi**

*tor Mussi l: Die Regierung macht die Wirtschaftstreibenden verantwortlich! Da ist es umgekehrt!*

Sie sollten sich, meine Herren, doch etwas mehr darauf besinnen, daß — und seien Sie froh darüber — die österreichischen Bauern ein freier Bauernstand sind, und nicht daß man immer nur sagt: Staat, du mußt, du mußt, du mußt und du mußt! (Abg. Dr. Gruber: Dann muß man ihnen auch die Freiheit lassen!)

Sie sollten sich auch in der Landwirtschaftspolitik mehr als freie Bauern benehmen. Das wäre für die österreichische Landwirtschaft zweifellos manches Mal recht gut und nicht schlecht! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin auch der Meinung, daß man immer wieder überprüfen soll, ob Subventionen da oder dort überhaupt noch gerechtfertigt sind. Ich bin hingegen aber wieder der Meinung, daß man der Landwirtschaft selbstverständlich verbilligte Kredite zur Verfügung stellen soll. Und warum? Subventionen nimmt jeder, und er wird immer sagen: Es ist zuwenig! Es ist nicht notwendig zu prüfen, ob die Wirtschaftlichkeit gegeben ist, wenn man Subventionen verwendet. Aber wenn man verbilligte Kredite bekommt, dann muß man überlegen, ob man das, was man hineinsteckt, auch herauswirtschaften kann und mit Gewinn herauswirtschaften kann. Und das ist die beste Erziehung einer Wirtschaftsgruppe, wenn sie wirtschaftlich denken muß, und nicht, wenn man Subventionen verteilt, die, wie gesagt, immer zuwenig sein werden, weil jeder gern noch mehr geschenktes Geld bekommen möchte.

Ich bin aber auch der Meinung, daß es nicht das glücklichste ist — Sie werden jetzt wieder aufschreien —, daß die Förderung der Landwirtschaft fast zur Gänze über die gesetzliche Interessenvertretung geht. Die gesetzliche Interessenvertretung kann nicht den Wünschen ihrer Kammerzugehörigen entsprechend entgegentreten. Wenn eine unabhängige Förderung da wäre, würde man viel eher in der Lage sein, jemandem zu sagen: Schauen Sie, diese Investition geht daneben, die wird sich nicht rentieren! Aber die Kammer kann das nicht tun, sondern im Gegenteil, sie muß immer noch schauen: Wo kann man die Leute noch dazu bringen zu investieren?, ohne viel Rücksicht darauf, ob die Wirtschaftlichkeit dazu gegeben ist. (Zwischenruf bei der ÖVP.)

Ich habe mit Kammerbeamten schon einige Male gesprochen. Sie haben es mir nicht direkt zugegeben, aber sie haben mir gesagt: Na ja, was sollen wir tun? Wir können nicht dem Kammerzugehörigen sagen: Du kriegst nix, weil dein Betrieb zu klein ist oder weil die

Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist! (Abg. Ing. Schmitz: Eine Verleumdung der Kammerbediensteten!)

Daher wäre sehr zu prüfen, ob nicht eine andere Stelle mit der Förderungspolitik der Landwirtschaft betraut wird, die in allen anderen Staaten nirgends Angelegenheit der gesetzlichen Interessenvertretung ist. Das ist etwas Einmaliges in Österreich. Auch das wissen Sie ganz genau.

Nun zur Lebensmittelknappheit. Ich würde Sie ersuchen: Versuchen Sie nicht, die gegenwärtige Situation dazu zu benützen, daß Sie unserer Bevölkerung einreden, sie stehe vor einer Hungersnot! (Anhaltende Zwischenrufe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich wird man in einer Zeit der Olknappeit in erster Linie allen jenen Wirtschaftszweigen, die lebensnotwendig sind, den notwendigen Treibstoff zur Verfügung stellen, und dazu gehört zweifellos die Landwirtschaft, weil das Essen das erste beim Menschen ist; aber das ist es immer schon gewesen, das ist es nicht nur heute, und es wird auch immer so sein. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Das ist keine Erfindung des Bauernbundes. Das ist schon immer so gewesen. (Abg. Dr. Gruber: Auch nicht vom Pansi!)

Herr Kollege Minkowitsch! Was wird denn eintreten, wenn jetzt wirklich die Gefahr besteht, daß es eine Knappheit an Lebensmitteln gibt? — Dann werden viele, viele Nebenerwerbsbetriebe anfangen, viel intensiver zu wirtschaften. Das ist doch selbstverständlich, weil das im Menschen drinstellt zu glauben: Jetzt muß ich mir selber so viel schaffen wie möglich!

Es wird keine Lebensmittelknappheit eintreten. Erzählen Sie das der Bevölkerung nicht, weil es völlig unrichtig ist! (Ruf bei der ÖVP: Sie haben keine Ahnung . . . !)

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich Ihnen sagen: Wir freuen uns aufrichtig, daß es während der Zeit der sozialistischen Regierung auch unseren Bauern wesentlich besser geht, ja so gut geht, wie es ihnen noch nie gegangen ist! (Beifall bei der SPÖ.) Das gilt für alle Bevölkerungskreise. Sie können versichert sein, daß die sozialistische Regierung auch in Zukunft auf die Landwirtschaft nicht vergessen wird und auch in Zukunft bereit sein wird, der Landwirtschaft das zu geben, was sie unbedingt braucht, um unsere Ernährung zu sichern. (Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maletta: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Keimel. Ich erteile es ihm

9164

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Präsident Dr. Maleta**

und mache ihn aufmerksam, daß die Redezeit mit fünf Minuten beschränkt ist.

Abgeordneter Dr. Keimel (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Egg hat hier im Hause behauptet, der Tiroler Landesrat Bassetti habe erklärt, die Faulen in Österreich sind die Mehreren, das heißt, er habe erklärt, die Mehrheit in Österreich sei faul.

Das ist eine glatte Verdrehung, Herr Abgeordneter Egg!

Während Sie offensichtlich eine Aussage manipuliert wiedergeben, habe ich mich sofort mit Landesrat Bassetti direkt in Verbindung gesetzt und ich stelle das Folgende fest. (*Ruf bei der SPÖ: Telephon im ländlichen Raum!*)

Landesrat Bassetti hat erklärt:

Die leistungsfeindliche Politik der SPÖ-Regierung, insbesondere die leistungsfeindliche Steuerpolitik bestraft die Fleißigen in Österreich und müßte dazu führen (*Ruf bei der SPÖ: Aha!*), daß diese Fleißigen immer weniger und die Faulen mehr würden.

Diese vernichtende Kritik an Ihrer Wirtschaftspolitik, Herr Abgeordneter, teilen wir durchaus! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Doktor Gruber: So macht man das hier! — Abg. Sekanina: Das war keine Feststellung mehr! Das war Polemik!*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ... (*Anhaltende Rufe und Gegenrufe. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*) Jetzt spreche zur Abwechslung wieder einmal ich, meine sehr verehrten Herren.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schrotter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Schrotter (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte, bevor ich mit meinem eigenen Thema beginne, doch einiges zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Pansi sagen. Er hat gemeint, die Darstellung, welche die Bauernfunktionäre hier im Hause machen, dulde er nicht mehr.

Ich möchte nur fragen: Was wird er dagegen unternehmen? — Ich bin der Meinung, daß wir sehr sachlich diskutieren und uns bemühen, in aller Offenheit über die Dinge zu sprechen. (*Anhaltende Unruhe. — Abg. Horrejs: Egg hat die „Tiroler Tageszeitung“ zitiert!*) Wenn Ihnen das nicht paßt, Herr Kollege Pansi, dann kann ich nichts dafür! Uns paßt auch manches nicht, was Sie ausführen. Daher müssen wir das beiderseits zur Kenntnis nehmen.

Herr Pansi! Sie haben erklärt, in dem Einkommen, das sich in der Bauernschaft jetzt

ergibt, sei auch die Bäuerin mit 80 Prozent mit eingerechnet, was bei anderen Frauen — der Arbeiter zum Beispiel — nicht der Fall ist.

Herr Kollege Pansi! Sie sind Präsident der Landarbeiterkammer in Kärnten, und ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, daß eine Bäuerin nicht nur im Haushalt arbeitet, sondern daß sie auch sehr viel Landarbeit leistet; wenn ich das so nennen darf: in Haus und Hof und auf dem Feld. Ich bin der Meinung: wenn eine andere Frau einer unselbstständigen Arbeit nachgeht und für ihre Arbeit auch bezahlt wird, dann ist es selbstverständlich, daß unsere Bäuerinnen für die Arbeit, die sie leisten, auch bezahlt werden müssen! Oder glauben Sie, die sollen für die Allgemeinheit umsonst arbeiten? — Das war Ihre Auffassung! (*Ruf bei der SPÖ: Regen Sie sich doch nicht künstlich auf!*) Gar nicht! Ich rege mich nicht künstlich auf!

Der Herr Kollege Pansi hat auch gesagt: Der Bauernschaft ist es noch nie so gut gegangen wie jetzt, und trotzdem gingen sie auf die Straße, weil der Bauernbund das so will! Und Sie sagten so unterschwellig: Das kann die Gewerkschaft auch.

Ich nehme nicht an — ich unterstelle Ihnen nichts, ich will es auch gar nicht annehmen —, daß Sie das als Drohung sagen: Gehen wir zugleich auf die Straße! Das glaube ich nicht.

Aber Herr Präsident Minkowitsch hat genauso wie der Bauernbunddirektor Lanner am Rednerpult hier doch erklärt, daß die Verhandlungen einfach nicht weitergegangen sind, daß man zuerst geredet hat, und zwar sehr lang. Wenn man sich aber in der Regierung zu keiner Lösung entschließen kann, dann bleibt als letztes Mittel nichts anderes übrig. Das ist auch in der Gewerkschaft so.

Ich bitte daher um Verständnis, wenn solche Dinge passieren. Wenn man uns nicht hört, dann bleibt als letzter Ausweg die Straße. Wir Bauern tun das nicht gern. Wir glauben, es wäre besser, daß wir zu Hause arbeiten, weil uns das viel sympathischer und lieber ist. Das muß man in aller Deutlichkeit dazu sagen. Wir haben mit solchen Dingen keine Freude. (*Abg. Sekanina: Es war eine bewußt parteipolitische Aktion des Bauernbundes!*) Wie Sie es sehen, das ist Ihre Sache. Ich komme später noch auf diese Dinge zurück und werde Ihnen dann schon sagen, warum das so gewesen ist.

Eines noch: Halten Sie uns bitte nicht immer die Renten vor, Herr Kollege Pansi! Die kriegt in Österreich jeder! Wenn man immer wieder davon redet — vor allem der Herr Bundeskanzler tut das —, daß man für alle Öster-

**Schrotter**

reicher da sein soll, daß man auch für die Armen da sein soll und daß man ein Sozialstaat ist, dann gehört wohl auch die Bauernschaft in dieser Hinsicht dazu! Sie haben in diesem Haus für dieses Gesetz mitgestimmt, und dann reden Sie uns immer wieder nach, daß wir Almosenempfänger in diesem Staat sind! (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Bei Ihrer sozialen Einstellung wären wir verhungert!*)

Aber nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem, was ich sagen wollte. Der Herr Landwirtschaftsminister und auch die Redner der SPÖ haben immer versucht, über den Grünen Plan, über die Mehreinkommen in der Landwirtschaft, zu berichten, und Sie haben davon geredet, daß es uns ausgesprochen gut geht.

Es geht uns besser. Das ist keine Frage. Wir geben das zu. Wir sind keine Jammerer.

Aber ich darf Ihnen etwas sagen: Seit dem 1. Jänner 1973 — ich setze hier voraus, daß das noch Zahlen sind, die vom März und vom April stammen, daß sie also inzwischen nicht niedriger, sondern höher geworden sind, aber ich nenne sie, um einmal Klarheit zu schaffen — haben sich die Betriebsmittel wie folgt verteuert:

Thomasmehl pro 100 Kilogramm: 16 S mehr; Hyperphosphat fein: 28 S mehr; Hyperphosphat gekörnt: 19 S mehr; Superphosphat fein: 14 S mehr; Kalidüngesalz fein: 21 S mehr pro 100 Kilogramm; Kalidüngesalz gekörnt: 21 S mehr; Patentkali: 21 S mehr; Nitromoncal: 29 S mehr ab Jänner 1973; Kalkstickstoff ungeölt: 42 S mehr pro 100 Kilogramm; Vollkorn gelb — das ist ein Mischedünger —: 36 S mehr pro 100 Kilogramm; Vollkorn grün: 34 S mehr pro 100 Kilogramm; Vollkorn rot: 35 S mehr pro 100 Kilogramm; Grundkorn: 33 S mehr pro 100 Kilogramm.

Ich stamme aus einem Produktionsgebiet — aus einem Grünlandgebiet, das heißt aus einem Bergbauerngebiet —, wo wir Kunstdünger brauchen. Wir müssen auch Futtermittel zukaufen, weil auf Grund der gegebenen Verhältnisse unsere Produktion mehr oder weniger nur aus Vieh und Milch besteht.

Nun hören Sie einmal zu: Kälberstarter — das ist ein Kraftfutter für Kälber — kostet um 40 S mehr pro 100 Kilogramm; Kälbernährmehl kostet um 45 S mehr pro 100 Kilogramm; Rindermastfutter kostet um 30 S mehr pro 100 Kilogramm; Rinderleistungsfutter kostet um 45 S mehr pro 100 Kilogramm; Zuchtsauenfutter kostet um 50 S mehr pro 100 Kilogramm; Schweinemastkorn kostet um 40 S mehr pro 100 Kilogramm. Und so könnte man die Liste fortsetzen.

Das sind die Teuerungen, die wir heuer mit Jahresbeginn zur Kenntnis nehmen mußten. In der Zwischenzeit ist alles noch etwas teurer geworden. Das sind die Fakten, die vorhanden sind. Das müssen wir also zur Kenntnis nehmen.

Ich muß vielleicht noch hinzufügen, daß natürlich die Maschinen, die wir brauchen, in der Zwischenzeit wesentlich teurer geworden sind. Die Baukosten sind gestiegen, die Ersatzteile für Maschinen sind teurer geworden.

Aber nun zu unseren Einkommen in diesem Jahr: Der Erlös für die Milch ist gleichgeblieben. Der Erlös für Weizen ist um 10 Groschen gestiegen, aber davon haben die Bergbauern nichts. Es sind lediglich die Körndlbauer, die ein bissel etwas dazubekommen haben. Der Erlös für Roggen ist gleichgeblieben. Beim Zuchtvieh — davon ist heute schon gesprochen worden — ist bei den letzten Versteigerungen im Herbst eine Einnahmeneinbuße von 20 Prozent bis 25 Prozent festzustellen gewesen.

Die Einkommen sind also geringer geworden. Bei den sogenannten Einstellern im Bergbauerngebiet war es so, daß man im Herbst dieses Jahres pro Kilogramm um 3 S weniger bekommen hat als im Herbst 1972. Bei den Mastochsen hat man auch pro Kilogramm um 3 S weniger bekommen. So könnte man die Liste fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt sage ich Ihnen eines: Im Bergbauerngebiet können die mittleren Bauern pro Jahr im Schnitt vier bis sechs Stück Einsteller abverkaufen. Wenn pro Stück um 1500 S weniger Einnahmen erzielt werden, so ergibt das bei vier Stück den Betrag von 6000 S. Das ist eine beachtliche Einnahmeneinbuße beim Rinderverkauf! Wenn auf der anderen Seite alles teurer wird, so ist es ein ganz klarer Fall, daß wir hier reden und sagen: So kann es nicht gehen! (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) Nein! Letzten Endes kommt es darauf an, wie der Herr Bauernbunddirektor gesagt hat, was „unter dem Strich“ bleibt. Es kommt auf das an, was wir verdienen! Das muß man einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr deutlich und sehr offen sagen!

Noch ein zweites. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Wer von Ihnen würde es sich bieten lassen, daß bei diesen Preissteigerungen jemand weniger Lohn oder weniger Einkommen bekommt? Ich frage in aller Offenheit: Wer würde sich das bieten lassen?

Ich glaube, es sollten doch die Regierung und der Herr Landwirtschaftsminister dafür sorgen, daß man diese Dinge abstellt.

9166

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Schrotter**

Oder: Die Erhaltung der Hofzufahrtswege, die nicht asphaltiert sind, kostet pro Jahr und pro Kilometer 16.000 S. Die für diesen Zweck bereitgestellten Mittel werden weniger, wie bereits heute ausgeführt wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich überlege mir schon oft, wer in der Regierung daran schuld ist, daß in Österreich die Agrarpolitik so schlecht gemacht wird, daß also die Regierung nichts weiterbringt und daß die Einkommensverhältnisse in der Bauernschaft immer trister werden.

Ist es der Herr Landwirtschaftsminister? — Das glaube ich gar nicht. Er ist ein Fachmann und bemüht sich. Er versteht etwas von seinem Geschäft.

Ist es der Herr Bundeskanzler? — Er redet auch immer davon, daß er für alle Österreicher da ist, also auch für die Bauern. Er sagt, daß er auch gegen die Armut ist, daß er die Armut bekämpft und daß er auch für eine vernünftige Einkommenspolitik in der Landwirtschaft ist. Er ist es also auch nicht! — Deshalb habe ich mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, überlegt, wer diesbezüglich in Österreich schuld sein könnte, also wer gegen die Bauern sein könnte.

Wissen Sie, was ich für eine Meinung habe? — Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Dr. Bruno Kreisky ist gegen diese Agrarpolitik. (*Rufe bei der SPÖ: Der Vorsitzende ist er!*) Es muß nur furchtbar schwierig sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Herr Bundeskanzler Doktor Bruno Kreisky — sofern er in Linz oder irgendwo anders in der Öffentlichkeit Aussagen macht, daß er auch für die Bauernschaft etwas übrig hat und daß er dafür Verständnis aufbringt — mit dem Parteivorsitzenden Doktor Bruno Kreisky zum Beispiel auf der Fahrt von Linz nach Hause verhandelt. Daraus ergibt sich die Frage: Wird sich der Bundeskanzler mit seinen Auffassungen durchsetzen, oder wird sich der Parteivorsitzende durchsetzen? Obgleich sowohl der Herr Landwirtschaftsminister als auch der Herr Bundeskanzler sehr gute Verhandler sind und sich wirklich engagieren, sind sie dem Parteivorsitzenden Doktor Kreisky nicht gewachsen. Ich muß sagen: Leider Gottes! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Nun zum Ernst zurück. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte also sagen, daß man auf diese Art und Weise nicht Politik betreiben kann. Das ist eine schlechte Agrarpolitik! In erster Linie werden die Bauern die Leidtragenden sein! Ich will gar nicht schwarzmalen, aber man sollte doch darüber nachdenken.

Wir sollten eigentlich darüber froh sein, in Österreich eine Selbstversorgung zu haben und in dieser Hinsicht nicht auf das Ausland angewiesen zu sein. Wir können 80 Prozent unseres Bedarfes im Inland decken! Das kann aber nur dann der Fall sein, wenn auch die Bauernschaft ein entsprechendes Einkommen hat, wenn sie ihr Auskommen hat, sich die notwendigen Betriebsmittel einkaufen kann und einen dementsprechenden Lohn bekommt, und zwar genauso wie der unselbständige Arbeiter.

Glauben Sie mir, meine Damen und Herren: Wir sind immer froh, wenn es eine kaufkräftige Konsumentenschaft gibt. Glauben Sie mir das! Wir wollen letzten Endes unsere Produkte, die wir erzeugen, ja verkaufen, aber wir wollen einen solchen Preis erzielen, daß wir ein dementsprechendes Einkommen haben. Das ist, glaube ich, die Hauptsache dabei.

Jetzt vielleicht ganz kurz noch eine Sache, die, glaube ich, angeschnitten gehört: Der Kollege Pansi hat erklärt, daß wir schon wieder behaupten, die Regierung sei schuld, wenn es bei den Viehpreisen nicht funktioniert.

Das ist richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erinnern Sie sich doch noch daran, als die EWG-Debatte hier stattgefunden hat. Unsere Sprecher hatten aufmerksam gemacht, daß die Landwirtschaft aus dem Vertrag draußen bleibt, weshalb wir nach wie vor Schwierigkeiten mit der Abschöpfung und mit der Zollüberbrückung haben werden. Damals haben der Herr Minister Dr. Staribacher genauso wie der Herr Landwirtschaftsminister erklärt: Wenn es zu solchen Schwierigkeiten kommen sollte, werden wir natürlich Maßnahmen setzen, um die Dinge zu überbrücken.

Geschehen ist bis jetzt nichts! Daher würde ich eines fragen: Sollte man nicht auch von der Regierung her versuchen, wieder Verhandlungen mit der EWG aufzunehmen, um vielleicht doch ein Arrangement zu erreichen, das auch für die Bauernschaft tragbar ist? Dann hätten wir alle diese Schwierigkeiten nicht mehr mit dem Export. Ich glaube, es wäre eine Notwendigkeit, daß man in dieser Hinsicht weiterhin mit der EWG auf Grund von Verhandlungen einen solchen Weg sucht, damit es auch für die Landwirtschaft tragbar wird. Sonst kommen wir aus dieser Misere in der nächsten Zeit nicht heraus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß: Der Bauernschaft, vor allem uns Bergbauern, helfen, diese Zifferspiele und die Prozentsätze, die hier genannt wurden, gar nichts! Uns kommt es darauf an, ob wir etwas einnehmen und ob wir für unsere Arbeit einen entsprechenden Lohn bekommen,

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

9167

**Schrotter**

wenn ich das so sagen darf. Denn nur so wird weiterhin auch eine gesicherte Bauernschaft möglich sein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Egg. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Egg (SPO):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hatte tatsächlich nicht vor, ein zweites Mal zum Agrarbudget zu sprechen, obzwär die eine oder andere Äußerung dazu zweifellos Anlaß geben würde. Der Umstand aber, daß eine Zitierung aus der „Tiroler Tageszeitung“ meinen Kollegen Dr. Keimel veranlaßt hat, in Innsbruck rückzurufen (*Abg. Dr. Keimel: Sie haben erklärt, das habe Bassetti gesagt! Jetzt erklären Sie, das sei aus einer Zeitung!*) — Moment, nur ausreden lassen (*weitere Zwischenrufe — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen*) —, um sich zu erkundigen, was dort tatsächlich gesagt wurde, hat mich veranlaßt, mich noch einmal zum Wort zu melden. (*Abg. Dr. Keimel: Das müssen Sie gleich sagen, daß Sie das aus einer Zeitung haben!* — Weitere Zwischenrufe.)

Immerhin ist es nicht sehr fair, Herr Kollege Dr. Keimel, hier, ohne sich genau zu informieren, Unterstellungen vorzunehmen. Hier handelt es sich eindeutig um eine Unterstellung! Denn in der „Tiroler Tageszeitung“ vom 27. November 1973 — jeder von Ihnen hat die Möglichkeit, dort nachzusehen — wurde folgendes geschrieben — und das habe ich wörtlich hier in diesem Hause zitiert —: „Allerdings sind“ — meine Damen und Herren: sind! — „die Faulen die Mehrheit, und die Fleißigen werden aufhören, fleißig zu sein, wenn sie immer geschröpft werden.“ Es heißt dann noch weiter: „... weil die Faulen Angst haben, dann arbeiten zu müssen.“

Das heißt mit anderen Worten, es beschuldigt hier ein Regierungsmittel der Tiroler Landesregierung effektiv die Mehrheit der Bevölkerung, faul zu sein. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPO. — Starker Widerspruch bei der ÖVP.*) Etwas anderes heißt es nicht: „Allerdings sind die Faulen die Mehrheit“, Herr Kollege Keimel. Das ist wortwörtlich in der „Tiroler Tageszeitung“ zitiert.

Und nur zur Frage einer Mitteilung in einer Zeitung. Meine Herren von der ÖVP! So lange Sie auf dem Standpunkt stehen, daß eine Zeitung auf jeden Fall die Wahrheit sagt, und entsprechende Erwiderungen oder Dementien nicht gelten lassen, wie das vor ganz kurzem der Fall war, solange haben Sie auch nicht die Möglichkeit, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß die Nachricht der „Tiroler Tageszeitung“ falsch wäre, und zwar so lange nicht, bis nicht eine Erwiderung oder eine Presse-

klage dagegen eingebracht worden ist. Das wollte ich dazu sehr deutlich und unmißverständlich gesagt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Fachleutner. (*Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Ich bitte das Hohe Haus jetzt, diese Zwischen gespräche etwas zurückzuhalten. (*Abg. Dr. Mussil: Diese Sozialisten ...!*) Jetzt habe ich gerade nach allen Seiten hin ersucht, sich etwas Zurückhaltung aufzuerlegen. Fangen Sie nicht wieder an, Herr Abgeordneter Mussil!

**Abgeordneter Fachleutner (ÖVP):** Meine Damen und Herren! Wenn der Abgeordnete Pansi gemeint hat, die bäuerlichen Vertreter betreiben eine bodenlose Hetze zum Kapitel Landwirtschaft, dann muß ich diese Aussage zurückweisen. Wenn Sie glauben, daß es eine bodenlose Hetze wäre, wenn unsere Kollegen Ihnen nachweisen, daß das Budget 1974 Benachteiligungen bringt (*Abg. Sekanina: Dieser Nachweis ist nicht gelungen!*), dann überlasse ich Ihnen die Beurteilung, ob diese Feststellung richtig war.

Unsere Abgeordneten haben im Zusammenhang mit der Landwirtschaftspolitik auch über wirtschaftliche Probleme gesprochen, die uns Sorge, echte Sorge bereiten, die aber auch für Sie im Hinblick auf die Vollbeschäftigung von entscheidender Bedeutung sein müssen. Wenn Sie sicher die bäuerlichen Vertreter in einigen Monaten an diesem Rednerpult zur Mitarbeit, zur Bändigung dieser Probleme auffordern werden, die in den nächsten Monaten nicht nur durch die Ölkrise, sondern durch die Wirtschaftsentwicklung leider auch in Österreich Platz greifen werden, dann werden wir mitarbeiten, weil uns die Arbeitsplätze, die Sicherung des sozialen Friedens, die Abnahme agrarischer Produkte und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung sehr am Herzen liegen. Und wenn wir uns in diesen Fragen immer solidarisch erklärt haben, dann kann es sicher nicht als Hetze gewertet werden, wenn wir unsere Wünsche deponieren und wenn wir unsere Sorgen darlegen, die das Landwirtschaftskapitel für 1974 bringt, wo wir echte Benachteiligungen nachgewiesen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erinnern Sie sich an die Zeit vor 1970, welche Aussagen zur Agrarpolitik auch Sie, Herr Landwirtschaftsminister, damals immer wieder gemacht haben. Sie sagten — das ist im Stenographischen Protokoll nachzulesen —, die ÖVP betreibe eine schlechte Agrarpolitik, diese müsse reformiert werden. Ich frage Sie: Welche Reformen haben Sie in den dreieinhalb Jahren eingeleitet? Sie übernahmen fast

9168

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Fachleutner**

alle eingeleiteten Reformen der ÖVP, unserer Landwirtschaftsminister in der Vergangenheit. Aber der Inflations- und Preisentwicklung konnten Sie keine Gegenmaßnahmen Ihrerseits entgegensezten.

Erinnern Sie sich, Herr Minister: Seit Jahren wurde die Marktordnung immer wieder bekämpft. Aber vor kurzem hat der Herr Bundeskanzler erklärt, in Österreich läßt sich mit der Marktordnung gut und billig leben, mit jener Marktordnung, die unsere Minister damals auch mit Ihrer Unterstützung zum Gesetz erhoben haben!

Wenn wir diese Marktordnung nicht hätten und wenn die Ratschläge, die Sie von der Arbeiterkammer, von den Funktionären und sogenannten Fachleuten Hrdlitschka und Blaha, in der Vergangenheit in der Export- und Importpolitik bekommen haben, in die Tat umgesetzt worden wären, dann könnten Sie heute nicht von der ausreichenden Versorgung unserer Konsumenten mit Lebensmitteln sprechen, weil Sie Schiffbruch erlitten hätten.

Ich darf Ihnen einige Beispiele anführen: Der Herr Minister meinte heute, wir hätten keine Sorge in der Fleischversorgung, in der Getreideversorgung. Ich glaube, Herr Minister: Ihnen muß genauso bekannt sein wie mir, daß im zweiten Halbjahr 1974 mit Fleischimporten aus Afrika, Kanada und Argentinien nicht zu rechnen ist. Das heißt, daß diese sogenannten Fachleute nicht einfach sagen können: Dann werden wir halt Importe durchführen! Die Preise werden — ohne daß ich ein Prophet sein muß — in der zweiten Hälfte 1974 auch bei diesen Grundnahrungsmitteln steigen. Das bedeutet: Wenn wir nicht rechtzeitig unsere Produktion sichern, unsere Betriebe absichern, damit sie weiterhin bereit sind zu produzieren, dann ist trotz der Meinung dieser sogenannten Fachleute die Versorgung in Frage gestellt.

Herr Minister! Ich darf weiter daran erinnern, daß man — wie ich gesagt habe — an der Marktordnung noch vor einigen Monaten schwere Kritik geübt hat. Mittlerweile liegt zum Beispiel — ich glaube, das wissen Sie genauso gut wie ich — beim Normalweizen der Preis bei 3,50 und 3,60 Schilling, beim Qualitätsweizen bei 5 und 6 Schilling. Wenn Sie heute importieren müßten, dann müßten Sie gewaltig in die Tasche greifen, um mit Staatsmitteln einen Ausgleich zu finden, oder Sie müßten die Konsumenten belasten. Wenn Sie das nicht zu tun brauchen, dann ist das ein Erfolg unserer braven Landwirtschaft. Wenn die Landwirtschaft sich durch die Preisentwicklung benachteiligt fühlt und Preisanträge einbringt, dann

darf man das nicht so qualifizieren, daß die Landwirte nicht genug bekämen. Die Landwirte brauchen das — und das sind die Gründe, warum sie Preisanträge stellen —, um in dieser Inflationsentwicklung annähernd ihre Belastung senken zu können.

Ein weiteres Kapitel: Die Zuckerversorgung. Vor einigen Jahren noch der Ruf nach Importen. Ich glaube, Bauernbundpräsident Minkowitsch war es heute, der bereits Bezug darauf genommen hat, daß die Weltmarktpreise auf 10 Schilling und darüber gestiegen sind. Laut Berichten von Fachleuten soll das auch 1974 nicht besser werden. Das heißt, daß der Preisantrag, der gestellt wurde, auf Grund der neuerlichen Belastungen die Existenz unserer Rübenbauern sichern helfen soll, damit sie kontinuierlich und auch zu angemessenen Preisen die Bevölkerung versorgen.

Wenn Sie weiters in der Vergangenheit gemeint haben, man müsse die Struktur entscheidend verändern, um bessere Strukturen und bessere Betriebsfähigkeit zu erreichen, so glaube ich schon, daß auch die früheren Landwirtschaftsminister und auch die Finanzminister für Grundaufstockungsmaßnahmen entscheidende Beträge zur Verfügung gestellt haben. Wir glaubten auch in der weiteren Folge gemeinsam mit dieser Strukturveränderung, Verbesserung, daß die Kreditmaßnahmen forciert werden müssen. Sicher sind im Budget entscheidende Mittel vorgesehen. Aber erstmalig 1972, Herr Minister, wurden diese Kredite stark reduziert; bewilligte Kredite konnten nicht zur Auszahlung gebracht werden; neuerlich schwere Belastungen durch den Inflationsdruck. Durch den Nichteinsatz der verbilligten Kredite war es nicht möglich, unseren Betrieben bei der Umstrukturierung und Verbesserung zu helfen. So war es damals nur zu danken, daß sich der Bauernbund, die bäuerlichen Vertreter entschlossen haben — nicht aus Überheblichkeit oder um der Demonstrationen willen, sondern weil eine echte Gefahr bestand, auch bezüglich dieser Maßnahme in der weiteren Folge zu kurz zu kommen —, etwas zu unternehmen, sodaß es möglich gemacht werden konnte, daß Sie dann 700 oder 800 Millionen Schilling ein dreiviertel Jahr später flüssiggemacht haben.

Sie haben vor 1970 weiters verlangt — auch Sie waren es, Herr Minister —, man müsse eine Umlenkung vornehmen, weil damals Weizen in der Größenordnung von 250.000 Tonnen, und damit zu viel, produziert wurde. Als damals der Landwirtschaftsminister Schleinzer der Umlenkung, die Sie verlangt haben, Rechnung trug, den Weizenpreis um 7 Groschen abzusenken, den Futter-

**Fachleutner**

getreidepreis um 10 Groschen anzuheben, den Roggenpreis um 5 Groschen anzuheben, sodaß per saldo für die Landwirtschaft ein Plus von 10 Millionen herauskam, da hatten Sie den Mut, im „Agrarjournal“ zu schreiben, der Landwirtschaftsminister Schleinzer habe 7 Groschen weggenommen. Sie müßten ja dankbar dafür sein, und zwar deshalb, weil Sie ja genauso wissen wie ich, daß wir damals bei Futtergetreide nicht autark waren und damals 500.000 oder 600.000 Tonnen importieren mußten. Dieser Umschichtungs- und Umlenkungsprozeß hat einen Beitrag geleistet, Ihren Ideen, jenen Ideen, denen die Bauernbundsführung unter Minister Schleinzer Rechnung getragen hat, zum Durchbruch zu verhelfen, sodaß Sie heute mitteilen konnten, daß wir bei Futtergetreide autark sind und daß damit auch eine Veredlungswirtschaft betrieben werden kann, die unsere Bevölkerung ausreichend ernährt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein weiteres — ich kann mich erinnern, es war in der Sozialpolitik; der Herr Vizekanzler Häuser war es —: Wenn wir die Mehrheit bekommen, dann werden wir den Kampf gegen die Armut antreten; die Reichen dürfen nicht reicher werden! — Das war Ihre Aussage. Wie ist die Situation? Ich führe speziell einen Fall in der Landwirtschaft an — und einige Kollegen haben es bereits getan —: Umwandlung der Zuschußrenten in Pensionen. Ich verweise auf die Schwierigkeiten, mit denen unsere Vertreter **damals** schon mit Häuser im Ausschuß kämpfen mußten: 41 Abänderungsanträge zuungunsten der Landwirtschaft wollten Sie damals durchsetzen! Und gestern — ein klassisches Beispiel beim Kapitel Soziales — hat der Sozialminister erklärt, als unsere Fragen deponiert wurden: Die Prioritäten, was wir zu tun haben, werden wir festlegen, sagte er. Das heißt, er war nicht bereit, die Anregungen, die auch in der Sozialversicherung selbst einstimmig beschlossen wurden, rechtzeitig zu erfüllen, um dieses menschliche Leid aus der Welt zu schaffen.

Meine sehr Verehrten! Ich kann leider nur sagen, daß wohl die Reichen weniger geworden sind, leider aber die Armen täglich mehr werden, wobei Sie sicher durch Ihre Wirtschaftspolitik — Inflationsentwicklung — einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. Somit glaube ich, daß die Aussage von damals, eine bessere Sozialpolitik zu betreiben, leider nicht in Erfüllung gegangen ist.

Ich darf Sie weiter daran erinnern, daß Sie sagten, in der Steuerpolitik werden Sie auch im Rahmen des Möglichen die Landwirtschaft

teilnehmen lassen. Ja, aber im negativen Sinne! Erinnern Sie sich daran, was Ihnen damals Professor Koren bei der Einführung der Mehrwertsteuer vorgerechnet hat, welche Konsequenzen das — ich meine den Steuersatz mit 16 Prozent — für das gesamte wirtschaftliche Leben unseres Landes bewirken wird. Als unsere Vertreter Ihnen nachgewiesen haben, welche Konsequenzen und Belastungen dies für die Landwirtschaft bedeuten wird, haben Sie das glatt in den Wind geschlagen! Sie hörten nicht, Sie haben es mit Ihrer brutalen Mehrheit von 93 Mandaten durchgezogen, und jetzt bekommen Sie bereits jene Auswirkungen präsentiert — durch diese gewaltigen Belastungen —, die in der Inflation ihren Ausdruck finden.

Herr Minister! Italien hat kürzlich den Steuersatz für agrarische Produkte, Kunstdünger und Dieselöl halbiert. Diese Forderung haben auch wir des öfteren deponiert. Heute war es Präsident Minkowitsch, der abermals einen halben Steuersatz verlangt hat. Ich glaube: Wenn eine weitere Belastung hinzukommt, wird ein halber Steuersatz bei Kunstdünger und bei Dieselöl gar nicht genügen. Man wird dann vielleicht die Frage stellen müssen, in Sonderheit für die schwerbetroffene Bevölkerungsgruppe in der Landwirtschaft, ob man sie gänzlich aus der Welt schaffen soll, um eine Erleichterung in diesem Falle gegenüber der Produktionskostensteigerung zu erreichen.

Sie sagen: Das ist nichts! Ich sage: 1974 kommt bei Dieselöl und bei Kunstdünger rund 1 Milliarde Schilling Belastung für die Landwirtschaft heraus. Weiters: Kürzlich wurde uns im Fernsehen der letzte Bericht der Inflationsrate von über 8 Prozent bekanntgegeben. Wenn Sie für 1974 30 Milliarden Schilling Einkäufe ins Kalkül ziehen und wenn ich nur eine zehnprozentige Belastung auf Grund dieser Einkäufe in Rechnung stelle, muß die Landwirtschaft mindestens 3 Milliarden Schilling direkte und indirekte Belastungen übernehmen. Dann kann doch der Kollege Pansi nicht sagen, daß wir eine Hetze, eine bodenlose Hetze betreiben, weil wir unsere Wünsche deponieren und die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft aufzeigen! (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Heute wurde schon der Grad der Verschuldung erwähnt. Ich muß noch einmal auf dieses Thema zu sprechen kommen. Wenn in einem Wirtschaftsjahr 3,6 Milliarden Schilling, also 17,4 Prozent an Mehrverschuldung, gegenüber einer durchschnittlichen Verschuldung von 6,2 Prozent in den Jahren der ÖVP-Regierung von 1967 bis 1969 eingetreten ist,

9170

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Fachleutner**

dann können Sie doch nicht sagen, daß sich in unserem Lande diesbezüglich nichts Wesentliches ergeben hat.

Ich glaube: Diese Entwicklung ist mit ein Grund, daß ein gewisse Resignation bei den jungen Menschen am Lande herrscht und daß die Frage an die Funktionäre — ich nehme an, auch an die Funktionäre der Sozialisten — gestellt wird: Wie wollen Sie die Landwirtschaft bei einer solchen Entwicklung weiter absichern?

Sie müssen auch ins Kalkül ziehen, daß die Maschineneinkäufe gewaltig zurückgegangen sind. Das ist doch Ausdruck dieser Preisentwicklung, die unter einer sozialistischen Regierung erfolgt. Ich meine daher, daß Ihre Aussage zur Aufklärung der Bevölkerung im „Agrarjournal“ nicht stimmt. Sehen Sie sich das erste Bild an: Bundeskanzler Kreisky in flotter Aufmachung, der schöne Androsch zusammen mit Ihnen, Herr Minister Weihs. Alles unter dem Titel: Es geht aufwärts mit der österreichischen Landwirtschaft. Unsere Aussagen, die von uns auch belegt wurden, werden in dieser Zeitschrift als falsche und irrite Interpretation hingestellt, die eine Verwirrung in der Bevölkerung hervorrufen. — Das kann doch nicht als Aufklärung gelten, wenn Sie die Menschen glauben machen wollen, wie gut die Wirtschafts- und insbesondere die Landwirtschaftspolitik in unserem Lande durchgeführt wird!

Von Blaha und Hrdlitschka wurde die Frage der Liberalisierung der agrarischen Produkte aufgerollt. Ich frage Sie, Herr Landwirtschaftsminister, was Sie zu diesen Aussagen mitteilen können. (Abg. Dr. Tull: Fragen Sie doch gleich den Blaha!) Jetzt werden Sie nicht zu liberalisieren brauchen, denn die Agrarpreise sind bereits gestiegen. Aber für die Vergangenheit und auch für die Zukunft könnte diese Frage wieder gestellt werden. Müßten Sie sich entscheiden und erfüllen Sie diese Forderung, dann wüßten Sie, daß Sie in der Endkonsequenz die Bevölkerung damit treffen würden.

Ich frage Sie weiter: Welche Maßnahmen, Herr Minister, werden Sie von Ihrem Ressort aus starten, um die Kraftstoffversorgung sicherzustellen? Welche Initiativen werden Sie bei den Eiweißfuttermitteln oder bei den pflanzlichen Ölen — ich denke an den Rapsanbau — ergreifen? Vielleicht könnte man diesbezüglich eine Anhebung der Mittel durchführen, um eine Versorgung in weiteren Krisenzeiten zu gewährleisten. Es müßten dann auch über den Rapspreis Gespräche geführt und eine Entscheidung getroffen werden, um eine gewisse Autarkie bei pflanzlichen Ölen zu erreichen.

Ich komme noch auf ein Kapitel zu sprechen: Das ist der Wegebau und die Kommasierungen. Sie haben zu dieser Frage in der Vergangenheit eine Aussage gemacht: Eine moderne Landwirtschaft setzt einen modernen Wegebau und eine Flurbereinigung voraus. Sehen Sie sich das Kapitel an: 20 Prozent bis 30 Prozent Kürzungen. Aber nicht nur 20 bis 30 Prozent! Wenn Sie die neuen Preise — teilweise durch die Olkrise hervorgerufen — als weitere Belastung — 20 Prozent bis 30 Prozent — ins Kalkül ziehen, dann werden Sie gewaltige Mittel aufbringen müssen, um die Wünsche der Landwirte gerade bei der Arrondierung, die auch Sie in der Vergangenheit vertreten haben, in die Tat umsetzen zu können.

Wenn bei zwei Dritteln dieses Kapitels Minuspunkte vorherrschen, dann können Sie doch nicht hier aufstehen und sagen, daß alles in bester Ordnung ist.

Wir glauben, daß das Kapitel Landwirtschaft benachteiligt wurde, und konnten das auch belegen. Wir glauben auch, daß die Landwirtschaft — und Sie haben es auch bestätigt — bei der Versorgung der Bevölkerung einen entscheidenden Anteil hat. Wenn wir uns in weiterer Folge bei Schwierigkeiten in Ihrer Wirtschaftspolitik, die wir nicht veranlaßt haben, mit Ihnen solidarisch erklären sollten, um bei der Sicherung der Arbeitsplätze mitzuwirken, dann, glaube ich, ist es keine Hetze, daß die bürgerlichen Abgeordneten verlangen, bei den Grundrechten und Grundfragen, die die Existenz der Landwirtschaft betreffen, eine Unterstützung auch von der Sozialistischen Partei zu bekommen, beziehungsweise sie auch von der sozialistischen Regierung erwarten. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Sie nun eine Kehrtwendung machen, haben Sie auch eventuell die Chance, daß wir in Zukunft nicht überall nein sagen (Abg. Ing. Häuser: Danke!), sondern auch bei entscheidenden Maßnahmen unser Ja zu einer gesunden Wirtschaftspolitik geben werden. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Sie haben zu vielen Kapiteln nein gesagt. Ich muß dazu ein Beispiel anführen: Der Herr Bundeskanzler hat vor den Landtagswahlen in Oberösterreich erklärt, daß die Bauern den gefärbten Kraftstoff bekommen müssen. Die Wahlen sind vorüber. Der Bundeskanzler ist stiller geworden. Auf eine diesbezügliche Frage hat der Finanzminister erklärt: Das kommt gar nicht in Frage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine so zwiespältige Aussage zu machen vor Wahlentscheidungen, die Menschen damit zu

**Fachleutner**

ködern versuchen und in der weiteren Folge sich zu distanzieren, das ist keine aufrichtige Haltung. Sie dürfen sich dann nicht wundern, wenn wir sagen: Die schlechtest vorbereitete Regierung, die derzeit dieses Land besitzt, wird durch Bundeskanzler Dr. Kreisky und seine Minister repräsentiert. Aus diesen Gründen können wir auch zu diesem Budget nicht ja sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Probst:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Brandstätter. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu einigen Fragen der Forstwirtschaft Stellung nehmen. Zuvor muß ich mich aber mit einer Aussage des Herrn Abgeordneten Maderthaner, die er hier gemacht hat, auseinandersetzen. Herr Abgeordneter! Ich hätte nicht gedacht, daß die niederösterreichischen Landtagswahlen ihre Schatten schon so weit vorauswerfen, daß Sie sich hier zu einer Aussage hinreißen ließen, die Sie einfach wider besseres Wissen gemacht haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie wissen nämlich ganz genau, wie die Dinge bei der Neusiedler AG tatsächlich waren und wie sie heute sind. Das wissen Sie ganz genau!

Wenn Sie anerkannt haben, daß ich mich für die Weiterführung des Betriebes sehr verwendet habe, dann ist das wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die Nationalratswahlen noch weiter entfernt sind.

Sie haben gesagt, daß Vizekanzler Häuser diesem Betrieb geholfen hat, aber Landeshauptmann Maurer sein Wort nicht eingehalten hat. Dazu muß ich erklären: Das ist eine Aussage wider besseres Wissen. (*Abg. Ing. Häuser: Wieso?*) Ich nehme an, daß dieses Thema vielleicht nicht alle interessieren wird (*Abg. Ing. Häuser: Wo sind die 25 Millionen?*), aber ich muß die Dinge so bringen, wie sie wirklich waren. (*Abg. Ing. Häuser: Sie waren nicht dabei, aber ich war dabei!*) Herr Vizekanzler! Ich war dabei, als wir das ausgemacht haben. (*Abg. Ing. Häuser: Wo sind die 25 Millionen?*) Ja, das hat er versprochen. (*Abg. Ing. Häuser: Hat er sie gebracht?*) Sie wissen genau, daß damals von der Haftungsübernahme schon die Rede war, aber daß die Neusiedler AG nie bei der Landesregierung um eine Haftungsübernahme angesucht hat. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Dann wurden die Verhandlungen bezüglich des Verkaufs der Neusiedler AG geführt. Damals sind wir beisammengesessen und es ergab sich die Frage, wer die Haftung von

30 Millionen Schilling übernehmen werde. Der Herr Landeshauptmann Maurer hat versprochen, daß er sich dafür einsetzen werde.

In kürzester Zeit — es hat sich nur um einige Tage gehandelt — war der Beschuß der niederösterreichischen Landesregierung da, demzufolge die Landesregierung unter der Voraussetzung, daß die Prüfungsgesellschaft findet, daß alles in Ordnung geht (*Abg. Ing. Häuser: Haben Sie es bekommen oder nicht?*), die Haftung für die Neusiedler AG beziehungsweise für die Schläglmühl GesmbH, wie das Unternehmen jetzt heißt, übernimmt.

Jetzt, Herr Vizekanzler, komme ich darauf, Sie müssen nur Geduld haben. Ich muß das von Anfang an erklären. Aber ich werde Ihnen alles sagen. Ich bitte nur, wie gesagt, um etwas Geduld und weniger Aufregung.

Es ist also der Beschuß vorhanden, daß die Landesregierung dem Landtag — und nur der Landtag kann die Haftung beschließen, das wissen Sie auch so gut wie ich — empfehlen wird, für die 30 Millionen Schilling die Haftungsübernahme zu geben unter der Voraussetzung, daß, wie gesagt, die Prüfung positiv verläuft. Die Landesregierung hat also eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung beauftragt. Diese Prüfung — und nur das ist die Wahrheit — ist heute noch im Gange und nicht abgeschlossen.

Ich frage Sie nun, Herr Vizekanzler: Würden Sie einfach hergehen und blindlings, ohne Überprüfung einem Betrieb eine Haftung von 30 Millionen Schilling geben? (*Ruf bei der ÖVP: Der schon!*) Das ist die Frage, die ich an Sie richte. Wenn Sie sagen ja, dann kann ich Ihnen nicht helfen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Ing. Häuser: Dann darf man nicht versprechen!*)

Der Herr Landeshauptmann Maurer hat versprochen, die Haftung zu beantragen (*Abg. Ing. Häuser: Bis 15. September hat er versprochen!*), sobald die Prüfung positiv abgeschlossen ist.

Ich würde einer Landesregierung nicht empfohlen, ohne gewissenhafte Prüfung einen Kredit zu geben beziehungsweise eine Haftung zu übernehmen. Wenn Sie das anders halten, dann mag das die Politik der sozialistischen Regierung sein, aber nicht die Politik der ÖVP-Landesregierung beziehungsweise der Landtagsmehrheit in Niederösterreich. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber weil Sie das so interessiert, muß ich Ihnen noch etwas sagen dazu. (*Ruf bei der SPÖ: Er hat von der NEWAG nie etwas ge-*

9172

## Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Brandstätter**

hört!) Schon wieder ein Beweis dafür, daß Sie hoffnungsvoll in die Vergangenheit blicken, meine sehr geehrten Herren von der sozialistischen Fraktion! Ich kann Ihnen nicht helfen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wenn Sie heute noch von den NEWAG-Vorkommnissen träumen, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß Sie nicht imstande sind, die Vergangenheit zu bewältigen. (*Abg. Skriptek: Das ist Ihre Vergangenheit, nicht unsere!*) Das haben Sie übrigens auch schon bei anderen Gelegenheiten bewiesen.

Aber ich muß Ihnen dazu noch sagen — weil Sie das so aufregt —, daß im Jahre 1973 der niederösterreichische Landtag nur zwei Fälle von Haftungen mit einem Gesamtrahmen von 58 Millionen Schilling beschlossen hat, und zwar auf Anregung der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat gesagt, man müsse haushalten, man dürfe nicht so viele Kredite ausgeben, man müsse aufpassen, Stabilisierungsmaßnahmen und all diese Dinge. Wenn also im Jahre 1973 insgesamt nur 58 Millionen Schilling bewilligt worden sind, trotzdem aber für die Schläglmühl GesmbH 30 Millionen zugesagt sind, dann ist das wieder ein Beweis dafür, daß hier alles getan wurde, was getan werden konnte.

Nun zu meinem Anliegen, zur Forstwirtschaft. Ich wollte an sich auch etwas über die Erholungs- und Schutzfunktion des Waldes sagen, aber da das der Herr Primarius Scrinzi bereits getan hat, kann ich mir das ersparen. Ich möchte auf den wesentlichen Wert des Waldes als Rohstofflieferant hinweisen. Gerade die vergangenen Wochen haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, daß wir in Österreich einen Rohstoff zur Verfügung haben, den wir dann verwenden können, wenn wir ihn brauchen.

Wenn es in der Vergangenheit so ausgesehen hat, als ob der Kunststoff das Holz überflügelte, als ob es in Zukunft vielleicht fast nur mehr Kunststoff gäbe, weil dieser billiger, zum Teil vielleicht sogar besser ist als das Naturprodukt Holz, dann mag das in der Vergangenheit seine Berechtigung gehabt haben; heute auf keinen Fall mehr.

Darum ist es besonders wichtig, daß gerade bei der Forstwirtschaft auch in Zukunft alle Maßnahmen weitergeführt werden, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, beziehungsweise daß vieles verbessert wird.

Wenn der Herr Minister heute gesagt hat, daß er an der entsprechenden Weiterführung der bewährten Maßnahmen interessiert sei und daß diese sichergestellt werden müßten, dann muß ich sagen, kann es Ihrer Ansicht nach nur so sein, daß sich die forstlichen Maß-

nahmen nicht bewährt haben oder nicht wichtig sind. Denn bei den forstlichen Maßnahmen haben Sie wesentliche Kürzungen vorgenommen. Sie haben gesagt, mit diesem kostbaren Gut müsse man pfleglich umgehen. Das Budget schaut nun überhaupt nicht so aus, als würden Sie pfleglich umgehen.

Nur zwei Dinge herausgenommen: Bei der Wirtschaftsförderung haben Sie eine Kürzung von 11,6 Prozent vorgenommen, die Bundesmittel für den Forstwegebau haben Sie entscheidend gekürzt. Da kommt noch dazu — ich habe hier das Beispiel, möchte aber nicht sehr viel darüber sagen —, daß gerade beim Wegebau eine Verteuerung erfolgt ist, die von 1972 auf 1973 25, ja sogar bis zu 28 Prozent ausmachte. Es stehen also weniger Mittel zur Verfügung, und eine wesentliche Verteuerung der Kosten gab es schon von 1972 auf 1973.

Wir wissen, daß im vierundsiebziger Jahr das selbstverständlich wieder teurer wird durch die Preissteigerung für Dieselöl und andere mögliche Preissteigerungen, sodaß auf diesem Sektor in Zukunft wesentlich weniger geleistet werden kann, als das in der Vergangenheit der Fall war. Das alles ist also wirklich nicht dazu angetan, daß man sagen kann, daß mit diesem kostbaren Gut pfleglich umgegangen werde.

Sie werden mir dann wahrscheinlich wieder sagen: Wer soll denn das bezahlen? Sie stellen nur Forderungen! — Dazu muß ich Ihnen sagen, daß Sie auf Grund Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik jetzt nicht mehr in der Lage sind, die notwendigsten Ausgaben zu tätigen. Das wird in allen Bereichen spürbar und sehr wesentlich auch bei der Forstwirtschaft.

Wenn Sie vielleicht dann sagen werden, daß sehr viele Großbetriebe auch zum Zug kommen, dann muß ich Ihnen sagen, daß 55 Prozent des österreichischen Waldes bäuerlicher Besitz sind. Wenn man weiter berücksichtigt, daß ja die Großbetriebe diese Förderungsmittel nicht bekommen, dann ist es echt so, daß die kleinen bäuerlichen Betriebe hier wieder einmal zu kurz kommen.

Eine Zahl muß ich Ihnen doch sagen: Es gibt 249.000 Betriebe mit Wald in Österreich. Davon sind 177.000 unter fünf Hektar groß. Es sind also hier wirklich die kleinen. Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß Sie dann eine Neinsagerpartei sind, wenn es um Forderungen der kleinen Leute geht. Das haben Sie auch hier wiederum unter Beweis gestellt.

Sie könnten mir vielleicht auch sagen, daß sich die Holzpreise wesentlich erhöht haben. Für das heurige Jahr stimmt das. Aber ich darf Ihnen doch sagen, daß zum Beispiel im

**Brandstätter**

Jahr 1961 der Durchschnittspreis für einen Kubikmeter Fichte — Tanne — Blochholz — 572 S betragen hat. Dieser Durchschnittspreis ist dann sogar bis auf 519 S gefallen und betrug 683 S im Jahr 1972. Er hat auch heuer wieder angezogen. Wenn Sie aber das jetzt in Relation stellen zum Jahr 1961, wenn Sie in Relation stellen die Teuerung, die in der Zwischenzeit eingetreten ist, dann werden Sie nicht mehr sagen, daß es auf diesem Sektor besondere Preiserhöhungen gegeben hat.

Genauso dasselbe ist beim Schleifholzpreis. Der Schleifholzpreis hat 383 S im Jahre 1961 betragen. Er ist dann auf 300 S gefallen. Ich brauche das nicht begründen. Ich glaube, es ist bekannt, daß damals die Windwurfkatastrophe und Schneedruckkatastrophe gewesen ist. Das war der Grund dafür, warum der Preis so stark gesunken ist. Wenn wir im Jahr 1972 wieder auf 406 S waren und jetzt noch etwas höher sind, dann ist somit der Beweis erbracht, daß die Erhöhung sehr bescheiden ist.

Der Export ist doch vielleicht auch interessant. Der Wert des Exportes hat sich vom Jahr 1962 von 3,7 Milliarden Schilling auf rund 6,5 Milliarden Schilling im Jahr 1972 erhöht; auch hier ist der wesentliche Faktor Wald.

Es ist wirklich erfreulich, daß die österreichische Bauernschaft bereit ist, immer wieder hohe Investitionen in Kauf zu nehmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf die Hochlagenauflösung hinweisen. Damit ist nämlich der Beweis erbracht, daß es sehr viele Bauern einfach nicht übers Herz bringen, Gebiete, die heute als Weiden nicht mehr bestehen werden können, einfach nicht aufzuforschen; sicher sind dafür Beihilfen möglich, aber trotzdem ist das echter Idealismus der Bauernschaft, denn in diesen Hochlagen ist nicht mehr mit einem Ertrag zu rechnen. Trotzdem aber wird hier sehr viel geleistet.

Nun noch ein Wort zur Zellstofferzeugung. Es hat heute schon der Herr Abgeordnete Maderthaner gesagt, daß für die Papierindustrie 1,7 Milliarden Schilling aufgewendet werden müssen, um notwendige Investitionen durchzuführen zu können. Wichtig ist, daß der Betrag auf jeden Fall für Dinge, die wirklich notwendig sind, aufgewendet wird, auch wenn er zur Bereinigung im Sinne der Umweltverschmutzung verwendet wird; das ist vollkommen in Ordnung, dazu brauche ich nichts zu sagen.

Aber eines möchte ich doch anmerken: Wie schaut es bei der Zellstofferzeugung aus? Wir wissen, daß uns die Strukturanalyse sagt, daß wir auch in Zukunft einen Mehrbedarf an Zellstoff haben werden; das ist sicher. Nicht sicher hingegen ist, ob dieser Zellstoff

im Inland erzeugt werden kann. So wie es jetzt ausschaut, wird es immer mehr Importe geben. Bei der heutigen Rohstoffsituation, das möchte ich doch anmerken, da es meine persönliche Überzeugung ist, müßte etwas unternommen werden. Denn unsere Papiererzeugung wird in Zukunft noch mehr auf den Rohstoff aus dem Ausland angewiesen sein, obwohl wir im Inland genug Rundholz zur Verfügung haben und obwohl wir wissen, daß gerade bei den Schwachholzsortimenten, die in Zukunft noch mehr anfallen werden, die Preise nicht befriedigend sind.

Man müßte sich, glaube ich, ernstlich den Kopf zerbrechen, wie wir eine eigene Zellstofferzeugung aufbauen könnten. Ich bin kein Phantast. Ich kenne die Dinge, wie sie liegen und kenne auch die Schwierigkeiten. Aber wenn uns vor einem Jahr jemand gesagt hätte, daß wir bei dem Rohstoff Erdöl in solche Schwierigkeiten kommen werden, oder wenn uns vor zehn Jahren jemand gesagt hätte, wir dürfen die Kohlenbergwerke nicht schließen, dann hätte jeder gesagt, wir können uns das nicht leisten, wir können sie aus Kostengründen nicht weiterführen. Ich glaube daher, hier müßte man doch etwas tun.

Es wurde hier Blühnbach erwähnt. Der Herr Bundesminister hat gesagt, die Bundesforste haben dem Finanzminister erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt, die für diese Maßnahmen verwendet werden können.

Herr Bundesminister! Mich würde interessieren, wie hoch diese Beträge sind; ich erwarte heute keine Antwort von Ihnen, aber ich möchte Sie ersuchen, mir Ihre Antwort schriftlich mitzuteilen, wie hoch jene Beträge sind, die hier bereits sozusagen auf der hohen Kante gelegen haben und die man für diese Zwecke verwenden konnte.

Ich möchte zum Forstrecht noch eine Anmerkung machen: Das neue Forstrecht darf der Forstwirtschaft keine höheren Belastungen bringen, als sie bis jetzt bestanden haben. Wir anerkennen alle, wie wichtig die Forstwirtschaft ist. Die Forstwirtschaft ist bereit, ihre Verpflichtungen auch in Zukunft zu erfüllen, aber es müssen dafür die Voraussetzungen geschaffen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Probst:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich für beide Vorlagen getrennt vornehmen werde.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Bericht der Bundesregierung gemäß

9174

Nationalrat XIII. GP — 93. Sitzung — 13. Dezember 1973

**Präsident Probst**

§ 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1974).

Ich bitte jene Damen und Herren, die den gegenständlichen Bericht zur Kenntnis nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit und a n g e n o m m e n.

Wir gelangen nunmehr zur A b s t i m m u n g über die Beratungsgruppe VIII.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Steiner und Genossen zum finanzgesetzlichen Ansatz 1/60356 vor.

Ich lasse daher zunächst über diesen Ansatz abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dem Ansatz 1/60356 in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Steiner und Genossen samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit und a b g e l e h n t.

Ich lasse nunmehr über den Ansatz 1/60356 samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. A n g e n o m m e n.

Wir kommen nun zur A b s t i m m u n g über die restlichen Teile des Kapitels 60 und über die Kapitel 62 sowie 77, jeweils mit dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in der Fassung der Regierungsvorlage.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit und a n g e n o m m e n.

Die zu dieser Beratungsgruppe VIII eingebrochenen Entschließungsanträge werden nach der dritten Lesung zur Abstimmung gebracht.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Der Herr Abgeordnete Robert Weisz hat den geschäftsordnungsmäßigen Antrag gestellt, die Verhandlungen über das Bundesfinanzgesetz 1974 auf Montag, den 17. Dezember 1973, 11 Uhr, zu v e r t a g e n.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Einstimmig a n g e n o m m e n.

Die n ä c h s t e Sitzung berufe ich für morgen, Freitag, den 14. Dezember, um 9 Uhr, mit folgender Tagesordnung ein — ich bitte, das sind 24 Punkte; ich kann Sie nicht hindern, wenn Sie den Sitzungssaal verlassen, aber

nach der Geschäftsordnung ist noch zur Tagesordnung ein Einspruch möglich, und ich kann nicht allein hier sitzen (*Heiterkeit*) —:

1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (840 der Beilagen): Arbeitsverfassungsgesetz (993 der Beilagen),

2. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (965 der Beilagen): 30. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (995 der Beilagen),

3. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (966 der Beilagen): 22. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz (996 der Beilagen),

4. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (967 der Beilagen): 3. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz (997 der Beilagen),

5. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (968 der Beilagen): 7. Novelle zum Bauern-Krankenversicherungsgesetz (998 der Beilagen),

6. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (969 der Beilagen): 3. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz 1971 (999 der Beilagen),

7. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (964 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen geändert und für das Geschäftsjahr 1974 eine Sonderregelung getroffen wird (994 der Beilagen),

8. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (883 der Beilagen): Wertzollgesetznovelle 1973 (982 der Beilagen),

9. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (884 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Präferenzzollgesetz geändert wird (983 der Beilagen),

10. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (892 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend die Veräußerung bundeseigener Anteile an der Kärntner Heimstätte, gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Klagenfurt (978 der Beilagen),

11. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (954 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Leistung eines zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungorganisation (IDA) geändert wird (979 der Beilagen),

**Präsident Probst**

12. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (955 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Asiatischen Entwicklungsbank geändert wird (980 der Beilagen),
13. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (970 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds und die Übernahme der gesamten Quote durch die Oesterreichische Nationalbank geändert wird (981 der Beilagen),
14. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Siebenundzwanzigsten Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-101 der Beilagen) gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 9. September 1966, BGBl. Nr. 207 (Katastrophenfondsgesetz), betreffend das zweite Kalendervierteljahr 1973 (984 der Beilagen),
15. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Achtundzwanzigsten Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-110 der Beilagen) gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 9. September 1966, BGBl. Nr. 207 (Katastrophenfondsgesetz), betreffend das dritte Kalendervierteljahr 1973 (985 der Beilagen),
16. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministers für Finanzen (III-108 der Beilagen) über Haftungsübernahmen des Bundes im ersten Halbjahr 1973 (986 der Beilagen),
17. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über  
den Antrag 69/A (II-2249 der Beilagen) der Abgeordneten DDr. Neuner und Genossen betreffend Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972,
- den Antrag 86/A (II-2670 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972 geändert wird,
- den Antrag 98/A (II-3025 der Beilagen) der Abgeordneten Mühlbacher, DDr. Neuner, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Änderung abgabenrechtlicher Bestimmungen (Abgabenänderungsgesetz 1973) und
- den Antrag 101/A (II-3056 der Beilagen) der Abgeordneten Erich Hofstetter und Genossen betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes 1972 (Einkommensteuergesetz-Novelle 1973) (987 der Beilagen),
18. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 100/A (II-3040 der Beilagen) der Abgeordneten Maria Metzker und Genossen betreffend Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (988 der Beilagen),
19. Bericht des Landesverteidigungsausschusses über den Antrag 94/A (II-2998 der Beilagen) der Abgeordneten Mondl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz geändert wird (989 der Beilagen),
20. Bericht des Landesverteidigungsausschusses über den Antrag 76/A (II-2481 der Beilagen) der Abgeordneten Marwan-Schlosser und Genossen betreffend Fassung einer Entschließung bezüglich Vorlage eines Berichtes über Umfang und Zielsetzung der Bundesheer-Reform sowie über die derzeitige Situation im Bundesheer (990 der Beilagen),
21. Bericht des Landesverteidigungsausschusses über den Antrag 71/A (II-2274 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970 geändert wird (991 der Beilagen),
22. Bericht des Landesverteidigungsausschusses über den Antrag 72/A (II-2775 der Beilagen) der Abgeordneten Zeillinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz geändert wird (992 der Beilagen),
23. Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (971 der Beilagen): 4. Straßenverkehrsordnungs-Novelle (1001 der Beilagen),
24. Bericht und Antrag des Handelsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes über Verkehrsbeschränkungen zur Sicherung der Treibstoffversorgung (1002 der Beilagen).

Fragestunde findet keine statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 19 Uhr 35 Minuten**